KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE

Nr. 5 15.05.00 Zirkularblätter DM 8,–

In dieser Ausgabe:

editorial:

persönliche Betrachtungen zu den Beiträgen in diesem Heft
von Ansgar Knolle-Grothusen ____ 2

Programmatische Texte:

Gemeinsame Erklärung
des ersten bundesweiten Treffens der Offenen Kommunistischen Foren ____ 5

Plattform
der „übergänge zum Kommunismus" ____ 9

Programmatische Debatte:

Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus
von Werner Imhof ____ 12

Marx und der mögliche Sozialismus
von Ulrich Weiß ____ 19

Elemente eines emanzipierten Sozialismus
von Wal Buchenberg ____ 29

Antikritisches I:
Zu Ansgars Thesen-Kritik (in Kommunistische Streitpunkte Nr.1, S. 36ff)
von Daniel Dockerill ____ 30

Antikritisches II:
Zur Stellunnahme der Gruppe „Arbeitermacht" (in Kommunistische Streitpunkte Nr.1, S. 53ff)
von Daniel Dockerill ____ 35

Gesellschaft und Programm-
Bemerkungen zu einer Programmdebatte
von Heiner Karuscheit ____ 45

Kommunistische Produktion:

Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft? -
kritische Anmerkungen zu einem Beitrag von Juri Pletnikow in der UZ
von Ansgar Knolle-Grothusen ____ 49

Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft? -
aber nur ohne Marx und Engels!
von Vollrat Neumann ____ 64

Zur möglichen Praxis kommunistischer Produktion -
eine Auseinandersetzung mit einigen Vorstellungen über eine „Ökonomie der Zeit"
von Werner Imhof ____ 69

Notizen zur Kategorie
Allgemeine, gesellschaftliche Arbeitszeit
von Karl-Heinz Landwehr ____ 78

KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE c/o V.Neumann, Heymannstraße 10c, 20253 Hamburg
eMail: Streitpkte@aol.com

Online-Version unter: *http://www.members.partisan.net/streitpunkte/* und unter: *http://members.aol.com/streitpkte/*

editorial:

persönliche Betrachtungen zu den Beiträgen in diesem Heft

von Ansgar Knolle-Grothusen

I. Programmatische Texte

Diese Ausgabe der KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE dokumentiert zwei sehr unterschiedliche und unvollkommene programmatische Versuche eine politische Praxis zu begründen:

- Der eine ist die *gemeinsame Erklärung* des ersten bundesweiten Treffens der Offenen Kommunistischen Foren aus dem Juli 1999. Diese Erklärung, die von den Teilnehmern, die sich auf dem Treffen überhaupt erstmals kennenlernten, gemeinsam formuliert wurde, betont die Form, die in den OKFs gefunden wurde und die dazu dienen soll, die ideologischen Sprachbarrieren zu überwinden, die überhaupt erst einmal den Raum schaffen soll für einen wirklich offenen Ideenstreit.[1] Das Gemeinsame ist hier also erstmal die gemeinsame Form. Gemeinsamer Inhalt kann von den Teilnehmern erst sehr vage angedeutet werden, er muß sich erst noch herausbilden.
- Der zweite Versuch ist die *Plattform* des engeren Kreises der "Übergänge". Sie fußt im Wesentlichen auf den Thesen "150 Jahre KP" von Daniel Dockerill[2] und kann sich viel konkreter und im herkömmlichen Sinne politischer geben, denn sie formuliert die gemeinsame Zielstellung eines kleineren und homogeneren Kreises. Was mich persönlich daran etwas enttäuscht ist, daß das kritische Echo, daß Daniels Thesen in der Debatte der Kommunistischen Streitpunkte gefunden hat, seinerseits bisher kaum einen Widerhall bei den Übergängern findet. Der Gedanke, daß der Übergang zum Kommunismus eine doppelte Aufgabenstellung enthält, nämlich sowohl die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, als auch die Aufhebung der Herrschaft des Produkts über die Produzenten, und daß das erste Ziel ohne das vernachlässigte zweite nicht zu haben sein wird, findet in der Plattform der "Übergänge zum Kommunismus" leider noch keinen Niederschlag. Zu diesem Thema argumentieren in dieser Ausgabe Werner Imhof in dem Beitrag "*Skizzen für einen emanzipatorischen Kommunismus*" und Ansgar Knolle-Grothusen in: "*Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft?*"

II. "Antikritisches"

"Kaum einen Widerhall" stimmt natürlich nicht, das nehme ich zurück, denn wir haben in dieser Ausgabe zwei "antikritische" Beiträge von Daniel Dockerill - nomen est omen. Das "*Antikritische I*", die Replik auf meine "Fragen und kritischen Anmerkungen zu"[3], haben mich, als ich sie las, ziemlich geärgert. Ich fand meine Fragen nicht beantwortet und meine kritischen Anmerkungen in einer z.T. etwas wortklauberischen und rechthaberischen Weise

[1] s. auch M. Grewe, A. Knolle-Grothusen, Die Lebenden müssen sich von der Last der Toten befreien, in: KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE Nr.1, S. 32

[2] D. Dockerill, 150 Jahre Kommunistische Partei - Thesen, in: KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE Nr.1, S. 3

[3] Ansgar Knolle-Grothusen, Fragen und kritische Anmerkungen zu Daniels Thesen, in: KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE 1, S. 36

Die **KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE** dokumentieren den schriftlichen Teil einer Debatte um den Übergang zum Kommunismus und sein revolutionäres Programm. Zur Einmischung in diese Debatte, zu ihrer Fortführung und Verbreitung ist ausdrücklich jede Person, Gruppe oder Organisation eingeladen, der es darum zu tun ist, den Kommunismus als "wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" auf der Höhe der Zeit zu rekonstruieren.

Herausgeber der **KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE** sind die Teilnehmer an der Debatte.

Redaktionelle Grundsätze der **KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE**

Diese Grundsätze wurden auf dem Treffen des Streitpunkte-Kreises im April 1999 beschlossen:

A. Alle eingehenden Beiträge werden unzensiert in diese Zirkularblätter aufgenommen. Bei Notwendigkeit werden lediglich technische Änderungen vorgenommen.

B. Die Beiträge werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs in die Ausgaben der KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE aufgenommen. Sollte eine andere Reihenfolge gewünscht werden, so muß dies mit der Autorin oder dem Autor des betreffenden Beitrages, der geschoben werden soll, abgesprochen werden.

C. Die Zirkularblätter werden - neben der Papierform - auch als Online-Version herausgegeben. deshalb als persönliche Post weitergeleitet.

D. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer kann die Zirkularblätter, oder Teile daraus, für seine persönliche Post weiterverwenden. WeitergehendeVeröffentlichungen müssen mit der jeweiligen Autorin oder dem Autor abgesprochen sein.

E. Die Mitarbeit in der Redaktion dieser Materialsammlung, ist für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer offen.

abgeschmettert. Mein Text war eigentlich ein Notizzettel für die erste Diskussion über Daniels Thesen und keine ausgearbeitete Kritik. Mir scheint, wir haben die richtige Form, in der wir die Debatte produktiv führen können, noch nicht gefunden; eine Form, in der Kritik den Kritisierten hilft, Schwachpunkte in der Formulierung des eigenen Standpunktes zu finden und ihn dadurch anregt, den eigenen Standpunkt weiter zu entwickeln. Da schließe ich mich selbst mit ein. Ich halte es für unproduktiv, sich darüber zu streiten, ob "zentriert" ein falsches Bild ist, wenn ich schreibe, daß mir Daniels Blick auf die Geschichte des Kommunismus zu deutschlandzentiert vorkommt. Es wird wahrscheinlich nicht ausbleiben, daß unsere Auseinandersetzung auch weiterhin Mißverständnisse und persönliche Verletzungen produziert, etwa, wenn ich bezüglich Daniels Argumentation von einer Tendenz zu idealistischem Geschichtsdeterminismus spreche, oder wenn Daniel meinen Versuch einer begrifflichen Annäherung an einen Sachverhalt dadurch abwehrt, daß er ihn einzuordnen versucht mit Hinweisen auf Eugen Dühring, Herrmann Kirsch und Robert Kurz. Doch ich sehe unsere Aufgabe nicht darin, Kampfschriften zur Niedermachung von Positionen herzustellen, die einem verkürzt, verquer, unhaltbar erscheinen. Jede einzelne Position für sich genommen muß heute zwangsläufig auch verkürzt, verquer, unhaltbar sein, weil die Debattenteilnehmer ihre jeweiligen Erfahrungen verarbeiten, die jeweils nur die Erfahrungen aus einem bestimmten Segment des zersplitterten Kommunismus sind - die einzelnen Positionen zusammendenommen spiegeln dadurch den gegenwärtigen Zustand des Kommunismus wieder, der durch die gemeinsame Debatte ja erst aufzuheben ist. Vielmehr sehe ich unsere Aufgabe darin, durch inhaltliches Eingehen aufeinander und nicht durch Abwehr und Ausgrenzung die Konturen eines emanzipatorischen Kommunismus überhaupt erst sichtbar werden zu lassen. Wenn die Kritik der Kritik, die Negation der Negation, nur wieder die unveränderte ursprüngliche Position hervortreibt, wird die Debatte noch nicht der gemeinsam formulierten Aufgabe angemessen geführt. Das muß nicht an der Kritik der Kritik, das kann auch schon an der Kritik liegen. Vielleicht ist es auch günstiger, wenn der Versuch der Synthese von einem Dritten formuliert wird, denn natürlich spielen in der Debatte auch Eitelkeiten eine Rolle; die Autoren von These und Antithese entwickeln einen gewissen Beschützerinstinkt gegenüber ihren Kindern. Diese müssen sich jedoch - einmal ausgesprochen - sich schon selbst bewähren.

Kurz zu einigen von Daniel angesprochenen inhaltlichen Streitpunkten:

1. Geschichtsdeterminismus. Was ich damit meine ist folgendes: Der Geschichte wird ein Ziel, eine Entwicklungsrichtung untergeschoben, etwa: "Fortschritt", oder "Steigerung der Produktivkräfte", oder "Geschichte der menschlichen Emanzipation". Auch bei Marx und Engels finden sich Formulierungen, die so interpretierbar sind. Ich halte das dennoch für falsch. Die bisherige Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung ist das Ergebnis menschlichen Handelns, aber bisher eben noch kein gemeinsam geplantes, bewußt herbeigeführtes. Die Geschichte erscheint als ein selbständiges Subjekt, dem die einzelnen Menschen unterworfen sind. Das verleitet dazu, ihr einen eigenen Willen, oder mindestens eine Entwicklungsrichtung anzudichten. Es geht beim Kommunismus nicht darum, irgendeiner Entwicklungsrichtung in der Geschichte zum Durchbruch zu verhelfen, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß diese Art von Geschichte selbst beendet und zur Vorgeschichte wird. Erst die danach beginnende Geschichte wird zielgerichtet sein, aber gerichtet auf Ziele, die die Menschen untereinander abmachen. Ausführlicher habe ich diesen Punkt ausgeführt in: "Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden"[4] Ich halte meine Kritik aufrecht an Daniels Aussage, "Daß der Kapitalist *nicht* arbeiten muß, ist der *einzige* noch allgemein bestimmbare Zweck der Arbeit des kapitalistischen Lohnarbeiters", und an ihrer Herleitung, die ich als „geschichtsdeterministisch" versucht habe zu charakterisieren.
   Ebenso besteht die Kritik an der von Daniel vorgenommenen Auflösung von konkreter und abstrakter Arbeit weiter. Zum ganzen "Arbeit sans phrase"-Humbug, der z.Zt. noch viele der besten Köpfe vernebelt, beabsichtige ich für die nächsten Streitpunkte etwas zu Papier bringen, anknüpfend an die "*Notizen zur Kategorie allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit*" von Karl-Heinz Landwehr in dieser Ausgabe.
2. Meine ersten Überlegungen zur Form-Inhalt-Problematik der Warenproduktion in der revolutionären Übergangsperiode, die für Daniel Dockerill nur "dialektisches Gemuddel" waren, habe ich - auch angetrieben von seiner Kritik - weiterentwickelt. Das Ergebnis findet man in diesem Heft in meinem Aufsatz "*Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft?*".

III. Neue Autoren

4 Autoren haben sich mit eingesandten Beiträgen neu in unsere Debatte eingeklinkt.

- Heiner Karuscheit stellt in seinem Beitrag "*Gesellschaft und Programm*" u.a. in Frage, ob die tradierte Sichtweise auf das Kleinbürgertum, wie sie noch einmal in Daniels "*Antikritischem I*" zum Ausdruck kommt, noch den Realitäten entspricht.
- Ulrich Weiß trifft mit "*Marx und der mögliche Sozialismus*" schon ein Nervenzentrum unserer Debatte. Mit

[4] Ansgar Knolle-Grothusen, Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden, in: KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE 3, S. 5

seiner These, daß die bisherige revolutionäre Praxis in bürgerlichen Formen verhaftet blieb, arbeitet er am selben Gedankenstrang, den ich in meinem Beitrag "Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden" auch aufs Korn genommen habe. Allerdings, so scheint mir, läuft er Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn er fragt, ob das Proletariat überhaupt das Subjekt eines sozialistisch-kommunistischen Übergangs sein kann. Der gordische Knoten, besteht ja gerade darin, daß die revolutionäre Praxis eben das Abwerfen der bürgerlichen Form ist, und das Resultat nicht am Beginn des Prozesses stehen kann; also auch das revolutionäre Subjekt sich erst von seinen Verstrickungen in die Vorgeschichte der Menschheit befreit haben wird, wenn der Prozeß des Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft (als Einheit von Änderung der Verhältnisse und Selbstveränderung in der revolutionären Praxis) vollzogen ist.

- Wal Buchenbergs "*Elemente eines emanzipierten Sozialismus*" halte ich - er verzeihe mir den Ausdruck - für noch sehr naiv. Doch sie machen deutlich, wie weit der Weg noch ist, den der Kommunismus als reale Bewegung noch zu gehen hat, um sich überhaupt erst ansatzweise aus den durch die kapitalistische Vergesellschaftung aufgezwungenen Denkschablonen zu befreien. Ich empfehle, die erste Hälfte von Werner Imhofs "*Skizzen für einen emanzipatorischen Kommunismus*" als indirekte Antwort auf Wal Buchenbergs „Elemente" zu lesen.
- Den Beitrag "*Arbeit und Produktivität*" von Bernhard Klevenz habe ich in die nächste Ausgabe geschoben, weil er in diese Nummer aus Platzgründen nicht mehr passte. In der Online-Version der Streitpunkte ist er jedoch schon zu lesen. Ich schlage vor, im nächsten Heft einen Schwerpunkt auf das Thema "Arbeit" zu legen, es brennt auf den Nägeln und einige Debattenteilnehmer arbeiten daran.

VI. Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus

Diesen Text von Werner Imhof ist der für mich wichtigste in dieser Ausgabe der Streitpunkte. Ich halte zwar nicht viel davon, den Namen Kommunismus für die gesellschaftsverändernde Bewegung aufzugeben, das folgt unmittelbar aus meinen Ausführungen zum Verhältnis von Kontinuität und Bruch in den KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTEN 3, aber das ist wirklich von untergeordneter Bedeutung. Mich interessiert brennend eine weitere Diskussion über die Frage, wie "das abstrakte Denken lernen kann, konkret zu werden".

V. Kommunistische Produktion

Unter der Rubrik "Kommunistische Produktion" dokumentieren wir

- "*Notizen zur Kategorie Allgemeine, gesellschaftliche Arbeitszeit*" von Karl-Heinz Landwehr und einen Brief von Werner Imhof an Karl-Heinz Landwehr "*Zur möglichen Praxis Kommunistischer Produktion*". Die Beiträge zeigen einen Versuch, sich den Prinzipien kommunistischer Produktion als Ökonomie der Zeit in der Auseinandersetzung gedanklich anzunähern.
- zwei Beiträge zum Thema "*Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft?*" - Vollrat Neumann und ich greifen mit diesen Beiträgen in die - um diese Frage momentan eher etwas abgeflaute - Auseinandersetzung in der DKP ein.

Gemeinsame Erklärung

der Teilnehmer des 1. bundesweiten Treffens der Offenen Kommunistischen Foren

vom 10.-11.07.1999 in Hamburg

Die Teilnehmer der *Offenen Kommunistischen Foren* sind Kommunistinnen und Kommunisten unterschiedlicher Prägung, die in verschiedenen Parteien, Organisationen und Gruppen und dort in verschiedenen Bereichen politisch tätig sind. Um die notwendige Sammlung der proletarisch-revolutionären Kräfte zu unterstützen und weiter zu befördern, bauen wir die *Offenen Kommunistischen Foren* weiter aus. Die *Offenen Kommunistischen Foren* sind eine Plattform und Begegnungsstätte für die Menschen, die gemeinsame schriftliche und mündliche Diskussion zu ihren Themen wünschen oder für ihre Veranstaltungen und Aktionen werben möchten und Unterstützung suchen. Vor allem haben wir uns in *Offenen Kommunistischen Foren* zusammengefunden, um einen organisationsübergreifenden Austausch mit dem Ziel des besseren gegenseitigen Verständnisses führen zu können, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in unseren politischen und organisatorischen Auffassungen herauszuarbeiten, uns über unsere politische Arbeit gegenseitig zu informieren und dort, wo es sinnvoll und möglich erscheint, gemeinsames oder paralleles Handeln über historisch gewachsene Organisationsgrenzen hinaus zu initiieren.

Wir begreifen die Diskussion und die Zusammenarbeit in *Offenen Kommunistischen Foren* auch als eine Lehre aus der Geschichte, einen praktischen, wenn auch steinigen Weg zur Überwindung der Segmentierung des Kommunismus und für die Wiederherstellung demokratischer Prinzipien. Dem Anspruch, den die Kommunisten vor 150 Jahren im Manifest der Kommunistischen Partei an sich stellten, stets die Interessen des gesamten Proletariats hervorzuheben und zur Geltung zu bringen, vermag heute keiner der verbliebenen Scherben und Splitter allein gerecht zu werden. Das Ganze des Kommunismus kann nach unserer Auffassung erst wieder rekonstruiert und weiterentwickelt werden, die Reduzierung des Kommunismus erst überwunden werden, wenn die verbliebenen Scherben und Splitter selbstkritisch sich gegenseitig bespiegeln, von einander lernen und den Horizont erweitern.

Die *Offenen Kommunistischen Foren* sind jedoch keine politischen Bündnisse der herkömmlichen Art, denn ihre Zielsetzung ist grundsätzlicher und langfristiger. Mit der besseren persönlichen Kenntnis von Argumenten und Denkweisen von Genossinnen und Genossen aus anderen Organisationen sollen Vorurteile abgebaut und Verständnis für andere Positionen gefördert werden. Je weiter diese Kenntnis zu den Genossinnen und Genossen in den verschiedenen Organisationen dringt, desto größer wird die Basis für ein paralleles Handeln. Dadurch kann das Handeln anderer Organisationen nicht einfach als lästige Konkurrenz, Irrweg oder Ablenkungsmanöver missverstanden werden, sondern kann als ergänzende, ähnliche oder gleiche Zielsetzung, gegen den gemeinsamen Klassenfeind erkannt werden.

Bei der Teilnahme an einem OKF ist niemand verpflichtet, als Vertreter einer Gruppe oder Organisation zu erscheinen oder als solcher eine Verpflichtung einzugehen. Statuten und Programme der Organisationen, aus denen Teilnehmerinnen und Teilnehmer stammen und die daraus resultierenden Verpflichtungen, werden respektiert. Mehrheitlich gefasste Beschlüsse sind für die Minderheit nicht bindend. Dadurch entsteht in diesen Foren ein Raum für einen wirklich offenen Ideenstreit, dessen Rahmen und Öffentlichkeit durch jeden Teilnehmer selbst bestimmt werden kann.

Diese Foren sind für alle interessierten Kommunisten und an der kommunistischen Idee Interessierten offen und sie sollen vor allem den Kommunisten als dauerhafte Begegnungsstätte dienen, welche weder eine Auslese der Teilnehmer, noch eine Zensur kennt, sondern lediglich ein Reglement zur gleichberechtigten Nutzung.

Kommunismus ist nach unserem Verständnis die Bewegung mit dem Ziel der Befreiung der Menschheit von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Notwendig ist hierfür eine revolutionäre Bewegung zur Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit der Marktwirtschaft, des Kapitalismus. Eine wesentliche Rolle in diesem Prozess der Erkämpfung der klassenlosen Gesellschaft kommt der Arbeiterklasse zu.

Wir suchen aktiv nach gleichartigen Foren, Initiativen und Diskussionsgruppen, um mit ihnen nach einer Möglichkeit für eine zweckmäßige Verbindung zu suchen. Diese Suche ist nicht lokal oder national begrenzt, sondern bewusst international.

Ausgehend von diesem Ziel rufen wir dazu auf *Offene Kommunistische Foren* zu bilden, mit dem Aufbau zu beginnen. Viele Mitglieder aus verschiedenen Organisationen, auch nicht organisierte Marxistinnen und Marxisten können und sollen sich an den Foren beteiligen. Wir begrüßen ausdrücklich die jüngsten Initiativen in Bremen und im Rheinland und wir sind davon überzeugt, dass weitere Genossinnen und Genossen unserem Beispiel folgen werden. Wie es in einem Diskussionsbeitrag dazu heißt: „...Die Katze ist längst aus dem Sack. Es geht hier also um den Versuch der *aktuellen* Beantwortung der Organisations-

frage. Und es geht um die weitere praktische Zusammenarbeit. ...“ Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Rückgewinnung revolutionärer Theorie und Praxis. Kühne Initiative ist gefragt. Prüft uns! Prüft die revolutionärdemokratische Grundkonzeption, die wir vorschlagen. Wir sind gern bereit, das Konzept bei euch vorzustellen.

Die Anlagen

1. Die redaktionellen Grundsätze für Diskussionsmaterialien offener kommunistischer Foren
2. Die Grundregeln für Diskussionsveranstaltungen offener kommunistischer Foren
3. Die redaktionellen Grundsätze für die zentrale Archivierung der Diskussionsmaterialien offener kommunistischer Foren
4. Die redaktionellen Grundsätze der Internetseiten für offene kommunistische Foren

sind Bestandteil dieser Erklärung.

Bisherige Unterzeichner mit Datum/Signum/Herkunft/persönliche Bemerkung:

1. 11.07.1999 - Jürgen F. - MZ/OKF-Hamburg - “Ich stimme der Erklärung im vollen Umfang zu.”
2. 11.07.1999 - Holger G.- MZ/OKF-Hamburg - “Ich unterschreibe gern diese Erklärung, weil eine solche Einigung mehr als goldwert ist.”
3. 11.07.1999 - Harri R - MZ/OKF-Hamburg - “Die Erklärung ist politisch so okay, obwohl noch einige Formulierungsbolzen drin sind, aber, sie ist okay.”
4. 11.07.1999 - Ronald E.- MZ/OKF-Hamburg - “Natürlich unterschreibe ich das Ding! Getreu, wie es beim Gothaer Programm war: Scheiss auf die Einzelheiten, Hauptsache es wird gemacht.” [mündlich, mit Ronalds Erlaubnis hier aufgenommen]. “Ich denke, dass die Gründung eines bundesweiten offenen kommunistischen Forums primär, und die Erklärung sekundär ist. Eine bis ins Detail perfekt formulierte Erklärung ist im jetzigen Stadium nicht so wichtig und auch nicht möglich. Ich denke, dass *die* Kommunisten, die heute bereit sind, ein solches Forum ins Leben zu rufen, dies auch tun sollten. Ich stimme dem Antrag von Jürgen und Holger in seiner ursprünglichen Fassung -, als auch der jetzigen geänderten Fassung zu.”[schriftlich nachgereicht am 14.7.99]
5. 11.07.1999 - Kirsten - DKP/OKF-Hamburg - “Ich sag auch ja!”
6. 11.07.1999 - Vollrat - DKP/OKF-Hamburg - “Ein ganz vernünftiger Anfang.”
7. 11.07.1999 - Maren - DKP/OKF-Hamburg - “Ja!”
8. 11.07.1999 - Ansgar - DKP/OKF-Hamburg
9. 11.07.1999 - Martin M. - PDS/OKF-Süd - „Ich persönlich bin über den Verlauf recht glücklich, ich kann mich an vielen Punkten, die anderen GenossInnen am Herzen liegen, nicht so arg lang aufhalten. Die gemeinsame Erklärung findet deswegen auch meine Zustimmung in der Hoffnung, dass sie erst der Anfang von etwas Großen, Gemeinsamen wird.“
10. 11.07.1999 - Jürgen H. - MaK/OKF-Süd - “Ja. Passt so. War eine schwere Geburt. Ist gut, dass es zu Stande gekommen ist.”
11. 11.07.1999 - Heribert S. - MaK/OKF-Süd - “Ja, ich stimme zu. Die Erklärung ist ein Grundstein, wenn auch noch kein Meilenstein. Der Weg ist begonnen. Gut gefällt mir, dass die Erklärung hart gegenüber dem Klassenfeind und soft Verständigung suchend gegenüber den Klassengenossen ist. Das ist mal was anderes und war dringend nötig.”
12. 11.07.1999 - Helmut L. - KPF-Bremen - “Ich streite mich nicht um jeden Satz, ich halte das für richtig, bin einverstanden.”
13. 11.07.1999 - Dieter St. - Büro für direkte Einmischung/ OKF-Süd
14. 11.07.1999 - Petra H. - PDS/OKF-Süd
15. 11.07.1999 - Erol - SAV/OKF-Hamburg
16. 11.07.1999 - Detlef K&D/OKF-Hamburg - “ist okay”
17. 11.07.1999 - Andreas S. K&D/OKF-Hamburg - “ist okay”
18. 11.07.1999 - Gisela B. - Kommunistisches Forum Rheinland
19. 11.07.1999 - Chistoph S. - Kommunistisches Forum Rheinland - „Dies eine gute Basis für eine gemeinsame überregionale Koordination. Die regionale Umsetzung wird wahrscheinlich von Region zu Region etwas unterschiedlich sein.“
20. 11.07.1999 - Anton - MZ/OKF-Hamburg
21. 14.07.1999 - Zeta - OKF Hamburg
22. 26.07.1999 - Michael Weißer, Bonn (DKP / Kommunistisches Forum Rheinland)
23. 30.07.1999 - Rudi G. - DKP/PDS/OKF-Hamburg - “Ich bejahe die zum Aufruf weiterentwickelte Erklärung. In meinen Gesprächen über Sinn und Zweck Offener Kommunistischer Foren werde ich weiterhin - wie erstmals 1994 auf dem PDS-Parteitag die Notwendigkeit der Aufhebung aller bisherigen marxistischen Organisationen/Parteien im hegelschen Sinne und des gemeinsamen Suchens und Lernens betonen. Mir sind die Inhalte der Absätze 5 und 6 (des Vorschlages vom 4.7.99) besonders wichtig. Den Aufruf zur Bildung *offener* kommunistischer Foren sollten wir auch so nennen. Mir scheinen die “Scherben und Splitter” nicht in den Aufruf zu passen. Müsste es als Lehre aus unserer gemeinsamen Niederlage in diesem Absatz nicht heißen “Wiederherstellung demokratischer Prinzipien in der kommunistischen (Welt-) Bewegung”? Kommt der Arbeiterklasse “eine” oder “die” wesentliche Rolle im Prozess... zu? Wollen wir nur TeilnehmerInnen, die sich schon als KommunistInnen empfinden? Muss jede Kommunistin, jeder Kommunist in jedem Kapitalisten den

Klassenfeind sehen? Erfordert die Entwicklung des Kapitalismus nicht unsere Konzentration auf den "modernen" Imperialismus? Nach einer ersten Stellungnahme von Werner/DKP halte ich eine **weitere Bearbeitung des Aufrufs** durch die Teilnehmer des Treffens für notwendig. Sie könnte m.E. mit Fax, eMail und Internet erfolgen. Mit kommunistischem Gruß, offen für unser Forum.

24. 18.11.1999 - Kurt – DKP (Brandenburg)

25. 05.12.1999 - Wolfgang B..- MZ/OKF-Hamburg - Dies ist die notwendige Antwort auf das Siechtum der Kommunistischen Linken in Kleingrüppchen. Ob es über den Diskurs hinausgehen kann bezweifle ich, die Rückkehr zur geregelten, unzensierten Diskussion trennt aber scharf zwischen Sekte und Gefahr für das Marktkapitalsystem.

26. 31.12.1999 - Nico (K&D)

27. 23.01.2000 - die „Übergänge zum Kommunismus" (regionale Gruppe Hamburg) unterschreiben hiermit die gemeinsame Erklärung der „Offenen Kommunistischen Foren", vom 11.07.1999 in Hamburg. Zur weiteren Diskussion schlagen wir an folgende Punkten Änderungen oder verändernde Diskussionen vor:

1. Absatz 3: Wir fragen uns und euch welche demokratische Prinzipien sollen wiederhergestellt werden? Wäre es nicht notwendig für die heutige Situation angemessene Prinzipien zu erarbeiten
2. Absatz 4: "*...gegen den gemeinsamen Klassenfeind erkannt werden.*"
   Hier schlagen wir vor den folgenden Satz hinzuzufügen:
   An dieser Stelle soll nicht die Notwendigkeit von Kritik und Selbstkritik verwässert oder relativiert werden, sondern das Klima entstehen, dass berechtigte Kritik auch angenommen werden kann.
3. Absatz 7: "*Notwendig ist hierfür eine revolutionäre Bewegung zur Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit der Marktwirtschaft, des Kapitalismus.*"
   Notwendig ist hierfür eine revolutionäre Bewegung zur Überwindung des Privateigentums an Produktions- und Lebensmitteln, des Kapitalismus und damit der Marktwirtschaft.
   (Marktwirtschaft ist nicht gleich Kapitalismus)
   "Eine wesentliche Rolle in diesem Prozess der Erkämpfung der klassenlosen Gesellschaft kommt der Arbeiterklasse zu."
   Die wesentliche Rolle...
4. Absatz 9: "*Viele Mitglieder aus verschiedenen Organisationen, auch nicht organisierte Marxistinnen und Marxisten können und sollen sich an den Foren beteiligen.*"
   ..., auch nicht organisierte revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten können und sollen...

28. 05.05.2000 - Teo (BüKo/OKF) - Ich unterzeichne die Gemeinsame Erklärung - Ich habe das Konzept der OKF geprüft und für gut befunden. Leitmotiv der offenen kommunistischen Foren sollte ein Beitrag zur theoretischen und praktischen Weiterentwicklung der proletarischen Ideologie im Sinne der totalen Vergesellschaftung der Produktion sowie der Abschaffung der Privataneignung des Mehrwertes sein. Die Abschaffung der Privataneignung des Mehrwertes erfordert die Diktatur des Proletariats und erfordert außer dem die Aufhebung sämtlicher Produktionsverhältnisse und Beziehungen privatkapitalistischer Aneignung, im Sozialismus als Interimsetappe, auf dem Weg zur freien und klassenlosen Gesellschaft. Unter Kommunisten ist deshalb keinerlei Platz für Reaktionäre. Unser Ziel ist nämlich die Abschaffung von Knechtung und Versklavung, gleich welcher Art.

Die Foren sind bisher unter folgenden Adressen zu erreichen:

OKF-Hamburg
eMail: OKF-HH@aol.com

OKF-Süd
Heribert Sommer
PF 1211, 96234 Ebersdorf b. Coburg
Tel./Fax: 09562-3531 (Fax avisieren)
eMail: Red.File@t-online.de

Offenes Kommunistisch/Antikapitalistisches Forum - Bremen
Helmut Lucas, Grünbergstraße 7, 28215 Bremen
Tel: 0421-351510

Kommunistisches Forum - Rheinland
KFR-Bonn@gmx.de

Anlage 1: Die redaktionellen Grundsätze für Diskussionsmaterialien *offener kommunistischer Foren*

A. Alle eingehenden Beiträge werden unzensiert aufgenommen. Bei Notwendigkeit werden lediglich technische Änderungen vorgenommen, die als solche ausgewiesen werden.

B. Die Beiträge werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs in die nächste Ausgabe aufgenommen. Sollte eine andere Reihenfolge gewünscht werden, so wird dies mit dem Autor des betreffenden Diskussionsbeitrages, der geschoben werden soll, abgesprochen.

C. Sobald mindestens 10 Seiten Diskussionsmaterial eingegangen sind, wird eine neue Ausgabe fertiggestellt und an die Teilnehmer der Diskussion verteilt.

D. Das Begleichen der entstehenden Kosten wird mit jedem Teilnehmer persönlich abgesprochen.

E. Alle OKF-Diskussionsmaterialien sind persönliche Post und werden deshalb als persönliche Post weitergeleitet.

F. Jeder Teilnehmer kann die Diskussionsmaterialien des OKF, oder Teile daraus, für seine persönliche Post beliebig weiterverwenden, vervielfältigen und weiterreichen. Veröffentlichungen müssen mit den jeweiligen Autoren abgesprochen sein.

G. Die Mitarbeit in der Redaktion dieser Diskussionsmaterialien, ist für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer offen.

Anlage 2: Die Grundregeln für *Diskussionsveranstaltungen offener kommunistischer Foren*

A. Falls Abstimmungen zu politischen Fragen durchgeführt werden, dann nur, um die politische Positionen der Teilnehmer besser zu verdeutlichen. Solche Abstimmungen werden auf schriftlichen Antrag aus den Reihen der Teilnehmer durchgeführt. Die Abstimmung wird offen durchgeführt und vom Vorsitz, auf Wunsch mit Pseudonym, protokolliert. Die Abstimmung enthält folgende Möglichkeiten. 1. Dafür; 2. Dagegen; 3. Enthaltung. Außerdem besteht 4. die Möglichkeit der Nichtteilnahme an der Abstimmung.

B. Für Abstimmungen über die Geschäftsordnung und andere organisatorische Dinge gilt das Mehrheitsprinzip (> 50 Prozent der Anwesenden).

C. Für die vom OKF organisierten Diskussionsveranstaltungen und für Seminare, die über die Öffentlichkeit der normalerweise am OKF Teilnehmenden hinausgehen, wird von den Anwesenden ein organisatorischer Leiter (als Vorsitz) und mindestens ein Stellvertreter gewählt, welche die Diskussion leiten und Abstimmungen protokollieren. Zur Unterstützung können sie beliebig viele freiwillige Helfer aus den Reihen der Teilnehmer heranziehen, welche sie zum Beispiel beim Protokoll, Zeitnahme usw. einsetzen. In der Regel soll eine Wortmeldung 5 Minuten nicht überschreiten.

D. Rederecht zur Diskussion haben alle Anwesenden. Die Reihenfolge der Redner richtet sich nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, wobei Erstredner in der Reihenfolge vor Zweitrednern das Wort erhalten. Die maximale Anzahl der Redebeiträge richtet sich nach der zur Verfügung stehenden Zeit.

E. Werden Debatten zwischen Teilnehmergruppen mit verschiedenen politischen Auffassungen zu ausgewählten politischen Themen organisiert, so sollte vor dem Beginn der Debatte die Zeit und Reihenfolge der Referate, die Diskussionsreden (Anzahl), sowie der Schlussreden vereinbart werden. Auf diese Weise können organisatorische Vor- und Nachteile, die für die politische Klärung eines Sachverhalts schädlich sind, ausgeglichen werden.

F. Änderungsanträge zur Geschäftsordnung können jederzeit mündlich gestellt werden und müssen vor einer neuen Worterteilung, vom Vorsitz, nach maximal einer Rede von 1 Minute dafür und 1 Minute dagegen, abgestimmt werden.

Anlage 3: Die redaktionellen Grundsätze für die zentrale Archivierung der Diskussionsmaterialien *offener kommunistischer Foren*

A. Die Aufnahme in das Archiv und den Katalog, die derzeit von der Redaktion des Marxistischen Zirkels geführt werden, steht allen kommunistischen Redaktionen offen.

B. Die Nummerierung der Katalogteile richtet sich nach der Reihenfolge der Teilnahme an diesem Archivsystem. Die Dateien innerhalb der Teile werden chronologisch nach dem Erscheinungsdatum archiviert.

C. Die aufgeführten Materialien dieses Kataloges können von jedem Interessenten ganz (auf CD-ROM) oder in Auszügen als Datei oder als Ausdruck bei der Redaktion bestellt werden. Das Begleichen entstehender Kosten wird mit jedem Interessenten persönlich abgesprochen.

D. Alle hier aufgeführten Materialien sind persönliche Post und werden deshalb als persönliche Post weitergeleitet.

E. Jeder Interessent kann alle hier aufgeführten Materialien (oder Teile daraus) für seine persönliche Post beliebig weiterverwenden, vervielfältigen und weiterreichen. Veröffentlichungen müssen mit der Redaktion oder dem jeweiligen Autor eines Beitrages abgesprochen sein.

Anlage 4: Die redaktionellen Grundsätze der Internet-Seiten für *offene kommunistische Foren*

A. Diese Seiten steht allen Teilnehmern zur Nutzung und Mitarbeit offen.

B. Der für die Texte der Teilnehmer zur Verfügung stehende Speicherplatz wird zu gleichen Teilen unter allen Interessierten prozentual aufgeteilt.

C. Die Reihenfolge der Texte der Teilnehmer richtet sich nach der Reihenfolge der Einreichung.

D. Die aufgeführten Materialien in den OKF Internetseiten können von jedem Interessenten ganz (auf CD-ROM) oder in Auszügen als Datei oder als Ausdruck bei der Redaktion bestellt werden. Das Begleichen entstehender Kosten wird mit jedem Interessenten persönlich abgesprochen.

E. Alle Informationen, die über diese Internet-Seiten angeboten werden und nicht als öffentlich gekennzeichnet wurden, sind persönliche Post und werden deshalb als persönliche Post weitergeleitet.

F. Jeder Interessent kann alle hier aufgeführten Materialien (oder Teile daraus) für seine persönliche Post beliebig weiterverwenden, vervielfältigen und weiterreichen. Veröffentlichungen müssen mit der Redaktion oder dem jeweiligen Autor eines Beitrages abgesprochen sein.

Plattform der übergänge zum Kommunismus

Der erneute Kampf um den revolutionären Übergang zum Kommunismus, zur globalen, grenzen- und daher staatenlosen menschlichen Gesellschaft, nicht ein Kampf um sozialstaatliche Reformen steht auf der Tagesordnung. Die Verteidigung selbst der bescheidensten Lebensinteressen gegen die Angriffe des Kapitals, einschließlich der Abwehr eines neuen imperialistischen Weltkrieges, stellt auch in den Metropolen des Weltmarkts die massenhaft proletarisierten Individuen in den entschiedensten Gegensatz nicht allein zu diesem oder jenem Bourgeois, dieser oder jener politischen Option ihrer Bourgeoisie, sondern zur bourgeoisen Daseinsweise selbst: zum privaten Eigentum an den sachlichen Bedingungen der Arbeit, unter dem sich das Klassenprivileg arbeitsloser Aneignung fremder Arbeit verbirgt. Die Sicherung unserer bloßen proletarischen Existenz erfordert heute *revolutionäres* Handeln, fordert rücksichtslose Eingriffe ins Allerheiligste aller herrschenden Weltordnung, in das Eigentum der Bürger.

Ein taktierender Kommunismus, der im Fahrwasser des Sozialreformismus à la *„Erfurter Erklärung"* meint, etappenweise die Anhöhen der Macht nehmen zu können, liegt strategisch durchaus falsch. Der keynesianistisch durchtränkte „demo-kratische Sozialismus" bloßer Umverteilung des kapitalistisch produzierten Reichtums formuliert jetzt seine konterrevolutionäre Antwort auf eine soziale Revolution, die erst wieder zu organisieren ist. Gegen sie bietet er sich der Bourgeoisie als Notstandsregierung in spe an.

Der Aufstieg des Reformismus ist geknüpft an den revolutionären Aufstand, sein Erfolg beruht auf der Spaltung und ist damit die Niederlage der kämpfenden Klasse. So war es jedenfalls in der Vergangenheit.

Mit dem Abgang des östlichen sogenannten Realsozialismus aus der Weltgeschichte verhallt das letzte Echo jenes ersten großen Anlaufs zum revolutionären Sturz der Weltherrschaft des Kapitals, mit dem das internationale Proletariat am Beginn dieses nun zu Ende gehenden Jahrhunderts auf die erste menschenverschlingende weltkatastrophale Krise geantwortet hat, in die das im globalen Maßstab sich selbst zur Schranke gewordene Kapital die menschliche Gattung gestürzt hat. Es sind damit auch die Bedingungen des konterrevolutionären Reformismus restlos vernichtet, mit dem es in der Folge den Bourgeoisien der kapitalistischen Metropolen gelungen ist, die sich revolutionär formierende ausgebeutete Klasse zu spalten und so das Überleben ihrer Herrschaft sich zu erkaufen.

Vorangepeitscht auch durch die reformistisch gebrochene revolutionäre Bewegung des Proletariats, haben sich in diesem Jahrhundertprozeß zugleich die vom Kapital selbst erzeugten Voraussetzungen seiner revolutionären Überwindung ihrerseits in einem Maße revolutioniert, das alle Gestaltungen, Parteiungen, Organisationsprinzipien, Anschauungen, Strategien etc., die uns jener erste weltrevolutionäre Anlauf überliefert hat, radikal zur Disposition stellt.

Das in diesem widersprüchlichen Verlauf seiner Geschichte gründlich verschlissene Programm des revolutionären Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft unter sich neu zu klären, auszuarbeiten, zu beschließen, es in der Aktion zu vertreten und zu überprüfen, d.h. eine Grundlage für ihre *revolutionäre Kooperation* zu schaffen: das ist die entscheidende Aufgabe, die *alle* Sozialisten und Kommunistinnen – unbeschadet ihrer verschiedenen theoretischen, politischen und organisatorischen Traditionen und aktuellen Bindungen – jetzt *gemeinsam* in Angriff zu nehmen haben.

Als **Eckpunkte** eines solchen Programms seien hier vorläufig festgehalten und somit zur Diskussion gestellt:

- **Statt** „Arbeit für alle" und Gefeilsche um Arbeitsplätze oder auch „Revolution gegen die Arbeit":

  Bloßlegung des bürgerlichen Privilegs zu arbeitsloser Existenz, das den wirklichen Zwang zur Arbeit in ein scheinbar zufällig-individuelles Schicksal verkehrt. **Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf *alle* arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft,** d.h. Abschaffung jenes Privilegs des Besitzes. Nur so wird *für alle* die gesellschaftlich notwendige Arbeit und ihr vernünftiges Maß *transparent* und damit soweit *reduzierbar*, daß uns Zeit zur freien Entfaltung unserer individuellen „produktiven Triebe und Anlagen" (Marx) zuwächst, die Arbeit daher überhaupt ihren Zwangscharakter verlieren und sich in unser „erstes Lebensbedürfnis" (Marx) verwandeln kann.

- **Statt** sogenannter „Wirtschaftsdemokratie", also demokratischer Kontrolle des fortbestehenden privaten Kommandos über die gesellschaftliche Arbeit; statt Verbilligung der kapitalistischen Lohnarbeit durch Dienstverpflichtung, unentgeltliche „Bürgerarbeit", geldlose Nischenproduktion, Tauschringe etc.:

  Abschaffung der Lohnarbeit selbst, nämlich des die gesellschaftliche Arbeit in ihr Gegenteil verkehrenden Zwangs, daß sie sich *verwerten* muß, daß ihr gesellschaftlich erzeugtes Produkt, weil in den Händen der Privaten monopolisiert, die kooperative Arbeit zum Mittel seiner endlosen Selbstvermehrung degradiert.

***Selbstorganisation* der Arbeit durch freie Assoziierung der Produzenten auf der Höhe des jetzigen Vergesellschaftungsgrades der Arbeit,** für die es vorderhand nichts weiter braucht als die völlige Abschüttelung jenes Verwertungszwanges, d.h. der jetzigen privaten Verfügung über sie, die angesichts des hochgradig gesellschaftlichen Charakters heutiger Arbeit nur noch ein schreiender und äußert kostspieliger Anachronismus ist.

- **Statt** „Geld ist genug da", statt trotziger Appelle an eine über allen Klassengegensatz erhabene, also bürgerliche Gerechtigkeit, die das Geld, den Garanten der darin stets allgemein versprochenen und doch immer nur exklusiv realisierten Freiheit, nur endlich gleichermaßen großzügig über alle Glieder der Gesellschaft verteilen müsse:

  Aufhebung der bestimmten Voraussetzung, unter der überhaupt nur der gegenständliche Reichtum allgemein in Geld gemessen und erst im Austausch mit Geld konkret nutzbar wird: daß er nämlich sich *regelmäßig* in den Händen derer befindet, die nichts mit ihm anfangen können, als ihn zu tauschen, und daher denjenigen, die seiner konkret bedürfen, ebenso regelmäßig *nicht* gehört; daß also die unmittelbaren Produzenten reduziert sind auf ihre bloße Arbeitskraft, weil vollständig getrennt von den sachlichen Elementen ihrer Produktion, die das Monopol der bürgerlichen Klasse, der nichtarbeitenden Aneigner ihrer Produktion sind. Diese Voraussetzung läßt sich nicht aufheben, ohne daß damit zugleich das Geld als allgemeine Darstellungsform des gesellschaftlichen Reichtums gegenstandslos wird und verschwindet. Die im **Geld** ihren allgemeinsten, geläufigsten Ausdruck findende Ökonomie, in der die Produkte der Arbeit ihren Produzenten enteignet sind und über sie herrschen, **löst sich auf in die banale Grundlage aller Ökonomie, die „Ökonomie der Zeit": Die *gesellschaftlich planmäßige Verteilung der Arbeitszeit* regelt „die richtige Proportion der verschiednen Arbeitsfunktionen zu den verschiednen Bedürfnissen"** (Marx).

- **Statt** Verteidigung der Freiheit und Gleichheit, deren „produktive reale Basis" (Marx) das Privateigentum ist; statt der auch links üblichen Erhebung der Demokratie zum Zweck:

  Radikale *Ausschöpfung* der Demokratie für die Assoziierung aller vom Produkt ihrer gemeinsamen Arbeit enteigneten, von ihrer Arbeit entfremdeten Individuen bis hin **zur Errichtung ihrer *revolutionären Diktatur* zum Zwecke despotischer Eingriffe in jene Ordnung des Eigentums,** die diese Enteignung und Entfremdung ebenso zur Voraussetzung hat, wie sie dieselbe stets von neuem spontan erzeugt; einer Diktatur, die übergeht zur *Auflösung jeglicher Politik*, der diktatorischen wie der demokratischen, die doch immer eine *Regierung über Menschen* bleibt, in eine solche gemeinsame *Verwaltung der Sachen*, „worin die freie Entwicklung einer jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist."

Vorhaben und Aktivitäten des Zirkels übergänge zum Kommunismus

Die Kapitalisierung der Welt, die Herstellung des Weltmarktes, der „Formwechsel des Arbeiters" und „die Expropriation der unmittelbaren Produzenten" (Marx), kurz gesagt, die Verwandlung der Arbeiter in Proletarier und ihrer Arbeitsmittel in Kapital ist soweit vorangeschritten, daß das „Kapitalmonopol (...) zur Fessel der Produktionsweise" (Marx) geworden ist. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Proletariat ist zum Zerreißen gespannt. Wie Naturgewalten prallen die Klassenkräfte mit Wucht aufeinander. Diesem katastrophal verlaufenden Prozeß, dessen Bewegung gesellschaftlichen Naturgesetzen gleich, wenn überhaupt zu etwas Bestimmbaren, zur schmerzhaften Geburt des Kommunismus führen wird, das Bewußtsein von seiner Richtung zu geben, d. h. „die Geburtswehen abkürzen und mildern" (Marx) zu helfen, ist die jetzige Aufgabe der Kommunisten.

Mit einem Wort: *proletarisches Klassenbewußtsein* zu befördern, ausgehend von den **vier Eckpunkten** der vorläufigen programmatischen Plattform, ist die aktuell zentrale Aufgabenstellung, der sich die Teilnehmer des dem proletarisch-praktischen Kommunismus verpflichteten Zirkels **übergänge** widmen wollen.

Obgleich ganz allgemein formuliert, implizieren die **Eckpunkte** die Möglichkeit, praktisch-politisch in gesellschaftlichen Teilbereichsbewegungen, wie auch in der kommunistisch-anarchistischen Bewegung klassenbewußtseinsfördernd zu intervenieren. Uns ist klar, daß ihr Mangel an Konkretheit ihre gesellschaftliche Relevanz begrenzt.

Doch klar wird mit ihnen auch: Die Aktivitäten, die die **übergänge** entfalten, sind weder akademisch-seminaristisch noch politizistisch-aktionistisch. Sie dienen langfristig der Beförderung des Parteibildungsprozesses des Proletariats und der Entwicklung seines revolutionären Programms. Im wesentlichen auf drei Ebenen versuchen die **übergänge** dieser not wendigen Arbeit nachzukommen.

1. *Vereinzelt* beteiligen sich zur Zeit Genossen und Genossinnen der **übergänge** mehr *schlecht als recht* am Aufbau und Betreiben freier Radios. Sie versuchen als einzelne temporär oder längerfristig zu intervenieren in Kreisen der Überreste der feministischen Bewegung, der linken Gewerkschafts- und der Arbeitslosen-

bewegung. Auch in der Antifabewegung beteiligt sich ein Genosse. Seit dem Krieg der Nato gegen Jugoslawien engagieren sich mehrere Genossen und Genossinnen in der Anti-Kriegsbewegung. Zudem versuchen die **übergänge** sich an strömmungsübergreifenden Zusammenhängen zu beteiligen (OKF), oder selber welche zu initiieren (programmatische Debatte / Kommunistische Streitpunkte).
Alle diese Aktivitäten stehen zur Disposition, sind mit unseren spärlichen Kräften nicht angemessen zu bewältigen. Es müssen in naher Zukunft gezieltere Aufgabenkonzentrationen stattfinden und vor allem neue Aktivisten und Aktivistinnen zu den **übergängen** hinzukommen.

2. Im Rahmen ihrer Kräfte unterstützen und initieren die **übergänge** Qualifikations- und Selbstqualifikationsprozesse von Genossen und Genossinnen.
   - Dazu gehört die gemeinsame Reflexion auf die Aktivitäten von Einzelnen. Würden Wesen und Erscheinung der Dinge unmittelbar zusammenfallen, bedürfte es keiner Wissenschaft. Diese Erkenntnis auch und gerade im Handgemenge des politischen *Alltags* nicht zu vergessen, um nicht vom sogenannten „gesunden Menschenverstand" um alle Vernunft gebracht zu werden, soll uns als Richtschnur dienen. Denn, so sagte einmal ein bekannter deutscher Philosoph, bekanntes ist noch lange nicht erkanntes.
   - Um uns dieses intellektuelle Handwerkszeug anzueignen, welches uns sukzessive in den Stand versetzen soll, die gesellschaftlichen Phänomene inhaltlich angemessen auf den Begriff zu bringen, veranstalten die **übergänge** *sporadisch* gemeinsame Treffen, auf denen zu unterschiedlichsten Fragen und Problemen des historischen und dialektischen Materialismus gearbeitet wird. Erste Überlegungen dazu sind:
     - Ein Treffen, auf dem das Problem der Wert-Preis-Transformation in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie diskutiert werden soll.
     - Ein Treffen, auf dem gemeinsam in Hegels „Phänomenologie des Geistes" der Abschnitt der Herr-Knecht-Dialektik gelesen und reflektiert werden soll, um eventuell im Lichte dieser Betrachtung das Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat und die Aufhebung beider Klassen mittels der proletarischen Revolution zu beleuchten.
     - Eine gemeinsame Fahrt zum Bauernkriegs-Panorama von Werner Tübke bei Bad Frankenhausen um sich der Geschichte der Klassenkämpfe und der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland einmal durch ein anderes Medium zu nähern.
   - Darüber hinaus ist es unser erklärtes Ziel, auch die Kapazitäten für *systematische* Theorieaneignungsprozesse möglichst gemeinsam mit anderen aufzubauen und diese *mit* in Gang zu setzen. Als Beispiele seien hier genannt:
     - Eine Einführung in alle drei Bände des Marxschen Kapitals.
     - Langfristig angelegte gemeinsame Kapitalschulungen.
     - Die redaktionelle kritische Bearbeitung der Thesen zu 150 Jahre KP (als Übungsfeld, kooperative theoretische Praxis zu erproben und einen angemessenen Beitrag zur Organisierung der programmatischen Debatte beizusteuern).
     - Sukzessive Aneignung des historischen Wissens derjenigen auf deren Schultern wir heute stehen.

     Um letzteres bewerkstelligen zu können, müssen Pläne für wechselseitige Lern- und Lehrprozesse gesichtet, eventuell mitentwickelt und dementsprechendes Lesematerial gemeinsam durchforstet werden, um es vielfältiger individueller Aneignung zu erschließen. Dies alles geht weit über die zirkelorganisierte Arbeit hinaus. Es läuft gleichsam auf eine „kommuni-stische Universität" hinaus, die natürlich das Lernen *im Kampf* zu organisieren hat, aber eben auch selber forschen und neues Wissen schaffen, also *Wissenschaft* betreiben muß.

3. Nach dem Erscheinen von vier Ausgaben der Übergänge über einen Zeitraum von vier Jahren, der Broschüre „Zurück in die Zukunft", mehrerer Flugschriften und Thesenpapiere in Miniauflagen, dies alles noch nicht als organisierter Zirkel, liegt die Publikationstätigkeit der **übergänge** zur Zeit mehr als im argen. Nicht nur daß mehrere hundert Seiten verschriftlichter theoretischer Debatte teilweise oder gar nicht erschlossen und unveröffentlicht herumliegen, es fehlt auch, bei gegebenem Material zu einigen Themen, an einer Konzeption. Diese muß schnellstens erarbeitet und umgesetzt werden. Für die Zukunft wird dazu bis auf weiteres wie folgt verfahren: Ab zehn Seiten schriftlicher Äußerungen von **übergänge**-Teilnehmern oder von diesen für interessant befundener Texte wird jeweils eine **übergänge**-Nummer herausgegeben. Es wird ein Vertriebsnetz auf- und ausgebaut. Die Nummer kostet nicht mehr als 5 DM.

Alle Teilnehmer der **übergänge** *arbeiten aktiv an der Verwirklichung der Ziele des Zirkels*. Darüber hinaus zahlen sie regelmäßig einen angemessenen Beitrag (nach Möglichkeit mindestens 1% ihres Nettoeinkommens) in eine gemeinsame Kasse.

Sollten seine Vorhaben in einem übergeordneten, international orientierten Zusammenhang Berücksichtigung finden, *löst* sich der Zirkel in diesem *auf*.

BR Deutschland, den 14.07.1999

Werner Imhof

Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus

Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch. *Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus veranlassen, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis.*
(Marx, 8.These über Feuerbach)

(Der folgende Text basiert auf einem Vortrag vom 26.2.99 im Demokratischen Presseclub in Berlin, dessen damals nur angerissene Gedanken ich hier ausführlicher zu entwickeln suche. Den – nicht von mir gewählten – Titel des Vortrags habe ich beibehalten, weil er Anlaß zu einigen methodischen Klarstellungen gab und gibt.)

Eingrenzung des Themas

Der Titel, unter dem der Vortrag angekündigt wurde, ist geeignet, Erwartungen zu wecken, die ich von vornherein enttäuschen möchte: Mein Thema ist nicht „der Kommunismus" oder „die kommunistische Gesellschaft", schon gar nicht nach dem Motto „Wir malen uns ein Bild vom Kommunismus" im Sinne eines erdachten oder erwünschten Gesellschafts*systems* oder *-modells*. Was ich skizzieren möchte, ist vielmehr eine Kapital(ismus)kritik, die überhaupt erst (wieder) den Blick freimacht auf die *mögliche Praxis* oder *praktische Möglichkeit* einer kommunistischen, d.h. direkt gesellschaftlichen *Produktionsweise* als Selbstorganisation der gesellschaftlichen Arbeit durch die (wie auch immer) „assoziierten Produzenten" (auf Basis ihrer gemeinsamen Herrschaft über die Produktionsmittel, -zwecke und -folgen). Die Betonung liegt dabei auf beidem, auf der Praxis wie auf der Möglichkeit.

Im gewöhnlichen, auch im gewöhnlichen linken, Sprachgebrauch steht die Abstraktion „Gesellschaft" für eine anonyme Macht, die dem Einfluß der Individuen entrückt und kaum durchschaubaren Eigengesetzen unterworfen scheint. Tatsächlich ist aber auch die bestehende „Gesellschaft" nur Menschenwerk und nichts anderes als die Gesamtheit der *Beziehungen*, die die Individuen als *tätige* Subjekte miteinander eingehen und unterhalten. Ihre fundamentale Praxis ist die gesellschaftliche Arbeit; und die Art und Weise, wie sie ihre materielle Reproduktion organisieren, wie sie mit ihrer gesellschaftlichen Arbeitskraft und deren Produkten umgehen, ist die „letztlich entscheidende" Basis ihrer geschichtlichen Entwicklung. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst – allerdings unter Verhältnissen, die sie (noch) nicht beherrschen. Aber auch diese Verhältnisse sind Resultat ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Praxis. Auch die herrschenden Produktions- und Klassenverhältnisse existieren nur dadurch, daß sie durch die gesellschaftliche Praxis der Herrschenden *wie* der Beherrschten laufend reproduziert (und modifiziert) werden, in erster Linie durch die kapitalistische Produktionsweise selbst. Und wenn ihnen die geldgetriebene „Marktwirtschaft" auch als einzig denkbare, jedenfalls alternativlos „moderne" Wirtschaftsweise erscheint, als Ausdruck rationeller Sachverhalte und -zwänge, so ist sie doch nur eine bestimmte gesellschaftliche Manier, die materielle Reproduktion zu organisieren, und zwar eine bornierte und irrationale, die sich selbst ad absurdum führt und die Bedingungen ihrer eigenen Negation hervorbringt.

Eben deshalb sollte sie auch als anachronistische gesellschaftliche Praxis begreifbar sein. Jedenfalls für die, die direkt oder indirekt unter oder an ihr leiden, die von den bornierten Zwecken und verrückten Zwängen dieser Produktionsweise erniedrigt und unterdrückt werden und daher ein Interesse entwickeln könnten, sie zu überwinden. Andererseits muß ein solches Interesse hilflos, abstrakt, utopisch oder eben reformistisch bleiben, wenn es nicht auf dem kritischen Verständnis der herrschenden Praxis basiert (die der Beherrschten eingeschlossen). Erst wenn die Menschen die verdinglichten Verhältnisse – Markt, Geld, Kapital usw. – als Formen und Resultate bestimmter *gesellschaftlicher Praxis* begreifen, an der *sie selbst* auf verschiedene Weise *beteiligt sind* – erst dann können sie, behaupte ich, eine *praktische* Vorstellung davon gewinnen, daß und wie diese Verhältnisse zu ändern wären, daß und wie die kapitalistische Produktionsweise durch eine kommunistische zu ersetzen wäre.

Worum es mir also geht, ist ein Verständnis der herrschenden Produktionsweise, das das Verständnis ihrer *möglichen* Aufhebung durch eine kommunistische Produktionsweise ohne Markt-, Geld- und Kapitalbeziehungen als Basis einer emanzipierten und emanzipatorischen Gesellschaft einschließt. *Möglich* in zweifacher Hinsicht: einmal im Sinne ihrer Realisierbarkeit oder Praktikabilität; zum andern im Sinne einer bloßen Option der Geschichte, deren Realisierung kein „vom Willen der Menschen unabhängiges Gesetz" ist, sondern nur das gewollte und bejahte Werk der bisher Lohnabhängigen selbst sein kann – entsprechend dem Motto der „Internationale": „Uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur (bzw. das müssen wir schon) selber tun." Ob sie es auch *wollen* werden, steht auf einem anderen Blatt. Die Einsicht in die mögliche Pra-

xis kommunistischer Produktion ist nicht notwendig identisch mit dem Interesse, sie auch zu verwirklichen. Aber sie ist seine Voraussetzung, die es überhaupt erst (wieder) zugänglich zu machen gilt.

Dem steht übrigens auch der überkommene Begriff „Kommunismus" selbst im Wege. Er war einmal gleichbedeutend mit Theorie, Praxis und Ziel proletarischen Emanzipationsstrebens in einem. Im Laufe der Geschichte ist er zum Inbegriff des Gegenteils geworden, zum Synonym verlogener bürokratischer Herrschaft über die Gesellschaft und die gesellschaftliche Arbeit. Und diese Bedeutung wird er im Massenbewußtsein auch solange behalten, solange er nicht mit einer erkennbaren anderen Praxis verbunden werden kann. Da hilft es auch nichts, ihm das Attribut „emanzipatorisch" voranzustellen, wie im Titel geschehen und wie ich es vor kurzem selbst noch getan habe. Auch ein „emanzipatorischer Kommunismus" reproduziert noch einen Sprachgebrauch, in dem „der Kommunismus" (resp. „der Sozialismus") als ein mit Eigenleben begabtes (und nicht nur grammatisches) Subjekt erscheint, das der Subjektivität und Praxis der Menschen entrückt und übergeordnet ist. Die Stalinisten (gleich welcher Spielart) hatten einen solchen Sprachgebrauch nötig, um die politbürokratische Herrschaft über die Gesellschaft, „sozialistisches System" genannt, im Namen angeblich „objektiver Klasseninteressen" (ein Widerspruch in sich) und „Gesetzmäßigkeiten" zu legitimieren. Ich halte es deshalb für angebracht, den Begriff „Kommunismus" bis auf weiteres fallenzulassen und statt dessen direkt von der emanzipatorischen und emanzipierten gesellschaftlichen Praxis zu reden, die damit gemeint sein sollte. Und da die Vorstellung davon nur dem kritischen Verständnis der heutigen Praxis gesellschaftli-cher Reproduktion entspringen kann, wäre mein Thema eigentlich treffender umschrieben als „Skizzen (zu) einer emanzipatorischen Kapital(ismus)kritik". Skizzen deshalb, weil es sich um kein fertiges Gedankengebäude handelt, sondern um unfertige Gedanken und Denkanstöße, die vor allem erst mal die *Richtung* aufzeigen sollen, in die eine solche Kritik zu entwickeln wäre.

Die gesellschaftliche Arbeit oder die alltägliche Entfremdung

Es ist eine scheinbar banale Tatsache, daß die materielle (und kulturelle) Reproduktion der heutigen Gesellschaft auf einer höchst entwickelten gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruht, auf *gesellschaftlicher Arbeit* also, die nicht (oder nur marginal) der produktiven und individuellen Konsumtion der jeweiligen Produzenten dient, sondern „fremde", eben gesellschaftliche Zwecke und Bedürfnisse erfüllt. Zwar ist die individuelle bzw. familiäre „Privatarbeit" für den Eigenbedarf immer noch ihre notwendige Bedingung und Ergänzung; doch es ist die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit, die den materiellen Reichtum der Gesellschaft, den Umfang und das Niveau ihrer Reproduktion bestimmt. (Im Grunde ist die „Privatarbeit" nur eine besondere Form gesellschaftlicher Arbeit, weil die Menschen auch in ihrer „Privatsphäre" schließlich ge-sellschaftliche Individuen bleiben, ihre „private" Arbeit immer auch gesellschaftliche Funktion hat, mit gesellschaftlich produzierten Arbeitsmitteln verrichtet wird usw.)

Der gesellschaftliche Charakter oder Zusammenhang der Arbeit ist eine ebenso alltägliche wie unverstandene und unreflektierte Erfahrung, nicht nur für den sog. Normalverstand, sondern auch in den gängigen Versionen „linker" Kapitalismuskritik. Dabei ist die kapitalistische Produktionsweise überhaupt nur vom Standpunkt der gesellschaftlichen Arbeit aus zu verstehen und sinnvoll zu negieren, eben als eine bestimmte historische Art und Weise, die gesellschaftliche Arbeit zu organisieren.

Nach Auffassung der traditionellen sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung ist sie charakterisiert durch die Monopolisierung der Produktionsmittel in den Händen einer minoritären Klasse von Kapitalisten (und Grundbesitzern) einerseits und die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln andererseits, was sie zu Proletariern macht und sie zwingt, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben und mit ihrer Arbeit den Reichtum der Kapitalisten (und der Grundbesitzer) zu vermehren. Diese Charakterisierung hat eine entscheidende Schwäche: Sie ist in fataler Weise unvollständig, weil sie die Herrschaft über Menschen allein aus der Herrschaft über Sachen erklärt, das kapitalistische Kommando über die gesellschaftliche Arbeit allein aus der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel. Wäre sie richtig und hinreichend, die kapitalistische Produktionsweise zu verstehen, müßte rätselhaft bleiben, warum derart durchsichtige, fadenscheinige Produktionsverhältnisse sich überhaupt weltweit durchsetzen konnten und weiterhin durchsetzen, warum die ProletarierInnen ihnen nicht längst ein Ende gesetzt haben, sondern im Gegenteil dafür kämpfen, ihnen unterworfen zu bleiben oder sich ihnen unterwerfen zu können.

Die traditionellen „linken" Erklärungsversuche für die ungebrochene Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise sind ebenso zahlreich wie hilflos: angefangen von der Staatsmacht, die alle revolutionären Bewegungen mit Gewalt und notfalls mit faschistischem Terror unterdrückt, über die bürgerliche Ideologieproduktion, die die Hirne der Massen vernebelt und manipuliert, die Klassenbefriedung durch Sozialstaat und kompensatorischen Konsum, bis hin zum Opportunismus, Kapitulantentum und Verrat in den Reihen der Arbeiterbewegung selbst. All diese Behelfserklärungen enthalten ein mehr oder weniger großes Stück historischer Wahrheit. Aber sie versagen vor der Frage, was diese Mächte und Einflüsse derart wirksam machte, daß in allen Ländern mit entwickelter kapitalistischer Produktion das Privateigentum an den Produktionsmitteln von den Lohnabhängigen nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt

wird und die einst so populäre „sozialistische Idee" keine nennenswerte soziale Basis mehr findet. Die Erklärung liegt in der kapitalistischen Produktionsweise selbst und in der erwiesenenermaßen untauglichen Art und Weise, wie Sozialisten und Kommunisten meinten, sie kritisieren zu müssen und überwinden zu können.

Was im Kapitalismus-Bild der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung weitestgehend unter-, wenn nicht gänzlich unbelichtet war, ist der zwiespältige Charakter des Privateigentums und die „eigentümliche" Form, die die gesellschaftliche Arbeit unter seiner Herrschaft annimmt. Privateigentum an Produktionsmitteln ist nämlich nicht nur Verfügungsgewalt *über* sie (bzw. der juristische Ausdruck davon), Herrschaft *über* Sachen, sondern immer zugleich ihr Gegenteil: *Beherrschung durch Sachen*, Beherrschung der Privateigentümer (seien sie Privatkapitalisten, Aktiengesellschaften oder Belegschaften „selbstverwalteter" Betriebe) durch ihre Produkte. Denn das Privateigentum an Produktionsmitteln trennt nicht nur Eigentümer von Nichteigentümern, sondern auch – und wichtiger noch – die Privateigentümer bzw. -produzenten vonein-ander; es ist gerade Ausdruck ihrer Getrenntheit. Privateigentum an Produktionsmitteln heißt nichts anderes, als daß gesellschaftliche Arbeit unter vordergründig „unabhängigen" Teilproduzenten aufgeteilt ist, die tatsächlich voneinander abhängig sind. Dies ist die wesentliche Bestimmung des Privateigentums als einem sozialen Verhältnis und nicht die Bestimmung durch sein Gegenteil, das Nicht-Eigentum. Sie bleibt auch fundamental für das kapitalistische Eigentum, für die Spaltung der Gesellschaft in Kapitalisten und Proletarier. Der grundlegende oder allgemeinste Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise (den sie mit der vorkapitalistischen Warenproduktion teilt) besteht also darin, daß die gesellschaftliche Arbeit in der Form „unabhängiger Privatarbeiten" „organisiert" ist. Dieser Widerspruch bedeutet nun nicht nur, daß die Men-schen ihre gesellschaftliche Arbeit *nicht* beherrschen (können), daß diese Produktionsweise (bei aller „unternehmerischen" Planung und staatlichen „Steuerung") anarchischen und (bei aller Effizienz) verschwenderischen Charakter behält und Krisen erzeugt. Entscheidend ist vielmehr die verfremdete *Form*, in der der Widerspruch erscheint, die ihn unkenntlich macht und eben dadurch *die Menschen beherrscht*; eine Form, die zudem höchst paradoxe Wirkungen nach sich zieht, seit die Privatarbeit auf der Unterordnung und Anwendung fremder Arbeitskraft beruht, also kapitalistische Produktion ist.

Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und trennendem Privateigentum wird dadurch verdeckt, daß die gesellschaftliche Arbeit als etwas von ihr selbst Verschiedenes in Erscheinung tritt, als Werteigenschaft der Arbeitsprodukte, die sich in ihrem Geldnamen, im Preis, ausdrückt und sich in Geld verwandeln – und als Kapital bewähren – muß, ehe die Produkte in die (produktive oder individuelle) Konsumtion eingehen können. Und diese verselbständigte Form ist es, die ebenso verselbständigte, scheinbar sachliche Zwänge hervorbringt, welche die Beziehungen der Marktsubjekte, somit auch die zwischen Käufern und Verkäufern der Arbeitskraft, beherrschen und die durchaus unabhängig sind vom Willen derer, die sie exekutieren. Daß aber die Wertform der gesellschaftlichen Arbeit und die Zwänge, die ihr entspringen, dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit selbst Hohn sprechen, während sie ihn gleichzeitig verstärken, daß sie die gesellschaftliche Arbeit in feindliche Gegensätze zerreißen, in nur quantitativ zählende Arbeit an sich und qualitativ-besondere Arbeit, in aufgehäufte und flüssige, vergangene und gegenwärtige Arbeit, in Mehrarbeit und notwendige Arbeit – all das ist ihnen auf den ersten Blick nicht anzusehen.

Das heißt, die Herrschaft von Menschen über Menschen erscheint eben nicht als bloße Folge ihrer Herrschaft über Sachen, sondern als etwas, was sie unter den Bedingungen des trennenden Privateigentums *auch ist*, als Vollzug versachlichter Zwänge, wie brutal, deprimierend oder verhaßt sie auch sein mögen. Und das um so mehr, je weniger sie durch das persönliche Regime (den „Herr-im-Haus-Standpunkt") der kapitalistischen Eigentümer oder ihrer Funktionäre verdeckt werden. Denn diese Zwänge sind nicht an die „Charaktermasken" der Privatkapitalisten oder der Kapitalmanager gebunden, auch wenn sie immer noch von ihnen vollstreckt und beeinflußt werden. Selbst wenn alle Betriebe „in Arbeiterhand" wären, das Privateigentum an Produktionsmitteln also in *einer* Richtung – als Trennung in Besitzende und Besitzlose – aufgehoben wäre, bliebe mit der Wertform der Produkte auch ihre Kapitalform erhalten, würde sich die Arbeit in bezahlte und unbezahlte, in notwendige Arbeit zur Reproduktion der Belegschaften und in Mehrarbeit zur erweiterten Reproduktion der Produktionsmittel teilen und der Zwang zur Ausdehnung letzterer auf Kosten ersterer die Produktion beherrschen, solange das Privateigentum nicht auch in der *anderen* Richtung – als Trennung der Produzenten (die immer zugleich produktive und individuelle Konsumenten sind) voneinander – aufgehoben wäre, solange die Markt- und Geldbeziehungen zwischen ihnen nicht durch andere Beziehungen ersetzt würden. Kurz: Die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise ist nur möglich als Aufhebung der Warenproduktion überhaupt und damit auch des Geldes.

Gegen diese Vorstellung sträubt sich allerdings der sog. „gesunde" Menschenverstand ebenso wie der akademische. Die Warenproduktion hat das Geld hervorgebracht und mit ihr die Vorstellung, es sei das Geld, das die Warenproduktion bedinge und unverzichtbar mache. Und gerade darin liegt die ideologische Macht der kapitalistischen Produktionsweise begründet. Markt- und Geldbeziehungen gelten längst als Naturform menschlicher Beziehungen in der gesellschaftlichen Reproduktion. Schließlich sind sie keine Erfindung des Kapitalismus, er hat sie vielmehr vorge-

funden; und er konnte und kann überhaupt nur Fuß fassen, wo sie bereits ein bestimmtes Entwicklungsniveau erreicht haben. Auch die Lohnabhängigen selbst lernen von Kindesbeinen an, in Preisen und Kosten zu denken, bevor sie als selbständige Marktsubjekte ihre Arbeitskraft verkaufen, um sich mit ihrem Lohn oder Gehalt Produkte fremder Arbeit aneignen zu können. Daß sie den kapitalistischen Unternehmern und Managern die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entreißen könnten, ist für sie eine immerhin noch nachvollziehbare Vorstellung. Aber daß sie dann ihre Beziehungen untereinander ohne Kostenrechnung in Geld, ohne Einkauf und Verkauf und ohne betriebliche Gewinn- und Verlustrechnung abwickeln könnten, das würden sie sicher (zunächst) als spinnerte Idee abtun, realisierbar allenfalls in einer zentralistischen Plan- und Zuteilungswirtschaft, die sich aber mit dem Bankrott des einstigen „Realsozialismus" historisch erledigt hat. Und selbst der kam nicht ohne Markt und Geld aus, ohne jedoch mit ihnen auch nur annähernd so erfolgreich umgehen zu können wie die westlichen „Systemkonkurrenten". In und nach der Novemberrevolution herrschte in der Arbeiterbewegung noch die Vorstellung, es sei Aufgabe der Regierung bzw. des Staates, die von den Arbeitern kontrollierten Betriebe im Interesse des Allgemeinwohls zusammenzufassen und zu koordi-nieren, zu „sozialisieren". Spätestens nachdem der „Sozialismus" als staatliche Veranstaltung sich als katastrophale Sackgasse erwiesen hat, hat sich diese Illusion weitgehend verflüchtigt; wenn auch oft nur, weil sie eine „ideale Regierung" voraussetzt, die man keiner Partei mehr zutraut („Politik" ist halt „ein schmutziges Geschäft" und „verdirbt den Charakter").

Verstärkt hat sich dagegen die Erfahrung, daß die Kapitalisten und ihre Funktionäre keineswegs nur selbstherrliche Kommandeure über die Produktionsmittel und die Arbeit sind, sondern selbst beherrscht und getrieben werden von den handfesten Zwängen „des Marktes" und der Konkurrenz. Gerade die Zivilisierung des Kapitalverhältnisses durch Arbeitsrecht, Mitbestimmung und Betriebsverfassung hat hier neben der medialen Dauerpräsenz internationaler Wirtschaftsprobleme das Bewußtsein der Lohnabhängigen nachhaltig geprägt. Wenn der „Sozialismus" (und einen anderen als den verblichenen Staatssozialismus kennen sie schließlich nicht) ein historischer Irrweg war und die „Marktwirtschaft" trotz aller Gebrechen und Schattenseiten offenbar die einzig „effektive" Form des Wirtschaftens ist – warum sollten sie dann noch den Unternehmern und Managern die Verfügung über die Produktionsmittel streitig machen? Was sollte sie zu der Überzeugung oder auch nur zu der Annahme veranlassen, daß sie die Gesetze und Zwänge „des Marktes" *besser* beherrschen? („Seien wir doch ehrlich: Was würden wir an deren Stelle denn viel anders machen können?") Und sind sie mit den herrschenden Verhältnissen im historischen und internationalen Vergleich nicht noch relativ gut gefahren – bei aller Kritik an der „ungerechten" Verteilung von Arbeit und Einkommen, an „überzogener" Profitmacherei, „Mißmanagement" und anderen Begleiterscheinungen, die im übrigen „anderswo noch schlimmer" sind?...

Ich halte nichts davon, über das pragmatische Arrangement der Lohnabhängigen mit den bestehenden Eigentums- oder Herrschaftsverhältnissen die Nase zu rümpfen; am allerwenigsten dann, wenn die Nase Leuten gehört, die die kapitalistische Produktionsweise nur moralisch verurteilen oder abstrakt negieren, aber nicht angeben können, wie die gesellschaftliche Reproduktion jenseits von Staat und Markt *praktisch* zu regeln wäre. Die Bourgeoisie beherrscht die Gesellschaft durch ihre unbestrittene Hegemonie, die sie zum einen ihrer ungebrochenen Fähigkeit verdankt, die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln, und dem Zugeständnis, die Lohnabhängigen daran teilhaben zu lassen, statt sie allein zur Steigerung der Mehrarbeit auszunutzen, zum andern der scheinbaren Naturgegebenheit von Markt und Geld und damit auch des Kapitals. Und diese Hegemonie wird nur zu erschüttern sein, wenn ihre *beiden* Säulen morsch werden. Was die erste angeht, so hat die Bourgeoisie bereits selbst begonnen, Hand an sie zu legen, und zumindest ihre glänzende Oberfläche beschädigt. Aber dies allein kann bei den Lohnabhängigen kein progressives Aneignungsinteresse wecken (eher ein reaktionäres Ausschließungsinteresse gegenüber Ausländern, Arbeitslosen, Kranken und Alten). Das kann nur entstehen, wenn sie erkennen, was *sie selbst* tatsächlich *„anders und besser machen" könnten* als die Ritter der „Marktwirtschaft", nämlich die gesellschaftliche Arbeit auch gesellschaftlich zu organisieren, indem sie die Markt- und Geldbeziehungen zwischen den allseits abhängigen Teilproduzenten durch direkte und selbstbewußte kooperative Beziehungen ersetzten und so das Privateigentum an den Produktionsmitteln *vollständig* aufhöben. Was die Kapitalisten zur Klasse vereint, ist die Aufrechterhaltung dessen, was sie voneinander und von den Lohnabhängigen trennt, des Privateigentums. Die Lohnabhängigen können sich überhaupt nur zur Klasse vereinigen durch doppelte Negation des trennenden Privateigentums, durch das Interesse, sich nicht nur der Produktionsmittel zu bemächtigen, sondern des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in seiner Totalität (und das heißt notwendig: auch im internationalen Maßstab).

An dieser Stelle wird sich wahrscheinlich manche/r zurücklehnen und einwenden: „Alles schön und gut. Aber das wird Utopie bleiben. Der Waren- und Geldfetisch wird die Menschen immer beherrschen. Die Geschichte hat bewiesen, daß der Marxismus ihm nichts anhaben konnte. Und schau dir doch die Leute an – ein Volk von Lottospielern und Egoisten, die gar nicht fähig sind, ein Interesse an ihrer gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln..." Ich halte das für eine Ausrede, für einen Versuch, die eigene gedankliche Bequemlichkeit oder Unfähigkeit dadurch zu

verbergen, daß man sie anderen in die Schuhe schiebt. Wenn es möglich ist (und es ist möglich), die gesellschaftliche Arbeit gegen den Strich ihrer widerborstigen Erscheinungsformen der konkreten Erfahrung zugänglich zu machen, dann *muß* es auch *getan* werden, selbst wenn es zunächst als Sisyphusarbeit erscheint. Und ich meine, es gibt gute Gründe anzunehmen, daß sie es nicht sein wird. Einige davon liegen in der Geschichte der bisherigen sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung selbst.

Marx' Kritik der politischen Ökonomie und die Ohnmacht des „wissenschaftlichen" Sozialismus

Die ideologische Macht der kapitalistischen Produktionsweise hat sich in der Tat als stärker erwiesen als der (sozialdemokratische und kommunistische) Marxismus. Aber warum? Weil er sie entweder nicht wahrgenommen hat, oder sofern er sie wahrnahm, ihr mit letztlich untauglichen Mitteln beizukommen suchte. Die Herrschaft der „bürgerlichen Ideologie" wurde gewöhnlich verstanden als direkter Ausfluß der bürgerlichen Herrschaft über die sachlichen Produktionsbedingungen (Druckereien, Verlage, Papier) und als Produkt der bürgerlichen Intelligenz. Theoretiker wie Kautsky (und Lenin) waren sich immerhin noch ihrer „spontanen" Wirksamkeit bewußt (wenn auch Lenin sie nur ihrem Alter und ihrer Verbreitung zuschrieb). Doch die Schlußfolgerung, die Kautsky daraus zog, war die, daß „das moderne sozialistische Bewußtsein", das „Bewußtsein der Möglichkeit und Notwendigkeit des Sozialismus", „nur erstehen kann auf Grund *tiefer wissenschaftlicher Einsicht*" (Hervorhebung von mir). In diesem Satz (1902 geschrieben) ist das ganze Dilemma des sozialdemokratischen wie kommunistischen Marxismus und seine spätere Entwicklung im Keim enthalten. Denn was damit gemeint war, war die auf den Kopf gestellte Methode der Marxschen *Kritik* der politischen Ökonomie.

Der „wissenschaftliche" Sozialismus war für Kautsky wie jede andere Wissenschaft Sache intellektueller Experten (wie Marx, Engels und er selbst), die das *theoretische* Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung *herausarbeiten*, es über „geistig hervorragende Proletarier" in den Klassenkampf *„hineintragen"* und so die Arbeiterklasse „mit dem Bewußtsein ihrer Lage und Aufgabe *erfüllen*". Resultat dieser Wissenstransplantation war die Entstehung der Sozialdemokratie als „Vereinigung von Sozialismus und Arbeiterbewegung", als Organ und Hebel zur weiteren Verbreitung des Sozialismus. Tatsächlich war die so verstandene „Vereinigung" eine Verbindung sehr ungleicher Elemente. Das „moderne sozialistische Bewußtsein" war, da an „tiefe wissenschaftliche Einsicht" gebunden, in originärer Form nur der intellektuellen Elite zugänglich. Die Weiterentwicklung, Vertiefung und Verteidigung der Theorie war ihre Domäne, ihr Privileg oder ihre Last. Die breite Mitgliedschaft blieb mehr oder weniger kritische Empfängerin dieser Theorie, die sie in der Regel nur in verkürzter, vereinfachter, popularisierter Form aufnehmen konnte. Ihr sozialistisches Bewußtsein blieb ein Bewußtsein zweiter Hand, ein „verliehenes" Bewußtsein, immer angewiesen auf Führung und Orientierung durch die theoretischen Autoritäten. Der Zentralismus als Organisationsprinzip war (wenn auch formell immer demokratisch legitimiert) notwendiger Ausdruck dieser Unselbständigkeit (wie denn Zentralismus immer Ausdruck oder auch Ursache rückständiger, unreifer Verhältnisse ist). Der „wissenschaftliche" Sozialismus im Sinne Kautskys war keine Theorie, die dazu geeignet war, „die Massen zu ergreifen" oder richtiger: von ihnen ergriffen zu werden. Er war eine Theorie, die die Massen nur *anziehen*, als Anhänger und Gefolgschaft unter der Fahne der Sozialdemokratie sammeln konnte und sollte (was sie zeitweilig ja auch relativ erfolgreich tat). Ihr entscheidender Mangel bestand gerade darin, daß sie eine *Wissenschaft wie jede andere* sein sollte.

Jede Wissenschaft hat ihren Grund in der Differenz von Erscheinung und Wesen ihres Gegenstands. Jede Wissenschaft geht aus von sinnlich-praktischen Erfahrungen, aus denen sie per Abstraktion allgemeine Aussagen über ihren inneren Zusammenhang, ihre Bewegungsgesetze usw. gewinnt, um mit deren Hilfe zu einem tieferen Verständnis der Erfahrungen zu gelangen. Die konkrete Erfahrung oder Praxis ist Ausgangspunkt und Ziel des Denkens. Nicht anders beim Sozialismus, wenn er denn Wissenschaft sein soll. Doch sein Gegenstand ist ein besonderer „Stoff", der auch eine Besonderheit in der Methode verlangt. Sein Gegenstand ist die bürgerliche Gesellschaft, ihre Praxis, insbesondere ihre materielle Reproduktion. Der Sozialismus hatte das Nachdenken über die kapitalistische Produktionsweise jedoch nicht erfunden. Er mußte von der vorgefundenen Wissenschaft ausgehen, d.h. von der klassischen bürgerlichen Ökonomie oder der politischen Ökonomie, wie sie genannt wurde. Deren Abstraktionen, Kategorien und Begriffe aber waren die mit der kapitalischen Produktionsweise selbst entstandenen. Es waren „gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen" (Marx), wie Ware, Wert, Preis, Kapital, Profit, Lohn, Grundrente usw., die der Praxis der Kapitalisten entsprungen und ihr angemessen waren. Für deren wissenschaftliche Durchdringung aber waren sie Hindernisse, weil sie die Beziehungen der gesellschaftlichen Individuen und Klassen als Eigenschaften und Verhältnisse von Dingen widerspiegeln. Die politische Ökonomie konnte diesen „gegenständlichen Schein" (Marx) nicht auflösen. Sie hatte zwar die Bestimmung der Wertgröße durch die Arbeit(szeit) und den Gegensatz von Lohn und Profit entdeckt. Aber sie verstand die Wert*form* ebenso wie das Geld und das Kapital als Naturgegebenheiten, ohne ihre historische Bedingtheit, ihren inneren Zusammenhang und ihre Entwicklungstendenzen zu be-

greifen.

Erst die Methode, die Marx in die politische Ökonomie einführte, brachte Licht ins Dunkel; sie bedeutete die methodische Vollendung der politischen Ökonomie und ihre Überwindung zugleich. Formuliert hatte Marx sie schon 1845 in den „Thesen über Feuerbach". Seine Kritik der politischen Ökonomie in den „Grundrissen" und im „Kapital" war ihre Anwendung auf die Erforschung der Produktionsweise der bürgerlichen Gesellschaft. Allgemein gesagt, besteht sie darin, 1. die gesellschaftliche Wirklichkeit wesentlich als bestimmte Form *menschlicher Praxis* und diese selbst als „gegenständliche Tätigkeit" (Marx) zu begreifen, die die sachlichen Bedingungen und Verhältnisse, unter denen sie stattfindet, auch selbst hervorbringt, reproduziert, modifiziert und umwälzt; und 2. das Bewußtsein oder Nachdenken über die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht als Tätigkeit des bloß *anschauenden* Geistes, als „subjektive" oder „ideelle" Widerspiegelung der „objektiven" oder „materiellen Außenwelt" zu begreifen, sondern als Produkt und Teil der materiellen Welt, nämlich der menschlichen Praxis selbst, weshalb sein Wahrheitsgehalt sich auch nur in der Praxis beweisen kann, das Denken also selbst praktisch werden muß. Das ist keineswegs so banal, wie es klingen mag. Angewandt auf die politische Ökonomie, hatte (und hat) diese Methode höchst revolutionäre Konsequenzen.

Zunächst mal gelang Marx damit eine „Entdeckung", um die „der Menschengeist seit mehr als 2000 Jahren vergeblich" gerungen hatte: daß nämlich die Wertform der Arbeitsprodukte nichts anderes ausdrückt, als daß die „unabhängigen" Privatproduzenten ihre verschiedenen Arbeiten im Austausch der Produkte auf *gleiche menschliche Arbeit* reduzieren, um sie quantifizierbar zu machen, und sich so als Glieder *einer* gesellschaftlichen *Gesamtarbeit* be(s)tätigen. „Sie wissen das nicht, aber sie tun es." (Marx) Der Wert ist nur das umständliche und „verrückte" Gedankenprodukt einer ebenso umständlichen und „verrückten", aber unter der Bedingung des Privateigentums notwendigen Manier, die auf ein Produkt verwandte Arbeit als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auszudrükken. Und so ist es mit allen Kategorien der bürgerlichen Ökonomie. Sie alle sind gedankliche Produkte praktischer Beziehungen zu bestimmten verdinglichten und verselbständigten Formen und Teilen der gesellschaftlichen Arbeit, Gedankenprodukte einer Praxis, die ihre Akteure nicht beherrschen, sondern von der sie wie von einer „blinden Macht" (Marx) beherrscht werden. Ausgehend von der entschlüsselten Wertform der Arbeitsprodukte, verfolgte Marx dann die Entwicklung dieser verselbständigten Form der gesellschaftlichen Arbeit über die Geldform zur Kapitalform, sodann deren widersprüchliche Bewegungen und Metamorphosen bis hin zum „Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion", wobei er alle Kategorien der bürgerlichen Ökonomie (die er selbst noch präzisierte und vervollständigte) auf ihr materielles Substrat, die sich selbst entfremdete gesellschaftliche Arbeit, *zurückführte* und mit den daraus abstrahierten *eigenen* Kategorien kontrastierte. Aus der politischen Ökonomie wurde so ihre eigene Kritik.

Das Ergebnis dieser Methode war eine Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, die „im positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation einschließt" (Marx), aber nicht als abstrakte oder voluntaristische Verneinung, sondern als Aufhebung durch eine Praxis, die die kapitalistische Produktion selbst vorbereitet. Die Quintessenz der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie besteht gerade darin, daß die vermeintlich souverän Herrschenden selbst von Zwängen beherrscht, von Gesetzen regiert werden, die sich um so mehr gegen das Privateigentum als Basis ihrer Herrschaft kehren, je konsequenter und erfolgreicher sie sie befolgen. Es sind die aus dem Privateigentum resultierenden Zwangsgesetze der kapitalistischen Produktion selbst, die den gesellschaftlichen Zusammenhang der Arbeit verstärken und intensivieren und damit die Wertform der Arbeitsprodukte zunehmend hinfällig werden lassen, die die abgesonderte Geldform des gesellschaftlichen Reichtums in einen Krisenfaktor verwandeln, weil sie die „Verschlingung von Produktion und Zirkulation" (Marx) periodisch stört, und die die Kapitalform der Produktions- und Lebensmittel zur Ursache von Produktions- und Konsumtionsblockaden machen, weil ihr Maßstab, die Profitrate, den *gesellschaftlichen* Reichtum nur als Ballast des *privaten* „Erfolges" registriert. Und allein diese Paradoxien und Absurditäten sind es, die die kapitalistische Produktionsweise als endliche kennzeichnen, weil nur in ihnen (und nicht im materiellen und psychischen Elend, das sie begleitet) die materiellen Bedingungen einer Produktionsweise sinnfällig werden, in der die gesellschaftliche Arbeit die Tätigkeit „frei vergesellschafteter Menschen" sein kann, „die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben" (Marx). Diese freie Vergesellschaftung oder „Assoziation" der Produzenten aber ist alles andere als ein „humanistischer Ausrutscher", der im Widerspruch zu Marx' sonstiger „Klassenkampfrhetorik" stünde. Sie ist der zwar allgemeine, aber unzweideutige Ausdruck für *die* Form gesellschaftlicher Beziehungen, in der allein das Privateigentum *vollständig* aufgehoben werden kann; eine Form, die sich als Konsequenz übrigens schon aus der Analyse der Wertform ergibt.

Marx' Kritik der politischen Ökonomie war in der Tat das Resultat „tiefer wissenschaftlicher Einsicht", einer Abstraktionsleistung, die durchaus einer epochalen Entdeckung gleichkam. Aber seit diese Entdeckung gemacht ist, kann und muß sie auch *genutzt* und nicht immer nur

reproduziert werden. Die Entdeckung, daß sich die Erde um sich selbst und um die Sonne dreht, ist nicht dadurch Allgemeingut geworden, daß jede/r einzelne für sich selbst noch einmal das mittelalterliche geozentrische Weltbild überwindet und die Gleichungen der Himmelsmechanik beherrscht; sie ist dadurch zum (fast) selbstverständlichen Kulturwissen geworden, daß sie mit wichtigen Alltagserfahrungen übereinstimmt und sie erklärt. Ähnlich ist es mit der Entdeckung, daß sich die Wertform der Produkte mit all ihren historischen Entwicklungen in gesellschaftliche Arbeit und deren Entwicklung auflösen läßt. Sie kann nicht dadurch ins Alltagsbewußtsein treten, daß jede/r für sich ihre theoretische Herleitung aus der Analyse der Wertform nachvollzieht, sondern nur dadurch, daß sie zur Erklärung der Alltagserfahrung, d.h. zur Kritik der gesellschaftlichen Praxis, *angewandt* wird. Aber während die Popularisierung von physikalischen Erkenntnissen die Physik und ihre Teildisziplinen als Wissenschaft nicht aufhebt, sondern voraussetzt, kann die Kritik der politischen Ökonomie umgekehrt nur dadurch Wissenschaft *bleiben*, daß sie mit ihrer „Popularisierung" *identisch* wird. Sie hat in der Tat den Sozialismus „von der Utopie zur Wissenschaft" erhoben, aber zu einer Wissenschaft, deren einziger Zweck es ist, *sich als Wissenschaft aufzuheben!* Und zwar nicht nur als Spezialgebiet einer besonderen Schicht intellektueller Experten, sondern als Wissenschaft überhaupt, die ihren Grund darin hat, daß die Menschen „nicht Herren ihrer eigenen Gesellschaftlichkeit" (Engels) sind. Als Wissenschaft, die ihren Gegenstand, die kapitalisische Produktionsweise, nur „beherrschen" kann, indem sie ihn negiert, d.h. kritisiert und aufhebt, und die ihn nur negieren kann, indem die „wissenschaftliche Einsicht" selbst praktisch wird und dazu drängt, in kritische, d.h. aneignende und umwälzende, Praxis umzuschlagen. Andernfalls muß die Kritik der politischen Ökonomie wieder zur bürgerlichen Ökonomie verkommen, die sich dazu eignen mag, die Welt zu interpretieren (und zu erhalten), aber nicht, sie zu verändern.

Das „moderne sozialistische Bewußtsein" kann gerade nicht, wie Kautsky meinte, dadurch entstehen, daß die Resultate „tiefer wissenschaftlicher Einsicht", also des abstrakten Denkens, „von außen" in die Köpfe der Lohnabhängigen „hineingetragen" werden und ihnen Bewußtsein „verleihen". Es kann nur dadurch entstehen, daß das abstrakte Denken selbst *lernt*, konkret zu werden und dem *vorhandenen* (oder doch jedermann zugänglichen) Wissen, der vorhandenen Erfahrung zur Einsicht in die konkrete gesellschaftliche Praxis zu *verhelfen*, in die gegebene, die die Menschen beherrscht, wie in die mögliche künftige, die die Menschen beherrschen. Der Durchgang durch die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie und ihre Entdeckungen ist vorläufig noch der einzige Weg, das dazu notwendige methodische Rüstzeug zu erwerben. Und dieser Durchgang muß heute als Nadelöhr erscheinen. Aber je mehr und besser es gelingt, das Rüstzeug *anzuwenden*, desto leichter sollte es fallen, den ideologischen Schleier, den die kapitalistische Produktionsweise über sich selbst legt, zu zerreißen, die herrschenden „Gedankenformen" als Abstraktionen der mit sich selbst entzweiten gesellschaftlichen Arbeit zu entmystifizieren und diese selbst auf *direktem* Wege der konkreten Anschauung zugänglich zu machen, in ihren absurden Gegensätzen, in die sie durch das Privateigentum gezwängt ist, ebenso wie in ihrem stofflich-technischen Zusammenhang und den Beziehungen der konsumierenden Produzenten, die es obsolet machen. (Das jedenfalls ist meine Überzeugung, die plausibel zu machen ich noch versuchen werde.) Übermächtig bleiben die Fetischgestalten der gesellschaftlichen Arbeit nur für das abstrakte Denken, das meist noch nicht einmal ihre theoretische Erklärung nachvollziehen kann. Zu „entzaubern" sind sie allein dadurch, daß sie mit der konkreten, unverhüllten gesellschaftlichen Arbeit selbst konfrontiert werden. Die kapitalistische Produktionsweise ist wie ein absurdes Theater, dessen Akteure meinen, sie spielten ein naturalistisches Stück. Wissenschaftlicher Sozialismus (ohne Anführungszeichen) kann nichts anderes sein als die Methode, den Akteuren ihre wirkliche Rolle bewußt zu machen, eine Methode, die in Marx' „Thesen über Feuerbach" ihren konzentriertesten Ausdruck gefunden hat und die er schon in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" formulierte: *„Die Reform des Bewußtseins besteht* nur *darin, daß man die Welt ihr Bewußtsein innewerden läßt, daß man sie aus dem Traum über sich selbst aufweckt, daß man ihre eignen Aktionen ihr* erklärt. *Unser ganzer Zweck kann in nichts anderem bestehen... Es wird sich dann zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen..."*

Die Geschichte ist bisher anders verlaufen. Der „offizielle" oder „parteiamtliche" Marxismus nach Marx hat gerade diesen methodischen Kern seines Denkens, die materialistische Dialektik, von Grund auf mißverstanden, verkannt, verdrängt und begraben und damit sein eigenes Schicksal besiegelt. Diese Entwicklung kann nicht allein, auch nicht primär als subjektives Versagen der Marx-"Epigonen" erklärt werden. Sie muß Gründe haben, die in der Entwicklung der gesellschaftlichen Praxis, der kapitalistischen Produktionsweise selbst liegen und erklären, warum sie sich so hartnäckig „gegen ihr Verständnis sträubt" (Engels) – was im Umkehrschluß bedeutet, daß dies Verständnis massenhaft nur möglich ist, wenn die kapitalistische Produktionsweise selbst dazu drängt und ihre ideologische Macht selbst untergräbt. Darauf komme ich noch zurück. Zunächst noch einige Anmerkungen zur subjektiven Geschichte des sozialistischen und kommunistischen Denkens, die zu verstehen nötig bleibt, wenn man nicht in seine verhängnisvollen Bahnen zurückfallen will.

August 1999 (Fortsetzung folgt)

Ulrich Weiß

Marx und der mögliche Sozialismus

Selektiver Umgang mit Marx

Für solidarisch-linke Kritiker des Real-„Sozialismus" war es wie für Marxisten-Leninisten undenkbar, bestimmte gesellschaftliche Gegensätze im Osten als antagonistische, d. h. nur durch revolutionäre Umbrüche aufhebbare Widersprüche anzuerkennen. Die Gegensätze etwa zwischen Herrschenden und Beherrschten wurden als Entwicklungsprobleme verstanden, die innerhalb „sozialistischer" Grundstrukturen überwindbar seien. Tatsächlich geriet damit die kommunistische Perspektive völlig aus dem Blick. Offene Zweifel am sozialistisch-kommunistischen Charakter und an der kommunistischen Perspektive der DDR wurden kaum laut. In der Bestimmung des Sozialismus als *„eine relativ selbständige sozialökonomische Formation"*[1] durch den Strategen Ulbricht kam aber das Problem 1967 sehr deutlich zum Ausdruck. Der spätere Begriff *Real-Sozialismus* markierte dann das regierungsoffizielle Zurückweisen jeglicher Kritik, die sich noch auf einen sozialistisch-kommunistischen Anspruch berief. Der ML konnte sich bei der Bestimmung des Ostens als sozialistisch allerdings auch auf Marx berufen, ohne notwendig intellektuell unredlich zu erscheinen. Das betrifft z. B. dessen Aussagen zur Enteignung der alten herrschenden Klasse, zur Konzentration der Produktionsmittel in Staatshand, zur Planung im nationalen Rahmen, zur rücksichtslosen Abwehr von Restaurationsversuchen entmachteter Kapitalisten. Was im Marxschen Werk jedoch die Bestimmung der östliche Praxis als sozialistisch fragwürdig machte (Absterben des Staats, Aufhebung der Entfremdung und knechtender Arbeitsteilung usw.), das wurde als Ausdruck eines noch unreifen Marx zurückgewiesen bzw. als im Leninismus marxistisch aufgehoben dargestellt. Ein derartiges widersprüchliches Verhalten zu Marx ist auch, aber nicht nur als theoretischer Irrtum oder als Anpassung an reale Existenzbedingungen des „Sozialismus" im 20. Jahrhundert bzw. als Herrschaftslegitimation zu verstehen. Es verweist auf Widersprüche bei Marx selbst. Dies zu begreifen, das ist unabdingbar für eine heutige Diskussion über sozialistisch-kommunistische Perspektiven.

1 Walter Ulbricht, *Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland*, Berlin/DDR 1967, S. 38.

Arbeiterbewegung und Real-„Sozialismus" – bürgerliche Projekte

In den *Feuerbachthesen* bestimmte Marx einen Wesenszug jeder sozialistisch-kommunistischer Bewegung und Theorie: Charakteristisch für den alten Materialismus ist der Standpunktes der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich die Sondierung der „Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist"[2] und die Methode, „die Wirklichkeit ... nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung*"[3] zu fassen. Der (sozialistisch-kommunistische) Standpunkt des neuen Materialismus, „die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit", wird dagegen dann eingenommen, wenn statt der Spaltung der Gesellschaft in Dienende und Herrschende, in Avantgarden und zu führende Massen das „Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung ... als *revolutionäre Praxis* gefaßt und rationell verstanden"[4] wird. Marx hatte vor 1848 in Deutschland die allgemeinmenschliche Emanzipation eher für möglich gehalten als die partielle, die bürgerliche. Subjekt dieser revolutionären Umwälzung werde das Proletariat sein.[5] Es löse sich und alle anderen Klassen im Moment seines Sieges auf und überwinde damit alle Gesellschaftsstrukturen, die einer Herrschaft bedurften.

Marx' Irrtum, daß die sozialistisch-kommunistischen Revolution, also das Aufheben der Sondierung der Gesellschaft in zwei Teile, eine Aufgabe der nächsten Zeit sei, ergab sich u.a. aus seinem konkret-historischen Standort und aus der Unreife seiner damaligen ökonomischen Forschungen. Am Beginn eines sich erst entfaltenden (und nicht etwa eines in die Existenzkrise geratenen) Kapitalismus konnten wohl schon wesentliche Bedingungen und Triebkräfte von *prokapitalistischen* revolutionären Umbrüchen und *innerkapitalistischen* (Entwicklungs-)Revolutionen und Reformen analysiert werden, aber noch nicht diejenigen Subjekte und deren Bewegungsformen, die erst im Spätkapitalismus relevant werden und eine *sozialistisch-kommunistische* Umwälzung tatsächlich tragen können. Allerdings waren über mehr als ein Jahrhundert nach dem *Kommunistischen Manifest* die proletarischen Klassenkämpfen und ihre Kampfformen für einen inner-

2 Karl Marx, *Thesen über Feuerbach*, MEW 3/6.

3 ebenda, S. 5.

4 ebenda, S. 6f.

5 siehe Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosohphie. Einleitung*, MEW 1/390f.

kapitalistische zivilisatorischen Fortschritt unverzichtbar. *Diese* Rolle des arbeitenden und kämpfenden Proletariats ist mit der ökonomischen Theorie des reifen Marx glänzend erkenn- und darstellbar. Die Erwartung dagegen, das Proletariat sei auch das Subjekt der allgemeinmenschlichen Emanzipation und werde die sozialistische Gesellschaft begründen, ist eine unbestätigte Theorie geblieben. Marxens früher philosophisch-ökonomischer Blick über die bürgerliche Gesellschaft hinaus gestattete ihm allerdings bereits auch eine *Grenze der proletarisch-kommunistischen Bewegung* zu erkennen: Die Geschichte wird eine „kommunistische Aktion" zur Aufhebung des Privateigentums bringen in einem „sehr rauhen und weitläufigen Prozeß ... Als einen *wirklichen Fortschritt* müssen wir es aber betrachten, daß wir von vornherein sowohl von der *Beschränktheit als dem Ziel der geschichtlichen Bewegung*, und ein sie *überbietendes Bewußtsein erworben haben*." [Hervorhebung UW] [6] Auch der junge Lenin wußte noch: Es ist eine „der Grundideen des Marxismus", daß die „Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung [stehen] höher als die Interessen des Proletariats."[7] Mit dem Aufstieg und Fall des Real-„Sozialismus" sind sowohl die Leistungskraft als auch die historische Begrenztheit der proletarischen Bewegungen deutlich geworden. Wer ernsthaft versuchte, diese Grenze geistig zu überschreiten, also das revolutionäre Ziel der allgemeinmenschlichen Emanzipation im Auge zu behalten und zugleich den Osten als Sozialismus zu verstehen und zu verteidigen, der konnte daran kaputt gehen. So z. B. Lothar Kühne. „Zum Mittun in einem bürokratisierten Betrieb von Partei, parteilicher Wissenschaft und Lehre usw. sich verpflichtend und zugleich als Handelnder seinem Tun einen revolutionären Sinn gebend, verlangte der überzeugte kommunistische Intellektuelle Lothar Kühne von sich das Unmögliche."[8] Die tatsächliche geschichtliche Funktionen der proletarisch-kommunistischen Bewegung lag bisher nicht im Aufheben von Privateigentum durch Begründung des gesellschaftlichen Eigentums. Letzteres wurde dauerhaft noch nirgends geschaffen, mit dem „sozialistischen" Staatseigentum gleich gar nicht. Die nachmarxsche revolutionäre und reformistische Arbeiterbewegung hat *innerhalb* der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung, also faktisch *für* und *nicht gegen* sie eine große zivilisierende Potenz entfaltet. Mit Marx, beginnend mit den *Feuerbachthesen*, ist begreifbar: Die großen historischen Leistungen des Proletariats waren bürgerliche Projekte. Angesichts des historischen Standortes von Marx in der Frühzeit des Industriekapitalismus ist es nachvollziehbar, daß er (dies auch im Widerspruch zu eigenen Aussagen) den proletarischen Klassenkräften und ihren Kampfformen selbst einen zumindestens potentiell sozialistischen Charakter beimaß, daß er einen Zusammenhang zwischen dem alltäglichen Klassenkampf der Arbeiterklasse und der kommunistischen Umwälzung selbst für herstellbar hielt. Eine internationale Assoziation von Kommunisten sollte in diesem Sinne wirken. Die Vision, bereits Teil einer selbst über den Kapitalismus hinausgehenden Bewegung zu sein, hat kämpfende Proletarier und deren Assoziationen dann auch massenhaft erfaßt und begeistert. Gerade im Maße ihrer praktischen Erfolge im Kampf um die Existenz und erweiterte Teilhabe an kapitalistisch-widersprüchlicher Zivilisation rückte dann aber die kommunistische Perspektive in den Bereich der Utopie. Exemplarisch hierfür: Die Entwicklung der einst revolutionären deutschen Sozialdemokratie und der Real-„Sozialismus". Der tatsächlich geschichtsmächtig werdenden revolutionären Arbeiterbewegung erschienen die frühen Marxschen Erkenntnisse über die allgemeinmenschliche Emanzipation und den untrennbaren Zusammenhang etwa zwischen Privateigentum, knechtender Arbeitsteilung und Entfremdung [9] (also auch das Bewußtsein von der Unmöglichkeit, eines ohne das andere aufzuheben) zunehmend als irrelevant und schädlich. Solche Erkenntnisse störten im realen Klassenkampf und zwar gerade, weil in einer noch nicht aufhebbaren bürgerlichen Gesellschaft erkämpfte Erfolge rechtlich, parlamentarisch und in anderer institutionellen Weise abgesichert werden müssen. Dies aber erfordert unvermeidlich hierarchische Strukturen. Marx' weit in die Zukunft reichende Aussagen über die allgemeinmenschliche Emanzipation relativierte diese schwer erkämpften Positionen und wirkte in diesem Sinne demotivierend. Der Real-Politiker Engels machte auf drastische Weise die antiemanzipatorischen Sachzwänge der immer wieder in bürgerliche Projekte umschlagenden großen proletarischen Bewegung geltend. Er nahm unvermeidbare, z. T. mörderische Widersprüche der kommunistischen wie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts vorweg, als er z. B. 1882 und 92 schrieb: „Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Ziel alles andre unterzuordnen." Sobald der Befreiungsdrang der Balkanvölker „mit dem Interesse des Proletariats kollidiert, so können sie mir gestohlen bleiben." Verdirbt deren Emanzipationsstreben uns die „revolutionäre Situation ..., so müssen sie ... den Interessen des europäischen Proletariats ohne Gnade geopfert werden." [10] So wie später der ML

6 Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, MEW EB 1/553.

7 W.I. Lenin, *Entwurf eines Programms unserer Partei*, 1899, LW 4/230.

8 Michael Brie, *Die Tragödie eines kommunistischen Intellektuellen*, in: In memoriam Lothar Kühne, Von der Qual, die staatssozialistische Moderne zu leben, Berlin 1993, S. 52f.

9 „Übrigens sind Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Ausdrücke - in dem Einem wird in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem Andern in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird." Karl Marx/Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*, MEW 3/32.

10 Friedrich Engels, *Brief an E. Bernstein*, MEW 35/280ff.

schmeißt Engels dann auch konsequent zugunsten dieses bürgerlichen Projekts gerade solche Erkenntnisse über Bord, die zentral für den marxistisch-humanistischen Anspruch waren und die von heute aus gesehen hoffen lassen, daß Marxsches Denken zukünftig wieder eine große Anziehungskraft gewinnt. Engels schreibt: Die früheren „Behauptungen, daß der Kommunismus nicht eine bloße Parteidoktrin der Arbeiterklasse ist, sondern eine Theorie, deren Endziel ist die Befreiung der gesamten Gesellschaft, mit Einschluß der Kapitalisten" sind nur noch Phrasen, abstrakt zwar weiterhin richtig, „aber in der Praxis meist schlimmer als nutzlos." Eine an höheren, als den Interessen der Arbeiterklasse verpflichteten Menschlichkeit könnten „nur Neulinge" oder „die schlimmsten Feinde der Arbeiter, Wölfe im Schafspelz" vertreten.[11]

Das Verständnis dafür, warum – wie hier von Engels demonstriert – die Arbeiterbewegung und der Real-„Sozialismus" nicht über den in den *Feuerbachthesen* definierten bürgerlichen Standpunkt hinauskamen, ist eine unabdingbare Voraussetzung für die heutige theoretische und praktische Suche nach Übergängen zur sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft. Solange damit ein widersprüchlich-zivilisatorischer Fortschritt verbindbar war (oder wie in China heute noch ist?) wurde in allen östlichen Staaten die Spaltung der „sozialistischen" Gesellschaft nicht nur von der herrschenden Klasse gewollt und zeitweilig bis ins Stalinsche Extrem getrieben. Es wurde mehrheitlich auch von den Subalternen als Bedingung ihrer Existenz und der Verbesserung desLebensniveaus gewollt und unter Opfern verteidigt bzw. hingenommen. Es muß verstanden werden, aus welchen objektiven Gründen das über Generationen funktionierte. Staatliche Gewalt und „Priesterbetrug" erklärt hier nichts. Wer das für den Osten begreift, schafft sich zugleich wichtige theoretische Instrumentarien für das uns beschäftigende Problem, wie Menschen im „normalen" westlichen Kapitalismus die letztlich von ihnen selbst gewollte Unterordnung unter die herrschenden Verhältnisse aufbrechen können. Es muß natürlich gleichermaßen gefragt und verstanden werden, wieso sich die westliche Arbeiterschaft zum großen Teil den „eigenen" Gewerkschaftsbürokratien und sozialdemokratische Regimes unterwarf. Und es muß gefragt werden, warum mehrheitlich eine willige Unterordnung unter die Faschisten erfolgte. Hierauf haben H. Marcuse und andere Vertreter der *kritischen Theorie* bereits wesentliche Antworten gegeben. Das verstehend muß heute die Frage neu diskutiert werden, ob die Arbeiterbewegung überhaupt das Subjekt eines sozialistisch-kommunistischen Übergangs sein. Wenn nicht, welche Subjekte können es dann sein?

Der große Dialektiker Marx hat jene frühen Erkenntnisse, die dem behaupteten sozialistischen Charakter des Ostens und dem ML widersprachen, nie als unreif widerrufen. Die kommunistische Perspektive blieb immer der Horizont seiner theoretischen Arbeit. Allerdings führten ihn seine ökonomischen Forschungen der 50er Jahre zur Erkenntnis, daß eine allgemeinmenschliche Emanzipation, also eine erfolgreiche sozialistisch-kommunistische Umwälzung an solche materielle und geistige Voraussetzungen gebunden ist, die erst noch mit der weiteren internationalen kapitalistischen Entwicklung entstehe nwerden. Auch dort, wo wie 1917 das Proletariats tatsächlich im Sturmangriff eine schwache Bourgeoisie wegzufegen vermochte, war das kein Beleg für die Reife einer Gesellschaft für eine sozialistische Umwälzung und für den sozialistischen Charakter der revolutionären Subjekte selbst. Es belegt eher das Gegenteil und zwar die Notwendigkeit (sollte Rußland nicht zur Kolonie des westlichen Kapitalismus werden), mittels extremer Spaltung der Gesellschaft eine nachholende (staats-)kapitalistische Entwicklung durchzusetzen. Das bedeutet, die Bezeichnungen „Große *Sozialistische* Oktoberrevolution" und „Union der *sozialistischen Sowjet*republiken" waren völlig verfehlt.

Das „praktische Element der Emanzipation – durch Subsumtion unter das Kapital und die Avantgarde zersetzt

In der Allgemeinheit der *Feuerbachthesen* gefaßt, trifft die Aussage, daß die Menschen in ihrer Praxis die Umstände und dabei sich selbst ändern, auf die ganze Menschheitsgeschichte zu. Wir müssen und können heute fragen: Unter welchen Bedingungen kann die *„revolutionäre Praxis"* ihre bürgerliche Form abwerfen und eine ganz *bestimmte*, nämlich eine *sozialistisch-kommunistische Form* annehmen? Nur wo diese Voraussetzungen gegeben sind und wo die dementsprechende soziale Bewegungsformen gefunden werden, kann die (Klassen-)Spaltung der Gesellschaft überhaupt aufgehoben werden. Nur dann können sich die Akteure selbst dauerhaft zu freien Individuen erheben. Wie wir durch die gesamt Geschichte des Real-„Sozialismus" erfahren mußten, ist die kapitalistische Gesellschaft offenkundig tatsächlich nicht aufhebbar, bevor in ihr nicht „alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist," können neue höhere Produktionsverhältnisse nicht an die Stelle der alten treten, „bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind."[12] Falls dies nicht die Phrase ist, als die wir sie im ML auswendig lernten, so muß qualitativ bestimmbar sein, welches die im Kapitalismus ausbrütbaren materiellen Existenzbedingungen einer sozialistisch-revolutionären Praxis sind. Sind diese wie 1917, 1918ff und 1945ff *international* nicht gegeben, so ist es eben nicht selbstverschuldet, wenn der erhoffte Ausgang der Menschen aus der Unmündigkeit

11 Friedrich Engels, , *Vorwort zur englischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse in England"*, MEW 22/269f.

12 Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort*, in: MEW 13/9.

mißlingt. Das Verfehlen das sozialistischen Zieles von revolutionären Bewegungen war Ausdruck einer vorläufigen objektiben Unmöglichkeit, den Sozialismus zu erringen.

Marx zog seine Konsequenz aus der 1848er Widerlegung seiner frühen Euphorie: lebenslange Arbeit an den Kritiken der Politischen Ökonomie. Das ewige Dilemma eines „Kommunismus", der im Versuch seiner Verwirklichung immer wieder antiemanzipatorisch-herrschaftsförmige, also antikommunistische Züge annahm, erscheint mir mit dem Blick auf die heutigen Kapitalismus genau entlang der Intentionen dieser Kritiken theoretisch und praktisch auflösbar.

Marx analysiert wiederholt die sich mit der fortschreitenden der kapitalistischen Produktionsweise verändernde Stellung der unmittelbaren Produzenten im Fertigungsprozeß, ihre Haltung zu den Produktionsmitteln, die Konsequenzen dessen für ihre Individualität und ihre sozialen Beziehungen. Mit diesem Blick sind die qualitativen ökonomischen und sozialpsychologischen Voraussetzungen dafür erkennbar, daß die knechtende Arbeitsteilung, damit Entfremdung und Privateigentum überhaupt abgeworfen werden können und ein Kommunismusversuch nicht wieder „die ganze alte Scheiße ... herstellen müßte"[13]. Die Entwicklung des kapitalistischen Reichtums stellt sich Marx immer auch als geistige und mentale Knechtung der sich von den Produktionsmittel und den Arbeitsprodukten entfremdenden Produzenten dar. Warenfetischismus und andere ideologischen Verkehrungen bewirken deren Befangenheit in den Kategorien der kapitalistischen Produktion.[14] Lenins *Was tun?*, das Konzept, revolutionäre Theorie ins Proletariat hineinzutragen und es durch eine Avantgarde revolutionär zu formen und zu führen, sowie seine späte Staatsauffassung sind Anerkennungen dieser Tatsache. Beides eröffnete aber keinen sozialistischen Weg zur Aufhebung dieser Verkehrungen. Im Gegenteil, es führte zu einer spezifischen (stalinistischen) Form ihrer Befestigung. Kapitalkonforme knechtende Ideologie ist nach Marx nicht als Priesterbetrug, nicht als Opium *für* das Volk, begreifbar. Solche Ideologien wie die ihnen zugrunde liegenden materiellen Bedingungen sind auch nicht Kraft irgendeiner Aufklärung und weisen Führung aufhebbar, gleich gar nicht durch die einer Partei neuen Typus. Nach dem Maßstab der *Feuerbachthesen* geurteilt erhoben sich die Bolschewiki durch eine revolutionäre *Praxis der bürgerlichen Art* über die Gesellschaft, begründeten an Stelle der schwachen, zur Führung der bürgerlichen Gesellschaft unfähigen russischen Bourgeoisie eine neue herrschende Schicht. Diese eignete sich das gesamte Eigentum an industriellen Produktionsmitteln an. Sie verband die ursprüngliche Akkumulation von Kapital (mit dem dafür charakteristischen hohen Anteil an Gewalt bei der Proletarisierung großer Teile der Gesellschaft) zunehmend mit der „normalen" Verwertung des Staatskapitals mittels des stummen Zwangs der Ökonomie. Die Bolschewiki, die eine neue „sozialistische" Bourgeoisie konstituierten, vollbrachten eine große Leistung. Sie trieben die Geschichte tatsächlich voran und zwar auf eine damals nur mögliche Weise, auf eine nichtsozialistische.

Richten wir also auf der Suche nach den objektiven Voraussetzungen und den sozialen Formen einer revolutionären sozialistischen Bewegung den Blick auf die Marxschen Kritiken der Politischen Ökonomie und auf die heutigen fortgeschrittendsten kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Machen wir dabei unser Wissen über den Widerspruch zwischen dem Standpunkt der bürgerlichen und dem der menschlichen Gesellschaft, den Gegensatzes zwischen dem altem und dem Marxschen Materialismus dadurch fruchtbar, daß wir heutige Wege der Emanzipation in bewußter Abkehr von den Strukturen der alten Arbeiterbewegung und des Real-„Sozialismus" sowie aller anderen bürgerlichen Projekte suchen. Marx jubelt als junger Mensch über die revolutionären Pariser Handwerker: „Sie müßten einer der Versammlungen der französischen ouvriers beigewohnt haben, um an die jungfräuliche Frische, an den Adel, der unter diesen abgearbeiteten Menschen hervorbricht ... Jedenfalls aber bereitet die Geschichte unter diesen 'Barbaren' unserer zivilisierten Gesellschaft das praktische Element zur Emanzipation des Menschen vor."[15] Später beschreibt er die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital als ein Zersetzen der einstigen vielseitigen Individualität des mittelalterlichen Handwerkers.[16] Dem frühen Bild der erhofften Zukunft steht theoretisch und praktisch nun entgegen eine massenhaft bis zum Ende des Fordismus um sich greifende Reduzierung der unmittelbaren Produzenten auf wenige Fertigkeiten, mittels derer sie eine Lücke in der Maschinerie ausfüllen. *Warum* denn und *wie* eigentlich sollten sich gerade die derart proletarisierten Individuen zur kommunistischen Produktions- und Lebensweise, zur Selbstverwaltung und Selbstbestimmung befähigen? Diese erfordert doch ganz andere Fähigkeiten und Mentalitäten, als die, die den Proletariern gerade in der fordistischen Lohnarbeit reell aufgezwungen werden? Auch im Real-„Sozialismus" waren die unmittelbaren Produzenten unter eine knechtende Arbeitsteilung, unter die Maschinerie und unter die Verfügungsgewaltigen subsumiert. Lenin sah darüber hinaus im kapitalistischen Monopol, besonders im Staatsmonopol, die ökonomischen Bedingungen des Sozialismus vollständig vorgeprägt. In Deutschland „haben wir das 'letzte Wort' moderner großkapitalistische Technik und planmäßiger Organisation, die dem

13 Karl Marx/Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*, MEW 3/35.

14 Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 23/88ff.

15 Karl Marx, *Brief an Ludwig Feuerbach*, MEW 27/426 und Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, MEW EB 1/553f.

16 Karl Marx, *Das Kapital*, Kap. 13, MEW 23.

junkerlich-bürgerlichen Imperialismus unterstellt sind. Man ... setze an Stelle des militärischen, junkerlichen, bürgerlichen, imperialistischen Staates *ebenfalls einen Staat*, ... einen proletarischen Staat, und man wird die *ganze* Summe der Bedingungen erhalten, die den Sozialismus ergibt."[17]. Das war zwar bezogen auf das angenommene Subjekt der sozialistischen Revolution der Marxschen Vorstellung von der Selbstverwaltung frei assoziierter Individuen als ein Wesensmerkmal der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft völlig entgegengesetzt. Doch Lenin konnte sich berechtigt auch auf Marx berufen, so etwa auf seine Aussagen zur historischen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation[18]. Wenn die Proletarier, dressiert und konzentriert durch die kapitalistische Großindustrie, massenhaft zur disziplinierten Unterordnung unter „ihre" Avantgarde und „ihren" Staat befähigt werden, dann stützte dies das Leninsche Konzept, eine Organisation von Revolutionären zu schaffen, die Rußland aus der Angeln heben konnte. (Der ebenfalls von Lenin ins Spiel gebrachte Gedanke, daß die Köchin die Küche und zugleich den Staat verwaltet, fand trotz aller Vermittlungsglieder – Gewerkschaften, Arbeiter- und Bauern-Inspektion – darin überhaupt keinen Platz.) Aus solcher Sicht reduziert sich die Begründung eines sozialistischen Charakters von Produktionsverhältnissen tatsächlich auf die Eroberung der politischen Macht durch kommunistische Revolutionäre und das Ersetzen der Kapitalisten bzw. ihrer Manager durch die Vertreter der Arbeiterklasse.

Heute wissen wir: Die Revolutionäre, die vom den tayloristisch-fordistischen Formen der industriellen Fertigung ausgingen (oder sie erst schafffen mußten) sowie vom Monopol in der Wirtschaft und die von hier aus Sozialismus gestalten wollten, sie trieb esin eine ganze bestimmte Richtung. Egal, was ursprünglich ihr Ziel war, wenn sie tatsächlich zur Macht kamen und sie behaupten konnten, dann landeten regelmäßig bei irgendeiner Variante des Stalinismus. Doch vor der real-„sozialistischen" Jahrhunderterfahrung schien sich auch auf der Basis einer fordistischen Produktionsform ein anderer Weg zu eröffnen, auf dem sich die unter die Arbeitsteilung Geknechteten selbst zu reicher Individualität und zur Herrschaft über die Produktion befähigen können. Die Antwort schien auch durch Marx theoretisch vorgezeigt sowie scheinbar im Handeln häufig kulturvollen und gebildeten vorrevolutionären Bolschewiki bestätigt und in literarischen Gestalten wie in M. Gorkis *Die Mutter* gestaltet: Das revolutionäre Ändern der Umstände und die sozialistische Selbstveränderung der Akteure erfolgt im gewerkschaftlichen und politischen Kampf um Einfluß und Macht, in der Formierung proletarischer Assoziationen, in der proletarischen Partei und durch deren Aufklärungsarbeit und Organisation. Soweit die Theorie, die Hoffnungen und auch praktische Erfahrungen. In den tatsächlich geschichtsmächtig werdenden vorrevolutionären großen proletarischen Assoziationen (vrgl. den bürokratischen Apparat der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften) und in der nachrevolutionären Realität des Real-„Sozialismus" reproduzierten sich gerade in den erfolgreichen Assoziationen neue Herrschaftsverhältnisse: Proletarischen Parteien transformierten so wie alle anderen zu Institutionen, die von ihrer inneren Struktur her den Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft reproduzierten. Egal ob bekennende Reformer der bürgerlichen Gesellschaft oder „kommunistische" Revolutionäre, auch dann, wenn sie unleugbar (widersprüchlich-)zivilisatorische Fortschritte bewirkten – der Widerspruch zwischen den emanzipatorischen Zielen und den Mitteln der Bewegung blieb ein unauflösbares Dilemma der Akteure von Arbeiterbewegungen und „sozialistischer" Gesellschaften. Erklärungsmuster, die auf subjektive Fehlern, besondere Charakterzüge und mangelhafte Anwendung etwa der Marxschen Theorie zielen, bleiben oberflächlich. Marx und Engels selbst unterlagen als Politiker dieser im 20. Jahrhundert ihren Höhe- bzw. Tiefpunkt erreichenen Konstellation. Der proletarische Klassenkampf konnte nicht o. g. Zersetzung der Individualitäten durch die reelle Subsumtion unter das Kapital dadurch wettmachen, daß die engagierten Proletarier in den politischen Auseinandersetzungen ihre Persönlichkeiten entfalteten. Wo die politischen Organisationen des Proletariats geschichtsmächtig wurden, da geschah eben das Gegenteil – die Rekonstruktion von Herrschaftsstrukturen innerhalb dieser Organisationen selbst. Sie schufen letztlich ein Spiegelbild des einst Bekämpften.

Wenn Tausende Industrieunternehmen enteignet würden, so Bernstein, dann müsse der Staat sie mittels eines riesigen bürokratischen Apparates lenken. Das käme weder der deutschen Wirtschaftsentwicklung noch der tatsächlichen Stellung der Arbeiter zugute. Er äußerte Bedenken, „die Industrie der Bureaukratisierung auszuliefern und möchte auch nicht das Staatsbeamtentum ins Unbegrenzte vermehren." Die kapitalistische Produktion „war ein gewaltiger Faktor des technisch-ökonomischen Fortschritts ... Es wird bezweifelt, daß die bureaukratisierte Produktion das Gleiche leisten würde." [19] Bernstein und nicht Lenin etwa mit

17 W.I. Lenin, *Über „linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit*, LW 27/332. Sozialismus ist „nichts anderes ... als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und *dadurch aufgehört* hat, kapitalistisches Monopol zu sein." Dieser Sozialismus schaut „durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns; in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der Sozialismus unmittelbar, *in der Praxis*, ab." W.I. Lenin, *Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll*, LW 25/369f.

18 Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 23/791.

19 Eduard Bernstein, *Der Sozialismus einst und jetzt*, Berlin 1923, S. 135 und ders., *Entwicklungsgang eines Sozialisten*. Sonderausgabe aus: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, 1. Band Leipzig 1924, S. 11f.

seiner Hoffnung auf die Köchin behielt Recht. Die „sozialistische" wie die zeitgleiche parallele „normal"-bürgerliche Realität rief unabweisbar nach hierarchischen Produktionsverhältnissen.[20] Engels erklärt autoritäre Strukturen sogar als zeitlose Eigenschaft jeder denkbaren maschineller Großproduktion. „Der mechanische Automat einer großen Fabrik ist um vieles tyrannischer, als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind ... was die Arbeitsstunden betrifft, kann man über die Tore dieser Fabriken schreiben: *Laßt alle Autonomie fahren, die Ihr eintretet!*" Soweit Engels (und später auch Lenin) dies auf die seinerzeit überschaubare Formen der Produktivkraftentwicklung bezieht, ist dem zuzustimmen, nicht aber der folgenden Mystik: „Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn ... einem wahren Despotismus unterwerfen, der *von aller sozialen Organisation unabhängig* ist." [Hervorhebung – UW] Die ewig tyrannische „Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen ..." [21] Ausgehend von der ursprünglichen Marx-/Engelschen Erkenntnis vom notwendigen Zusammenhang zwischen (knechtender) Arbeitsteilung, Entfremdung und Privateigentum hat Engels mit dieser Beschwörung des ewig tyrannischen Charakters von Industrieproduktion faktisch eine sozialistisch-kommunistische Produktionsweise als für immer unmöglich erklärt. Die real-„sozialistische" Industrie schien dem auch recht zu geben. Der Fordismus-Taylorismus, von Lenin als die über Jahrzehnte unumgängliche Form der Produktion erkannt[22], hat in Ost wie West die von Marx im *Kapital* beschriebene knechtende Arbeitsteilung auf eine bis dahin praktisch unbekannte Spitze getrieben. Hier wird „der Automat selbst das Subjekt, und die Arbeiter sind nur als bewußte Organe seinen bewußtlosen Organen beigeordnet und mit denselben der zentralen Bewegungskraft untergeordnet", „Gehilfen der Maschinerie".[23] Diese Maschinenarbeit „konfisziert alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. ... Die Scheidung der geistigen Potenzen des Produktionsprozesses von der Handarbeit und die Verwandlung derselben in Mächte des Kapitals über die Arbeit vollendet sich ... in der auf Grundlage der Maschinerie aufgebauten großen Industrie."[24] Staatsangestellte – dies eine zivilisierende Funktion der Bolschewiki – können zwar statt einer schwachen herkömmlichen Bourgeoisie deren geschichtliche Mission erfüllen, erfolgreich die Funktion der vertriebenen Unternehmer ausüben und den Aufbau einer Großindustrie und damit auch die Proletarisierung der Bevölkerung durchsetzen (dies allerdings nur, bis die tayloristisch-fordistische Form der Produktion ihren Höhepunkt erreicht hatte). Das tatsächliche Kapitalverhältnis, die reelle und formelle Subsumtion der Lohnarbeit unter das Kapital (hier das Staatskapital) heben sie damit nicht auf. Sie reproduzieren es nur auf eine spezifische, etwa den Anforderungen einer nachholenden kapitalistischen Akkumulation durchaus angemessenen zentralistisch-barbarische Weise. Im ML erfolgt die sozialökonomische Bestimmung der siegreichen proletarischen Revolution und der Verstaatlichung der Produktionsmittel in einer Weise, als habe Marx nicht *Das Kapital*, sondern *Die Kapitalisten* geschrieben, als könne mit der Vertreibung der bisherigen Unternehmer und der Übernahme ihrer Funktionen durch Staatsfunktionäre das Kapitalverhältnis im sozialistischen Sinne aufgehoben werden. Die klügeren Köpfe ahnten, daß die ganze so begründete sogenannte Politische Ökonomie des Sozialismus eine Fiktion ist. Obwohl „sämtliche beim heutigen Stand der Forschung mögliche Antworten .... bereits gefunden" sind, so schrieb L.I. Abalkin, ist es offenbar unmöglich, so wie Marx in Bezug auf die Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitalismus die Ware als ökonomische Zellenform erkannte, einen entsprechenden Ausgangspunkt der Theorie für die des sowjetischen Sozialismus zu finden.[25] So wie die real-„sozialistische" Wirklichkeit immer wieder dazu drängte, sich immer mehr der normalen kapitalistischen Warenproduktion anzunähern (siehe Neues ökonomisches System in der DDR der 60er Jahre), so trieb es auch die Theoretiker des Sozialismus, ihre ökonomische Zelle in engster Annäherung an Marx' *Kapital* zu suchen.[26] Was Marx allerdings als Darstellung zum Zwecke der Kritik betrieb, das versuchten sie theoretisch bzw. die Wirtschaftspolitiker praktisch psitiv zu gestalten – ohne es beim zutreffenden Namen zu nennen. Dies taten dafür die im Osten verdammten Konvergenztheoretiker, die eine Annäherung der Produktionsverhältnisse von Ost und West bis zur Gleichartigkeit konstatierten bzw. voraussagten. All dies waren Indizien dafür: Es ging nicht um eine wirklich neue Produktionsweise, sondern um eine Variante nachholender kapitalistischer Entwicklung.

Der erste springende Punkt – Sozialismus wird ökonomisch möglich

Wann können nun nach Marx die Produktionsarbeiten „den Schein bloß äußrer Naturnotwendigkeit abgestreift erhalten und als Zwecke, die das Individuum selbst erst

20 W. I. Lenin, *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*, in: LW 27/250.

21 Friedrich Engels, *Von der Autorität*, MEW 18/306f.

22 W. I. Lenin, *Ein „wissenschaftliches" System zur Schweißauspressung*, LW 18/588; ders, *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*, LW 27/249f und ders., *Ein Löffel Teer in einem Faß voll Honig*, LW 33/354.

23 Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 23/442.

24 ebenda S. 445f.

25 zitiert in W.S. Wygodski, *Das Werden der ökonomischen Theorie von Marx und der wissenschaftliche Kommunismus*, Dietz Verlag Berlin 1978, S. 257.

26 ebenda.

setzt, gesetzt werden"? Wann muß die Arbeit nicht mehr als „Lohnarbeit ... als *äußre Zwangsarbeit* ... und ihr gegenüber die Nichtarbeit als ‚Freiheit und Glück'" erscheinen? Marx' Antwort: „Die Arbeit der materiellen Produktion kann diesen Charakter nur erhalten, dadurch, daß 1.ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist, 2. daß sie wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft, sondern als Subjekt, das in dem Produktionsprozeß nicht in bloß natürlicher, naturwüchsiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint."[27] Bleiben wir bei der zweiten Bedingung. Unter welchen materiellen Voraussetzungen kann der Produzent selbst Subjekt werden, muß von der Produktion selbst keine Spaltung der Gesellschaft mehr ausgehen, kann also massenhaft der bürgerliche Standpunkt verlassen werden? „In dem Maße", so eine Antwort, „wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und ... [das ist abhängig] vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie."[28] Erst eine bestimmte Entwicklungsstufe der Technologie ermöglicht eine grundsätzlich andere des Menschen im bzw. zum Fertigungsprozeß als die der fordistisch-tayloristischen Wirtschaft, nämlich die, in der sich der Mensch verhält „als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst ... Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein."[29] Damit gewinnt Arbeit nicht nur einen wissenschaftlichen Charakter. Es wird zugleich der über die Lohnarbeit laufende Verwertung von Wert die Basis entzogen. Es ist dann „weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper – in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint."[30] Ab diesem *„bestimmten Grad der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte* und daher des Reichtums ... erscheint die weitere Entwicklung [auf kapitalistischer Grundlage – UW] als Verfall und die neue Entwicklung beginnt von einer neuen Basis."[31] Die Ökonomie kann (nicht muß!) von diesem Zeitpunkt an aufhören, eine politische zu sein, weil materielle Produktion, damit sie überhaupt auf hohem Niveau stattfinde, nicht mehr der Sondierung der „Gesellschaft in zwei Teile"[32], nicht mehr der Klassenspaltung, nicht mehr des Staates bedarf. Von dem Zeitpunkt an können auch Emanzipationsbewegungen wie etwa die der Frauen eine andere Perspektive gewinnen als etwa die, unter der Losung der Gleichstellung zur kapitalistischen Modernisierung beizutragen, Frauen als Lohnarbeiterinnen, Unternehmerinnen oder Politikerinnen massenhaft in die Reproduktion von patriarchalen Verhältnissen einzubinden. Emanzipationsbewegungen können jetzt erstmalig einen sozialistischen, jegliche Herrschaftsstrukturen aufhebenden Charakter gewinnen.

Ab den 60er Jahren gab es im Osten wie im Westen parallel zu den allerersten Übergängen zur automatisierten Fertigung kurzzeitig eine faßbarere Ahnung der Perspektive vom „allseitig, schöpferisch, spielerisch Arbeitenden"[33]. Diese waren durchaus kompatibel mit den frühen Marxschen Aussagen über eine kommunistische Zukunft[34], nicht aber mit dem ML und nicht mit den Grundstrukturen des Ostens. Es wurde schnell klar, daß soziale Bewegungen, die der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution einen zivilisationsverträglichen sozialistischen Charakter hätten geben können, nur in der Rebellion gegen jegliche hierarchisch-patriarchale Gesellschaftsstruktur, also gegen die bürgerliche Spaltung in Herrschende und Beherrschte, entstehen konnten. Im Westen machte eine solche klassenungebundene emanzipatorische Bewegung neuer Art 1967/68 Furore. Mit dem Effekt des Ausschöpfens noch vorhandener ökonomisch-zivilisatorischer Potenzen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wurde sie in diese integriert. Diese Entwicklung hat ihren zivilisationsfördernden Höhepunkt längst überschritten und ihren vorläufigen Tiefpunkt mit der rot-grünen Bundesregierung erreicht.[35] Im Osten wurde emanzipatorische Bewegung der 1960er Jahre und ihr theoretischer Reflex ohne eine temporär positive Wirkung wie im Westen gestoppt. Die Grenze der real-„sozialistischen" Möglichkeiten war damit angezeigt. Der Osten ging schließlich bis 1990 dar-

27 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 42/512.

28 ebenda S. 600.

29 ebenda S. 601.

30 ebenda.

31 ebenda S. 446.

32 Karl Marx, *Thesen über Feuerbach*, MEW 3/6.

33 Projektgruppe Automation und Qualifikation. Frigga Haug (Leitung), *Widersprüche der Automationsarbeit*, Argument-Verlag Berlin/West 1987, S. 12.

34 Vergleiche die sogenannten Praxis-Diskussion unter DDR-Philosophen in den 1960 Jahren. Siehe: Helmut Seidel, *Vom praktischen und theoretischen Verhältnis des Menschen zur Wirklichkeit*, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 14. Jg., 10/1966 und die sich daran anschließende Auseinandersetzung.

35 Siehe die Kontroverse über die rot-grüne Regierungspolitik: Ulrich Weiß, Terrain der rot-grünen Ent-Täuschung, in: ND, 14./15. 11. 1998, S. 14 und die Reaktionen von Jürgen Schuster, Linke Phrasen und die politische Realität, in: ND, 28./29. 11. 1998, S. 14, Heinz Hümmler, Verkrampfte Distanz zur Demokratie, in: ND, 8. 12. 1998, S. 15 und Robert Kurz, Finanzierbarkeitsterror, in: ND, 24. 12. 1998, S.8.

an kaputt, woran der Westen zunehmend krankt: an der strukturell bedingten Unfähigkeit, eben jenem ganz „*bestimmten Grad der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte*", durch welche „die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums ... der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums" [36] werden kann, den erforderlichen zivilisationsverträglichen Raum zu verschaffen. Die Organisations- und Herrschaftsfähigkeiten einer über der Gesellschaft erhabenen Klasse einerseits sowie die Fähigkeiten und der Willen der Subalternen zur Unterwerfung unter lebenslange Lohnarbeit andererseits sind nunmehr historisch erstmalig keine Bedingungen mehr für Reichtum und Zivilisation. Das lutherisch/real-„sozialistische" Arbeitsethos gerät damit ins Wanken. In der postfordistischen Produktion formieren sich nun gerade solche Elemente, die nicht nur eine abstrakt-theoretische Beschreibung einer solchen Art von Produktion denkbar machen, die nicht mehr von Kapital und Lohnarbeit vorangetriebenen wird. *Kapitalistisch betrieben* erscheinen die neuen Fertigungsweisen allerdings für die meisten Menschen als *Katastrophe*. Diese ist bei Beibehaltung des kapitalistischen Rahmens auch tatsächlich von keinerlei reformerischen Reparaturversuchen aufzuhalten, egal ob sich diese in schwarzen, rötlichen oder grünen Farben präsentieren. Auf Marxsche Weise *sozialistisch betrachtet* und *betrieben*, könnten diese neuen Elemente jedoch als die endlich entstehenden Voraussetzungen einer reichen Entwicklung der Individuen auf der Basis gemeinschaftlich beherrschter moderner Produktivkräfte begriffen und genutzt werden. Von der Stellung des produzierenden und konsumierenden Individuums aus gesehen ist dies genau der Punkt, da die Aufhebung des Kapitalismus durch den Sozialismus-Kommunismus ökonomisch möglich wird.

Diese Möglichkeit kann allerdings nur wirklich werden, wenn sich verbindende Menschen einen Weg finden, um die von Marx genannte erste Bedingung dafür zu schaffen, daß Arbeit nicht mehr als „Lohnarbeit ... als *äußre Zwangsarbeit* erscheint". Es muß „ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt" werden[37], und zwar nicht durch das Kapital, sondern durch frei assoziierte Individuen, die selbst bewußt die Zwecke der Produktion „als Selbstverwirklichung, Vergegenständlichung des Subjekts" bestimmen. [38] Die derzeit scheinbar allmächtige *kapitalistische Form* des Setzens des gesellschaftlichen Charakters von Produktion ist es, was allerdings jeden Jubel über die o. g. Möglichkeiten einer mit der Automatisierung verbundenen Persönlichkeitsentfaltung erstickt und die menschlich-produktiven Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik selbst beeinträchtigt. Mögen sich auch Hierarchien abflachen, möge enorme geistige Beweglichkeit gefordert sein und sich der technologische und betrieblich-soziale Verantwortungsbereich unmittelbarer Produzenten stark erweitern – über allem stehen weiterhin äußere, vom Individuum nicht beherrschte Zwecke: Die Verwertung von Wert, damit der unvermeidliche Zwang zur galoppierenden Reduzierung lebendiger, auch hochqualifizierter Arbeit, was nicht zu genießbarer Freizeit, sondern zu niederdrückender erzwungener Arbeitslosigkeit führt. Die Kapitalisierung durchdringt buchstäblich alle gesellschaftlichen Bereiche. Bis hinein in die intimsten Bereiche, etwa durch Auflösung der traditionellen Familienstrukturen wird alles der Kapitalvermehrung unterworfen. All dies macht das schönste Lean-Production-Team mit seinen abstrakt gegebenen Möglichkeiten zur Selbstentfaltung seiner Mitglieder innerhalb und außerhalb der Arbeit in Wirklichkeit zu einer Ansammlung konkurrierender, sich selbst kontrollierender und damit doch weiterhin von äußerem Zwang getriebener Lohnarbeiter. Das treibt Produktion zur Vernichtung natürlicher Existenzvoraussetzungen und zum Zerstören von Zivilisation. Wie gesagt, auch die östliche Variante des Setzens des gesellschaftlichen Charakters von Arbeit, also die Zwecksetzung durch den „sozialistischen" Staat, war eine Variante der bürgerlichen Ökonomie mit „sozialistischen" Ruhmestaten der „Nierreißung aller bestimmten einseitigen Zwecke als Aufopferung des Selbstzwecks unter einen ganz äußeren Zweck"[39]. An den „Straßen der Besten" und an Wandzeitungen (die heute in den Betrieben wieder Konjunktur haben) haben sich *Helden wie wir* gefeiert. Wenn also auch nicht auf real-„sozialistischem" Wege, wie kann dann der unmittelbare Produzent zum *gesellschaftlichen Individuum* werden, selbst zwecksetzend der „große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums"? Es gibt immer wieder interessante Versuche alternativer Ökonomien, sich weitgehend selbst durch beschränkt-arbeitsteiliges Produzieren zu versorgen. Das zeigt den Drang einer zunehmenden Minderheit von Menschen, sich den entfremdeten kapitalistischen Verhältnissen zu entziehen. Es geht jedoch nicht um isolierte Kleingruppen von asketisch-gesellschaftlichen Individuem etwa in der ueckermärkischen Einsamkeit, es geht nicht sozusagen um die Reproduktion einer allerdings PC-bestückten urgesellschaftlichen Horde. Es geht um Zivilisationsgewinn auch unter Nutzung gerade der veränderten Stellung unmittelbarer Produzenten in den Kernbereichen von Lean-Production. So sehr sie als Ausdruck der Suche nach anderen Lebens- und Arbeitsweisen zu begrüßen sind, eine isolierte Entwicklung von Alternativprojekten ist noch nicht die Lösung. Deren Vernetzung verweist schon eher darauf, wenn sie unter anderem den High-tech-Bereich und die Erfüllung allgemeiner, bisher meist staatlicher Aufgaben einbezie-

36 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 42/446.

37 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 42/512.

38 ebenda.

39 ebenda.

hen können, wenn also assoziierte Individuen die Bedingungen ihrer materiellen Existenz auf hohem Niveau unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen.

Der zweite Punkt – die Gesellschaft kann den Staat in sich zurücknehmen

Marx benennt noch eine weitere Voraussetzung dafür, damit eine Gesellschaft (diese dann konstituiert durch freiassoziierte Individuen) sich ihre dann nicht mehr entfremdete Herrschaft über die materielle Produktion „zurück"-erobern kann. Der Logik der kapitalistischen Entwicklung folgend sagt Marx sozusagen die heutige Privatisierung öffentlicher Einrichtungen (Verkehrs- und anderer Kommunikationsmittel, Schulbildung, Wissenschaft, Gesundheitswesen, polizeiliche Aufgaben, Kultureinrichtungen, die Verwertung jeglichen öffentlichen Raumes usw.) voraus. Er verweist zum Beispiel auf den Drang des Kapitals, sich auch „die Voraussetzungen der Zirkulation" zu assimilieren, also solche einst allgemeinen Aufgaben „in kapitalisierende Produktion oder Produktion von Kapital" zu verwandeln. Die Sicherung von gesellschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Produktion waren zuvor Staatsaufgaben. Sie konnten vom Einzelunternehmen oder vom assoziierten Kapital nicht erfüllt werden, weil dies keine Möglichkeit der Kapitalverwertung bot. Durch die fordistische Form der Vergesellschaftung in West und Ost wurde der Bereich dieser Staatsaufgaben im 20. Jahrhundert extrem ausgeweitet. Diese Funktionen werden nun gegenwärtig genau in dem Maße, in dem das Produktivkraftniveau auch hier eine angemessene Verwertung ermöglicht in einer großen Welle der Privatisierung durch das Kapital selbst übernommen. Dies nennt Marx „eine propagandistische (zivilisierende) Tendenz" des Kapitals.[40] Mit dieser sich in den heutigen Metropolen vollziehenden Entstaatlichung ist nach Marx „die höchste Entwicklung des Kapitals" erreicht. Die „allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses" werden dann nicht mehr „aus dem *Abzug der gesellschaftlichen Revenue* hergestellt ... sondern aus dem Kapital als Kapital. Es zeigt dies den Grad einerseits, worin das Kapital sich alle Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion unterworfen", womit „alle Bedürfnisse in der Form des Austauschs befriedigt werden; auch die als gesellschaftlich gesetzten Bedürfnisse des Individuums, d.h. die, die es nicht als einzelnes Individuum in der Gesellschaft, sondern gemeinschaftlich mit andren konsumiert."[41] Die ganze Gesellschaft, jeder Lebensbereich, wird zur Geißel des Kapitals. Der Staat verliert die Fähigkeit, den Individuen in allen Wechselfällen von Konjunktur und Krise wenigstens ein Mindestmaß an Stabilität, Sicherheit, Kultur, Bildung usw. zu sichern.

Was kann an diesen Prozessen, die von Regierungen unter Reagan, Thatcher, Blair und Schröder durchgepeitscht werden, zivilisierend oder gar sozialistisch sein? Nichts. Im Gegenteil. Die Gesellschaft wird in die nackte Barbarei getrieben. Dies ist unvermeidlich, wenn die Tendenz zum schlanken Staat sich unter kapitalistischen Bedingungen durchsetzt. Wer nur über eine innerkapitalistische Brille verfügt und wer sich nicht wie gegenwärtig alle führenden Politiker hinsichtlich des angeblichen Primats des Politischen beim Geltendmachen menschlicher Bedürfnisse hemmungslos in die Tasche lügt, der kann nur ion ausweglose Verzweiflung oder Zynismus verfallen. In kommunistischer Perspektive jedoch markiert gerade die kapitalisierende Übernahme von bisher notwendig dem Staat zufallenden Aufgaben denjenigen Punkt des Kapitalismus, da mit ihrer „höchsten Entwicklung" die alte Formation selbst die Möglichkeiten ihrer Aufhebung produziert. In dieser Sicht sind die Entstaatlichungen Indizien dafür, daß emanzipatorische soziale Bewegungen nunmehr die kapitalistische Form der Produktion tatsächlich nachhaltig aufheben können. Wieso? Weil sie nicht wieder notwendig in antiemanzipatorische Entfremdung, in bürgerliche Herrschaftsstrukturen, in die Errichtung neuer Staatlichkeit wie die der sogenannten Diktatur des Proletariats zurückfallen müssen. Warum existiert dieser Zwang nicht mehr, der unter anderem dem Osten die sozialistische Perspektive verstellte? Wenn die zivilisationssichernden allgemeinen Aufgaben tatsächlich dem (bürgerlichen) Staat entrissen und von Einzelkapitalen selbst erfüllt werden oder werden können (was auf kapitalistisch die Verrottung der nicht zahlungsfähigen Träger entsprechender Nachfrage z. B. nach Bildung und Medizin einschließt), dann existieren erstmalig in der Geschichte auch die materiellen Voraussetzungen dafür, daß *assoziierte Individuen* bisherige Staatsaufgaben *direkt unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle* bringen können. Dann wird für die Bewahrung von Gesellschaftlichkeit der Staat, der Ausdruck der bisherigen Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Teile, überhaupt funktionslos. Der Staat, die „übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft"[42], einst in den Klassengesellschaften eine Bedingung zivilisatorischen Fortschritts, wird aufhebbar. Dann und erst dann ist die Aufhebung der sich im Kapital wie im Staat ausdrückenden Entfremdung, die Überwindung der knechtenden Arbeitsteilung und des (kapitalistischen) Privateigentums, dann ist also Sozialismus-Kommunismus möglich. Das ist dann aber auch dringend geboten. Im Gegensatz zur Ausgangssituation des Real-„Sozialismus" gibt es nun auch bezüglich bisheriger Staatsfunktionen die Möglichkeit, daß eine *revolutionäre Praxis*, also die Veränderung der Verhältnisse und die Selbstveränderung der Menschen *einen sozialistischen Charakter annehmen*

40 ebenda S. 448.
41 ebenda S. 438f.
42 Karl Marx, *Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich"*, MEW 17/541.

kann. Nicht nur in der Produktion, auch hinsichtlich allgemeiner Aufgaben müßte nach einer gesellschaftlichen Umwälzung heute nicht wieder die Spaltung der Gesellschaft in Herrschend und Beherrschte, nicht wieder die Rekonstruktion des Staates erfolgen. Die kapitalistische Wirklichkeit wächst heute auch hinsichtlich seiner Tendenzen zum schlanken Staat sozusagen den Marxschen Aussagen über die materiellen Voraussetzungen einer sozialistisch-kommunistischen Umwälzung entgegen.

Wo bleiben die Bewegungen von frei assoziierten Individuen?

Am Ende des 20. Jahrhunderts ist ein bestimmtes Revolutionskonzept, das einstmals mit zivilisatorischem Fortschritt vereinbar war, schließlich zur Horrorvorstellung geworden. Es ist die Vorstellung von einer die Herrschaft erobernden Klasse, die „alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates" zentralisiert, den „Arbeitszwang für alle" einführt sowie die „Errichtung industrieller Armeen" betreibt und auch noch die „Erziehung aller Kinder" übernimmt. [43] Diesen Marx wie den sich darauf berufenden Real-„Sozialismus" können (und müssen) Sozialisten heute endlich theoretsich und praktisch überwinden. Damit verflüchtigt sich auch der alte Widerspruch zwischen Marxisten und Anarchisten. Die 68er haben verfrüht „hier und jetzt und alles" gewollt und sind letztlich wieder im modernisierten alten Brei gelandet. Angesichts o. g. Entwicklung ist jedoch Rudi Dutschke inzwischen zuzustimmen: Eine Theorie und eine Bewegung, die die wirkliche Emanzipation „in die Zukunft verlegte, die Eroberung des bürgerlichen Staates durch das Proletariat als primär für die soziale Revolution ansah", ist überholt. „Diese Etappentheorie[44], die in der Phase der für die Beseitigung des Mangels und der Notdurft notwendigen Entfaltung der Produktivkräfte durch die bürgerliche Gesellschaft alles für sich hatte, den 'Sieg' von Marx über Bakunin historisch rechtfertigte, kann für unsere Zeit, in der bei uns in den Metropolen der Kapitalismus auch nicht mehr einen einzigen Funken temporärer Notwendigkeit in sich hat, kaum noch Bedeutung haben." [45] Angesichts der heutigen materiellen Bedingungen können sozialistisch-kommunistischen Umwälzungen nicht mehr in Kategorien des ML und sonstiger Arbeiterbewegungsmarxismen erfaßt werden. Das begreifend wird die heute wichtige Fragestellung erst möglich: Wo und wie assoziieren sich Individuen, die im Ringen um ihre eigene Emanzipation nicht wieder notwendigerweise zur Konstituierung neuer Herrschaft greifen müssen? Sie können dies offenkundig nur außerhalb aller entfremdeter Formen tun, unter denen bis in die zweite Jahrhunderthälfte hinein noch innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Epoche partielle Emanzipation erkämpft werden konnte: außerhalb der Staats-, Parteien- und Parlamentsinstitutionen und anderer patriarchaler Strukturen. Sind in diesem Sinne die *antiautoritären Bewegungen* von 1967/68, die nachfolgenden klassenungebundenen sogenannten *neuen sozialen Bewegungen* sowie die Bürgerbewegungen der DDR mit ihren *Runden Tischen* (vor ihrer deutsch-nationalen Zersetzung) die Vorboten einer in den realen Auseinandersetzungen unserer Zeit anstehenden Entdeckung? Es geht um neue emanzipatorische Bewegungsformen, die nach den östlichen auch die jetzt global herrschenden westlichen Machtstrukturen auflösen. Es geht um die Aufhebung des heute schreiendsten Gegensatzes: Hier die realen Möglichkeiten einer universellen Entwicklung der Individuen, die gemeinschaftlich ihre Zwecke selbst setzen könnten, und da die tatsächlich massenhaft realkapitalistischen Perspektivlosigkeit und Katastrophen. Eine Theorie, die sich als Selbstbewußtsein sozialer Bewegungen freier Individuen versteht, die neue Lebens- und Arbeitsweisen schafffen, hat in der Suche nach emanzipatorischen Formen entsprechender Assoziationen und in der Kritik jeglicher Rekonstruktion von Macht in diesen Assoziationen einen spannenden Gegenstand.

Berlin, 09.11.1999

43 Karl Marx, Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4/481/482.

44 Ich ergänze: Auch die Auffassung von sogenannten Haupt- (Klassen-) und Nebenwidersprüchen (etwa das Patriarchat, die Umweltzerstörung im Interesse einer kapitalistischen Effektivität)

45 Rudi Dutschke, *Bibliographie des revolutionären Sozialismus*, Frankfurt-Hannover-Berlin. 1969. S. 21f.

Wal Buchenberg

Elemente eines emanzipierten Sozialismus

Das Versprechen des Sowjetsystems, es würde Ausbeutung und Unterdrückung in der Welt beenden, blieb bloße Propaganda. Positives Ziel dieses Systems war, rückständige Gesellschaften zu modernisieren und zu industrialisieren. Seine historische Aufgabe war also keine andere als die des Kapitalismus, nur sollten Modernisierung und Industrialisierung schneller und mancherorts auch „sozial verträglicher" erledigt werden.

Die kapitalistischen Gesellschaften gewannen den Systemwettbewerb in der Hauptfrage, wer die Produktivkräfte umfassender entwickeln kann, und bestätigten damit die Theorie von Karl Marx, dass der Sozialismus nur eine Weiterentwicklung des Kapitalismus sein kann. Aber kapitalistische Entwicklung gelingt nur dadurch, dass politische, militärische und wirtschaftliche Macht und die damit verbundenen Kenntnisse in wenigen Händen monopolisiert, die Pflichten und Risiken der Lohnarbeit und die gewollte Ohnmacht des als „Bürger" und „Wähler" gekleideten Untertans aber an um so mehr Menschen verteilt werden.

Das Sowjetsystem stritt mit dem Kapitalismus um die Frage: Wofür wird geplant? - Für eine Volkswirtschaft oder nur für einzelne Unternehmen? In beiden Systemen aber bleiben die Werktätigen ohnmächtig und werden von ihren Machthabern verplant und bevormundet: Die einen von ihrer Planerbürokratie und Parteiführung, die anderen von ihren Managern, Politikern und der Staatsbürokratie. Spätestens seit dem Untergang des Sowjetsystems spitzt sich alles auf die Frage zu: Wer plant und entscheidet für wen? Plant und entscheidet eine elitäre Minderheit für und über die Mehrheit oder plant und entscheidet die werktätige Mehrheit für sich und damit über die Gesellschaft?

Längst haben in Deutschland und den entwickelten Gesellschaften des Westens die Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und alle oppositionellen Individuen, Gruppen und Gruppierungen das Machtmonopol von Kapitalisten und politischer Klasse untergraben. Sie unterminieren täglich und wöchentlich das Entscheidungsmonopol der Kapitalisten und ihrer Manager im Kampf gegen Lohnsenkungen, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Betriebsschließungen. Die Lohnabhängigen mischen sich sogar in innerkapitalistische Fragen wie Unternehmensfusionen oder Ladenöffnungszeiten ein. Die Auseinandersetzungen um die Nutzung von neuer Technik wie Gentechnik, Atomtechnik oder Transrapid sind nichts anderes als immer neue Machtfragen. In sozialen Fragen wie der Rentenpolitik, in außenpolitischen Fragen wie Militärinterventionen und Waffenexport oder in der Steuerpolitik wird der Regierung ihr verfassungsmäßiges Entscheidungsmonopol jeden Tag und jede Stunde streitig gemacht. Neben diesen großen politischen Fragen gärt der Kleinkrieg in jeder Stadt um Kindergartenschließungen, Schulfragen oder Straßenbau. Dabei wird je-esmal neu festgelegt, ob die herrschende Minderheit oder die machtlose Mehrheit das Sagen hat. Manchmal verteidi-gen Teile des Volkes wie im Kampf gegen die Rechtschreibreform einfach nur den schlechten Status quo gegen die Arroganz der Mächtigen. Selbst dann, wenn eine Volksbewegung sachlich im Unrecht ist - darüber muß dann eine sachliche Debatte geführt werden - bleibt sie politisch im Recht gegen die Herrschenden. Indem sich die politischen und gewerkschaftlichen Bewegungen, auch dort wo sie vielleicht sachlich im Unrecht sind, in die „Regierungsgeschäfte" und in das Management ihrer Unternehmen einmischen, praktizieren sie schon eine Gesellschaft, in der nicht wenige Machthaber, sondern die Werktätigen selbst entscheiden. Eine politische Revolution ist im Gange.

Der Kapitalismus hat mit der Maschinerie und Technik auch die Fähigkeiten und Kenntnisse seiner Lohnarbeiter durch Ausbildung und Wechsel der Tätigkeiten auf immer neue Höhen weiterentwickelt und so die Bedingungen dafür geschaffen, dass die notwendig beschränkten Kenntnisse und Fähigkeiten von allen Einzelnen sich verbinden zu staunenswerten kollektiven Leistungen, die alle Heldentaten der antiken Götter und Heroen in den Schatten stellen. Die Elemente einer emanzipierten Gesellschaft brauchen nicht erfunden, sondern können in den bestehenden Verhältnissen entdeckt und aus ihnen entwickelt werden.

Der gesellschaftliche Wille - wirtschaftlich gesprochen der gesellschaftliche Plan - entwickelt sich nur aus dem freien Willen der Individuen. Damit die Mitglieder der Gesellschaft frei entscheiden können, muß jede Monopolisierung von wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht und den damit verbundenen Kenntnissen und Informationen aufgebrochen werden. Nur auf einer freiheitlichen Grundlage kann sich die freiwillige Kooperation in der Gesellschaft entfalten und können sich dadurch die Lösungen für die gemeinschaftlichen Aufgaben ent-wickeln. Nur auf einer freiheitlichen Grundlage kann die Herausbildung einer neuen Machtelite dauerhaft verhindert werden.

1. Die bisherigen Betriebsräte der Belegschaften treten an die Stelle der Aufsichtsräte des Kapitals und über-nehmen deren Rechte. Kleinbetriebe werden in Genossenschaften umgewandelt.
2. Alle Betriebe führen ihre Kalkulation, Buchführung und Forschung und Entwicklung öffentlich (z.B. im Internet).
3. Jeder hat Anspruch auf dieselbe Ausbildungszeit. Nach einer theoretischen und praktischen Allgemeinausbildung ist die Verteilung der restlichen Bildungsjahre über ein Lebensalter frei.
4. Alle Beschäftigungsverhältnisse werden auf Zeit abgeschlossen. Die langjährige Fesselung an einen Betrieb oder eine einzige Beschäftigung stirbt aus.
5. Auf kommunaler Ebene werden Produkt- und Dienstleistungsbörsen eingerichtet, die landesweit vernetzt sind. An diese Börsen machen die Betriebe ihre Produktions- und Serviceangebote und bestellen dort ihre betriebliche Nachfrage. Die privaten Verbraucher melden ihren privaten Konsum ebenfalls an diese kommu-nalen Börsen. Hinzu kommt noch die Nachfrage der Kommunen für Gemeinschaftsaufgaben wie Bildung, Kranke, Notzeiten etc., für die die Kommunen besondere Fonds unterhalten. Ein Landesfonds mit Weltgeld wird eingerichtet für den Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem kapitalistischen Ausland. Die kommu-nalen Börsen verrechnen landesweit Angebot und Nachfrage. Die Kommunen übernehmen die Verteilung und Transport der hergestellten Produkte und bestellten Dienstleistungen.
6. Betriebe und Kommunen sind in ihren Entscheidungen souverän, die Zentralregierung legt nur Leitlinien fest.
7. Alle Repräsentanten (Räte) in Betrieb und öffentlicher Verwaltung (Stadträte, Landesräte) werden jährlich in geheimer und direkter Persönlichkeitswahl (keine Listenwahl) gewählt.
8. Alle Sitzungen von Repräsentanten (Betriebsräte, Stadträte, Landesräte) sind öffentlich für die von ihnen Vertretenen (werden z.B. auch live im kommunalen oder landesweiten Fernsehen übertragen).
9. Alle Grundsatzentscheidungen werden in Urabstimmungen auf betrieblicher, kommunaler oder landesweiter Ebene getroffen. Jede Entscheidung einer Repräsentationsebene kann durch Urabstimmung der jeweils Vertretenen korrigiert werden.
10. Gewerkschaften und Parteien gelten wie Kirchen oder Vereine als private Vereinigungen, die sich selbst verwalten. Gewerkschaften werden aus den Betriebsfonds unterhalten, andere Vereinigungen aus den kommunalen Fonds.

Daniel Dockerill

Antikritisches (I)

Zu Ansgars Thesen-Kritik (in Kommunistische Streitpunkte Nr. 1, S. 36ff)

Dies ist keine zusammenhängende Replik auf Ansgars (AKG) „Fragen und kritische Anmerkungen zu Daniels Thesen". Es handelt sich vielmehr um aneinander gereihte antikritische Kommentare zu einzelnen Stellen daraus, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Kommentare sind außerdem nicht mehr ganz „frisch", sie datieren vom Herbst vergangenen Jahres und wurden hier nun – etwas verspätet – in eine zirkulierbare Form gebracht. Die Stellen aus Ansgars Text, worauf ich mich jeweils beziehe, sind den Kommentaren in serifenlosem Schriftsatz **voran gestellt.**

> Zu These III. :
> Zu schnell geschossen. Klassenkampf gibt es immer; der kann nicht nach Belieben von der Tagesordnung gestrichen oder wieder draufgesetzt werden. Zu sehr auf Faschismus zugespitzt; zu sehr der nur deutsche Blick

Zu flüchtig gelesen. Das Wort Klassenkampf kommt in der These gar nicht vor. Die Rede ist allerdings vom „vorläufigen Resultat" jener „wirklichen Geschichte" des „Kampfes" des Proletariats „mit der Bourgeoisie", von der in der vorhergehenden These die Rede war und nun behauptet wird, daß sie „zu einem erheblichen Teil sich in Deutschland" – vorläufig, wäre hier vielleicht noch einmal zu ergänzen – „entschied". Vom Faschismus ist wiederum *nicht* die Rede, sondern von den Nazis als „der losgelassenen Herrschaft der kleinen Bürger". Die Nazis sind spezifisch deutsch, der Faschismus nicht. Der Blick ist hier *beründetermaßen* (für diesen bestimmten historischen Zeitpunkt) auf Deutschland konzentriert, was man kritisieren kann, indem man die Begründung in Frage stellt, aber wieso ist das „der deutsche" Blick? Und was ist das überhaupt? Schon rein physikalisch gewissermaßen kann man auf Deutschland jedenfalls schlecht blicken, wenn man auf Deutschland steht.

Zurück, aber, zum Klassenkampf. Nirgendwo in der These ist davon die Rede, daß er – gar „nach Belieben" – „von der Tagesordnung gestrichen oder wieder draufgesetzt werden" könne oder worden sei. Ganz im Gegenteil. Die These ist der Versuch zu zeigen, *in welcher bestimmten*

Weise es, trotz allem anderslautenden Anschein, Klassenkampf, selbst in seiner zugespitztesten Form, der des Krieges und Bürgerkrieges, tatsächlich „immer", mit A. zu sprechen: „gegeben hat". Die scheinbare Einebnung des Klassengegensatzes in der nazistischen und schließlich sozialpartnerschaftlichen Volksgemeinschaft, so die These (dies bes., wenn man sie im Kontext der folgenden Thesen liest, die den Gedanken erst konkretisieren), hatte die „im Osten heraufgezogene" und „auch im Westen ... unausweichlich geworden[e]" kommunistische Revolution zur Voraussetzung, nämlich darin, daß diese weder sich vollenden, noch etwa ungeschehen gemacht werden konnte.

Zu These I, Parenthese, S. 11, 1.Spalte:
„Es zeigt sich hier der Irrtum diverser postmoderner und wertkritischer Entsorger des Klassenkampfs, die glauben, die Teilung der bürgerlichen Gesellschaft in bestimmte Klassen und deren Kampf miteinander aus einem ominösen Dasein des Kapitals, des sich selbst verwertenden Werts als eines bösen ‚automatischen Subjekts', einfach *ableiten* und so als dem Kapitalismus ‚bloß immanent' abtun zu können." – bleibt mir unverständlich und ominös; natürlich hat die Teilung der bürgerlichen Gesellschaft – die ursprüngliche Akkumulation vorausgesetzt – ihren Grund im keineswegs ominösen Dasein des Kapitals als sich selbst verwertender Wert, auch die Bezeichnung „automatisches Subjekt" ist in diesem Zusammenhang nachvollziehbar.

Ominös ist das Dasein des Kapital, solange nicht sein Grund in der eigentümlichen Klassenteilung der Gesellschaft bestimmt ist. Im wirklichen „Zusammenhang" der Marxschen Darstellung ist der sich selbst verwertende Wert als das „automatische Subjekt" (MEW 23, S. 169) das zu erklärende *Phänomen* („G-W-G' die allgemeine Formel des Kapitals, wie es unmittelbar in der Zirkulationssphäre erscheint"; ebd. 170), das seine *Erklärung* (Begründung) in der Teilung der Gesellschaft in zwei verschiedene Klassen von „Warenbesitzern" findet (vgl. dazu auch **übergänge** Nr. 1, S. 22f). Der sich selbst verwertende Wert erweist sich als die bestimmte Form dieses historisch spezifischen Klassenverhältnisses, das sich darin, einmal hergestellt, propagandistisch reproduziert. Welchen „Zusammenhang" dagegen A. hier „nachvollzogen" haben will, ist mir unerfindlich.

These I, letzter Absatz und These II, erster Absatz (S. 12): Die Darstellung der Geschichte ist mir zu einfach und zu deutschlandzentriert.

Um eine „Darstellung der Geschichte" (welcher denn?) handelt es sich in den beiden Absätzen ganz sicher nicht. Es handelt sich zunächst nur um die *Konstatierung* des Aufstiegs und jähen Falls der „ersten und bislang einzigen Arbeiterbewegung in Europa". Daß die „deutschlandzentriert" ist, findet sich dort wiederum mit zwei Daten begründet: dem Scheitern der Revolution in Deutschland 1923 und der Liquidierung der „größten und wichtigsten Sektion" der KI außer der KPdSU 1933. Das alles ist nur Beschreibung, nicht Erklärung oder gar Begründung. (Es ist überhaupt der Anspruch der Thesen weniger, irgendwelchen verborgenen Gründen nachzuspüren, warum „die Geschichte" sich so entwickelt hat oder womöglich haben „muß", wie sie sich uns heute darstellt, als vielmehr dieses vorläufige Resultat als geschichtlich gewordenes möglichst präzise zur Kenntnis zu nehmen.) Der zweite Absatz handelt von der elementaren Hinfälligkeit der bürgerlichen Herrschaft (ihrer *Abhängigkeit* von den Beherrschten) und fragt zunächst nur nach den *allgemeinen* (in ihrer *charakteristischen Form* selbst liegenden) Bedingungen, die sie ihrer Beseitigung dennoch widerstehen läßt, um zu der folgenden näheren Bestimmung dieser Form hinzuführen. Irgendwelche „Ursachen" des „Versagen[s] der revolutionären Arbeiterbewegung im Westen", wie A. sie im folgenden diskutiert (vom „Versagen" ist freilich bei mir nirgendwo die Rede) sind jedenfalls *nicht* das Thema.

Im übrigen: Eine Sache mag wohl „zentriert" sein um einen bestimmten Punkt, aber „zu" zentriert – wie hat man sich das vorzustellen?

[...]
zu S.13 (Langfassung These II):
Kann man von **einem verborgenen sachlichen Grund** für „alle früheren, vorkapitalistischen Formen gesellschaftlichen Lebens durchziehenden Klassengegensätze" sprechen?
Ich meine: Nein! und sehe darin eine Tendenz zu idealistischem Geschichtsdeterminismus.

Zwar ist „idealistisch" unter uns ohne Frage eine handfeste Beleidigung, die ich natürlich in aller Form zurückweise. Aber „Geschichtsdeterminismus": Ist das denn auch was Schlimmes? Heißt das nicht vielmehr, die Geschichte als *bestimmte* zu fassen, sie zur *menschlichen* zu bestimmen, als die Geschichte der menschlichen Emanzipation? Und was andererseits wäre das gute Gegenteil zum bösen „Geschichtsdeterminismus"?

Der inkriminierte Satz lautet genauer: „In allen früheren, vorkapitalistischen Formen gesellschaftlichen Lebens hatten die sie durchziehenden Klassengegensätze mehr oder weniger offen zutage gelegen und gerade dadurch ihren *sachlichen* Grund verborgen: ..."

Was diesen angeht, befinde ich mich immerhin in der angenehmen Gesellschaft des „idealistischen Geschichtsdeterministen" Friedrich Engels, der im Antidühring schreibt:

„ ... Es ist klar: solange die menschliche Arbeit noch so wenig produktiv war, daß sie nur wenig Überschuß über die notwendigen Lebensmittel hinaus lieferte, war Steigerung der Produktivkräfte, Ausdehnung des Verkehrs, Entwicklung von Staat und Recht, Begründung von Kunst und Wissenschaft nur möglich vermittelst einer gesteigerten Arbeitsteilung, die zu ihrer Grundlage haben mußte die große Arbeitsteilung zwischen den die einfache Handar-

beit besorgenden Massen und den die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte, und späterhin die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft betreibenden wenigen Bevorrechteten. Die einfachste, naturwüchsigste Form dieser Arbeitsteilung war eben die Sklaverei. …

Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft – Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft etc. – übrigbleibt, solange mußte stets eine besondre Klasse bestehn, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgte; wobei sie denn nie verfehlte, den arbeitenden Massen zu ihrem eignen Vorteil mehr und mehr Arbeitslast aufzubürden Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt, die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu verteilen und dadurch die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft – theoretischen wie praktischen zu beteiligen. Erst jetzt also ist jede herrschende und ausbeutende Klasse überflüssig, ja ein Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden, und erst jetzt auch wird sie unerbittlich beseitigt werden, mag sie auch noch sosehr im Besitz der unmittelbaren Gewalt sein." (MEW 20, S. 168f)

> Man lese dagegen zum Verhältnis Arbeit, Arbeitsteilung, Eigentum, Besitz in vorkapitalistischen Produktionsweisen: Grundrisse S.375-413
> Marx untersucht hier das Eigentum als gesellschaftliches Verhalten des Menschen zu den Produktionsbedingungen als eigenen, als seinem verlängerten unorganischen Leib, als zu seiner Individualität gehöriger Voraussetzungen, wie es sich in bestimmten historischen Produktionsweisen zeigt und entwickelt (asiatischer, antiker, germanischer, dann als Negation oder historische Auflösung: Sklaverei, Leibeigenschaft, Kastenwesen usw.); also als bestimmtes Verhältnis zwischen Einzelnem und Gemeinwesen.

(MEW 42, S. 383-421). „dagegen", nämlich gegen meine Behauptung eines unter persönlichen Herr-Knecht-Verhältnissen verborgenen sachlichen Grundes dieser Klassenverhältnisse stehen die von Marx dort angestellten Überlegungen am aller wenigsten. Nur eine kleine Stelle aus dem langen (in der Tat sehr lesenswerten) Abschnitt genügt, das zu demonstrieren:

„Eine bestimmte Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte der arbeitenden Subjekte, der bestimmte Verhältnisse derselben zueinander und zur Natur entsprechen – darin löst sich in letzter Instanz sowohl ihr Gemeinwesen auf wie das auf demselben begründete Eigentum. Bis zu einem gewissen Punkt Reproduktion. Schlägt dann in Auflösung um." (S. 403)

> […]
> Der zweite nähere Blick zeigt keineswegs, daß nach wie vor die Mehrarbeit des einen Teils der Individuen dazu dient, einen anderen Teil von solcher Arbeit freizustellen. Ginge es tatsächlich nur darum,

Wer hätte denn behauptet, daß „nur" darum „es" gehe? In meiner These leitet der Satz einen bestimmten Gedankengang ein, den die Kritik einesteils erst gar nicht zur Kenntnis nimmt, andernteils im folgenden als ihren eigenen meinen Ausführungen entgegenhalten zu müssen glaubt: den nämlich, daß Mehrarbeit in ihren früheren Formen und Mehrarbeit in der Form des Mehr*werts* zu *unterscheiden* sind. Sodann „geht es darum", diesen Unterschied näher zu entwickeln. Wenn es aber richtig ist, daß die frühere Mehrarbeit nicht „nur" identisch ist mit kapitalistischer Mehrarbeit, folgt daraus etwa, daß kapitalistische Mehrarbeit „keineswegs" nach wie vor Mehrarbeit sei?

> wäre die ganze Angelegenheit einfach zu regeln – man bräuchte den Kapitalisten nur lebenslange arbeitsfreie Existenz zu garantieren – meinetwegen auch erblich – was ein Klacks wäre, problemlos zu realisieren, und hätte damit die einzig möglichen Gründe ihres Widerstandes gegen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ausgehebelt. So einfach ist das leider nicht.

Doch, „so einfach" wäre es tatsächlich, wenn es nur um den Widerstand der Kapitalisten ginge (in Wahrheit „geht es" AKG vermutlich „darum" überhaupt nicht), weshalb denn auch Marx für das England seiner Zeit das „Auskaufen" der dortigen Bourgeoisie durch das Proletariat ins Auge gefaßt hat. Schwierig wird die Sache u.a. deshalb, weil wir es in aller Regel halt nicht nur mit der wirklich in komfortabler Arbeitslosigkeit lebenden Bourgeoisie zu tun haben, sondern mit einer riesigen Schar freischaffender *Kleinbürger*, die sich („Arbeit ist Scheiße!") ihre Seeligkeit nach eigener Fasson nicht nehmen lassen, sich keinerlei noch so gemeinschaftlichem Plan unterwerfen mögen. Aus solchem ganz eigenen Widerstreben der weitverzweigten Kleinbürgerei speist sich dann auch ein Großteil des Widerstands der Bourgeoisie gegen ihre Abdankung, den sie aus eigener Kraft wohl kaum mehr aufbrächte. Abgesehen davon macht namentlich diese Kleinbürgerei auch die revolutionäre Assoziation, die allein der Bourgeoisie ihren friedlichen Auskauf garantieren könnte zu einem ziemlich schwierigen Unternehmen, dessen Erfolg nur *praktisch*, niemals theoretisch beweisbar ist. Die revolutionäre Vereinigung der besitzlosen Klasse muß sich in der Niederringung der Kleinbürgerei erst herausbilden, die die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, statt sie dem Kommando der Privaten zu entreißen, d.h. in ihre Selbstorganisation zu überführen, lieber überhaupt auflösen will. Dies zum ersten.

Des weiteren habe ich es mir aber „so einfach" ja gar nicht gemacht, sondern herausgearbeitet, wie gerade darin, daß die Mehrarbeit des Proleten bzw. der Proletin mit

der Arbeitslosigkeit des Bourgeois unmittelbar identisch, daher, indem an ihr selbst Zweck und Mittel ununterscheidbar zusammenfallen, die Ausbeutung reiner Selbstzweck wird, der wirkliche Klassengegensatz in der Anonymität verschwindet, wie er also gerade in seiner Reduktion auf sich selbst vollkommen *unscheinbar* wird. Der arbeitslose Bürger hat an sich so wenig irgendeinen bestimmten Genuß von seiner Arbeitslosigkeit wie ein arbeitsloser Prolet. Vom Proleten unterscheidet ihn nur, daß es seine *Bestimmung* ist, arbeitslos zu sein, er also in diesem Zustand mit sich selbst im Reinen, bei sich selber ist, während der Prolet in der Arbeitslosigkeit sich selbst zu verlieren, zugrunde zu gehen droht. Sobald der Bürger sich jedoch etwa gestattet, seine Arbeitslosigkeit fremden, außer ihr selber liegenden Zwecken, einem genußvollen, süßen Leben zuzuführen, befindet er sich im Konflikt mit seiner Bestimmung und droht, sofern solches gar zur Regel wird, auch ihm der Untergang als Bürger.

In der Tat wäre es „ein Klacks", allen Bourgeois, die sich im Angesicht der Revolution um die Annehmlichkeiten ihres arbeitsfreien Lebens Sorgen machten, diese bis ins vierte oder fünfte Glied zu garantieren. Denn als Quelle für solche Annehmlichkeiten dient der bürgerlich angehäufte Überfluß fremder Arbeit sowie allenfalls nebenher, sie sind schon heute nur „ein Klacks", der bei der Verfolgung des Hauptzwecks der Aufhäufung fremder Arbeit abfällt: weitere fremde Arbeit aufzuhäufen. Genau das ist in meiner These entwickelt.

> Selbst wenn man immanent in Daniels Argumentation bleibt, erweist sie sich als falsch. Er schreibt: „Aber diese Freistellung bindet ihre Nutznießer nicht mehr an einen bestimmten besonderen Zweck." Abgesehen davon, daß hier Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die nur als Freistellung von einer **bestimmten** Arbeit – und zwar beidseitig – zu verstehen sind (der Bauer wird von der Arbeit des Kriegshandwerks freigestellt, der Krieger von der Nahrungsmittelproduktion), verwechselt wird mit einseitiger Freistellung von jeder Arbeit

Witzbold! Den Unterschied der beiden Dinge, deren angebliche Verwechslung der Kritiker moniert, arbeite ich dort ja gerade heraus. Und aus diesem Unterschied erst ergibt sich, *warum* und *inwiefern* es nicht „nur" um die Freistellung von Arbeit geht.

> und ohne weiteres gleichgesetzt wird mit Herrschaftsverhältnissen, die zwar möglicherweise im Gefolge einer solchen Arbeitsteilung entstehen konnten, aber keinesfalls mit ihr gleichzusetzen sind, läßt sich – wenn man will – natürlich ein bestimmter besonderer Zweck auch für die Existenz des Kapitalisten finden:

„wenn man will". Ich „will" aber nicht! Und was „will" *A.?* Scherz beiseite: Während der „idealistische Geschichtsdeterminist" Herrschaftsverhältnisse verbotenerweise „gleichsetzt" mit (bestimmter) Arbeitsteilung, will sein Kritiker sie offenbar – wie etwa weiland Herr Dühring – identifizieren als nicht determinierte Gewaltverhältnisse.

> Sein Zweck ist nicht seine eigene arbeitslose Existenz, sondern sein Zweck ist die Akkumulation des Mehrwerts, seine Verwandlung in Kapital, und zwar als Produktionsbedingung; das beinhaltet Reproduktion der Trennung von Arbeitsvermögen und sachlichen Arbeitsbedingungen, von Lohnarbeit und Kapital, Konzentration des Reichtums in seiner sachlichen Form als vergegenständlichte Arbeit in seiner Hand zum Zwecke weiterer Produktion und Konzentration von Reichtum.

„nicht" sei der Zweck des Daseins des Kapitalisten als Kapitalist: „seine eigene arbeitslose Existenz", also seine Existenz durch Aneignung fremder Arbeit; „son-dern" sei dieser Zweck die Akkumulation von Mehrwert, was wiederum „beinhaltet": „Reproduktion der Trennung von Arbeitsvermögen und sachlichen Arbeitsbedingungen". Die sachlichen Arbeitsbedingungen sind aber (abgesehen vom jungfräulichen Grund und Boden) ihrerseits Produkte von Arbeit (letzterer ihre sachliche Bedingung schlechthin). Ihre Trennung vom subjektiven Arbeitsvermögen bedeutet ihre Trennung von denen, deren Arbeit sie produziert hat, d.h. deren Enteignung von ihrem Arbeitsprodukt. Der Zweck des Daseins des nichtarbeitenden Kapitalisten, die Akkumulation des Mehrwerts, „beinhaltet" demnach die Enteignung der arbeitenden Proleten, d.h. aber die Aneignung der Arbeit der Proleten durch den Kapitalisten, d.h. dessen Existenz aufgrund fremder Arbeit, d.h. arbeitslose Existenz. Quod erat demonstrandum.

Vorschlag zur Güte: „ … im Unterschied zu antiken Sklavenhaltern oder feudalen Herren enteignet der Kapitalist seinen Arbeiter nicht, um das Enteignete sich anzueignen, sondern eignet sich dessen Arbeit an, um ihn zu enteignen." (Aus DD: „Aufstehen" für die Volksfront? – Nein Danke! Absage an die „andere Politik". Übergänge-Flugblatt zur Erfurter Erklärung, Juni 1998)

> [...]
> Diese ganze Argumentation mit einem Zweck – sowohl bezüglich vorkapitalistischer Herrscher, als auch bezüglich der Kapitalisten selbst – ist bedenklich und schief.
> Zweck beinhaltet bewußte Setzung – aber wer setzt hier den Zweck?

Zu *schnell* gedacht, AKG! „sein" (des Kapitalisten) „Zweck ist die Akkumulation des Mehrwerts", hatte der Kritiker oben geschrieben und ist in dessen Ausführung schließlich, Marx zitierend, beim „historischen Beruf" der kapitalistischen Produktionsweise geendet: „Entfaltung der Produktivität der menschlichen Arbeit". Diesem letzteren gegenüber ist es allerdings „bedenklich und schief" von einem Zweck im Sinne „bewußter Setzung" zu sprechen. Aber heißt denn das, daß auch AKGs eigener Ausgangspunkt „bedenklich und schief" gewesen ist, der vom Kapi-

talisten verfolgte Zweck sei die Akkumulation von Mehrwert? Dann wäre freilich der Kapitalist bloß ein Hamster, der einem blinden Naturtrieb folgend unermüdlich sein Laufrad dreht. In etwa so hat es die fundamentale Wertkritik sehen wollen und dann zunächst den Begriff der Mehrarbeit und schließlich den der Arbeit, für welche beide, in solcher zwecklosen Welt halt kein Platz ist, aus ihrem Lexikon gestrichen.

[...]
Jedenfalls kann man nicht sagen der Bürger eigne sich die Mehrarbeit nicht als bestimmte Arbeit an.

DD: „Die Inkarnation einer solchen Arbeit ist das Geld" – ebenfalls falsch.

Inkarnation der konkreten Arbeit: Gebrauchswert
Inkarnation der abstrakten Arbeit: Wert
Inkarnation der warenproduzierenden Arbeit als Einheit von konkreter und abstrakter Arbeit: Ware

Äußere Ausdrucksform der Inkarnation der abstrakten Arbeit ist der Tauschwert, auch Wertform genannt, und als entwickeltste Wertform die Geldform.

Inkarnation der Mehrarbeit: Mehrprodukt
Inkarnation der Lohnarbeit: Kapital

Inkarnation (von lateinisch *caro, carnis* – das Fleisch) bedeutet: Fleischwerdung, Verkörperung. Der Wert ist an sich, nämlich seiner Substanz nach, körperlos, weshalb Marx dort, wo er ihn in seiner kritischen Darstellung des Kapitals einführt, von einer „gespensti-schen Gegenständlichkeit" spricht. Einen Körper, eine spezifische gegenständliche *Form* erhält der Wert der einzelnen Ware nur in deren betätigter Beziehung auf die übrige Warenwelt, letztlich also, da im Wert das allen Waren Gemeinsame bestimmt ist, in der Zirkulation der Waren oder eben im Geld, als deren Inbegriff.

Worüber AKG hier stolpert, das hatte in ähnlicher Weise den guten Robert Kurz, als dieser noch auf der Suche war, gründlich in die Irre geführt. Der Versuch nämlich, den Wert an sich selbst, d.h. dort, wo er zunächst bloße, formlose Substanz ist, als „Form" zu bestimmen, läßt dann die wirkliche Form des Werts zur „Form einer Form", „Form in zweiter Potenz" oder hier: zur „äußere[n] Ausdrucksform der Inkarnation" erneut sich verrätseln (vgl. dazu **übergänge** Nr. 2, S. 63ff).

[...]
Es geht darum, das Kapital *als Produktionsverhältnis* aufzuheben! – Auch zu These V und VI:
In diesem Zusammenhang ist erst noch konkret zu untersuchen, ob und inwieweit im „real existiert habenden Sozialismus" die Lohnarbeit aufgehoben war und das Geld nur noch die Funktion einer Theatermarke hatte.

Ein vielleicht naheliegendes und doch recht eigenartiges Mißverständnis dieser These gegenüber scheint darin zu bestehen, sie vor allem als Kompliment an den Realsozialismus aufzufassen. Trotzki hat 1936 in „Verratene Revolution" wahrscheinlich zu Recht darauf bestanden, daß die Rückkehr zum Goldstandard für den Rubel, die Abschaffung der Lebensmittelkarten etc. kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus seien. Da er einen isolierten Aufbau des Sozialismus in einem Land für unmöglich hielt, war er von der Notwendigkeit überzeugt, daß die SU am internationalen Warenaustausch teilnahm. Dafür brauchte sie aber richtiges Geld, Theatermarken halfen ihr nicht weiter. Es gehörte also auch zu den *Problemen*, an denen das Experiment am Ende gescheitert ist, daß das realsozialistische „Geld" auf dem Weltmarkt kaum wirkliche Anerkennung als Geld gefunden, vielmehr in der Tat wie eine Theaterkarte behandelt wurde, die außer für den Besuch des Theaters „realer Sozialismus" keinerlei Wert besaß. (Vgl. dazu auch **übergänge** Nr. 3, S. 79, Fn. 20.)

Diese Untersuchung hätte konkret an dieser Frage auch das dialektische Verhältnis von Form und Inhalt zu reflektieren, das Umschlagen und Zurückwirken vom einen aufs andere. Daniels Gedanken hierzu greifen zu kurz. Arbeitskraft und Produkte der individuellen Konsumtion sind **der Form nach** Waren geblieben.

Was zu beweisen und nicht, wie hier geschehend, bloß zu behaupten wäre. AKG meint aber wahrscheinlich nur, daß sie dem *Namen nach* „Waren geblieben" seien und ist sich nicht recht darüber im Klaren, daß die Waren**form** des Arbeitsprodukts ihrer ganzen Natur nach *objektiven* Charakter besitzt und sich um Namen wenig schert.

Nur tritt bei der Ware Arbeitskraft das Individuum als Verkäufer sich selbst als gemeinschaftlichem Käufer gegenüber, wobei diese Rolle an den Arbeiterstaat delegiert ist, während bei den Produkten der individuellen Konsumtion das Individuum als Käufer sich selbst als gemeinschaftlichem Verkäufer – wiederum in Gestalt des Staates – gegenübertritt. **Dem Inhalt nach**

Gemeint offenbar: der *Sache* nach.

haben wir es hier also auf den ersten Blick nicht mehr mit Waren zu tun, ein Austausch mit mir selbst ist kein Austausch; dies aber nur wegen der Identität von Käufer und Verkäufer. Wenn aber die unmittelbare Identität von Individuum und Gesellschaft eh nicht klar ins Auge gefaßt wird, schlägt die alte Form durch auf den Inhalt und stellt erst richtig die Differenz her zwischen Arbeiter und Arbeiterstaat.

Was für ein „dialektisches" Gemuddel! Weil irgendein leichtfertiger Anonymus eine offenbar gegebene „unmittelbare Identität von Individuum und Gesellschaft" fatalerweise „eh nicht klar ins Auge" fasse, schlägt eine „alte Form" („alt" wohl – da ja irgendeine neue „Form" noch nicht in Sicht gekommen ist – gegenüber ihrem neuen „Inhalt": Hermann Kirsch – vgl. **übergänge** Nr. 3, S. 70 –

läßt herzlich grüßen) über die Stränge, nämlich „durch auf den Inhalt", macht sich also anheischig, an seiner Statt selber ihr eigener Inhalt zu sein, worauf jene an sich, aber irgendwie noch nicht „richtig", gegebene „unmittelbare Identität von Individuum" (hier gespielt vom „Arbeiter") „und Gesellschaft" (hier gespielt vom „Arbeiterstaat") nicht mehr nur von Selbstzweifeln geplagt „eh nicht" nicht anständig funktioniert, sondern nun „erst richtig" zum Teufel geht.

Was AKG hier vor allem nicht versteht, ist, daß nicht „nur wegen der Identität von Käufer und Verkäufer" im jedesmaligen Kaufakt die Warenform unmöglich wird, daß also „die unmittelbare Identität von Individuum und Gesellschaft" gar nicht „ins Auge gefaßt" werden muß, damit die Arbeitsprodukte ihren Warencharakter einbüßen. Wie Marx in der Proudhon-Kritik seiner „Grundrisse" darlegt, kann der universelle Käufer und Verkäufer, daher Produzent ebensogut eine „despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution" sein (vgl. dazu **übergänge** Nr. 3, S. 72ff).

Daniel Dockerill

Antikritisches (II)

Zur Stellungnahme der Gruppe „Arbeitermacht" (in Kommunistische Streitpunkte Nr. 1, S. 53ff)

Auch die folgenden Kommentare zu dem Beitrag „Revolutionäre Organisierung – oder doch nur linker Debattierklub?" stellen nicht mehr als eine lose Ansammlung von Repliken zu einzelnen Passagen aus der Thesen-Kritik der GAM dar. Sie sind zudem äußerst lükkenhaft und datieren ebenfalls vom Herbst vergangenen Jahres. Die Stellen aus dem Text der GAM, auf die sich die Kommentare beziehen, sind wiederum diesen in serifenlosem Schriftsatz jeweils voran gestellt.

> ... Der Stil, in dem die Thesen formuliert sind, ist wie immer bei den Übergängen „literarisch wertvoll" – oft jedoch stellt man sich die Frage, ob nun bestimmte Dinge wegen der schönen Formulierung oder wegen des Inhalts geschrieben wurden. Dies insbesondere, wo in der einen These Dinge behauptet werden, während in einer anderen These dann eigentlich das Gegenteil dargelegt wird, ohne daß der Widerspruch irgendwo aufgelöst oder zumindest behandelt wird. So heißt es an einer Stelle, daß der „Klassengegensatz ... nur im Versuch seiner revolutionären Aufhebung in Erscheinung tritt oder gar nicht" (These 2). Später lesen wir: „Der Kampf der proletarisierten Individuen um ihre elementaren Interessen ist in diesem Sinne immer schon Klassenkampf, daß er nur als solcher Kampf der ganzen Klasse überhaupt funktioniert" (These 11).

Wo da ein aufzulösender „Widerspruch" formuliert sein soll, bleibt das Geheimnis der Kritik. Die beiden Aussagen harmonieren in Wahrheit so gut miteinander, daß sie, näher besehen, identisch sind: Der Kampf um die elementaren Interessen des Proletariats ist entweder Kampf der ganzen Klasse (und damit revolutionär) oder er funktioniert „gar nicht"

> Wie der Kampf um „elementare Interessen" und „revolutionäres Handeln" zusammenhängen, bleibt in den „Thesen" äußerst vage (im Hintergrundpapier „Im Westen nichts Neues" ist dies weitaus genauer dargestellt – siehe die Kritik daran später).

Und siehe meine Antikritik bei der Gelegenheit (hier S. 1).

> Ein anderes Beispiel: In These 10 wird dargestellt daß der „praktische, proletarische Kommunismus ... sich nahezu hoffnungslos marginalisiert" sieht, in „mikrobischen Zirkeln" oder vereinzelten Individuen mehr als „Stimmung" fortexistiert (im Hintergrundpapier wird einmal sogar die Formulierung gebraucht „ ... die revolutionäre Linke, so es sie denn gäbe ..."). Andererseits werden Formulierungen gebraucht, die doch wieder auf eine „revolutionäre Kontinuität" hindeuten, nicht zuletzt die Überschrift der Thesen selbst („150 Jahre Kommunistische Partei"), aber auch die Rede von den „revolutionären Sozialisten und Kommunisten – unbeschadet ihrer verschiedenen theoretischen, politischen oder organisatorischen Traditionen", die jetzt das „verschliffene Programm" gemeinsam auszuarbeiten hätten. Irgendein mystisches Band muß diese verschiedenen „Revolutionäre" also doch verbinden, wodurch aus ihren verschiedenen so-und-so Traditionen, doch eine „revolutionäre Linke" erwächst.

Ist das erste „Beispiel" zweier sich widersprechender Behauptungen in den Thesen seinerseits den behaupteten Widerspruch schuldig geblieben, so präsentiert das zweite in der Tat einen Widerspruch – nicht in den Thesen, sondern in der Wirklichkeit heutiger revolutionärer Theorie und Praxis. Eine „revolutionäre Linke" existiert und existiert zugleich nicht. Nämlich: Einerseits muß sie neu geschaffen werden; da andererseits Revolutionäres nicht in den Zuständigkeitsbereich des Herrgotts fällt, muß es sich selber schöpfen, könnte also gar nicht werden, wenn es nicht zumindest der Potenz nach bereits existierte. Das ist sozusagen die „Mystik" alles materiellen Entstehens und Vergehens.

Ob jemand dieser sich selber neu erschaffenden revolutionären oder kommunistischen Linken angehört oder nicht, kann natürlich erst entschieden werden, wenn der Selbstschöpfungprozeß als ein solcher kenntlich geworden ist, also einen gewissen Abschluß erreicht hat. Darum ist es Unsinn, jetzt Kriterien zu verlangen, die irgendwelche eindeutigen Zuordnungen möglich erscheinen ließen (gehören die Autonomen oder Teile davon, die „Führung" oder das Fußvolk von DKP, Linksruck, MLPD, Arbeitermacht, der Übergänge etc. pp. ganz oder teilweise dazu?). Allerdings bedeutet die Neuerschaffung einer revolutionären Linken ebenso sehr wie die *Verbindung* aller derzeit zersplitterten revolutionären Kräfte (Potenzen) ihre *Trennung* von denjenigen *nicht*-revolutionären (zentristischen, reformistischen: *demokratischen*) Elementen, an die noch gebunden zu sein, gerade ihre derzeitige Zersplitterung und Marginalität wesentlich ausmacht. Das ist ein ziemlich komplizierter Vorgang, in dem es selten leichte Entscheidungen zu fällen gibt, darüber z.B., welcher Diskussion im Augenblick der Vorrang einzuräumen sei: der über das programmatische Gewicht der Marxschen Wertformkritik oder der über den Umgangs mit sich auftuenden Gegensätzen in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik.

Dies sind nur zwei Beispiele, die einen bestimmten Verdacht erzeugen: Daß durch das Verbergen hinter geschliffenen und ausholenden Formulierungen vermieden wird, sich zu zentralen Widersprüchen revolutionärer Organisierung und deren Lösung klar und offen zu positionieren, um letztlich doch wieder soviel „Offenheit" und Unklarheit übrigzulassen, daß eigentlich unter dem Deckmantel der „programmatischen Klärung" doch wieder nur ein „offenes Vernetzungsprojekt" betrieben wird.

Ich kann nicht erkennen, worin der hier geäußerte Verdacht sich, wie angekündigt, als ein „bestimmter" erwiese. Wieso wäre für ein „‚offenes Vernetzungsprojekt'" (an dem schon die Anführungszeichen signalisieren, daß der Autor wohl kaum genau weiß, was er eigentlich dagegen hat) der Vorsatz einer programmatischen Klärung ein „Deckmantel"?

In These 3 wird die Geschichte des Kampfes des „revolutionären Proletariats" mit der Bourgeoisie skizziert.

Nicht diese Geschichte insgesamt skizziert These 3, sondern ihr vorläufiges *Fazit*, und zwar so, wie es sich uns *unmittelbar* darstellt.

... Getreu der in These 2 gebrauchten Formulierung vom Klassengegensatz, der nur in der revolutionären Aufhebung in Erscheinung tritt,

Falsch zitiert: „nur im *Versuch* seiner revolutionären Aufhebung", heißt es in der These, trete der moderne Klassengegensatz in Erscheinung. Der Zusatz „oder gar nicht", der dann noch nachgeschoben wird, scheint mir allerdings einer Korrektur bedürftig: Der Nazismus, die Reaktion auf das Ausbleiben jenes Versuchs, hat ihn – das ist gerade der Inhalt der folgenden These III – auf seine Weise auch zur Erscheinung gebracht. Richtiger müßte es daher etwa heißen: „oder für alle seine Akteure hinter ... unsichtbar wird und in der abgebrochen Zuspitzung schließlich zur volksgemeinschaftlichen Raserei pervertiert.".

wird Geschichte in These 3 rein durch den „äußeren" Widerspruch von revolutionär erscheinendem Proletariat und konterrevolutionärer Bourgeoisie entwickelt.

Wieso ist das ein „‚äußerer' Widerspruch"? (Und warum nicht einfach ein äußerer Widerspruch?) Das Kapital ist wesentlich Klassenverhältnis.

Abgesehen davon, daß in einigen Formulierungen der These bestimmte konsensuale Mythen der deutschen „Linken" bedient werden, wie Kollektivschuld-these und Totalverbürgerlichung der Arbeiterklasse,

Abgesehen davon, daß der „Mythos" einer „Totalverbürgerlichung der Arbeiterklasse" wohl kaum deren geheime Grundlage in einer manifesten *Revolution* dieser Klasse ins Auge faßt: Wo bestünde da ein *Konsens* in der Linken? Und wo hätte es von einem revolutionären Standpunkt aus eine gründlichere Abrechnung mit solchen „Mythen" gegeben, die es rechtfertigte, die Sache so nebenher abzutun?

Schließlich: Keineswegs „bedienen" die Thesen irgendein existierendes Vorurteil, sondern versuchen, allerdings ausgehend von dem, *was ist*, gerade dessen Mythologisierung, d.h. bloß mythischer, sagenhafter, scheinbarer Erklärung *entgegenzuwirken*, indem sie sich der bestimmten geschichtlichen Konstellation zuwenden, der es sich verdankt und mit der es dann auch wieder verschwinden muß. Vor der Totalverbürgerlichung des revolutionären Proletariats stand der Versuch der totalen Austreibung der proletarischen Revolution – das besagt die These. Und: daß die Austreibung gescheitert ist, jene Revolution also in ihrem maßgeblichen Ergebnis ihre *Gegenwart behauptet* hatte und somit der sinnfällige Beweis war, daß das Proletariat selbst das großzügige Gnadenbrot seiner Sozialpartnerschaft in den imperialistischen Metropolen nur dieser Gegenwart seiner Revolution zu verdanken hatte, daß folglich selbst in dieser Zeit gegolten hat: Das Proletariat wäre nichts, wenn es nicht revolutionär wäre.

wird aus dieser „Geschichte" die Entwicklung der inneren Widersprüche des Kapitalismus ausgeblendet (man verzeihe mir die „schematische" Ausdrucksweise).

Hier beweist die Kritik, wie gründlich auch sie vom Dogma des „Sozialismus in einem Land" beherrscht wird. Denn nur auf der Grundlage dieses Dogmas läßt sich der Gegensatz zwischen Bürger- und Arbeiterstaat *nicht* zu den „inneren Widersprüchen des Kapitalismus" rechnen; nur, wenn vorausgesetzt wird, daß der Kapitalismus an den Grenzen zum Arbeiterstaat aufhöre und dahinter etwas anderes beginne. Ob ich dieses andere dann Sozialismus nenne oder auch „Übergangsgesellschaft", tut leider über-

Hier zu widersprechen!

haupt nichts weiter zur Sache.

> Dabei erwähnt D.D. selbst in These 1 des Hintergrundpapiers, wie der Klassenkampf sich aus den inneren Widersprüchen der Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft ergibt, also etwa aus der Auseinandersetzung um die Länge des Arbeitstages,

Hier stellt die Kritik meinen Gedanken komplett auf den Kopf: Die „Auseinandersetzung um die Länge des Arbeitstages" (bei welcher es sich nicht so sehr um den *Wert* als vielmehr den *Gebrauchswert* der Ware Arbeitskraft handelt) ist nichts, wor*aus* sich der Klassenkampf „er-gibt", sondern ist dieser Klassenkampf selbst, aus welchem umgekehrt sich erst ergibt, wie denn die das Kapital konstituierende Ware Arbeitskraft, damit das Kapital überhaupt näher bestimmt sei. Aus dem Klassenkampf, so der Gedanke, „ergibt" sich hier das Kapital, nicht umgekehrt.

> und schlußfolgert daraus: „Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat erweist sich hier vielmehr als die durchaus unabhängige Variable, der die wirkliche Bewegung jenes ‚Subjekts' (i.e. des selbstverwertenden Werts, der Autor) – allerdings nicht durch irgendeine ihm willkürlich angetane, äußere Gewalt, sondern aufgrund eines ihm eigenen, inneren Zwangs – unterworfen ist" (S.).

Der Klassengegensatz bestimmt also nicht nur in der Form der Erscheinung in seiner revolutionären Zugespitztheit die Entwicklung der Kapitalbewegung und ihrer Formen, sondern muß diese Bewegung immer bestimmen, in welchen „unterentwickelten" Formen dieser Gegensatz auch immer auftritt. Von daher ist es auch nicht die Tatsache eines mystischen Fortwesens des revolutionären Umsturzes in den stalinistisch degenerierten Arbeiterstaaten, die die Bewegungsformen der Kapitalverwertung in den letzten 50 Jahren bestimmt hat, sondern die Tatsache, daß die Existenz dieser (wie auch immer degenerierten) Arbeiterstaaten ein Element in einem globalen Kräfteverhältnis der Klassen war, das sich andererseits in den kapitalistischen Staaten auch unabhängig von der Tatsache der Existenz der Arbeiterstaaten eigenständig entwickelte.

Was lernt uns dieser stattliche Satz, an dem, je mehr man sich in ihn vertieft, desto weiter ins Dunkle versinkt, „von woher" er denn kommt? Zunächst einmal halten wir fest, daß die Kritik das „mystische Fortwesen des revolutionären Umsturzes" als „Tatsache" immerhin gelten läßt, freilich nicht als eine solche, die da etwas „bestimmt" hätte: „die Bewegungsformen der Kapitalverwertung in den letzten 50 Jahren" nämlich. Die wurden vielmehr bestimmt von einer anderen „Tatsache", die es an „Mystik" mit jenem „Fortwesen" gewiß jederzeit aufnehmen kann: „Tatsache" sei nämlich ferner, daß eine „Existenz … ein Element in einem … Kräfteverhältnis" gewesen sei, „das sich andererseits … auch unabhängig von der Tatsache der Existenz … eigenständig entwickelte". Unsere zweite Tatsache besteht also aus einem „Kräfteverhältnis", das ein „Element" sein eigen nennt, von dem seine Entwicklung nicht abhängt. Ob dieses „Element" als solches oder überhaupt existiert, wäre demnach (vom elementaren Charakter der Existenz einmal ganz abgesehen) ganz schnurz für besagtes Kräfteverhältnis, auf welches ohne weitere Bestimmung sich daher unsere Tatsache Nummer zwei reduziert. Langer Rede kurzer Sinn: Daß Arbeiterstaaten existiert haben, war zwar wohl dereinst eine „Tatsache" (Nummer drei), aber mit der Entwicklung des „globalen Kräfteverhältnis[ses] der Klassen" hatte die nichts zu tun. Offen bleibt schließlich noch, was denn das „Kräfteverhältnis der Klassen" seinerseits mit dem zu tun hat, dessen Bestimmtheit anfangs in Frage stand: den „Bewegungsformen der Kapitalverwertung in den letzten 50 Jahren".

> So ist die „Entwicklung des Proletariers zum Sozialpartner"

Von so etwas ist in den Thesen nirgendwo die Rede, vielmehr wird dort (III) „die demokratische Zähmung des revolutionären Proletariats zum Sozialpartner" als „das vorläufige Resultat" der Geschichte des modernen Klassenkampfes behauptet.

> nicht erst mit der Niederlage des Faschismus gegeben. Vielmehr haben die Entwicklung von Sozialstaat und Integration der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staat eine weitaus längere und fundamentalere Geschichte,

Mein Reden (s. vorherige Anm.)! Aber „Geschichte" heißt: Es hat sich etwas *verändert*. „Sozialstaat und Integration der Arbeiterklasse" sind am Ende ihrer Geschichte nicht dasselbe wie an deren Anfang. Vielleicht schon seit Bismarcks, sicher seit Wilhelm Zwos Zeiten ist ein *Teil* der Arbeiterklasse in die Rolle des Sozialpartners hineingewachsen und hat sie dann immer perfekter ausgefüllt. Dem hat aber bis 1933 ein starker revolutionärer Flügel der Klasse gegenübergestanden, der am vorläufigen Ende der Geschichte verschwunden ist. Die *Veränderung* der Sache, das, was sie zur Geschichte macht, ist folglich in der Rede von der „weitaus längere[n] und fundamentalere[n] Geschichte" der Sozialpartnerschaft völlig „ausgeblendet". Aber vielleicht bedient ja die Behauptung, daß der revolutionäre Flügel des Proletariats in Deutschland 1933 das Zeitliche gesegnet habe, auch bloß wieder den „Mythos" einer „Totalverbürgerlichung der Arbeiterklasse".

> die ihre eigentliche materielle Grundlage in der Entwicklung von dominanten monopol- und finanzkapitalistischen Strukturen findet, und damit in bestimmten Formen von Kapitalakkumulation, die dem Kapital erlauben den Klassengegensatz in bestimmten Sektoren zeitweise abzumildern und zu regulieren (natürlich ergeben sich Ansätze zum Sozialstaat schon vorher, gerade mit dem Erstarken gewerkschaftlicher Organisierung schon im 19. Jh.; siehe z.B. Engels „Die Trade-Unions", MEW 19, S. 254f.)

Gerade das von Engels beschriebene Phänomen der Verbürgerlichung der englischen Arbeiter beruht ebenfalls auf einem Weltmarkt-Monopol.

Die Fragestellung der besonderen Epoche des Kapitalismus, die Lenin mit dem Begriff „Imperialis-mus" aufwarf, wird in den Thesen nicht berührt.

Was für eine Formulierung! Der „Begriff ‚Imperialismus'" als zusammenfassende Bezeichnung für das, was die Epoche auf ihren Begriff brachte, die um die Jahrhundertwende eingesetzt zu haben schien, mag wohl die „Fragestellung der besonderen Epoche des Kapitalismus" aufgeworfen haben. Dies jedoch ganz unabhängig von Lenin. Dieser hat sie vielmehr in einer bestimmten Weise *beantwortet*: nämlich den Imperialismus als die Epoche des sterbenden Kapitalismus und des revolutionären Übergangs zum Kommunismus bestimmt, und diese Antwort wird allerdings von den Thesen nicht bloß dezent „berührt", sondern sie knüpfen daran wesentlich an.

Ein Problem, das solches Anknüpfen indes ins Auge zu fassen hat, besteht darin, über besagter Besonderheit des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase seinen *allgemeinen* Begriff als ein bestimmtes geschichtliches Produktionsverhältnis nicht völlig aufzulösen. Dem tragen die Thesen durch den Rückgriff auf die Überlegungen zur „geschichtlichen Tendenz" der kapitalistischen Akkumulation Rechnung, mit denen Marx seine Darstellung des Produktionsprozesses des Kapitals abschließt und in denen das, was Lenin als die besonderen Merkmale des Imperialismus bezeichnet, sich bereits vorskizziert finden.

Und dies ist ein wesentlicher programmatischer Punkt: Daß nämlich der Kampf der zur Lohnabhängigkeit Gezwungenen um ihre elementaren Interessen noch weniger als vorher länger dauernde „Teil-erfolge" erbringen kann, ohne daß dieser unmittelbar nur als Kampf der ganzen (also auch international gesamten) Klasse geführt wird. Zeitweise (und dies können, wie wir gesehen haben, ganz schön lange Zeiten sein) kann der Imperialismus bestimmten (nationalen oder auch nur sektoralen) Teilen der Lohnabhängigen beträchtliche Zugeständnisse gewähren, um sein System insgesamt zu stabilisieren.

Was war hier also „wesentlicher programmatischer Punkt"? Zunächst, daß mit Eintritt des Kapitalismus in seine imperialistische Besonderheit „noch weniger als vorher" der Kampf der Proleten „länger dauernde ‚Teilerfolge' erbringen kann". Sodann jedoch stellt sich heraus, daß der Imperialismus „Teilen der Lohnabhängigen beträchtliche Zugeständnisse" gewähren kann, die wir wohl mit Fug und Recht auch „Teilerfolge" nennen dürfen und die, „wie wir gesehen haben", über „ganz schön lange Zeiten" dauern können. – Literarisch vielleicht nicht so wertvoll, aber immerhin voller Widerspruch, dieser „wesentliche programmatische Punkt".

Daß die bürgerliche Epoche eine

„die" heißt es bei mir,

Epoche der Revolutionen ist, beinhaltet bekanntlich auch, daß die Bourgeoisie selbst als revolutionäre Klasse lange abgetreten ist. Seit mehr als hundert Jahren ist sie zu allerhand konterrevolutionären Kompromissen mit allen möglichen Klassen gezwungen, die auch spezielle ökonomische Formen annehmen (z.B. Grundrente).

Wann wäre die Bourgeoisie denn jemals dasjenige gewesen, als welches sie heute „lange abgetreten ist"? Wann hätte sie *nicht* zu konterrevolutionären Kompromissen geneigt? Wann mußte sie *nicht* von den unteren Volksklassen, der Plebs, den Vor- bzw. embryonalen Entwicklungsstufen des Proletariats zum Jagen getragen, zu ihrem Glück gezwungen werden? Und andererseits: Wann hätte sie aufgehört, jener „willenlose und widerstandslose Träger" der Kapitalakkumulation zu sein, deren revolutionierende Wirkung auch heute offenbar noch so ungebrochen ist, daß sie allenfalls „abgeschwächt" werden kann?

Der Imperialismus ist einerseits ein solcher konterrevolutionärer Klassenkompromiß (angesichts der Bedrohung durch den revolutionären Klassenkampf wird ein Teil der Lohnabhängigen „ruhiggestellt"), andererseits eine ökonomische Form, durch die die revolutionierende Wirkung beschleunigter Kapitalakkumulation für bestimmte Kapitalgruppen zeitweise abgeschwächt wird (Monopolprofit).

Hier scheint mir ein wirklich „eigenständiger", neuer Gedanke aufzublitzen. Mir fehlt darin aber der *internationale* bzw. *globale* Gesichtspunkt, ohne den das Wort vom Imperialismus keinen Sinn macht. Andererseits wäre herauszuarbeiten, daß jener „Kompromiß" *Macht* auch auf seiten der Arbeiterklasse voraussetzt. Mit einer ohnmächtigen Arbeiterklasse schließt die Bourgeoisie keinen Kompromiß. Macht schöpft aber die Arbeiterklasse, die nichts ist, wenn sie nicht revolutionär ist, nur aus ihrer Revolution.

Insofern ist der Imperialismus nicht bloß materielle Grundlage für die Entstehung einer breiten lohnabhängigen (!) Mittelschicht (etwas das Marx bereits bei seiner Analyse des relativen Mehrwerts und der Entwicklung des Fabriksystems als Möglichkeit erkannte), und damit einer breiten Schicht von Kleinbürgern und Lohnabhängigen, die „ihr" imperialistisches Kapital und dessen Staat aus materiellem Eigeninteresse verteidigen. Er ist auch materielle Grundlage dafür, daß bürgerliche Politik *systematisch* Wurzeln in bestimmten Teilen der Arbeiterklasse schlagen kann.

Das „systematisch" ist ausgezeichnet. Jedoch müßte die Systematik noch weitergetrieben werden: in der Richtung, die in These III eingeschlagen wird.

Daß das Kapital diesen Teilen der Arbeiterklasse „Mitbestimmung" über geregelte Bedingungen des Verkaufs und der Erhaltung des Werts ihrer Arbeitskraft zugesteht, also die absolute Mehrwertrate

Ich kenne den absoluten Mehrwert (Mehrarbeit, nicht an ihrem Verhältnis zur notwendigen Arbeit gemessen, son-

dern nach ihrer absoluten Größe), aber eine absolute Rate (wovon auch immer), nämlich das Verhältnis zweier Größen, ist das nicht eine contradictio in adjecto?

> zeitweise unverändert läßt, und sich für die Verbesserung ihrer Verwertungsbedingungen auf die Steigerung des relativen Mehrwerts konzentriert, ist reale Grundlage für langanhaltende Illusionen in diese Regelungs- und „Mitbestimmungs"-Mechanismen.
> [...] Wenn in dieser Situation große Teile der Klasse Illusionen in die Rückkehr zum alten Sozialpartnerschaftssystem haben, so ist dies im Fall der deutschen Arbeiterklasse nicht eine besondere Anfälligkeit für eine faschistoide Standortideologie.

Hat das jemand gesagt? Bei mir wird der Zusammenhang jedenfalls gerade andersherum aufgemacht: Das Befangenbleiben in jenen „Illusionen" macht anfällig für Rassismus etc.

> [...] Es ist heute schließlich nicht einmal ausgeschlossen, daß die „Sozialpartnerschaft" für eine nicht zu kurze Zeit sogar für bestimmte, noch eingegrenztere Schichten der Arbeiterklasse fortgeführt werden kann. Zu sagen, daß dies nach 1989 unmöglich sei, heißt, dem Imperialismus mehr oder weniger seinen Zusammenbruch prognostizieren (was die Linke auch schon ziemlich lange tut).

„die Linke" will schon lange nichts mehr von irgendeiner Zusammenbruchstendenz des Kapitalismus (Imperialismus) wissen, weshalb es denn auch zu genügen scheint, etwas zur „Zusammenbruchstheorie" zu stempeln, damit es als abgeurteilt gelte, und ganz unnötig darzulegen, was denn an dergleichen falsch sei.

> So war es auch nicht die „faschistische Volksgemeinschaft", die die Voraussetzung für den Sozialstaat in seiner Nachkriegsform schuf. Dies wird um so absurder je mehr man vergleichbare internationale Beispiele heranzieht.

Von einer „faschistischen" Volksgemeinschaft ist bei mir nicht die Rede, sondern von der „der Nazis". Die war unabdingbar verknüpft mit der terroristischen Liquidierung der Kommunistischen Partei in Deutschland. Was von ihr die Nazis, den Krieg und Stalin überlebte, war nur noch ein Schatten seiner selbst, hatte von der revolutionären Diktatur des Proletariats zum Sturz der bürgerlichen Klasse sich vollends zur antifaschistischen und antimonopolistischen Demokratie gerettet. Im Gefolge ihrer vernichtenden Niederlage in Deutschland hatte die KI bereits während des Krieges nach und nach jeden Rest ihres revolutionären Programms kassiert, sich auf den Boden der bürgerlichen Demokratie gestellt und schließlich aufgelöst. Und diese mit dem Sieg der Nazis in Deutschland eingeleitete vollständige Abdankung des revolutionären Kommunismus soll im Ernst nicht eine wichtige „Voraussetzung für den Sozialstaat in seiner Nachkriegsform" gewesen sein, zu dessen „Modell" am Ende kaum ganz zufällig nicht die USA, sondern das Deutschland der 60er und 70er Jahre avancierte?

Im übrigen: Indem die Kritik die Entwicklung in Deutschland mit „Beispielen" aus anderen Weltgegenden vergleicht, hat sie schon wieder ihren Gegenstand verfehlt, in dessen These III Deutschland ausdrücklich *nicht* als „Beispiel", sondern Ort einer epochalen *Entscheidung* behandelt wird. Das dürfte die Kritik selbstverständlich falsch finden, aber dafür hätte sie es zunächst zur Kenntnis zu nehmen.

Vor dem ersten Weltkrieg spielten die Arbeiterbewegung in Deutschland und namentlich die SPD die Rolle der unbestrittenen Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung. Indem die Mehrheit der SPD imperialistische Kriegspartei wurde, besiegelte sie daher auch das Schicksal der II. Internationale. Die *eine* internationale Arbeiterbewegung gibt es seither nicht mehr, sie wurde in doppelter Hinsicht gespalten: Sie zerfiel einerseits in ihre verschiedenen nationalen Abteilungen, die, was ihre internationalen Beziehungen angeht, ein bloßes Anhängsel ihre jeweiligen Bourgeoisien bilden, andererseits spaltete sie sich in diesen je national orientierten und einen weiterhin internationalistischen Flügel. Ob eine solche internationalistische Tendenz sich behaupten konnte, hing wiederum entscheidend davon ab, daß er sich in Deutschland zur selbständigen Partei fortbildete. Nach der SU stellte Deutschland die wichtigste Sektion der KI (Deutsch war deren offizielle Verkehrssprache).

> ... Mit Ende des 2.Weltkriegs war es ... gar nicht ausgemacht, daß angesichts der Diskreditierung des Imperialismus durch den Faschismus, ähnliche Formen des Klassenkompromisses wie in den USA auf die anderen imperialistischen Staaten ausgedehnt werden könnten.

„Diskreditiert" (bei wem auch immer) durch die Nazibarbarei war *nicht* „der Imperialismus", sondern allenfalls der mit ihr paktierende *deutsche* Imperialismus. Der US-Imperialismus hingegen hatte als antifaschistische Kraft eher einigen Kredit gewonnen. War also nicht vielmehr diesem Umstand die relativ erfolgreiche Adaption einiger sozusagen „amerikanischer" Komponenten des Klassenkompromisses vor allem in den fünfziger Jahren geschuldet? (Freilich darf auch dabei nicht übersehen werden, daß „Klassenkompromiß" in Europa und namentlich in Deutschland aufgrund seiner ganz anderen Vorgeschichte etwas ganz anderes ist als in den USA.)

> In einigen Ländern, wie Italien, Frankreich, Griechenland gab es im Grunde revolutionäre Situationen, die mit freundlicher Unterstützung des Fortwesers und des US-Imperialismus mehr oder weniger gewaltsam beseitigt wurden.

Hat die Kritik hier die „freundliche Unterstützung" der einheimischen Kommunisten – oder vielleicht nur mitzuteilen vergessen, daß sie auch mit meiner These, es sei „der eigene Hang zur nationalen Versöhnung gewesen ..., der die Chefs der westlichen Kommunisten dazu trieb, sich Stalin zu unterwerfen", nicht einverstanden ist.

Aber ich bin ja durchaus bereit, auch die eigenen Verdienste des westlichen Proletariats an seinem komfortablen Kompromiß mit seinen Bourgeoisien zu würdigen. Und selbstverständlich gibt es nichts zu deuteln an der konterrevolutionären Rolle der Arbeiterstaaten in diesen Auseinandersetzungen. Daß beispielsweise der von den USA geführte Imperialismus in den 60er Jahren vom Kalten Krieg zur sogenannten Entspannungspolitik überging, dürfte z.T. gerade damit zusammengehangen haben. Zuletzt der Mai 1968 in Frankreich hatte bewiesen, daß der Vulkan proletarischer Rebellion auch im Westen unter der Kruste demokratischer Befriedung aller sozialen Gegensätze, die sich dort gebildet hatte, keineswegs endgültig erkaltet war. Stalins Epigonen erwiesen sich auch in diesem Fall, wie unzählige Male zuvor, als zuverlässige Feuerwehr und machten sich so dem bürgerlichen Westen eine Zeitlang ziemlich unentbehrlich, der das im August desselben Jahres mit seinem Stillhalten bei der Invasion der Truppen des Warschauer Pakts in die CSSR auch unmißverständlich anerkannte.

Dennoch bleibt es eine Tatsache, daß derjenige Teil des westlichen Proletariats, der die geringste Neigung zur Rebellion an den Tag gelegt hat, mit dem komfortabelsten Kompromiß belohnt worden ist. Und das ist kaum anders als damit zu erklären, daß es den kapitalistischen Frontstaat behaust hat und das verstaatlichte Proletariat unmittelbar jenseits der Front dieselbe Sprache sprach.

> Nicht: der Sozialstaat war Reaktion auf das Weiterbestehen stalinistischer Staaten – sondern: Sozialstaat und „Koexistenz" mit degenerierten Arbeiterstaaten war die Form, in der der Kapitalismus das Kräfteverhältnis der Klassen nach dem Krieg stabilisierte,

Welches „Kräfteverhältnis der Klassen" aber war es denn, das „der Kapitalismus" da „stabilisierte", welche Kräfte waren darin wie verteilt? Stellte die behauptete Existenz des Arbeiterstaats, seines Monopols auf Industrie und Handel in seinem unmittelbaren Machtbereich, eine jener „Kräfte" dar, mit denen die besitzenden Klassen zu rechnen hatten? Wenn ja: War dann der Sozialstaat nicht „Reaktion" auf diese Kraft, nicht eine bestimmte Form, mit dieser Kraft kapitalistisch zu rechnen? Wenn nein: Was hätten die stalinistischen Regime zur Stabilisierung des Kapitalismus beigetragen, das dieser nicht aus sich selbst zuwege gebracht hätte?

> um zu einer neuen Phase beschleunigter Akkumulation anzusetzen. (Insofern formuliert D.D. in These 11 teilweise richtig: „Sozialstaat und Realsozialismus waren das späte und ziemlich vergängliche, doppelgesichtige und doch zusammengehörige Resultat..." von Oktoberrevolution und gescheiterter deutscher Revolution.) Die konterrevolutionäre Rolle des Stalinismus im Weltmaßstab trug entscheidend zur Stabilisierung des Imperialismus nach dem Krieg bei und die Sowjetunion wurde zu einem Pfeiler der „geordneten" Verhältnisse im Weltmaßstab, vergleichbar mit dem „Ordnungsfaktor" Gewerkschafts- und Betriebsratsbürokratie im nationalen Maßstab.

Sehr richtig. Aber als Ordnungsfaktor funktionieren auch die Gewerkschaften nur, sofern in ihnen wirklich sich die Klasse organisiert, die sie zur Ordnung rufen und so um die Früchte ihrer organisierten Klassenmacht bringen. Nur wo sich eine solche Macht bereits in der Waagschale befindet, entsteht überhaupt Bedarf, daß jemand sich ihrer annimmt, um sie durch Zerstreuung zu erleichtern. So also auch der Arbeiterstaat: Repräsentierte er keine proletarische Klassenmacht, könnte er auch nicht diese zur bürgerlichen Ordnung rufen, ihr die imperialistischen Zügel anlegen. Tut er aber, was sein bürgerlicher Beruf ist, hindert sie also an ihrer revolutionären Entfaltung, ruiniert er sie auf Dauer und wird damit wiederum überflüssig. Er ist daher in jeder Hinsicht ein an sich selbst prekäres Übergangsphänomen. ...

> ... das Nachkriegs-Akkumulationsmodell

Dieses „Modell" nervt als ein solches nun schon eine ganze Weile in diesem Text und will offenbar gar nicht damit aufhören. K.H. hat dazu in seinen Anmerkungen zur Debatte geschrieben: „Was Modell und Projekt zu Allerweltsbegriffen gemacht hat, ist, daß darin historische Prozesse um ihren Eigensinn gebracht, nach dem Muster der ihre Zwecke bewußt setzenden Ratio uminterpretiert werden." (Kommunistische Streitpunkte Nr.2, S. 8)

> ... Das intensive Produktivitätswachstum, das mit den entgegenwirkenden Ursachen zum Profitratenfall einherging,

Wer oder was wirkte hier wem entgegen und ging womit einher? Die Ursachen, die dem Profitratenfall „entgegenwirken", sind dieselben, die auch ihn bewirken. Daher ja ist der Fall nur *Tendenz*.

> konnte von den behäbigen, bürokratisch verwalteten Produktionsapparaten, die höchstens auf extensive Wachstumssteigerung ausgerichtet waren,

Möchte die Kritik, die hier vielleicht nicht zufällig in den volkswirtschaftlichen Jargon fällt, damit etwa behaupten, der Osten sei bloß auf Mobilisierung von immer *mehr* Arbeit „ausgerichtet" gewesen, nicht aber darauf, deren *Produktivität* zu steigern?

> nicht mitgehalten werden. Damit gerieten die Staaten des Comecon in den Strudel von Verschuldungskrise, Zurückbleiben in der Weltmarktkonkurrenz, Verteuerung der Technologie-Importe, realer Entwertung der eigenen Währung, etc.. Also allem möglichen, das das Staatsmonopol der industriellen Produktion und des Außenhandels in Frage stellte.

Starker Tobak! Das Staatsmonopol steht natürlich zunächst, wie ich insbesondere in These VII gezeigt habe, *immer* „in Frage": Es verneint die kapitalistische Form der Produktion, insofern es ihren immanenten Endpunkt bildet, ist aber als dieses Ende zugleich selbst noch kapitalistische Form – *Übergang* eben aus dem Kapital zum

Nichtkapital und als solcher Übergang nach beiden Seiten ebenso verneinend wie seinerseits von beiden verneint. Dem Kapital steht es als Nicht-Mehr-Kapital, dem Nichtkapital, der kommunistischen Weise des Produzierens, als Immer-Noch-Kapital gegenüber.

Es steht also in zweierlei Hinsicht in Frage, und zwar so, daß die beiden Hinsichten sich gegenseitig ausschließen. Die *kommunistische* Negation des Staatsmonopols schließt seine Negation durch den Kapitalismus aus, d.h. seine kommunistische Bejahung *diesem gegenüber* ein, und ebenso umgekehrt.

Von welcher Seite sieht nun aber die Kritik hier das Staatsmonopol über das Maß hinaus in Frage gestellt, das es sozusagen von Natur aus mitbringt? Wodurch stand z.B. das Außenhandelsmonopol in den achtziger Jahren stärker in Frage als etwa in den zwanzigern? Läßt nicht die Kritik hier durchblicken, daß sie eigentlich auch Anhänger des Sozialismus in einem Land ist, den sie nur nicht „Sozialismus", sondern lieber „Übergangsgesellschaft" nennen möchte? daß sie an ein an sich nicht in Frage stehendes Staatsmonopol ohne „Verschuldungskrise, Zurückbleiben in der Weltmarktkonkurrenz, Verteuerung der Technologie-Importe, realer Entwertung der eigenen Währung, etc." glaubt?

Die Existenz von stagnierenden Arbeiterstaaten

„Stagnierend"? – Nicht dieses abgegriffene, inhaltsleere Wort! „stablisierend" wäre hier passend, weil den Vorteil besitzend, zu weiteren Überlegungen hinzuführen, die in der Tat in meinen Thesen kraß unterbelichtet bleiben. Habe ich das Gewicht darauf gelegt, das „Dop-pelgesicht" Arbeiterstaat von seinem revolutionären Ursprung her zu beleuchten, der sich schließlich verbraucht hat, so wäre hier Gelegenheit, herauszuarbeiten, wie sich auch seine konterrevolutionäre, den Kapitalismus stabilisierende Funktion schließlich dadurch erledigt hat, daß dieser in eine Phase erneuter umfassender Umwälzung seiner selbst eingetreten ist.

in einem in die Krise geratenen Weltkapitalismus wurde zu einem unhaltbaren Widerspruch. Andererseits stellt der Zusammenbruch dieser Staaten noch keine grundlegende Verschiebung im Verhältnis der Klassenkräfte zugunsten der Bourgeoisie dar, solange diese nicht die wesentlichen Elemente der Krise der Akkumulation ihres Kapitals lösen kann.

Marx lehrt, daß das Kapital seine Krisen löst, indem es die Elemente der nächsten entwickelt.

Im Gegenteil, dieser Zusammenbruch bringt der Weltbourgeoisie neue Probleme durch den Wegfall eines wesentlichen Stabilitätsfaktors, so wie auch die Angriffe auf den Sozialkompromiß neue Klassenkampfgefahren für sie heraufbeschwören – alles keine günstigen Bedingungen für den ruhigen Gang der Akkumulation.

Was die „Ruhe" betrifft, ist vor allem das Kapital sich selbst „keine günstige Bedingung". Zum „Wegfall" des „Stabilitätsfaktors" heißt im Abschnitt XII („Im Westen nichts Neues?"): „Verfall und schließliche Abräumung des ... ersten Arbeiterstaates (samt seiner Ableger) ... haben vor allem in das scheinbar so festgefügte, behäbige Kartell arbeiterbürokratischer Macht ein irreparables Loch gerissen", das die Arbeiterklasse dazu *zwinge*, in der „*revolutionären* Richtung die Kraft zu suchen", die sie zur Verteidigung Lebensinteressen braucht. Und ebenda in Abschnitt X zu den „neuen Klassenkampfgefahren": „Die Bourgeoisie hat die alten Bedingungen des Kompromisses mit dem Proletariat, von dem sie sich nährt, nicht ohne Not aufgekündigt; nicht weil sie etwa auf jeden Kompromiß verzichten will oder es auch nur könnte." Die Kritik müßte sich also schon etwas näher dahin erklären, ob bzw. inwiefern sie mit ihren Ausführungen zu diesem Punkt den Thesen widerspricht oder sie vielmehr bekräftigt.

...

Fazit: Die Geschichte dieses Jahrhunderts kann nicht nur aus einem revolutionären Ereignis gelesen werden,

Wer hätte denn das getan? Zum ersten. Und zweitens: Macht es etwa besser, wer die Geschichte dieses Jahrhunderts in eine Ansammlung von „Beispielen" auflöst?

so zentral dies auch immer war. Es muß der Zusammenhang von Klassenkampf, sowohl in seinen revolutionären wie auch vor-revolutionären Formen

Es ist zu überlegen, ob nicht solcherart gedankenlose Rede von „vor-revolutionären Formen" (historisch immerhin *nach* einer ganzen Reihe von Revolutionsversuchen, aber ohne irgendeine Garantie, daß wir tatsächlich „vor" weiteren stehen) eines angeblichen „Klassenkampfes" nicht ein gerüttelt Maß Schuld daran trägt, daß der Klassenkampf lange Zeit linksradikal „unten durch" war und in seiner heutigen kleinen Renaissance meist nur noch ein Mißverständnis darstellt.

mit der jeweiligen Periode von Akkumulationszyklen des Kapitals dargestellt werden und dies unter den Bedingungen des Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche.

Daß zur Geschichte dieses kapitalistischen Jahrhunderts unbedingt die im engeren Sinne *ökonomische* Geschichte des Kapitals dazu gehört, wer wollte das bestreiten. Bestreiten möchte ich allerdings, daß einer solchen Aufgabe meine Thesen im Weg stünden, die doch die kritische Auffassung dieser Ökonomie explizit (Abschnitt II) zur Grundlage haben.

Einerseits ist in dieser Epoche der Klassengegensatz an sich und seine auch vor-revolutionären Äußerungen Grundlage für zeitweise Befriedung von Sektoren der Arbeiterklasse in Sozialkompromissen, und damit Grundlage für eine Phase von Akkumulation, die hauptsächlich auf der Steigerung des relativen Mehrwerts beruht.

„der Klassengegensatz an sich" ist schon sehr hübsch, vor allem als „Grundlage für zeitweise Befriedung von Sektoren der Arbeiterklasse". Noch hübscher jedoch: *nach* der Oktoberrevolution „seine auch vor-revolutionären Äußerungen" zu notieren.

Im übrigen: „beruht" nicht das Kapital überhaupt „hauptsächlich auf der Steigerung des relativen Mehrwerts"?

> Andererseits muß ein solcher Akkumulationszyklus in einer weltweiten Überakkumulationskrise enden, die damit den Klassenfrieden in Frage stellt, revolutionäre Krisen heraufbeschwört, etc.. Gelingt es dem revolutionären Proletariat nicht, diese Krise in revolutionärer Weise zu lösen, wird der Imperialismus jeweils

Diese kleine Wort an dieser Stelle offenbart eine ganze Philosophie: Die Geschichte eine Sammlung „Beispielen" oder auch fortwährend vorübergehenden Gelegenheiten, bei denen sich nur fragt, wann wir genug davon gesehen haben, um endlich eine beim Schopfe zu packen.

> in der Lage sein (nach welchen Aktionen zur Vernichtung von Überschußkapital auch immer) einen neuen Klassenkompromiß zu finden, um seine Kapitalakkumulation wieder in ruhigere Bahnen zu lenken.

Der Unsinn der „ruhigen Bahn" der Akkumulation, hat es der Kritik offenbar schwer angetan.

> Insofern kann der Kapitalismus das Proletariat zwar wie die Thesen sagen nicht endgültig besiegen, sehr wohl ihm aber strategische Niederlagen beibringen, die die Revolution als die entscheidende objektive Antwort auf die Probleme der Klasse wieder auf Jahre zu verschieben zwingen.

Sehr sinnig, wie es dem selbsternannten Anwalt des Subjekts, der bewußten Tat gegen den bloßen Zwang der Objektivität passiert, daß letztere („der Kapitalismus") sich in seiner Rede immerzu personifiziert.

> ... Dies führt zu der falschen Perspektive, daß mit dem Untergang des Stalinismus und dem angeblich bereits geschehenem Kassieren des Sozialstaats eine Epoche von Kämpfen bereits vorbei sei, statt zu sehen, daß der Zusammenbruch und der Angriff auf den imperialistischen Sozialkompromiß Elemente einer neuen Periode von Kämpfen sind, deren Höhepunkt erst vor uns, nicht hinter uns liegt.

Zentrales Selbstmißverständnis: eine „neue Periode von Kämpfen" setzt ja wohl voraus, daß eine alte zu Ende gegangen, gerade vorbei ist.

> [...]
> Es wird nicht deutlich, ob die Errichtung des Staatsmonopols an der industriellen Produktion und des Außenhandels die einzigen qualitativen Änderungen darstellen sollen, solange nicht die „kapitalistische Umgebung" zum Verschwinden gebracht wurde.

Von irgendeinem „Sollen" ist da natürlich nirgendwo und schon gar nicht in diesem Zusammenhang die Rede.

> Wie Marx im Kapital insbesondere im Abschnitt über die „Produktion des relativen Mehrwerts" ausführt, geschieht die Vergesellschaftung im kapitalistischen Arbeitsprozeß in einer reaktionären Form.

Wirklich „reaktionär", nicht vielmehr „gegensätzlich"?

> So erwächst die besondere Form der Leitung und Kontrolle des Arbeitsprozesses nicht bloß aus dessen kooperativer Form, seine Doppelnatur als Verwertungsprozeß erfordert, daß der Einzelarbeiter als willenloses, seine Zwecke nicht bestimmendes Rädchen im Gesamtprozeß der Kapitalverwertung zu funktionieren hat, und daher einem strikten „Despo-tismus", einer bestimmten Form von Arbeitsdisziplin unterworfen wird, die von einem Heer von Aufsehern, Unteroffizieren, etc. überwacht wird (siehe MEW 23, S. 350f.).

Das erwächst eben nicht nur aus seiner (des kapit. *Produktions-, nicht* „Arbeits"prozesses) „Doppelnatur als" (auch) „Verwertungsprozeß". Oder genauer: Diese Doppelnatur erwächst ihrerseits aus dem transitorischen Charakter der kapit. Produktionsweise; daraus, daß in der vorgefunden Form zersplitterter, zwergenhafter Produktion mit individuell beherrschbaren Produktionsmitteln ein ganz gegenteilige, zentralisierte, riesenhafte Produktion mit Mitteln, die nur in Kooperation auf großem Maßstab beherrschbar sind, *entwickelt*. Diejenigen Tätigkeiten, in denen kapitalistisch der sie ausführende Einzelarbeiter„als willenloses, seine Zwecke nicht bestimmendes Rädchen im Gesamtprozeß" funktioniert, ändern ihren Charakter nicht dadurch, daß der Verwertungszwang fortfällt. Sie müssen entweder selbst fortfallen oder jedenfalls in ihrem Umfang für jedes Individuum radikal reduziert werden, damit diese aufhören bloße „Rädchen" zu sein. Es hilft auch nichts, wenn dieselben Tätigkeiten in einen Gesamtplan eingebettet sind, der in demokratischer Beratung aufgestellt wurde. Ob es ein großes demokratisches Palaver im Arbeiterrat gewesen ist, dem ich auch noch selber meine kümmerliche Freizeit zum Opfer gebracht habe, oder die Direktive irgendwelcher Apparatschiks, das dürfte mich am Ende herzlich wenig interessieren, wenn ich dann plangemäß am Fließband meine 6 oder 7 Stunden mit Schräubchendrehen abreiße. Die Sache mit den Apparatschiks hat sogar den Vorteil, daß sie unverblühmter, weniger theatralisch und daher weniger aufwendig für mich zum selben Resultat führt.

Die Wirkung des Verwertungszwangs muß anders durchleuchtet werden: Inwiefern sie den Fortfall solcher subalternen Tätigkeiten verhindert, diese aus sich heraus perpetuiert, also der in Logik der Produktivkraftentwicklung liegenden Tendenz entgegenarbeitet, daher ihre Schranke ist.

> [...]
> ... Diese lohnabhängigen Mittelschichten nehmen also eine widersprüchliche Klassenposition ein, die sie jedoch in normalen Umständen durch Privilegierung und Position in der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit in zentralen Konflikten auf die Seite des Kapitals stellt.

Wenn das so apodiktisch stimmte, dann können unser revolutionäres Projekt ein für allemal begraben. Hier wäre

statt dessen m.E. programmatisch *jede* Prophetie zu unterlassen.

[...]

... Wenn daher im Hintergrundpapier von D.D. formuliert wird, daß das Staatsmonopol über die industrielle Produktion auch durch die besten „rätedemokratischen Sicherungen" (S.) vor Degeneration angesichts des Fortbestehens einer kapitalistischen Umgebung nicht gesichert werden, kann

Vom „Sichern" des Staatsmonopols gegen „Degeneration" ist bei mir gar nicht die Rede, sondern vom „mißlichen Zwitterstatus des revolutionären Arbeiterstaats": daß darin das Proletariat, das den Kapitalismus loswerden muß, „sein eigener (monopolistischer) Kapitalist" sei.

so ist dies im besten Fall mißverständlich (da dies der einzige Bezug auf Rätedemokratie ist): Eine massenhafte, räteähnliche Selbstorganisation der Arbeiterklasse ist im Allgemeinen notwendige Bedingung für die Möglichkeit der Errichtung eines Staatsmonopols über die industrielle Produktion (daß planwirtschaftliche Strukturen in Osteuropa und der DDR unter der Bedingung der sowjetischen Militärdominanz ohne eine solche Basis zustande kommen konnten widerspricht nicht dieser Allgemeinheit, sondern zeigt nur die von Anfang an bestehende Degeneriertheit dieser Arbeiterstaaten).

Wie der ganze linksradikale mainstream umgehen hier unsere Trotzkis mit schlafwandlerischer Sicherheit die Tatsache, daß es *die Rätemacht selbst* war, die degenerierte. Und eben diese degenerierte *Rätemacht*, nicht etwa irgendein von vornherein und unverbrüchlich *bürgerlicher* Staat (dies übrigens eine Kritik der Spartakisten an der GAM), hat auch das Staatsmonopol der DDR errichtet.

Würde behauptet, es habe doch einen regelrechten Staatsstreich, einen „Thermidor" gegeben, in dessen Folge die Räte bzw. Sowjets von der Bürokratie schließlich zerstört worden seien, dann wäre dem entgegenzuhalten, daß doch die Räte gerade die Aufgabe gehabt hätten, vielmehr umgekehrt die Bürokratie zu zerstören, also schon darin, daß ihnen gegenüber eine solch mächtige und schließlich übermächtige Bürokratie erwachsen bzw. überleben konnte, definitiv *versagt* hätten.

[...]

Sind die meisten Punkte in den Thesen bzw. „Eck-punkten" eigentlich Beiträge zu Theorie und Geschichte des Übergangs zum Sozialismus, so gibt es wenigsten einen strategische Eckpunkt, d.h. Antwort auf die Frage der Zielsetzung konkreter revolutionärer Aktivität: „Ausnutzung der Demokratie zur Errichtung der revolutionären Diktatur einer Assoziation aller vom Produkt ihrer gemeinsamen Arbeit enteigneten, von ihrer Arbeit entfremdeten Individuen zum Zwecke despotischer Eingriffe in jene Ordnung des Eigentums ..." (S.).

Auch wenn hier offensichtlich die Diktatur des Proletariats als Zielsetzung revolutionärer Aktivität festgeschrieben wird, bleibt diese Zielsetzung letztlich vage und mehrdeutig. Nimmt man obige Formulierung zusammen mit den Bemerkungen über das Staatsmonopol, bei dem Räteorgane bloß als Schutzfunktionen vor übertriebener Bürokratisierung erwähnt werden,

Diese Behauptung stellt die Dinge auf den Kopf: In die Rolle dieser „Schutzfunktion" bringen unsere Trotzkis die „Räteorgane", während ich gerade *abstreite*, daß sie diese überhaupt wahrnehmen *können*.

„Ausnutzung der Demokratie zur Errichtung der Diktatur des Proletariats" könnte fast ein wörtliches Zitat von Kautsky sein – auch wenn Kautskys Formulierungen meist nicht so rechts waren (er erwähnte immerhin die Notwendigkeit gewaltsamen Massenkampfes für die Erringung der Macht).

Das ist schon eine kleine Frechheit (wenn es nicht bloß Gedankenlosigkeit ist): In den Thesen geht es um das „Ausnutzen der Demokratie" (wir könnten auch sagen: Anknüpfen an sie), um *über sie hinauszugehen.* Kautsky dagegen will die Demokratie *beibehalten* und kann sie allein darum nicht radikal zu Ende führen bis zu jenem Punkt, wo sie aus sich selbst heraus über sich selbst hinausweist, einerseits positiv, indem sie erstmals Demokratie für die Ausgebeuteten, Geknechteten, daher mit dieser Ausbeutung und Knechtung unvereinbar, andererseits negativ, indem sie mit ihrem Latein am Ende ist, umschlagen muß in die wirkliche, materielle Aneignung der gesellschaftlichen Produktion durch die assoziierten Produzenten, die ihr nicht mehr als gesellschaftlicher Interessenverband gegenüber, sondern in dieser Aneignung selbst und durch sie vermittelt miteinander zusammenhängen und sich aufeinander beziehen.

Ein kommunistisches Programm, das die Zielsetzung der Diktatur des Proletariats, bzw. der Errichtung eines Arbeiterstaats aufstellt, muß angesichts der strategischen Spaltungen der Arbeiterbewegung nach 1914

Wo könnten wir denn wohl heute noch „der strategischen Spaltungen (!) der Arbeiterbewegung nach 1914" ansichtig werden? Da ist doch – leider! – gar nichts mehr gespalten. Wir haben es vielmehr zu tun mit dem *gemeinsamen* strategischen Niedergang der *gesamten* Arbeiterbewegung und insbesondere der *beiden* Flügel, die aus jener wirklichen und längst konterrevolutionär aufgehobenen Spaltung „nach 1914" hervorgingen.

präziser fassen, was für eine Art Staat der „Arbeiter-staat" ist. In These 7 wird zwar richtig die von Anfang an gegebene Notwendigkeit des Absterbens dieses Staates abgeleitet; im Hintergrundpapier: „Jeder Staat, auch ein solcher, der von ‚der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl' regiert wird, setzt der Emanzipation Schranken, die diese früher oder später niederreißen und überschreiten muß, will sie sich selbst treu bleiben"

(S.). In Folge wird jedoch nur dargelegt, wieso die Arbeiterklasse immer noch einen Staat braucht:

Nicht „wieso", sondern *inwiefern*.

[...]

... Je mehr die vom Kapitalismus übernommene Form der Vergesellschaftung von Arbeit, mit ihrer Konzentration von „Leitungs-", „Denk-" und „Gewalt"-Funktionen auf eine kleine Zahl abgesonderter Institutionen und Organe durch eine neue Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ersetzt werden, desto mehr verlieren die Funktionen der Staatsmacht die Rolle der Regierung von Menschen und werden zu Funktionen der Verwaltung von Sachen.

Kommunismus zielt nicht auf „eine neue Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung", sondern auf die Aufhebung *jeder* Form der Arbeitsteilung, so geht's schon 'mal los. Des weiteren ist ja schon lange nicht mehr wahr, daß die „‚Leitungs-', ‚Denk-' und ‚Gewalt'-Funktionen" konzentriert wären bei „Institutionen und Organen", die „klein" an Zahl und äußerlich „abgesondert" wären. Die Zahl ist vielmehr mittlerweile riesengroß und wachsend, dagegen schrumpft die Zahl der Einrichtungen bzw. Unternehmungen, in denen wirklich noch hauptsächlich unmittelbar produziert wird. Entsprechend massenhaften Charakter hat auch das Personal angenommen, das mit jenen „‚Leitungs-', ‚Denk-' und ‚Gewalt'-Funktionen" betraut ist. Das wirkliche Leiten, Denken und Gewaltausüben, d.h. die Ausübung gesellschaftlicher Hoheitsfunktionen, ist längst ganz praktisch jeder persönlichen Kontrolle so gründlich und unwiderruflich entwachsen, daß es selbst nur mehr in der Kombination vieler einfacher Funktionen durchgeführt werden kann.

Der *entscheidende* Punkt hier umgangen: Die „neue Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung" bedeutet eben im Kern die Aufhebung der *privaten Form* des Kommandos über die gesellschaftliche Arbeit. Nicht irgendwelche an bestimmten Personen oder Institutionen festzumachenden Eigenmächtigkeiten, Privilegien, Sondervollmachten oder dergleichen entziehen das Ganze des gesellschaftlichen Zusammenhang der Kontrolle der diesen Zusammenhang bildenden Individuen, sondern die verkehrte Form dieses Zusammenhangs selbst, die ihn nicht als den bereits *hergestellten*, daher immer schon *vorauszusetzenden* wirklichen Zusammenhang der Individuen erscheinen läßt, sondern als einen in einem fort äußerlich erst herzustellenden Zusammenhang von lauter an sich gar nicht miteinander zusammenhängenden Privatmenschen. Und dieser Anschein der Form des Zusammenhangs ist einerseits *falsch*, insofern die (stetig wachsende) Masse der Individuen in ihrer Arbeit tatsächlich *nicht* als Private miteinander verkehren, es gar nicht können, bzw. soweit sie dies tun, beständig der Voraussetzung wirklicher Privatheit, dem Eigentum an eigener oder fremder Arbeit verlustig gehen. Anderseits ist der Zusammenhang dennoch *wirklich* der Zusammenhang zwischen Privateigentümern, insofern er im ganzen tatsächlich *usurpiert* ist von Privaten, die aus diesem tätigen Zusammenhang selbst als seine blanke Negation herausfallen und daher zugleich beständig ihn zwanghaft destruieren bzw. seine Produktivität in Destruktion verwandeln.

[...]

Richtig ist natürlich, daß ein Kampf um ein einzelnes Thema nur dann Klassenkampf im eigentlichen Sinn ist, wenn er als Kampf der Gesamtklasse gegen die Gesamt-Bourgeoisie, letztlich als Kampf um die Macht geführt wird. Doch wenn DD formuliert „Wenn solche Kämpfe ... sich nicht dahin entwickeln, ..." – bleibt zu fragen, wie sollen sie sich eigentlich dahin entwickeln. Im Rest der These liest sich dies eher wie ein Ultimatum: Entweder ihr führt euren Kampf als Kampf um die Diktatur des Proletariats oder euer Kampf ist eigentlich im Kern rassistisch und faschistisch und wird daher von uns ignoriert.

Da wäre zunächst einmal zu klären, wer der Adressat („ihr") der Ausführungen einerseits in meinem Text und andererseits in dieser Kritik daran denn ist. Erstere wenden sich erklärtermaßen an die *Revolutionäre*, an „uns" selbst also. Die *Kommunisten*, heißt es bei mir, sollten unterlassen, dem Gespenst der Verteidigung eines „Sozialstaats" hinterherzujagen, dessen Voraussetzung unwiderbringlich dahin sind. Auf deutsch: Sie sollten aufhören, der nichtkommunistischen Masse des Proletariats unrealistischen Scheiß zu erzählen, den ihnen sowieso niemand mehr abnimmt. Ich behaupte ja, daß sich die nichtrevolutionären Proleten viel weniger Illusionen machen als die Revolutionäre selbst und gerade deshalb so wenig Neigung zu Klassenkampf zeigen, daß sich also die Revolutionäre nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe befinden.

Das „Ultimatum", das die Kritik da herausgelesen hat, richtet sich darum an die Revolutionäre: Entweder ihr versteht es, die ausgebeutete Klasse in den Auseinandersetzungen ums Teewasser starkzumachen, und ihr macht sie nur stark, wenn ihr den *Klassencharakter* dieser Auseinandersetzungen herausarbeitet, wenn ihr in ihnen die Notwendigkeit und auch Möglichkeit des Kampfes „der Gesamtklasse gegen die Gesamt-Bourgeoisie" entwickelt, der „letztlich als Kampf um die Macht" zu führen ist, oder die Ohnmacht der Klasse, die ihr dann mitzuverantworten habt, wird sich reaktionäre Kompensation suchen, z.B. in rassistischen Parolen. Wo steht da was von „ignorieren"?

Die Frage, „wie sollen sie sich eigentlich dahin entwikkeln", nämlich zum wirklichen Klassenkampf, kann ich demnach sogleich zurückgeben: In der Tat, wie denn, wenn die Revolutionäre, die Kommunisten selbst eine solche Perspektive schon lange nicht mehr vertreten, weil sie glauben (vorgeben zu glauben), daß sie damit die Massen überforderten, in Wahrheit jedoch sich selbst überfordert fühlen.

Heiner Karuscheit

Gesellschaft und Programm

Bemerkungen zu einer Programmdebatte

Die *Kommunistischen Streitpunkte* haben dazu aufgefordert, sich in eine Debatte zur Erneuerung der kommunistischen Programmatik zu begeben, um eine angemessene Grundlage revolutionärer Praxis zu schaffen. Der Zielsetzung nach bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als einen Weg zur Macht für die Arbeiterklasse zu entwikkeln. Dieser Weg kann sich nur aus der bestehenden Gesellschaft heraus ergeben. Daß in der Gesellschaft nach wie vor die Klassen von "Kapital" und "Arbeit" existieren, besagt wenig. Weder die Bourgeoisie von heute ist mit der von früher zu vergleichen noch die Arbeiterklasse. Und nicht nur die beiden antagonistischen Klassen der bürgerlichen Ordnung haben ihr Gesicht gewandelt, darüber hinaus hat auch der Niedergang des alten Kleinbürgertums und der Aufstieg neuer Mittelschichten der Gesellschaft einen anderen Charakter verliehen. Ihn zu begreifen, muß daher m.E. am Ausgang der Bemühungen stehen, eine programmatische Selbstverständigung der Kommunisten herbeizuführen.

Der Niedergang des alten Kleinbürgertums

Im *Kommunistischen Manifest* schrieben Marx und Engels: "Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." Mit den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus erwartete die ganze Sozialdemokratie den baldigen Übergang der nichtkapitalistischen "Mittelstände" in das Proletariat und als Folge den unausweichlichen Sieg der dann zahlenmäßig überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft über die kleine Minderheit der Ausbeuter.

Tatsächlich schwoll das Proletariat auch zahlenmäßig an, aber das Kleinbürgertum ging nur äußerst langsam zurück. Die Volkszählung von 1907 in Deutschland enthüllte, daß die Zahl der selbständigen Betriebsstätten sogar zugenommen hatte, wenn auch nur leicht – in unerklärlichem Gegensatz zu den theoretisch festgestellten ökonomischen Gesetzen. Bis zum 2.Weltkrieg änderte sich an den Klassenverhältnissen wenig. Außer Bourgeoisie und Proletariat existierten nicht allein die junkerlichen Großgrundbesitzer, deren eigenständige, *nichtbürgerliche* Stellung die Marxisten beharrlich negierten, sondern neben ihnen die kleinbürgerlichen Klassen auf dem Land und in der Stadt, die wie ein gewaltiger Block aus der Geschichte in die Neuzeit ragten. Sie waren weit davon entfernt, sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen und ihre gegenwärtigen Interessen zugunsten eines sozialistischen Zukunftsstaats aufzugeben, wie im *Manifest* erhofft, sondern kämpften mit wütendem Beharrungsvermögen gegen die Trennung von den eigenen Produktionsmitteln. Nachdem der 1.Weltkrieg die alte Ordnung zerbrochen hatte, speisten sie die faschistischen Massenbewegungen der Zwischenkriegszeit in Europa. Sie wollten das Rad der Geschichte in der Tat zurückdrehen - allerdings nicht zurück in die feudale Unfreiheit vor der bürgerlichen Revolution, sondern mit Hilfe des Staats in Richtung einer kleinbürgerlich-egalitären Utopie ohne Adelsmacht, in welcher Bourgeoisie und Proletariat auf die Plätze verwiesen waren und die kapitalistische Produktionsweise in unüberwindliche Schranken gebannt blieb, so daß sie die Produktions- und Lebensweise der kleinen Warenproduzenten nicht angreifen konnte.

Ein überholtes Revolutionsprogramm

Die Revolutionsetappe, die der erste Weltkrieg in Gang setzte, wurde durch das Zusammengehen von Arbeitern und Bauern in Rußland begründet, das die Oktoberrevolution erst möglich machte. Was Rußland vorexercierte, galt unter anderen Bedingungen auch für die entwickelteren Länder: auf sich allein gestellt, war jede Revolution alleine des Proletariats gegen den Rest der Gesellschaft zum Scheitern verurteilt. Es gab keinen Weg zur Macht ohne Gewinnung der Millionenmassen der kleinen Warenproduzenten, und deshalb mußte das sogenannte Arbeiter-Bauern-Bündnis zum Dreh- und Angelpunkt jedes Revolutionsprogramms werden. Unabhängig von den gefundenen konkreten Antworten bedeutete es seinem klassengeschichtlichen Wesen nach das Zusammengehen einer Klasse der bürgerlichen Moderne – des Proletariats – mit den alten vorkapitalistischen „Mittelständen" des Kommunistischen Manifest. In dieser Konstellation fielen Sieg und möglicher Untergang in eins: dasselbe Bündnis, ohne das der Weg zur Macht versperrt blieb, war das entscheidende Hindernis beim Aufbau des Sozialismus.

Die Nagelprobe auf dieses Revolutionsproblem lieferte nicht zuletzt Deutschland. Als die 2.Parteikonferenz der SED im Juli 1952 den Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Aufbau des Sozialismus beschloß, kündigte sie den Klassenkompromiß mit den *bürgerlichen* Kräften, vor allem aber das *Bündnis mit dem Kleinbürgertum* auf, das nunmehr durch eine Vielzahl ökonomischer und politischer Maßnahmen bekämpft wurde. Die Reaktion der Bauern und Kleingewerbetreibenden war hinhaltender Widerstand oder die Flucht in den Westen und brachte den Staat binnen kurzem an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Um ihn zu verhindern und den beschlossenen Aufbau des Sozialismus trotzdem fortzuführen, mußten die Arbeitsnormen für die in der Industrie Beschäftigten erhöht werden. Die Antwort der Arbeiterschaft war der 17.Juni 1953.

Die Prognose des *Kommunistischen Manifest* realisierte sich endgültig erst in der zweiten Hälfte des 20.Jahrhunderts. Die bis dahin nur gemächlich steigende agrarische Produktivität hat in den Jahrzehnten nach dem 2.Weltkrieg als „grüne Revolution" alle ländlichen Verhältnisse mitsamt den daran geknüpften altehrwürdigen Vorstellungen umgewälzt. Wo früher Millionen von Bauern den eigenen Acker bestellten, sind es im heutigen Deutschland einige Hunderttausend, und diese haben die selbstgenügsamen Relikte ihrer Vorgänger abgestreift. Ihre Produktion wie Reproduktion vermittelt sich über den kapitalistischen Markt. Das Dorf der Gegenwart hat keine Ähnlichkeit mit dem Dorf der Vorkriegszeit, und ebenso geht es dem städtischen Kleinhandel und Handwerk. Die alten "Mittelstände", die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, gibt es nicht länger. Der kleine Warenproduzent von heute, auch der sich vermehrende „Scheinselbständige", dessen Lebenslage häufig subproletarisch ist, steht nicht neben der kapitalistischen Produktionsweise, deren Auswirkungen er bekämpft, er ist ohne Wenn und Aber in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals integriert. Das Verhältnis der künftigen proletarischen Macht zu diesen Schichten muß geklärt werden, aber es hat keine Schlüsselfunktion für das Revolutionsprogramm mehr.

Aufstieg neuer Mittelschichten

In derselben Zeit haben sich "neue" Mittelschichten rapide vermehrt, die keine eigenen Produktionsmittel besitzen, sondern *Lohnabhängige* entweder des Kapitals oder des Staats sind, sich aber vom eigentlichen Proletariat u.a. durch ihre Produktionsferne absetzen (die Unterscheidung im einzelnen ist schwierig). Bedingt durch die wachsende Produktivkraft der Arbeit steigt ihre Zahl weiter an, während die Zahl derjenigen, die den materiellen Reichtum der Gesellschaft an erster Stelle produzieren, sinkt.

Die KAZ Nr.291 vom Februar 1999 enthält den jüngsten Versuch einer marxistischen Klassenanalyse, die den Auffassungen sehr vieler Marxisten entsprechen dürfte, obwohl – genauer gesagt: weil – sie den tiefgreifenden Wandel des 20.Jahrhunderts vollständig negiert. Sie beschreibt eine von Anfang bis Ende immergleiche Gesellschaft und mündet darin, die neuen Mittelschichten zusammen mit den verbliebenen kleinen Warenproduzenten als "Kleinbürgertum in Westdeutschland" auszugeben. Damit wird der ganze Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise durch einen Federstrich ausgelöscht. Dieses Denken kommt nicht weiter als dahin, die verlorenen Klassenschlachten des soeben vergangenen Jahrhunderts auf dem Papier noch einmal zu verlieren.

Nur in einem rein negativen Sinn können beide Gruppierungen gemeinsam als "kleinbürgerlich" bezeichnet werden, nämlich insofern sie weder zur Bourgeoisie noch zum Proletariat gehören. Bedingt durch eine unterschiedliche Stellung zu den Produktionsmitteln, unterscheiden sich die "neuen" ansonsten grundlegend von den "alten" Mittelschichten. Ihr wirtschaftliches Interesse, die politische Einstellung und nicht zuletzt das kulturelle Verhalten sind denkbar anders. Auf dem Boden der neuen Mittelschichten ist die Partei der Grünen entstanden, während der Rückgang der Selbständigen letztlich verantwortlich für den Todeskampf der FDP ist.

Wenn heute die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung tritt, so ist der Schlüssel dafür das Verhältnis zu den neuen Mittelschichten. Damit stehen wir vor der Aufgabe, ein Programm für den *Zusammenschluß der lohnabhängigen Klassen bzw. Schichten gegen die Bourgeoisie* zu entwickeln.

Der Rückzug der "Nation"

Andere Fragen richten sich auf die „Nation" und den „Staat. Im "Kommunistischen Manifest hieß es, daß „die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse" verschwinden. Tatsächlich stand die Bildung des deutschen und italienischen Nationalstaats noch bevor, als dies geschrieben wurde, und waren die kommenden hundert Jahre von der kriegerischen Austragung der Gegensätze zwischen den europäischen Nationen geprägt.

Die Triebkraft dieser Gegensätze war die *territoriale* Frage. Der Widerhall, den die Parole von den Deutschen als einem "Volk ohne Raum" fand, fußte auf dem tradierten Denken einer Agrargesellschaft, welche die Masse der Lebensmittel in direkte Beziehung zur Größe des Territoriums setzte. Um eine steigende Bevölkerungszahl zu ernähren, brauchten die Deutschen nach dieser Vorstellung mehr Raum. Wiederum hat erst das sprunghafte Nachkriegswachstum der Agrarproduktivität die Quellen dieses Lebensraum-Denkens zum Versiegen gebracht. Heute

wird auf einer geschrumpften landwirtschaftlichen Nutzfläche ein Vielfaches an Lebensmitteln erzeugt und ist in Europa nicht die Sicherstellung der Ernährung, sondern der Umgang mit der Überproduktion das Problem der Agrarpolitik.

Soweit das Lebensraum-Denken neben der agrarischen eine industrielle Seite hatte, spiegelte sich darin eine bestimmte Industrialisierungsphase, die die Schwerindustrie im Zentrum hatte und in der nach Territorialherrschaft über eigene Rohstofflager verlangt wurde. In der Nachkriegszeit hat die Schwerindustrie ihre beherrschende Stellung verloren. Die heutige deutsche Bourgeoisie strebt nicht nach Territorialgewalt über eigene Rohstoffquellen, sondern kauft die Rohstoffe auf dem Weltmarkt, wie dies der Entwicklung des Kapitals angemessen ist. Auf dieser Grundlage ist die Anerkennung der deutschen Territorialverluste im Westen (Elsaß-Lothringen) und im Osten (Oder-Neiße-Grenze) endgültig geworden. Territoriale Streitigkeiten und die darauf gegründeten nationalen Gegensätze gehören im entwickelten Teil Europas der Vergangenheit an. Heute – aber auch *erst* heute und *nur* in diesem Teil Europas – ist die Voraussage des Kommunistischen Manifest Realität geworden, daß die Rolle der Nation mit der Entwicklung der Bourgeoisie, des Weltmarkts und industriell geprägter Lebensverhältnisse schwindet – was nicht heißt, daß sie *ver*schwindet. Derselben Zeitspanne hat es im übrigen bedurft, bis auch Ehe, Familie und Religion den von Marx und Engels vorausgesagten Niedergang erfahren haben, der erst seit drei Jahrzehnten im Massenumfang zu konstatieren ist.

Vor einem Zerfall der Gesellschaft?

Während die Wirkungskraft der „Nation" nachläßt, machen sich Erscheinungen eines beginnenden Zerfalls der Gesellschaft bemerkbar. In den großstädtischen Ballungsräumen haben sich ethnische Ghettos etabliert, die mit der Bildung von „Parallelgesellschaften" einhergehen. Während ein Teil der ausländischen Bevölkerung sich allmählich der deutschen Umgebung assimiliert, antworten andere Teile mit der Verfestigung der Abgrenzung. Für die Kommunisten besteht das Problem, daß die Segmentierung der Arbeiterklasse dem gemeinsamen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie im Wege steht.

Ein erheblicher Teil der Linken plädiert in diesem Kontext für eine „multikulturelle Gesellschaft". Aber was für eine Gesellschaft soll das sein? Welcher Zusammenhang besteht mit der "Nation" und mit den Klassen? Soll die geforderte Gesellschaft "europäisch" sein oder deutsch-türkisch-asiatisch-afrikanisch? Ist sie noch als bürgerliche oder erst als sozialistische Gesellschaft denkbar? Antworten auf diese Fragen sucht man vergeblich - es gibt sie nicht. Zu anderen Zeiten hat die *nationale* Frage und ihr Verhältnis zum Klassenkampf des Proletariats grundlegende Debatten unter den Marxisten hervorgerufen. Von ähnlichen Debatten ist im Hinblick auf die „multikulturelle Gesellschaft" nichts zu sehen. So selbstverständlich wie sie gefordert wird, so leer ist ihr Begriff.

Parallel nehmen Umfang und Bedeutung privater Wachdienste zu, die den Staat in seinem Wesenskern als Gewaltapparat berühren. In Deutschland erst am Anfang, ist die Entwicklung in Ländern wie Frankreich, Großbritannien und insbesondere den USA weit vorangeschritten. Dort sind ganze Wohnviertel zu staatsfreien Zonen geworden, in denen entweder die Sicherheit der Reichen durch private Sicherheitsdienste garantiert wird oder die Vorstädte der Armen von ethnischen „gangs" beherrscht werden.

Unter der Fahne der europäischen Einigung forcieren Teile des Kapitals eine Regionalisierung, die auf die weitere Zurückdrängung und partielle Auflösung des bisherigen Nationalstaats hinausläuft. Zu Beginn des 20.Jahrhunderts vertrat Max Weber die Auffassung, daß Kapital und Staat auf Dauer miteinander inkompatibel seien. Angesichts des "organisierten Kapitalismus" seiner Zeit vermutete er noch, daß der Staat langfristig den Kapitalismus ersticken würde. Gegenwärtig ist eher das Gegenteil festzustellen. Sind diese Tendenzen vorübergehend oder reichen sie tiefer? Sind sie vorwärts gerichtet oder bloße Zeichen des Verfalls? Auch hierüber wäre eine gründliche Debatte wünschenswert.

Krise der bürgerlichen Hegemonie

Gleichzeitig beginnt der Sozialstaat zu wanken. In seiner gegebenen Form stützt er sich auf einen fundamentalen Klassenkompromiß, den der beherrschende Teil der Industrie in der Weimarer Republik noch verweigert hat. Heute von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden gemeinsam getragen, hat die Bundesrepublik ihre innere Gründung auf diesem „Gesellschaftsvertrag" zwischen Kapital und Arbeit vollzogen. Nunmehr nehmen innerhalb des Kapitals die Stimmen zu, die eine Aufkündigung der Sozialpartnerschaft fordern. Der Sozialstaat hat der parlamentarischen Herrschaft der Bourgeoisie über Jahrzehnte die notwendige Massenloyalität in allgemeinen, gleichen Wahlen gesichert. Was wird aus dem Parlamentarismus, wenn er seine Legitimationsbasis verliert?

In den bürgerlichen Parteien spiegeln sich die gesellschaftlichen Veränderungen wider. Die parlamentarische Fortexistenz der FDP hängt an einem seidenen Faden. Diese Partei war als Nachfolgerin der Nationalliberalen nicht nur historisch die Partei der Bourgeoisie in Deutschland, sondern hat in den Nachkriegsjahrzehnten durch ihre Koalitionswechsel eine Herrschaftskontinuität über alle Regierungen hinweg gesichert. Welche Folgen hat es, wenn sie aus dem Bundestag verschwindet? Die Volksparteien SPD und Union sind, beginnend mit den 80er Jahren, in eine Krisenspirale geraten, weil die „sozialen und kulturellen Milieus" erodiert sind, auf die sich bis dahin stützen konnten. Nur vorübergehend durch die Auswirkungen der

deutschen Einheit verdeckt, ist die Lockerung der Parteienbindung, die Schrumpfung ihrer Stammwählerschaft und die Zunahme der Nichtwähler seither zwar ungleichmäßig, aber insgesamt unaufhaltsam weitergegangen.

In der SPD hat der Wandel in der Struktur der Lohnabhängigen zur Entdeckung einer „neuen Mitte" geführt. Für die Union versuchte Schäuble vor der letzten Bundestagswahl, Grundlagen für eine neue hegemoniale Politik zu entwickeln. Eckpunkte des von ihm in der FAZ vorgestellten politischen Programms waren die Begriffe der "Solidarität" und der "Nation". In der anschließenden Debatte stellte u.a. Thomas E.Schmidt die vorgeschlagene Orientierung in Frage (FAZ 01.12.1998). Er konstatierte zunächst, daß die alten Leitbegriffe wie "Christentum", "Familie" und "Heimat" schon lange nicht mehr ausreichend "bindefähig" seien, um die Massen dauerhaft bei den Unionsparteien zu halten. Mit dem Begriff der "Solidarität", d.h. einer sozialen Ausgleichspolitik, seien zwar diejenigen zurückzugewinnen, die man unter der Regierung Kohl an die SPD verloren habe, aber keine zukunftsgerichteten neuen Mehrheiten zu erobern; allenfalls komme es zur Verwechselung mit der SPD. Das Schlagwort der "Nation" schließlich, so fuhr er fort, "führt an die Ränder des politischen Spektrums" und ist "in Deutschland kaum mehrheitsfähig". Er wies darauf hin, daß sich hinter dem Begriff der Nation "bei Schäuble auch kein ausformuliertes kulturell-politisches Programm verbirgt, das in die Gesellschaft eingepflanzt werden soll", so daß letztlich das "Voluntative" der Berufung auf patriotische Gefühle hervorsteche: "Die Nation beschwört eher den Willen, es möchten überhaupt noch Bindekräfte in der Gesellschaft existieren, als daß aus ihr eine souveräne Versicherung des alten Loyalitätsgeflechts der Union spräche."

Eigene, positive Antworten hatte der Kritiker nicht. Die Debatte in der Union spiegelt ebenso wie der Abstieg von FDP und SPD die Schwierigkeiten wider, mit denen die Bourgeoisie konfrontiert ist. Die sozialstaatliche Hegemonialbasis ihrer Herrschaft bröckelt im Zeichen des Neoliberalismus und der Globalisierung. Ihr mögliches Ziel ist „Europa", aber welche Perspektive für die Massen verbindet sich damit? Das Zeitalter der *Nation* war historisch verknüpft mit der Epoche der bürgerlichen Revolution, die sich auf französisch "Liberté, égalité, fraternité" buchstabierte: das bedeutete "Freiheit" von den persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen des Feudalismus und "Gleichheit" aller Gesellschaftsmitglieder durch Beseitigung der adeligen Vorrechte. Das anvisierte „Europa" dagegen kann nur ein Europa des Kapitals sein. Wenn die Bourgeoisie jedoch über die Ökonomie des Kapitals hinaus keine gesellschaftliche Perspektive mehr anzubieten hat – was bleibt dann bei einer ökonomischen Krise?

Klassenpolitik für unsere Zeit

Möglicherweise ist der Zerfall der Gesellschaft notwendige Bedingung für die Herausbildung einer revolutionären Situation. Aber es reicht nicht, wenn die Bourgeoisie die Hegemonie über die Gesellschaft verliert; ihr Widerpart, das Proletariat, muß auch die Fähigkeit gewinnen, zum neuen Hegemon der Gesellschaft zu werden, um diese in eine andere Form zu überführen. Davon sind wir weit entfernt.

Auf der einen Seite ist die Lohnabhängigkeit der Massen allgemein geworden, auf der anderen Seite steht ein schrumpfendes, ethnisch-kulturell gespaltenes Industrieproletariat. Zwar wächst seine Distanz zu den bürgerlichen Parteien, aber Anzeichen eines prinzipiellen Bruchs mit der bürgerlichen Gesellschaft gibt es nicht. Andere gesellschaftliche Kräfte haben mit „Europa" oder der „multikulturellen Gesellschaft" – wie realitätstauglich auch immer – ein Programm vor Augen, um das herum sie sich gruppieren können. Dagegen findet sich im Proletariat kein Ansatz einer Bewegung, die auf eine Beseitigung des Lohnsystems und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft zielt. Im Gegenteil ist seine politische Bewegung rückwärts gerichtet, auf die vermeintlich sicheren Verhältnisse der 60er Jahre hin, als der Lebensstandard kontinuierlich stieg und das Kapital keine Anstalten machte, den Klassenfrieden aufzukündigen. Darum wird der Staat angerufen, der das Kapital zur Beibehaltung der Sozialpartnerschaft zwingen soll, und die Nation, weil sie die „europäische" Untergrabung des Sozialstaats abwenden soll. Mit anderen Worten: gegenwärtig ist kein Teil der Gesellschaft so konservativ wie die Arbeiterklasse.

Wann und in welchen Formen sie durch die Verhältnisse genötigt werden wird, revolutionär zu sein, ist völlig offen. Nur sollten die Kommunisten bis dahin tunlichst Antworten haben, die sich nicht beschränken auf eine Sammlung von Grundsätzen der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie oder auf das Revolutionsprogramm einer vergangenen Periode der Arbeiterbewegung, sondern im neuen Jahrhundert als Richtschnur des Handelns dienen können. Ob diese Antworten dann schon in Form eines fertigen Programms vorliegen oder nicht, ist unerheblich. Entscheidend ist, daß es uns gelingt, in der notwendigen Auseinandersetzung die Grundzüge der künftigen Klassenpolitik - sei es auch in kontroverser Form - herauszuarbeiten.

Januar 2000

Ansgar Knolle-Grothusen

Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft?

Kritische Anmerkungen zum Beitrag von Juri Pletnikow in der UZ vom 20.11.98

1997 und 1998 fand in der DKP eine recht lebhafte Debatte um einen programmatischen Text statt, der unter dem Namen „Sozialismusvorstellungen der DKP" zur Positionsbestimmung dieser Partei beitragen sollte. In dieser Debatte waren Vollrat Neumann und ich die Hauptexponenten der Position, daß eine sozialistische Gesellschaft keine warenproduzierende Gesellschaft sein könne. Auf dem Parteitag im Mai 1998 wurden die „Sozialismusvorstellungen" „als Diskussionsgrundlage" für die weitere Auseinandersetzung verabschiedet, weiterhin wurden abweichende Positionen wie die unsere in einem Anhang aufgenommen.

Damit war die Debatte jedoch erstmal zu Ende.

Im November 1998 erschien dann in der UZ, der Wochenzeitung der DKP, ein Beitrag von einem Professor Pletnikow aus Moskau unter der Überschrift „Warenproduktion und Markt im Sozialismus", den Vollrat Neumann und ich als neuen Frontalangriff auf die von uns vertretene Position empfanden. Wir haben uns beide an eine Entgegnung gemacht. Der Beitrag von Vollrat wurde leicht gekürzt in der UZ vom 22.Januar 1999 abgedruckt, meinen eigenen Beitrag mußte ich im Frühjahr 99 unvollendet auf Eis legen und konnte ihn erst jetzt abschließen.

Inzwischen ist der Artikel von Pletnikow längst der Vergessenheit anheimgefallen.

Unsere Reaktionen veröffentlichen wir dennoch, denn die hier entwickelten Gedanken halten wir auch über den konkreten Anlaß hinaus für wichtig.

Ansgar Knolle-Grothusen, Anfang Mai 2000

I

Pletnikow beginnt mit der richtigen Aussage, daß Warenproduktion und Markt untrennbar zusammengehören und schreibt dann weiter:

> „Die Warenproduktion ist viele tausend Jahre vor dem Kapitalismus entstanden. Der Kapitalismus wurde nur zum Höhepunkt ihrer Entwicklung."[1]

Schon hier in den ersten Sätzen wird der enge Zusammenhang zwischen Warenproduktion und Kapitalismus, den Marx herausgearbeitet hat, verwässert. Tatsächlich ist die einfache Waren-produktion der kapitalistischen sowohl logisch als auch historisch vorangegangen, aber der springende Punkt ist, daß die einfache Warenproduktion nie eine die Gesellschaftsformation bestimmende Produktionsweise war, in allen vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen war die Warenproduktion eine Randerscheinung, ebenso wie übrigens die Lohnarbeit. Erst auf einem bestimmten Entwicklungsniveau der Produktivkraft der Arbeit konnte die Warenproduktion als kapitalistische Warenproduktion zu der die Gesellschaft ökonomisch bestimmenden Form werden. Engels spricht von der kapitalistischen Produktion als der höchsten Form der Warenproduktion, Marx nennt sie sogar die absolute Form der Warenproduktion.

Pletnikow behauptet nun:

> „In abgewandelter Form wird die Warenproduktion, und folglich der Markt, vom Sozialismus[2] übernommen."

Wie begründet Pletnikow diese Behauptung? Als erstes stellt er richtig fest, daß er sich hier nicht mehr auf die theoretischen Ausarbeitungen von Marx, Engels oder Lenin stützen kann. Er zitiert die eindeutigen Aussagen von Engels im „*Anti-Dühring*", von Lenin in seinen Arbeiten „*Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19.Jahrhunderts*" und „*Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*" und von Marx in der „*Kritik des Gothaer Programms*", die allesamt ausdrücken, daß in einer sozialistischen Gesellschaft die Warenproduktion beseitigt sein wird. Die Antwort darauf, *warum* sich Marx, Engels und Lenin so sicher waren, daß sozialistische Gesellschaft und Waren-

1 Dieses Zitat, ebenso wie alle weiteren nicht näher gekennzeichneten Zitate Pletnikows, ist dem Beitrag Warenproduktion und Markt im Sozialismus, entnommen in: UZ vom 20.11.98, S.15

2 Pletnikow versteht unter Sozialismus die gesellschaftliche Organisationsform der Sowjetunion, die er als praktische Umsetzung dessen ansieht, was Marx in der Kritik des Gothaer Programms „die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft" nennt. Zur Kritik dieser Begriffsbildung lese man den Beitrag von Vollrat Neumann. Der Sache nach war die gesellschaftliche Organisationsform der Sowjetunion und der übrigen „sozialistischen Staaten" des 20.Jahrhunderts eher eine Verlaufsform dessen, was Marx an gleicher Stelle folgendermaßen beschreibt: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre." Allerdings eine Verlaufsform, in deren Verlauf den Kommunisten das Bewußtsein von der Periode, in der sie handelten gründlich abhanden gekommen ist, was mit dazu beigetragen hat, daß der Übergang nicht bewältigt wurde. (s.u.)

produktion unvereinbar miteinander sind, bleibt uns Pletnikow allerdings schuldig. Stattdessen säht er zwischen den Zeilen Zweifel, ob diese Aussagen tatsächlich so gemeint waren, wie sie gesagt wurden. Er zitiert aus Engels „*Anti-Dühring*":

> „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über den Produzenten."

Pletnikow fährt fort:

> „Obwohl in den angeführten Worten von Engels die Frage offen blieb, ob alle Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft übergehen, gab es bei den marxistischen Forschern keinen Zweifel an der universellen Bedeutung dieser Aussage."[3]

Natürlich, und völlig zurecht gab und gibt es bei marxistischen Forschern keinen Zweifel an der universellen Bedeutung dieser Aussage, denn marxistische Forscher erlangen ihr Verständnis der Gedanken von Engels nicht durch ein Heruminterpretieren an einem aus dem Zusammenhang isolierten Satz, sondern aus dem ganzen Text. Und anderthalb Seiten vor dem zitierten Satz spricht Engels wörtlich von der „Besitzergreifung der **sämtlichen** Produktionsmittel durch die Gesellschaft"[4]. Diese schludrige Art des Umgangs mit Klassikertexten gerade bei der Eigentumsfrage - bis hin zu direkten Verfälschungen - sticht insgesamt bei den Aufsätzen der russischen Professoren Pletnikow und Schendrik so stark ins Auge, daß hier nur eine bewußte Absicht vermutet werden kann. Wir werden später weitere Beispiele sehen und merken, was dahinter steckt. Doch zuerst einmal zu den Gründen, warum Marx, Engels und Lenin sozialistische Gesellschaft und Warenproduktion für unvereinbar hielten.

Warum hielten Marx, Engels und Lenin sozialistische Gesellschaft und Warenproduktion für unvereinbar?

Ein Ausgangspunkt für die Beantwortung dieser Frage steckt bereits in dem zitierten Satz von Engels:

> „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über den Produzenten."[5]

Es fällt auf, daß Engels hier nicht die mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft unmittelbar verbundenen Wirkungen betont, nämlich die Aufhebung der ökonomischen Ursachen der antagonistischen Klassenteilung und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern eine weitere Wirkung, die Aufhebung der Herrschaft des Produktes über den Produzenten. Was ist damit gemeint? Sehen wir uns das Zitat im Zusammenhang an. Da heißt es weiter:

> „Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle des Menschen, die nun zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden. ... Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit."[6]

Dieser Aspekt des Kommunismus, Herren der eigenen Vergesellschaftung zu werden, ist mit fortbestehender Warenproduktion schlichtweg unvereinbar. Marx zeigt im 1.Kapitel des Kapitals, daß die ganze Crux der Warenproduktion darin begründet liegt, daß im Rahmen einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung privat produziert wird. Die Privatarbeiten bedürfen - um sich als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zu erweisen - der Vermittlung durch den Austausch ihrer Arbeitsergebnisse, d.h. der Verwandlung ihrer Arbeitsprodukte in Waren.

Als Waren nehmen die Arbeitsprodukte einen Doppelcharakter an, nämlich Gebrauchswert und Wert zu sein. Durch diesen Doppelcharakter der Ware erscheint das arbeitsteilige gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten

---

3 Diese rhetorische Frage, ob hier Engels wohl die Besitzergreifung sämtlicher Produktionsmittel durch die Gesellschaft meint, hat Pletnikow übrigens abgeschrieben aus Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR". Allerdings gewinnt diese Frage bei Pletnikow einen völlig anderen Sinn als bei Stalin. Während Stalin diese Frage stellt, um gleich darauf zu zeigen, daß Engels selbstverständlich die Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel gemeint hat und daß daher seine Konsequenz der Aufhebung der Warenproduktion auf die Sowjetunion noch nicht anwendbar sei, weil hier eben erst ein Teil der Produktionsmittel vergesellschaftet worden ist, läßt Pletnikow die Frage offen im Raum stehen und suggeriert damit, daß für Engels möglicherweise auch eine sozialistische Gesellschaft mit dem Nebeneinanderbestehen von gesellschaftlichem, genossenschaftlichem und kleinem Privateigentum denkbar gewesen wäre.

4 Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S.262

5 Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S.264

6 ebenda

zueinander als gesellschaftliche Eigenschaft ihrer Produkte, die erst sichtbar wird, wenn sich die Produkte auf dem Markt begegnen, im Wertgesetz, in den Wertformen, im Tauschwert. Die Produkte entfalten dadurch ein Eigenleben, bewegen sich in Formen und nach Gesetzen, völlig unabhängig vom Willen ihrer Produzenten. Das nennt Marx den Fetischcharakter der Warenwelt.[7]

Nun ist der Arbeitsprozeß in einer erweiterten Betrachtungsweise nicht allein Produktionsprozeß von Gebrauchsgegenständen, sondern zugleich Aneignungsprozeß der Natur und Reproduktionsprozeß der Gesellschaft. Das heißt, nicht nur die einzelnen Gebrauchsgegenstände verselbständigen sich in einer warenproduzierenden Gesellschaft gegenüber den sie produzierenden Menschen und werden vom Objekt zum Subjekt des gesellschaftlichen Prozesses, auch die weiteren Produkte der menschlichen Arbeit, die Gesellschaftsorganisation selbst, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir leben, und unsere gestaltete Umwelt nehmen uns gegenüber den Charakter einer fremden, uns beherrschenden Macht an. Die Gesellschaft erscheint nicht als „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist", sondern als etwas von den Gesellschaftsindividuen getrenntes und abstrakt gesetztes, als äußere Zwangsvergesellschaftung, die ihren Ausdruck in - den Individuen fremd gegenüberstehenden - Gesellschaftsorganen wie dem Staat finden, wo sich im Zweifelsfall das abstrakte „Allgemeinwohl" auch auf Kosten der freien Entwicklung eines jeden durchsetzt, wo der menschliche Fortschritt noch, wie Marx sagt, „jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleicht, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte."[8]

Mit der Warenproduktion - und das läßt sich nicht erst aus der kapitalistischen, sondern schon aus der einfachen Warenproduktion ableiten - erscheint den Menschen die eigene Gesellschaftlichkeit als äußerlicher Zwang, als Sachzwang ihrer Produktion; nicht die Menschen beherrschen ihre Produkte, sondern die Produkte beherrschen die Menschen in Form von Sachzwängen. Des Weiteren enthält jede Form von Warenproduktion die immanente Tendenz, die Warenform zu verallgemeinern, sie auf alles auszudehnen, also auch die Tendenz, sich zur kapitalistischen Warenproduktion zu entwickeln, soweit nicht außerökonomische, politische, Zwangsmaßregeln dies behindern.

Dadurch, daß der produzierte Reichtum, bevor er für den Gebrauch zur Verfügung steht, zwischen Produktion und Konsumtion, die Warenform annehmen muß, zu Markte gehen muß, beherrschen nicht mehr die Produzenten die Produktion, sondern die Produkte beherrschen die Produzenten. Die zwei Charaktereigenschaften der Produkte, ein menschliches Bedürfnis befriedigen zu können und Resultat menschlicher Arbeit zu sein, die ihren Doppelcharakter als Waren ausmachen, führen zur Verdopplung der Ware in Ware und Geld, führen mit dem Geld als äußerer Erscheinungsform des Werts zur Verallgemeinerung der Warenproduktion, zur Verwandlung von Geld in Kapital, zur Trennung der Arbeiter von den sachlichen Voraussetzungen ihrer Arbeit, zur privaten Aneignung des durch die Arbeiter geschaffenen gesell-schaftlichen Reichtums durch die Nichtarbeiter, die Kapitalbesitzer, führt zum Zwang der Verwertung des Werts, zum Profit als Maß aller Dinge.

So richtig es ist, zu sagen, daß im Kapitalismus das Streben nach Profit der Motor der ganzen Wirtschaft ist, so wichtig ist es hinzuzufügen, daß dieses Streben nicht im Ermessen der Kapitalisten liegt, daß „die Sachzwänge" der kapitalistische Produktion sie dazu zwingen, sie also tatsächlich nur Charaktermasken des Kapitals sind, ebenso gezwungen in die Rolle, die Produkte fremder Arbeit anzuhäufen, wie die Arbeiter gezwungen sind, zu produzieren, ohne von dem von ihnen produzierten Reichtum auch nur irgendetwas zu erlangen, was über das zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft Erforderliche hinausgeht.

Die Herrschaft des Produktes über die Produzenten hat also darin ihre Ursache, daß das Produkt als Ware eine gegenüber den Menschen selbständige gesellschaftliche Form erlangt, sich nach Gesetzen verhält, auf die der Mensch keinen Einfluß hat, daß sein Produkt ihm selber fremd und feindlich gegenübersteht, ja daß seine eigene Beziehung zur menschlichen Gesellschaft in seinem Produkt versteckt und nur durch dieses vermittelt wird. Das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst nimmt für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen an. Das von Dir selbst gemeinschaftlich Hergestellte steht dir gegenüber, getrennt durch Schaufensterscheiben und sagt: „Ich gehöre Dir nicht." - und die Erde ist parzelliert in Zellen, an denen steht: „Privat - betreten verboten!" - und es gibt nur ein Mittel um an dem gemeinsam geschaffenen Reichtum teilzuhaben, eine Sache, die

7 Im Abschnitt mit der Überschrift „Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis" zeigt Marx auf, daß die Arbeitsprodukte dadurch, daß sie die Warenform annehmen, „den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere ihrer Arbeitsprodukte ... zurückspiegeln, daher auch das gesell-schaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. ... Die (Wertgrößen AKG) wechseln beständig, unabhängig vom Willen, Vorwissen und Tun der Austauschenden. Ihre eigne gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren. ... Die Bestimmung der Wertgröße durch die Arbeitszeit ist daher ein unter den erscheinenden Bewegungen der relativen Warenwerte verstecktes Geheimnis. Seine Entdeckung hebt den Schein der bloß zufälligen Bestimmung der Wertgrößen der Arbeitsprodukte auf, aber keinesfalls ihre sachliche Form. ... Es ist ebendiese fertige Form - die Geldform - der Warenwelt, welche den gesellschaftlichen Charakter der Privatarbeiten und daher die gesellschaftlichen Verhältnisse der Privatarbeiter sachlich verschleiert, statt sie zu offenbaren." (MEW 23, S.86ff)

8 MEW 9, S.226

Du brauchst, um wirklich Teil der menschlichen Gesellschaft zu sein: Geld!

Ludwig Feuerbach hat richtig herausgearbeitet, daß die Menschen sich das zu Göttern machen, wovon sie sich abhängig fühlen. Zu Beginn der gesellschaftlichen Entwicklung waren das Naturphänomene, heute sind das Gesellschaftsphänomene. Das Geld, der Staat, die Börsenkurse, das sind heute die Dinge, von denen das Menschsein abhängt, und die man anbeten, beschwören, und durch Opfer gnädig stimmen muß. Denn von ihrer Bewegung hängt unser Leben viel stärker ab als von unserer eigenen Bewegung. Sie bewegen sich zwar aufgrund unserer Bewegung, aber unabhängig von unserem Willen.

Man kann zwar ihre Bewegungsgesetze erkennen, aber das ändert überhaupt nichts daran, daß man ihrem Wirken tagtäglich unterworfen bleibt, ebenso wie die Kenntnis der Sehgesetze nicht davor bewahrt, auf optische Täuschungen hereinzufallen, oder wie das Wissen, daß die Erde sich um die Sonne dreht, nicht das Erlebnis eines Sonnenaufgangs verhindert.

Nun lassen sich erkannte Naturzusammenhänge bekanntlich ausnutzen für allerlei sinnvolle Erfindungen, die das Leben erleichtern. Warum soll das mit erkannten ökonomischen Gesetzen nicht ebenso funktionieren? Natürlich funktioniert das; das erleben wir täglich. Nur bedeutet das Ausnutzen der ökonomischen Gesetze nichts anderes, als die Sachzwänge zu exekutieren, bedeutet die Produktion zu beherrschen, indem man sich der Herrschaft der Produkte unterwirft. Naturgesetze hängen von der Beschaffenheit der Natur ab und weil wir diese Beschaffenheit nicht ändern können, werden wir auch weiterhin mit den Naturgesetzen zu tun haben. Aber die Gesetze der politischen Ökonomie hängen von der Beschaffenheit der Gesellschaft ab und die können wir ändern, denn sie ist kein Naturphänomen, sondern Ergebnis des menschlichen Handelns. Es reicht nicht aus, die Bewegung der Dinge, die den gesellschaftlichen Lebensprozeß der Menschen beherrschen etwas zu beeinflußen, sondern es kommt darauf an, die Verhältnisse so zu ändern, daß wir Menschen unseren eigenen Vergesellschaftungsprozeß bewußt gestalten können.

Daher war für Marx und Engels völlig klar, daß eine klassenlose kommunistische Gesellschaft und Warenproduktion nicht vereinbar sind. In ihren Auseinandersetzungen mit den Theorien von Proudhon und Dühring werden Marx und Engels nicht müde, immer wieder zu betonen, daß es, sobald sich die Gesellschaft in den Besitz der Produktionsmittel setzt, absolut unsinnig und schädlich ist, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit weiter in der Form des Werts der Arbeitsprodukte auszudrücken.

Warum nun doch Warenproduktion?

Und wie begründet nun Pletnikow, daß „in abgewandelter Art ... die Warenproduktion, und folglich der Markt, auch vom Sozialismus übernommen" wird? - Da er in der Theorie nicht fündig geworden ist, bietet er uns die Praxis an:

> „Die Praxis ging dann einen anderen Weg. Die ökonomischen Beziehungen zwischen der Stadt und dem Dorf entwickelten sich nicht als Produkten- sondern als Warenaustausch, dessen Grundlage das Geld-, und letztlich das Wertäquivalent darstellte. Es ergab sich die gewöhnliche Beziehung Kauf-Verkauf."

Abgesehen davon, daß hier unterstellt wird, die Alternative zur Ware-Geld-Beziehung in einer sozialistischen Gesellschaft sei der direkte Produktenaustausch - also eine allerdings vorsintflutliche Form der Ware-Ware-Beziehung - und nicht die kommunistische Produktion und Verteilung mit Hilfe unmittelbarer Arbeitszeitrechnung, hiervon abgesehen, wie begründet Pletnikow die der Theorie widersprechende Praxis? - Er bringt zwei Argumente, erstens:

> „Das Leben bewies überzeugend, daß der Markt für Konsumgüter das einfachste und flexibelste Mittel zur Realisierung des Prinzips der Verteilung nach der geleisteten Arbeit darstellt."[9]

Das zweite - Pletnikow wichtigere - und tatsächlich auch gewichtigere Argument:

> „Die grundlegenden Ursachen für die Warenproduktion im Sozialismus sind im Zusammenwirken unterschiedlicher sozialistischer Wirtschaftsformen ... zu suchen, und wenn man die Dinge tiefer betrachtet, im Vorhandensein zweier Formen des sozialistischen Eigentums - des staatlichen und des genossenschaftlichen."

Pletnikow gibt hier die Argumente Stalins zur Warenproduktion im Sozialismus[10] wieder - allerdings mit zwei wichtigen Unterschieden: Was bei Stalin als aus der Not geborene Ausnahmeerscheinung der UdSSR, als zeitweises Zugeständnis der Arbeiterklasse an die als Bündnispartner benötigten Bauern erscheint, wird bei Pletnikow zur positiven Regel für sozialistische Gesellschaften überhaupt. Und Stalin spricht nicht wie Pletnikow von zwei sozialistischen Eigentumsformen, der staatlichen und der genossenschaftlichen, sondern von zwei Formen der sozialistischen Produktion, der staatlichen und der kollektivwirtschaftlichen, die für ihn beide auf einer einzigen Eigentumsform an den Produktionsmitteln basieren - dem allgemeinen Volkseigentum, das hier in der Form des Staatseigentums erscheint.

---

9 Das Leben hat überhaupt noch nicht ausgetestet, ob es nicht wesentlich einfacher und flexibler ist, wenn die Produkte statt einem Preisschild einen Aufkleber auf ihrer Stirn haben, auf dem steht, wieviel gesellschaftliche Arbeitszeit für ihre Produktion zum Zeitpunkt ihrer Produktion im Durchschnitt erforderlich war!

10 Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR

Auf den ersten Blick scheint die Argumentation von Stalin und Pletnikow schlüssig: Solange die gesellschaftliche Produktion noch nicht in ihrem gesamten Umfang als **unmittelbar** gesellschaftliche Produktion organisiert wird, solange ein Teil des gesellschaftlichen Produktes noch als Gruppen- oder Privateigentum das Licht der Welt erblickt, bleibt Austausch (statt Verteilung) und damit die Verwandlung von Produkten in Ware nötig.

Aber was ist damit gesagt? - Nicht mehr, als daß wir es bei den „sozialistischen Staaten" des 20.Jahrhunderts noch nicht mit einer Gesellschaftsordnung zu tun hatten, die Marx die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft nannte, daß auch für die „sozialistischen Staaten" zumindest teilweise noch die Marxsche Feststellung galt:

> „Die Notwendigkeit selbst, das Produkt oder die Tätigkeit der Individuen erst in die Form des **Tauschwerts**, in **Geld**, zu verwandeln, daß sie in dieser **sachlichen** Form ihre gesellschaftliche **Macht** erhalten und beweisen, beweist zweierlei: 1) daß die Individuen nur noch für die Gesellschaft und in der Gesellschaft produzieren; 2) daß ihre Produktion nicht **unmittelbar** gesellschaftlich ist, nicht the offspring of association, die die Arbeit unter sich verteilt. Die Individuen sind unter die gesellschaftliche Produktion subsumiert, die als ein Verhängnis außer ihnen existiert; aber die gesellschaftliche Produktion ist nicht unter die Individuen subsumiert, die sie als ihr gemeinsames Vermögen handhaben. Es kann also nichts falscher und abge-schmackter sein, als auf der Grundlage des **Tauschwerts**, des **Geldes**, die Kontrolle der vereinigten Individuen über ihre Gesamtproduktion vorauszusetzen ..."[11]

Also: Marx, Engels und Lenin haben - wohlbegründet - ein Bild von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (= sozialistische Gesellschaft) skizziert, daß sich von der Wirklichkeit des „realen Sozialismus" ökonomisch in folgender Hinsicht unterschied: Sie hatten einen Gesellschaftszustand im Auge, zu dem der Anlauf zu einer sozialistischen Gesellschaft 1917-89 nie gelangt ist; einen Zustand, in dem nicht viele einzelne Wirtschaftseinheiten wie staatliche Betriebe und Genossenschaften ihre Produkte zu Markte tragen, sondern in dem die Gesellschaft selbst die Wirtschaftseinheit ist, und anstelle des Austauschs zwischen den Produzenten die Verteilung innerhalb der Gesellschaft tritt.

Ihnen war jedoch klar, daß solche Verhältnisse nicht auf einen Streich - oder gleichsam über Nacht zu erreichen sind. Daher schreibt Marx:

> „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."[12]

Während der gesamten Zeit ihrer Existenz sind die „sozialistischen Staaten" nicht über diesen Zustand der Übergangsperiode von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft hinausgelangt. In dieser Periode sind wir stekken geblieben - und es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Kommunisten, die Ursachen für dieses Steckenbleiben in der Übergangsperiode aufzuspüren, um den nächsten Anlauf zum Kommunismus konsequenter und erfolgreicher voranzutreiben.

Zur Ökonomie der revolutionären Übergangsperiode - 1.Teil

Und dennoch waren die „sozialistischen Staaten" schon weit weniger warenproduzierende Gesellschaft als Pletnikow meint.

Warenproduktion, d.h. Produktion für den Austausch, kann nur da stattfinden, wo Produzent und Konsument nicht identisch sind. Daher war inhaltlich der Geltungsbereich des Warentausches schon beschränkt auf den Außenhandel, den Austausch zwischen staatlichem und genossenschaftlichem, bzw. privatem Sektor, sowie den Austausch von Konsumgütern zwischen genossenschaftlichen bzw. privaten Produzenten und den Verbrauchern. In allen anderen Bereichen war der Warenproduktion bereits die Grundlage entzogen: Die Märkte für Grund und Boden, Produktionsmittel, Arbeitskraft und Kapital waren beseitigt. Doch auch in dem der Warenproduktion verbliebenen Bereich kann im Grunde nicht mehr von Warenproduktion gesprochen werden, weil die Konkurrenz weitgehend aufgehoben war, die Produktion auch des kollektivwirtschaftlichen Sektors gesellschaftlicher Planung unterworfen war, etwa durch festgelegte Abnahmemengen zu festgelegten Preisen durch den staatlichen Handel.

Dem Inhalt nach war also in den „sozialistischen Staaten", die gemäß der Marxschen Bestimmungen noch nicht die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, sondern Übergangsformen auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft waren, sehr viel weniger von Warenproduktion übrig, als ihre Theoretiker, incl. Pletnikow, dachten. Was jedoch blieb - und hier beginnt ein Problem - war die Beibehaltung der von der kapitalistischen Warenproduktion überkommenen Form der Verteilung.

Betrachten wir den zentralen Bereich, in dem bereits unmittelbar gesellschaftliche Produktion herrschte:

Der Form nach tritt hier weiterhin der Einzelne als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf, nur steht ihm als Käufer der Arbeitskraft nicht mehr ein Kapitalist gegenüber, sondern die Gesellschaft - repräsentiert durch den „sozialistischen Staat". Doch wer ist „die Gesellschaft"? - Marx schrieb:

---

11 Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953 S. 76

12 Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, MEW 19, S.28

„Es ist vor allem zu vermeiden, die 'Gesellschaft' wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. Das Individuum **ist** das gesellschaftliche Wesen."[13]

In diesem scheinbaren Warentausch tritt somit das Individuum als Verkäufer der Arbeitskraft sich selbst als gemeinschaftlichem Käufer gegenüber. Ebenso tritt bei den Gütern für die individuelle Konsumtion das Individuum als Käufer sich selbst als gemeinschaftlichem Verkäufer gegenüber. Was hier der Form nach Warentausch zu sein scheint, ist dem Inhalt nach kein Warentausch mehr - ein Austausch mit mir selbst ist kein Austausch. Es handelt sich hier dem Inhalt nach um gemeinschaftliche Produktion mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln; das gemeinschaftliche Produkt gehört bereits der Gemeinschaft, also ihren Mitgliedern. Was dem Inhalt nach bloße Verteilung der Produkte innerhalb der Gemeinschaft ist, erscheint in der Form des Austausches zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedern. Und genau an dieser Stelle beginnt die alte Form auf den neuen Inhalt zurückzuwirken:

Das eigene gemeinschaftliche Produkt erscheint dem Einzelnen als etwas Fremdes, das er erst durch Austausch erlangen kann. Damit erscheint auch die Gesellschaft als etwas ihm abstrakt im täglichen Warentausch fremd gegenüberstehendes. Die von der Warenproduktion überkommene Form erfordert die Beibehaltung des Staates als Ausdruck der abstrakten von den Individuen losgelösten und ihnen gegenüber verselbständigten Gesellschaftlichkeit. Wenn es in den Sozialismusvorstellungen der DKP heißt:

„Bloße Verstaatlichung trat an die Stelle wirklicher Vergesellschaftung. Die Folge war eine zunehmende Entfremdung vom sozialistischen Eigentum.",

dann schimmert hier eine schwache Ahnung von den Folgen der Beibehaltung der von der Warenproduktion übernommenen Verteilungsform durch, nur kommt die tatsächliche Ursache nicht in den Blick. Was unter dem vorhandenen politökonomischen Bedingungen und ihrer Widerspiegelung im gesellschaftlichen Bewußtsein zwangsläufig war, erscheint in den Sozialismusvorstellungen der DKP als Fehlentwicklung - als subjektive Fehler der handelnden Kommunisten und ruft daher den Protest vieler Genossinnen und Genossen hervor, die ihr Leben lang ihre ganze Kraft für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft eingesetzt haben. Doch die Form, in der die Auseinandersetzungen um den ersten großen Ausbruchsversuch aus dem kapitalistischen System in der DKP geführt wird, nämlich als Debatte um die Gewichtung von historischen Leistungen und subjektiven Fehlern, führen nicht weiter. Zunächst müssen wir damit aufhören, die „sozialistischen Staaten" mit dem zu verwechseln, was sie selbst zu sein glaubten.

„Während im gewöhnlichen Leben jeder Shopkeeper sehr wohl zwischen dem zu unterscheiden weiß, was jemand zu sein vorgibt, und dem, was er wirklich ist, so ist unsre Geschichtschreibung noch nicht zu dieser trivialen Erkenntnis gekommen. Sie glaubt jeder Epoche aufs Wort, was sie von sich selbst sagt und sich einbildet."[14]

Historische Analyse ist angesagt. Im Grunde steht die Aufgabe, der gesamten Geschichte des Kommunismus als realer Bewegung nachzuspüren, ihre Verlaufsformen aus den jeweiligen Bedingungen zu erklären, und zu untersuchen: Welche Bedingungen haben zu welchen Vereinseitigungen geführt, zu Vereinseitigungen beispielsweise bezüglich der **doppelten** Zielsetzung: der Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen **und** der Aufhebung der Verhältnisse, in denen sich die menschliche Gesellschaft wie ein Naturprozeß hinter dem Rücken der Menschen, unabhängig von ihrem Planen und ihren Handlungen entwickelt, wo die Menschen in ihrem individuellen Handeln immer nur gezwungen sind, auf die realen gesellschaftlichen Entwicklungen zu reagieren, statt die gesellschaftliche Entwicklung durch bewußtes Handeln, als geplantes Resultat ihres Lebensprozesses, als gesellschaftlichen Lebensprozeß planmäßig zu gestalten und dadurch erst die wirkliche Identität von Individuum und Gesellschaft möglich zu machen.

Ich kann hier nur Hinweise zu einem Gesichtspunkt geben. Doch zuvor nochmal kurz zurück zur Marxschen Theorie. Marx und Engels unterscheiden genau zwischen Weg und Ziel.[15]

Das Ziel: Die klassenlose Gesellschaft

Das Ziel, die klassenlose Gesellschaft, können wir nur mit ihren allgemeinsten Merkmalen beschreiben, die sich mit innerer Notwendigkeit aus der Aufhebung der zu ihrer Auflösung drängenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft ergeben.

Und mit Notwendigkeit ergibt sich:

- Die Aneignungs- und Verteilungsweise des gesellschaftlich geschaffenen Produktes wird der gesellschaftlichen Weise der Produktion angepaßt werden, das bedeutet Aufhebung des Privateigentums. Die gesellschaftliche Produktion wird nicht mehr privat, sondern unmittelbar gesellschaftlich organisiert.
- Mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln entfallen die heutigen klassenspezifischen Grundlagen der Reproduktion: Die Lohnarbeit auf der einen und die Abpressung fremder Ar-

13 Marx, Ökonomisch-phiolosophische Manuskripte, MEW EB I, S. 538

14 Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 49

15 s. Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Marx, Kritik des Gothaer Programms, oder auch Lenin, Staat und Revolution. Näheres dazu auch in der folgenden Fußnote.

beit auf der anderen Seite; die Klassenunterschiede verschwinden.

- Da die Produktion unmittelbar gesellschaftlich ist, gehören die produzierten Güter von vornherein der gesamten Gesellschaft, die gleichzeitig die Wirtschaftseinheit ist. An die Stelle des Austausches von Waren zwischen den Produzenten tritt die Verteilung der Güter innerhalb der Gesellschaft.
- Mit der Aufhebung der Warenproduktion erscheint das arbeitsteilige gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zueinander nicht mehr als sachliche Eigenschaft ihrer Produkte, die Produkte führen nicht mehr ein vom Willen ihrer Produzenten unabhängiges gesellschaftliches Eigenleben.

Dadurch werden die gesellschaftlichen Verhältnisse durchschaubar, entsteht zum ersten Mal für die Individuen die Möglichkeit, als gesellschaftliches Individuum die eigene Vergesellschaftung bewußt, freiwillig und planmäßig zu gestalten. Geschichte geht nicht mehr wie bisher bewußtlos vor sich.

Nicht der Markt, sondern gemeinschaftliche Planung regeln die Produktion. Alle Ökonomie löst sich auf in Ökonomie der Zeit - und der Ressourcen. Alle gesellschaftlichen Zwangsapparate werden überflüssig.

Der Weg: Die proletarische Revolution

Aus der Entwicklung der Bedingungen ergeben sich mit Notwendigkeit auch bestimmte Verlaufsformen die zu dieser Negation des Kapitalismus, zur positiven Aufhebung des Privateigentums führen.

Im Gegensatz zu allen vorausgegangenen Revolutionen ist in der proletarischen Revolution die politische Machtergreifung nicht der Abschluß, sondern der Beginn der Revolution. Während in den bürgerlichen Revolutionen sich die ökonomische Macht der Bourgeoisie bereits unter den feudalen Verhältnissen entwickelte und mit der politischen Revolution nur die Konsequenz aus den veränderten ökonomischen Verhältnissen gezogen wurde, ist in der Konzeption der proletarischen Revolution die politische Macht-ergreifung nur die Voraussetzung für die soziale Revolution, für die Umwandlung der ökonomischen Verhältnisse im weiteren Verlauf des Klassenkampfes.[16]

Die klassische Konzeption der proletarischen Revolution hat etwa folgendes Schema:

Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse in dem Land bzw. in den Ländern, in denen die Verhältnisse es gestatten. Damit beginnt die revolutionäre Übergangsperiode vom Kapitalismus zur Kommunistischen Gesellschaft. In dieser Übergangsperiode hat das Proletariat die

16 Diese völlig neue Verlaufsform einer Revolution wird von Marx und Engels schon 1848 antizipiert. Sie schreiben zusammenfassend im „Manifest der Kommunistischen Partei":

„Wir sahen schon oben, daß der *erste Schritt* in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie *nach und nach* alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehn vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktions-weise unvermeidlich sind." *[MEW Bd.4, S. 481]*

Es folgt der Übergang von der Weg- zur Zielbestimmung:

„Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf."

Dann kommt der berühmte Satz:

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." *[MEW Bd.4, S. 482]*

28 Jahre später finden wir bei Marx diese Abfolge von Schritten etwas weiter ausgearbeitet wieder in den „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei", besser bekannt unter dem Namen „Kritik des Gothaer Programms". Hier heißt es zur Übergangsperiode:

„Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*." *[MEW Bd.19. S.28]*

Und dann **nach** dieser Übergangsperiode etwas, was Marx die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft nennt:

„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren."

Und fügt hinzu, damit deutlich wird worauf er sich bezieht:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwikkelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen (für ge-

Aufgabe im weiteren Verlauf des Klassenkampfes unter den neuen Bedingungen (politische Macht nicht mehr weltweit bei der Bourgeoisie) die unmittelbare Vergesellschaftung des Produktionsprozesses voranzutreiben, also Schritte für den Übergang von der Selbstregelung des Produktionsprozesses durch das Wertgesetz zur Regelung durch gemeinschaftliche Planung zu entwickeln, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die politische Macht der Bourgeoisie auch weltweit gebrochen wird.

Die Praxis: Der erste Anlauf

Mit der Oktoberrevolution haben in Rußland die Bolschewiki im Namen der Arbeiterklasse die politische Macht ergriffen[17]. Damit wurde erstmals in die Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer sozialistischen Gesellschaft eingetreten. Ich kann die Ursachen für das Steckenbleiben in der Übergangsperiode hier nicht umfänglich untersuchen, das ist eine Aufgabe künftiger Forschungs-

---

sellschaftliche Fonds, das wurde schon vor dem hier zitierten Absatz entwickelt, AKG) exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat an Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann, außer seiner Arbeit, und weil andererseits nichts in das Eigentum des einzelnen übergehen kann, außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern umgetauscht." *[MEW Bd.19, S.19f]*

Das heißt, Marx geht für diese erste Phase des Kommunismus von einer Vorstellung aus, die schon keine Warenproduktion mehr ist, wo eine vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel und auch eine vollständige Vergesellschaftung der Arbeit bereits stattgefunden hat, wo die Gesellschaft selbst die Wirtschaftseinheit ist, und an die Stelle des Austauschs zwischen den Produzenten die Verteilung innerhalb der Gesellschaft tritt. Und von daher ist dann auch logisch, daß es hier keinen Wert, kein Wertgesetz mehr gibt.

Allerdings, sagt er, herrscht hier für die Verteilung der Konsumtionsmittel noch das gleiche *Prinzip* wie beim Warenaustausch, nämlich das Arbeitsquantum als Bezugspunkt, aber Inhalt und Form sind verändert, die auf Produkte verwandte Arbeit erscheint nicht mehr als Wert dieser Produkte, Prinzip und Praxis liegen sich nicht mehr in den Haaren.

Dieses Prinzip, führt Marx weiter aus, macht zugleich die Beschränktheit dieser ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft aus, da es ja noch das Prinzip des gleichen Rechtes ist, ein bürgerliches Prinzip des gleichen Rechtes, was - da die Menschen nicht gleich sind - immer das Moment der Ungleichheit in sich enthält. Und sagt dann:

„Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen...", ... nämlich der revolutionären Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats, ... „hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein, als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft."

Weiter heißt es: „In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." *[MEW Bd.19, S.21]*

Lenin knüpft dann in „Staat und Revolution" an diese Marxschen Bestimmungen aus der Kritik des Gothaer Programms an, wobei er besonders die Frage des Absterbens des Staates untersucht und diesen Punkt dahingehend modifiziert oder weiter ausarbeitet, daß das Absterben des Staates zwar beginnt in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, - und Lenin fügt hier in Klammern hinzu: „die gewöhnlich Sozialismus genannt wird" - aber erst richtig Platz greift als Prozeß von langer Dauer in *„der* höheren Phase des Kommunismus".

Das sind also bei Marx, Engels und Lenin sehr klare Bestimmungen eines Ablaufs der Entwicklung zur klassenlosen Gesellschaft, nämlich zuerst die Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, damit beginnend die revolutionäre Übergangsperiode, die schon nicht mehr allein Kapitalismus, aber auch noch keine sozialistische Gesellschaft ist, die noch Klassengesellschaft ist. Die Hauptaufgaben des Proletariats in dieser Übergangsperiode liegen im Prozeß der unmittelbaren Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, sowohl der Produktionsmittel als auch der Arbeit, und liegen in der weltweiten Verallgemeinerung der politischen Revolution, im weltweiten Einstieg in diese Übergangsperiode. Zu diesem letzten Punkt heißt es im Kommunistischen Manifest:

„Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden immer mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse."

Kurz vor der hier zitierten Stelle gehen Marx und Engels davon aus, daß die politische Revolution erstmal im Rahmen der Nation stattfinden wird. Aber dann in der Übergangsperiode werden die Widersprüche zwischen den Völkern verschwinden:

„Die Herrschaft des Proletariats wird sie nochmehr verschwinden machen." heißt es dann weiter und: „Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen ihrer Befreiung.

In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.

Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."

arbeit. Ich möchte nur einen Hinweis geben, wann und wieso es zur Revision der Marxschen und Leninschen Vorstellung von einer sozialistischen Gesellschaft gekommen ist, wieso „das Leben einen anderen Weg ging", um mit Pletnikows Worten zu sprechen. Zweifellos waren die Maßnahmen in den ersten Jahren der Sowjetmacht in ihrer konkreten Ausformung geprägt von den Notwendigkeiten die sich aus der besonderen Situation ergaben (Krieg und Bürgerkrieg, zahlenmäßig noch kleine Arbeiterklasse, die auf das Bündnis mit den Kleinbauern angewiesen war usw.). Die Enteignung der Gutsbesitzer, die Verstaatlichung der Banken, der Eisenbahnen und der Handelsflotte, des Außenhandels und der gesamten Großindustrie wurden von Lenin keineswegs mit dem Beginn der sozialistischen Gesellschaft gleichgesetzt, sondern als Maßnahmen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zur sozialistischen Gesellschaft angesehen. Bis zu seinem Tode dreht sich Lenins Denken immer wieder um einen Zentralpunkt: Wie kommen wir vom Rußland der Neuen Ökonomischen Politik zu einer sozialistischen Gesellschaft? Eine entscheidende Rolle sollte dabei der sogenannte Leninsche Genossenschaftsplan spielen. Pletnikow weist in dem Aufsatz *„Eigentumsverhältnisse und Sozialismus"*[18] zu Recht auf die prinzipielle Bedeutung hin, die Lenin der Entwicklung des Genossenschaftswesens beimaß. Aber gleichzeitig mißversteht er Lenins Genossenschaftsplan: Pletnikow verdolmetscht die Ideen Lenins über das Genossenschaftswesen mit dem Ausdruck „Kollektiveigentum von Werktätigen".

Lenin hatte hier aber **kein genossenschaftliches Eigentum** an den Produktionsmitteln oder gar an Grund und Boden im Sinn, **sondern genossenschaftliche Organisation der Produktion** auf der Grundlage von gesellschaftlichen Produktionsmitteln, die von der Gesellschaft als ganzer der Genossenschaft zum Zwecke der Produktion zur Verfügung gestellt werden. Eben hierdurch unterscheiden sich die Genossenschaften im Kapitalismus, durch die zur sozialistischen Gesellschaft zu kommen Lenin für pure Phantasterei und abgeschmackt hielt, von den Genossenschaften unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, wenn sie wie bei Lenin als Organisationsform der Produktion bestimmt werden und nicht wie bei Pletnikow als Gruppeneigentum an den Produktionsmitteln.

Lenin schreibt:

> „In der bei uns bestehenden Gesellschaftsordnung" (Rußland 1923, Staatsmacht und alle Produktionsmittel - mit Ausnahme derer, die der Arbeiterstaat freiwillig, zeitweilig und bedingt den Ausbeutern als Konzessionsobjekte überläßt - in den Händen der Arbeiterklasse) „unterscheiden sich genossen-schaftliche Betriebe von privatkapitalistischen als kollektive Betriebe, aber sie unterscheiden sich nicht von sozialistischen Betrieben, **wenn sie auf dem Grund und Boden gegründet sind und mit Produktionsmitteln ausgerüstet sind, die dem Staat, d.h. der Arbeiterklasse gehören.**"[19]

So verstanden kann das von Lenin formulierte Ziel einer vollständigen Vergenossenschaftung unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats tatsächlich ein Schritt zur unmittelbaren Vergesellschaftung der Arbeit sein, ein Schritt in Richtung sozialistischer Gesellschaft; insbesondere wenn man den von Lenin ins Auge gefaßten weiteren Schritt mit einbezieht, das Zusammenwachsen der Genossen-schaften zu einer großen, die gesamte Gesellschaft umfassenden Genossenschaft: Die KPR muß

> „... danach streben, daß die ganze Bevölkerung in Genossenschaften zusammengeschlossen wird und daß diese Genossenschaften zu einer von oben bis unten einheitlichen, die gesamte Sowjetrepublik umfassenden Genossenschaft verschmelzen."[20]

Auf diese Weise, so Lenins Vorstellung, könnten Bedingungen geschaffen werden für die Aufhebung der Warenproduktion und eine Annäherung erreicht werden an die Marxsche Konzeption von der ersten Phase einer Kommunistischen Gesellschaft, wo nicht viele einzelne Wirtschaftseinheiten wie staatliche Betriebe und Genossenschaften ihre Produkte zu Markte tragen, sondern wo die Gesellschaft selbst die Wirtschaftseinheit ist und an Stelle des Austauschs zwischen den Produzenten die Verteilung innerhalb der Gesellschaft tritt.

Doch diese Vorstellung von einer sozialistischen Gesellschaft hat sich nicht gehalten. Möglicherweise vorher bereits in unklaren Formulierungen angelegt, ist beginnend ab 1925 in den Dokumenten der KPdSU eine schleichende Aufweichung des Marx-Engelsschen Verständnisses von einer sozialistischen Gesellschaft erkennbar, und besonders eben eine Vermengung von Übergangsperiode und erster Phase der kommunistischen Gesellschaft.

Einen ersten Meilenstein dieser Revision sehe ich in der These von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, die auf der 14.Parteikonferenz der KPdSU/ Bolschewiki im April 1925 beschlossen wurde. Das ist aus der damaligen Situation erklärbar: Die revolutionäre Nach-

17 Welche gravierenden Probleme für die weitere Entwicklung bereits in dieser Form der politischen Machtergreifung, in dem zugrundeliegenden Verständnis des Verhältnisses von Partei und Klasse, in den Organisationsprinzipien der Partei angelegt waren, kann an dieser Stelle nicht näher untersucht werden. Es sei nur kurz angemerkt, daß die im Folgenden angerissenen Probleme Bestandteil eines ganzen Problemkomplexes sind und keineswegs allein als monokausale Erklärung für das Scheitern des ersten großen Ausbruchsversuches aus dem System kapitalistischer Vergesellschaftung genommen werden dürfen.

18 Juri Pletnikow, „Eigentumsverhältnisse und Sozialismus", in: Marxistische Blätter 2-97

19 Lenin, „Über das Genossenschaftswesen", in LW Bd. 33

20 Rohentwurf des Programms der KPR, in Lenin Werke Bd.29

kriegskrise in den kapitalistischen Ländern nach dem ersten Weltkrieg ist in dieser Zeit zu Ende gegangen mit einem relativen Wiedererstarken des Kapitalismus. Also, die junge Sowjetunion konnte nicht mehr davon ausgehen, daß in kurzer Zeit die Arbeiterklasse in den westeuropäischen Ländern nachkommen würde. Und die Frage stellt sich: Kann man für längere Zeit in der revolutionären Übergangsperiode verharren, die ja gekennzeichnet ist durch - wie es im Kommunistischen Manifest heißt - „despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen"? Kann man allein weiterkommen? Oder muß man gar zurück?

Die Antwort, die von Stalin gegeben wurde, war differenziert: Was die innere Seite der Frage anginge: ja, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft könnten in der Sowjetunion ihre eigene Bourgeoisie ökonomisch völlig überwinden und die vollendete sozialistische Gesellschaft errichten. Was die internationale Seite anginge, könne ein Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion erst als endgültiger betrachtet werden, wenn durch den Sieg der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern die kapitalistische Umkreisung beseitigt sei. Also, meines Erachtens lag in diesem Beschluß, den die sowjetischen Kommunisten gefaßt haben, ein voluntaristisches Heran-gehen; man versucht das Unmögliche, weil das Mögliche, das Bleiben und Vorantreiben der Entwicklung in der Übergangsperiode zu schwer erscheint. Doch das hat in der Folge dann ziemlich verheerende Konsequenzen gehabt.

Nun kann man fragen: *„Was wäre denn die Alternative gewesen?"*

Ich denke schon, daß es allgemein gesprochen keine andere Möglichkeit gab, als das Erreichte zu halten, soweit voranzuschreiten, wie es möglich ist in dieser Periode, Bedingungen zu schaffen, daß auch die Arbeiterklasse in den übrigen Ländern folgen kann; aber bei allem sich darüber klar zu bleiben, daß man noch keine sozialistische Gesellschaft hat; daß das nur im Weltmaßstab geht; daß dazu die vollständige Überwindung der Warenproduktion, das Verschwinden der Klassen, damit auch das Aufhören der Herrschaft einer Klasse, das Ende der Diktatur des Proletariats, erforderlich ist.

Richtig zum Ausdruck gekommen ist das Problem dann auf dem VII.Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935. Da wurde der endgültige Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion verkündet.[21] Und da wurden natürlich Bedingungen genannt, an denen das festgemacht wurde. Aber an diesen Bedingungen sieht man, daß das nicht mehr die Bedingungen von Marx und Engels für die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft waren, sondern andere Bedingungen. Bedingungen, die sich im wesentlichen ableiten aus dem Verhältnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft. Und das Problem beginnt damit, daß - wenn man in der Übergangsperiode ist, und denkt, man habe schon eine sozialistische Gesellschaft - daß dann plötzlich die Notwendigkeit des Weiterschreitens, die Notwendigkeit, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Grundlagen für den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft schafft, und entsprechende Maßnahmen einzuleiten, verschoben wird in eine höhere Phase oder auf irgendwann später. Das heißt, die eigentlichen Tagesaufgaben, werden dann nicht mehr als die eigentlichen Tagesaufgaben angesehen und man hat plötzlich eine Gesellschaft, die sich für sozialistisch erklärt, also eine „klassenlose" Gesellschaft mit verschiedenen Klassen, wenn auch nicht antagonistischen, mit Warenproduktion, wenn auch nicht kapitalistischer, mit Diktatur des Proletariats, die doch eigentlich nur für die revolutionäre Übergangsperiode gedacht war. Es kommt also zu einer absoluten Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die je länger sie andauerte die Theorie desavouieren und korrumpieren mußte. Dann treten natürlich solche Merkwürdigkeiten auf, daß der Staat zum Staat des ganzen Volkes erklärt wird, aber die Macht im Staate bei der Partei der Arbeiterklasse bleibt. Auch die vom XXII.Parteitag der KPdSU 1961 als aktuelle Aufgabe formulierte Zielsetzung des Aufbaus des Kommunismus kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund, daß zuvor theoretisch die Marxschen Bestimmungen „revolutionäre Übergangsperiode vom Kapitalismus zur Kommunistischen Gesellschaft" und „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft", also die letzte Form einer Klassengesellschaft mit der ersten Form einer klassenlosen Gesellschaft im Wort „Sozialismus" verschmolzen wurden und damit für die gesellschaftliche Weiterentwicklung nur noch das zu bleiben schien, was Marx „eine höhere Phase der Kommunistischen Gesellschaft" nannte und wofür sich inzwischen das Wort „Kommunismus" eingebürgert hatte.

Diese Begriffsverwirrung pflanzt sich fort bis in die heutige theoretische Debatte. In nahezu allen Strömungen der kommunistischen Linken wird heute unter der Überschrift „Sozialismus" die revolutionäre Übergangsperiode vom Kapitalismus zur kommunistischen Gesellschaft und die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft zusammengewürfelt. Am Beispiel der DKP kann man das gut zeigen: Im *Statut der DKP* heißt es z.B.:

> „Auf dem Weg zum Kommunismus ist der Sozialismus die historische Übergangsperiode zur neuen Gesellschaft."

In den *Thesen zur programmatischen Orientierung, also dem vorläufigen Programm* der DKP steht aber was völ-

21 In der Resolution zum Bericht D.S.Manuilskis heißt es: „... stellt der VII.Weltkongreß der Kommunistischen Internationale mit großer Genugtuung fest, daß ... der endgültige und unumstößliche Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion sowie die allseitige Festigung des Staates der Diktatur des Proletariats erreicht ist." zitiert nach: VII.Kongreß der Kommunistischen Internationale, Referate und Resolutionen, FfM 1975, S. 333

lig anderes. Da heißt es:

> „Die historische Alternative ist der Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Gesellschaft."

Also, einmal ist es die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, einmal ist es die Übergangsperiode und beide Formulierungen wurden vom gleichen Parteitag (1993) beschlossen.[22]

Die Bestimmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit der „sozialistischen Staaten des 20.Jahrhunderts als erste, steckengebliebene Verlaufsformen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zur kommunistischen Gesellschaft gründet sich ökonomisch nicht nur auf die Relikte von Warenproduktion im Inneren, sondern auch auf das Außenverhältnis zum kapitalistischen Weltmarkt.

Hans Heinz Holz versucht eine Bestimmung des Verhältnisses von Kapitalismus und Arbeiterstaaten des 20.Jahrhunderts mit der philosophischen Kategorie des übergreifenden Allgemeinen:

> „Daß die Formation, der wir angehören, immer noch (auch nach der Oktoberrevolution) die des Kapitalismus ist, schließt nicht aus, sondern nach der dialektischen Figur des „übergreifenden Allgemeinen" gerade ein, daß in ihr sich ihr Gegenteil ausbildet, erhält und bis zum Umschlag in eine neue Formationsstruktur erstarken kann. Denn das „übergreifende Allgemeine" ist (wie Hegel gezeigt hat) die Gattung seiner selbst und seines Gegenteils; das bedeutet, daß der Kapitalismus im Stadium seines entwickelten Selbstwiderspruchs die Gattung ist, die als Arten den Kapitalismus selbst (in seinen verschiedenen Erscheinungsformen) und den Sozialismus umfaßt."[23]

Und Daniel Dockerill schreibt:

> „... nur auf der Grundlage dieses Dogmas (Dogma vom Sozialismus in einem Land, AKG) läßt sich der Gegensatz zwischen Bürger- und Arbeiterstaat *nicht* zu den „inneren Widersprüchen des Kapitalismus" rechnen; nur, wenn vorausgesetzt wird, daß der Kapitalismus an den Grenzen zum Arbeiterstaat aufhöre und dahinter etwas anderes beginne. Ob ich dieses andere dann Sozialismus nenne oder auch „Übergangsgesellschaft", tut leider überhaupt nichts weiter zur Sache."[24]

Daß der Name, soweit sich in ihm ein gewisses Verständnis oder Unverständnis des Sachverhalts reflektiert, sehr wohl etwas zur Sache tut, habe ich versucht aufzuzeigen.

Der Widerspruch, der sich als Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat mit der Entwicklung des Kapitalismus innerhalb der einzelnen kapitalistischen Staaten herausgebildet hat, hat mit der Oktoberrevolution eine neue, zusätzliche Erscheinungsform, nämlich die des Gegensatzes zwischen kapitalistischen und Arbeiterstaaten erhalten. Dieses neu eröffnete Kampffeld, die neuen Verlaufsformen des Klassenkampfes auf zwischenstaatlicher Ebene hatten entscheidende Rückwirkungen auf den Verlauf des Klassenkampfes im Inneren der beiden Teilsysteme.

Jedes Land, in dem der Ausbruch aus dem kapitalistischen Weltsystem gewagt wird, bleibt über seine Außenbeziehungen nach wie vor mit der kapitalistischen Warenproduktion verbunden und diese Verbindung muß immer auf die innere Entwicklung zurückwirken. Es ist gezwungen mit der *Scheinentwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus*[25] mitzuhalten. Der Ausbruch aus dem impe-

22 hinzugefügt sei, daß ich selbst Delegierter auf diesem Parteitag war und mir dieser Widerspruch damals nicht aufgefallen ist.

23 Hans Heinz Holz, Kommunisten heute, Essen 1995, S.117; vgl. auch S.104f

24 Daniel Dockerill, Antikritisches II, in: KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE Nr.5

25 Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit bedeutet wie Marx gezeigt hat wesentlich auch immer Ersatz lebendiger durch vergangene Arbeit. Diese Beschreibung ist hinreichend genau, solange der Stoffwechselprozeß der Menschheit klein ist im Verhältnis zu den globalen Naturprozessen und daher im Wesentlichen mit einer natürlichen Reproduktion der natürlichen Produktionsbedingungen gerechnet werden kann. Solange dies der Fall ist, läßt sich mit Fug und Recht davon sprechen, daß Naturkräfte und Naturstoffe kostenlose Produktivkräfte sind, kann man sagen, Luft, Wasser, Stoffe aller Art in ihrem naturursprünglichen Zustand haben keinen Wert, da zu ihrer Produktion keine menschliche Arbeitskraft benötigt wird. In dem Maße nun, in dem durch die Größen-ordnung ihrer Vernutzung die natürliche Reproduktion dieser Stoffe nicht mehr gewährleistet ist, gewinnen sie einen Wert, der bestimmt ist durch die zu ihrer Reproduktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Solange sie jedoch noch in hinreichender Qualität und Menge von Natur aus vorhanden, werden sie nicht zur Ware, lassen sich nach wie vor gratis aneignen, denn ihre Nutzung findet privat statt, durch das Kapital, während ihre Reproduktion eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Es findet hier praktisch neben der Ersetzung lebendiger Arbeit durch vergangene auch eine Substituion lebendiger Arbeit durch zukünftige statt, die im Gegensatz zur völlig bezahlten toten Arbeit und zur teilweise bezahlten lebendigen Arbeit nicht bezahlte und nicht geleistete Arbeit ist, ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft, Beraubung künftiger Generationen.

Beispiel: Giftige Produktionsrückstände werden in der Nordsee verklappt. Dies spart in großem Stil lebendige Arbeit, die notwendig wäre um diese Stoffe unschädlich zu machen, aufzuarbeiten und in den Stoffwechsel-kreislauf zu reintegrieren, bzw. um die Produktion so zu verändern, daß diese Stoffe gar nicht erst anfallen. Gleichzeitig erwächst hieraus für die Zukunft die in ihrem Umfang überhaupt nicht überschaubare Aufgabe der Entgiftung der Meere.

Dies zeigt: Der Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, die Produktivkraft der Arbeit richtig zu bewerten. Die von ihm hervorgebrachten gesellschaftlichen Produktivkräfte verlangen nach gesellschaftlicher Bewertung. Das Maß jedoch, das der Kapitalismus als einziges zur Beurteilung der Produktivität kennt, liegt in der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse, ist der erzielte Profit. Das profitable Verklappen ist aber Bestandteil einer höchst unproduktiven Produktion wenn man die unterschlagene zukünftige Arbeit mit in Rechnung stellt. So wird der Wider-

rialistischen Weltsystem, die Eroberung der politischen Macht, der Schritt in die Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist zwar in einzelnen, heute möglicherweise auch nur noch in mehreren hochentwikkelten Ländern gleichzeitig möglich; zum vollständigen Durchschreiten dieser Periode, zum Erreichen sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse muß dieser Schritt jedoch global vollzogen werden.

Zur Ökonomie der revolutionären Übergangsperiode - 2.Teil
Zurück oder vorwärts? - Der Weg zurück zur Kapitalherrschaft

Zur Ökonomie des ersten Anlaufs zur kommunistischen Gesellschaft ab 1917 läßt sich allgemein mit Preobraschenski sagen, daß sie als Ökonomie der Übergangsperiode gekennzeichnet war durch den ständigen Kampf zwischen dem von der kapitalistischen Vergangenheit überlieferten Wertgesetz und dem ihm diametral entgegengesetzten Prinzip der sozialistischen Planung und daß das Schicksal dieses Anlaufs eben vom Ausgang dieses Kampfes abhing.

Während bei Probraschenski 1926[26] der Antagonismus zwischen bewußter gesellschaftlicher Planung und naturwüchsiger Regelung der gesellschaftlichen Produktion durch das Wertgesetz noch klar gesehen wird, setzt sich in der weiteren Entwicklung eine zunehmend affirmative Betrachtungsweise von Wertgesetz, Warenproduktion und Markt durch[27]. „Das Leben" hatte ja gezeigt, daß „Sozialismus" und Wertgesetz durchaus vereinbar sind. Während in Stalins Schrift „*Ökonomische Probleme des Sozialismus in der Sowjetunion*" 1952 die Aufhebung der Warenproduktion und damit das Ende des Wirkens des Wertgesetzes aus der ersten in die zweite Phase der kommunistischen Gesellschaft verschoben wird - was nach der Umdefinition der Übergangsperiode in die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft nur konsequent ist - und von den sowjetischen Wirtschaftlern und Planern die Berücksichtigung der Wirkungen des Wertgesetzes gefordert wurde, wird 16 Jahre später bereits die „bewußte und planmäßige Ausnutzung der Kategorien des Wertgesetzes"[28] als Bestandteil der wirtschaftsleitenden Funktion des sozialistischen Staates beschrieben. Und heute bei Pletnikow lesen wir:

> „Der Markt darf dem Plan nicht entgegengestellt werden.[29] Die sozialistische Ökonomie stellt sich dar als Plan-Markt-Wirtschaft."

Die Praxis der Ökonomie der Übergangsperiode hatte gezeigt, daß in einer Formation, in der die Warenproduktion noch nicht vollständig überwunden ist, auch das Wertgesetz noch wirkt, daß es teilweise auch in Bereiche hineinwirkt, die dem Inhalt nach schon keine Warenproduktion mehr sind. Sie hat aber auch gezeigt, daß der Wirkungsbereich der Marktgesetze durch Aufhebung des Privateigentums an strategisch wichtigen Produktionsmitteln, durch gesellschaftliche Planung und politische Zwangsmaßnahmen eingeschränkt werden konnte. Die Praxis zeigte, daß unter diesen Bedingungen eine Planung, die die noch bestehenden Wirkungen des Wertgesetzes nicht einkalkuliert, „vom Leben", d.h. von den hinter dem Rücken der Produzenten sich durchsetzenden gesellschaftlichen „Natur"gesetzen durchkreuzt wird. Zwei grundlegende Reaktionsweisen hierauf standen gegeneinander: Die Strategie der Zurückdrängung der Warenproduktion und ihrer Zwangsgesetze, und die Strategie der bewußten Ausnutzung dieser Gesetze. Die letztere Strategie, die sich schließlich durchgesetzt hat, ist kompatibel mit dem paternalistischen Sozialismus, sie entspricht einem System, in dem die Partei, der Arbeiterstaat und seine Wirtschaftsfachleute stellvertetend für die Arbeiterklasse, stellvertretend für die Menschen handeln und zusehends in die Rolle des Goetheschen Zauberlehrlings[30] geraten. Solange man die Beschränkungen für das Wertgesetz aufrecht erhält, kann man so zwar die Rückkehr zu kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen verhindern, aber man kann nie und nimmer das zweite große Ziel erreichen, die Brechung der Herrschaft des Produktes über den Produzenten. Und ohne dieses zweite große Ziel ist auch das erste, die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, nicht dauerhaft zu haben.

Wie immer der Weg in die Hölle, so ist auch hier der Weg zurück zum Kapitalismus mit guten Vorsätzen gepflastert. Der erste Schritt, das Beachten der Wirkungen des Wertgesetzes, solange und wo es noch wirkt, ist sicher eine sinnvolle und notwendige Sache. Der zweite Schritt stand unter der technokratischen Überschrift vom „Ausnutzen des Wertgesetzes als Regulator für den sozialistischen Vergesellschaftungsprozeß". Er führte über die Er-

---

spruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produktionsergebnisse zur Fessel der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung und kann gesamtgesellschaftlich gesehen sogar zu entscheidenden Senkungen der Produktivkraft der Arbeit führen.

26 vgl. Preobraschenski, Neue Ökonomik

27 eine gute - wenngleich gegenüber dem Ergebnis affirmative - Zusammenfassung der Debatte in der Sowjetunion gibt Ulrich Huar, Die Entdeckung der Politischen Ökonomie des Sozialismus, in: Topos 9, 1997.

28 W. Ulbricht 1968, zit. nach Ulrich Huar, a.a.O.

29 Den Markt dem Plan gegenüberstellen kann man eh nur in der Ideologie. In der gesellschaftlichen Praxis existiert der Markt entweder, oder er existiert nicht. In der Praxis dreht sich die Forderung daher um: Aus „Der Markt darf dem Plan nicht entgegengestellt werden" wird „Der Plan darf dem Markt nicht entgegengestellt werden."

30 „der ich rief die Geister (Wertgesetz), werd sie nicht mehr los"

findung eines sozialistischen Wertgesetzes, was jedoch kein Gesetz im Sinne der spontan sich durchsetzenden Gesetze in der politischen Ökonomie des Kapitalismus war, sondern eher ein Postulat, nach dem die Wirkungen des Wertgesetzes durch Preisfestsetzung zu vermuteten oder kalkulierten Werten simuliert werden sollte.

> „Das Wertgesetz war im Sozialismus also kein Gesetz, sondern ein Postulat, und sofern es Gesetz war, war es nicht sozialistisch. Dieses Postulat ist allerdings wohl kaum je erfüllt worden. Die These lautet: auch jene „sozialistischen Länder, die sehr weitgehend Elemente des Marktes eingeführt hatten, wie Ungarn und Jugoslawien, dürften wohl kaum an Bedingungen herangekommen sein, in denen das Wertgesetz wirklich Gültigkeit erlangte und sich entfaltete. Die Ursache dafür liegt darin, daß der letzte Schritt zum Abbau des Sozialismus, die Zulassung eines Kapitalmarktes bzw. die private Verfügung über die Produktionsmittel (noch) nicht getan war."

Mit diesen Worten schließt Manfred Szameitat seine Betrachtungen zum „Wertgesetz" im Sozialismus in dem sehr lesenswerten Aufsatz „*Es bedarf einer Theorie des Sozialismus*"[31] um anschließend aufzuzeigen, daß der Kapitalfluß eine entscheidende Voraussetzung zur Durchsetzung des Wertgesetzes ist.

Die nächsten Schritte gingen sehr schnell: Da sich zeigte, daß durch die technokratisch geplante Simulation von Marktmechanismen nicht die Geschwindigkeit der Produktivkraftentwicklung erreicht werden konnte, die der kapitalistische Weltmarkt entfaltete[32], mußte der richtige Markt her. Voraussetzung dafür war natürlich, daß die von Pletnikow transportierte These von der Versöhnung von Plan und Markt geglaubt wurde. Das wurde durch die falsche Bestimmung des eigenen politischen Standortes - erste Phase der Kommunistischen Gesellschaft statt Übergangsperiode - befördert. Denn während für die revolutionäre Übergangsperiode unmittelbar einsichtig ist, daß sie keine in sich konsistenten Verhältnisse hervorbringen kann, daß sie geprägt ist vom Kampf zwischen zwei antagonistischen Vergesellschaftungsformen, der spontan hinter dem Rücken der Menschen sich vollziehenden und der bewußt gestalteten, daß sie eben die Revolution ist, geht man für die kommunistische Gesellschaft von einer inhaltlichen Konsistenz aus, die zu dem Bestreben führt, die vorgefundenen Phänomene theoretisch miteinander zu versöhnen. In der Praxis zeigte sich natürlich an allen Ecken und Enden, daß Warenproduktion und gesellschaftliche Planung einander widersprechen, daß die Ökonomie der Übergangsperiode - wie oben gezeigt - überhaupt nicht in sich konsistent sein kann.

Für die populistische Agitation wurde von den Marktsozialisten gerne das Beispiel angeführt, daß es durch das mit politischer Absicht festgesetzte niedrige Preisniveau für Grundnahrungsmittel hie und dort dazu kam, daß Brot an Schweine verfüttert wurde, weil es billiger war als Schweinefutter. Hier haben wir es klar mit einem Widerspruch zwischen Preisen, die sich durch das Wertgesetz einstellen, bzw. die entsprechend dem vermuteten oder kalkulierten Wert festgelegt werden und Preisen, die nach anderen Kriterien festgelegt werden, zu tun. Prinzipiell gibt es drei Möglichkeiten mit so einem Widerspruch umzugehen:

- Zeitweise mit diesem Widerspruch leben, weil es immer noch besser ist, daß ein paar Schweine Brot kriegen, als daß Menschen von Katzenfutter und aus Mülltonnen leben müssen
- Den Widerspruch nach der Seite auflösen, daß auch das Schweinefutter den Wirkungen des Wertgesetzes bzw. des simulierten Wertgesetzes entzogen wird
- Den Widerspruch nach der Seite auflösen, daß auch die Brotpreise dem Wertgesetz unterworfen werden.

Unter der Prämisse der Versöhnung von Markt und Plan war für die Marktsozialisten natürlich nur die dritte Variante denkbar.

Die Einführung des richtigen Marktes begann Mitte der 80er mit dem Schlachten von ein paar heiligen Kühen: Auch staatliche Betriebe müssen in Konkurs gehen können, der Warencharakter der Ware Arbeitskraft müsse wiederhergestellt werden, dadurch, daß sie gekauft werden könne, oder auch nicht, d.h. durch die Zulassung von Arbeitslosigkeit, und letztlich und entscheidend dann durch die Wiederherstellung des Kapitalmarkts. Manfred Szameitat schreibt dazu:

> „Marx hat bekanntlich das Kapital historisch und logisch-begrifflich aus der Warenproduktion und dem Warentausch (das heißt dem Markt) abgeleitet und das Geheimnis der Plusmacherei des Mehrwerts als Warenproduktion mittels Waren (Arbeitskraft) entschlüsselt. Die Jagd nach dem größtmöglichen Profit ist Triebkraft und Steuerungsprinzip in der zum Kapitalismus gewordenen Marktwirtschaft. Dies kann aber nur funktionieren, wenn der freie Fluß des Kapitals in die profitabelste Anlage letztlich zur Angleichung der Profitraten (im Marxschen Gleichgewicht) führt, damit der den Arbeitern abgepreßte Mehrwert entsprechend dem Kapitaleinsatz (nicht etwa gemäß der vom Kapitalisten eingesetzten Zahl der Arbeitskräfte) verteilt und über diesen Umweg dem Wertgesetz - dem Warentausch entsprechend der in den Waren verausgabten Arbeit - zum

31 Manfred Szameitat, Es bedarf einer Theorie des Sozialismus, in: Marxistische Blätter 2-97

32 hinzu kommt, daß die Produktivkraftentwicklung innerhalb des Kapitalismus zunehmend eine Scheinentwicklung wird; s. Fußnote 25. Ausführlicher habe ich diesen Gedanken entwickelt in der Arbeit „Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsformation", Hamburg 1994

Durchbruch verhilft. Daß Kapital in die profitabelste Anlage oder Branche strömen kann, ist daher Voraussetzung dafür, daß der Markt insgesamt seine Effizienz spendende Wirkung entfalten kann. Deshalb auch ist 'Marktwirtschaft' aufs engste mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln verbunden. Nur wenn Private über Produktionsmittel verfügen, kann das darin gebundene Kapital - meist in Geld- bzw. Kreditform - von einem Sektor der gesellschaftlichen Arbeit in den anderen fließen. Marktwirtschaft muß bei dem heute erreichten Stand der Produktivkräfte und dem erreichten Grad der Vergesellschaftung der Arbeit (weil nach dem Aufkommen des Kapitalismus Warenproduktion immer als bestimmendes gesellschaftliches Moment Warenproduktion mittels Waren ist) auch immer Kapitalismus heißen. ... Während im Kapitalismus die Warenproduktion das dominierende Element ist und die Planungen einzelner Kapitale (und die des Staates ebenfalls) an den Zielvorgaben des Marktes, den Zwängen des Wertgesetzes ausgerichtet sind, funktioniert eine umgekehrte Einbettung von Marktelementen in sozialistische Planwirtschaft nicht.

Die sozialistische Gesellschaftsformation ist, wenn es sie denn je geben wird, keine Waren produzierende Gesellschaft, deren Kennzeichen der Warentausch zu gleichen Werten ist."[33]

Nach dieser Betrachtung stellen sich die bisherigen sozialistischen Staaten dar als Formationen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zur kommunistischen Gesellschaft, in der inhaltlich die Warenproduktion bereits auf relativ kleine Bereiche beschränkt war, als Ausdrucksform der Herrschaft des Produkts über die Produzenten aber weiter seine Rolle spielte. Diese Form entwickelte einen Druck zurück zu dem ihr adäquaten Inhalt: Der Verallgemeinerung der Warenproduktion zur kapitalistischen Warenproduktion standen allein die politischen Machtmittel im Wege.

Das Wertgesetz, das im Kapitalismus wie ein den realen Prozessen zugrundeliegendes Naturgesetz wirkt - allerdings keineswegs an der Oberfläche, denn hier schwanken die Preise nicht (nur) um den Wert, sondern um den durch den Ausgleich der Profite zur Durchschnittsprofitrate modifizierten Wert, einmal ganz abgesehen von den noch weitergehenden Modifikationen des Wertgesetzes im Bereich der Monopolprofite - wurde zusehends affirmativ betrachtet. Die konsequente Umsetzung der Devise „Dem Wertgesetz Geltung verschaffen" hatte zwangsläufig zur Folge „Demokratisierung", d.h. in diesem Falle: Aufhebung der politischen Zwangsmittel, die der Entwicklung eines Kapitalmarkts (= freie Verfügbarkeit von Privaten über Produktionsmittel) entgegenstanden.

33 Manfred Szameitat, a.a.O.

34 MEW 23, S.791

35 Pletnikow in: Marxistische Blätter 2-97, S. 39

Pletnikow und das Privateigentum

Bereits oben zeigte sich am Beispiel von Pletnikows Umgang mit dem Engels-Zitat „Mit der Besitzergreifung der (sämtlichen?) Produktionsmittel durch die Gesellschaft...", am Beispiel seiner Umdeutung der Bedeutung, die Lenin den Genossenschaften in der Übergangsperiode als Organisationsform der Produktion beimißt, in eine Form des Eigentums an Produktionsmitteln, und auch am Beispiel seiner Wiedergabe der Stalinschen Argumentation, daß Pletnikow wissenschaftlich unredlich wird, sobald es um die Eigentumsfrage geht. Ich werde dieser Tatsache hier etwas nachgehen. In dem Text, der den Anlaß zu diesem Aufsatz geboten hat schreibt Pletnikow:

„In der Wirtschaft des frühen Sozialismus konstituiert sich nicht nur eine einzige Wirtschaftsform, wovon früher ausgegangen wurde, sondern es bilden sich zwei sozial-ökonomische Sektoren heraus. Ihre Grundlage stellt das staatliche bzw. genossenschaftliche Eigentum dar ... Vom theoretischen Standpunkt aus ist auch eine weitere Differenzierung der Wirtschaftsformen der sozialistischen Ökonomie durchaus denkbar."

Worauf Pletnikow hier hinaus will ist seinem Beitrag in den Marxistischen Blättern 2/97 zu entnehmen. Pletnikow zitiert dort Marx:

„Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Eigentum ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel."[34]

Pletnikow fährt fort:

„Wenn man die angeführten Worte durchdenkt, kann man folgende Schlußfolgerungen ziehen: ... Zweitens, die unmittelbare Negation des kapitalistischen Privateigentums ist nicht das gesellschaftliche Eigentum an sich, sondern das individuelle Eigentum, das auf der Basis der Errungenschaften der kapitalistischen Ära entstanden ist. ... Drittens, das individuelle Eigentum kann zersplittertes Privateigentum sein, (persönliches) Konsumgütereigentum, wie auch von gesellschaftlichem Eigentum abgeleitetes Eigentum an Produktionsmitteln. Viertens, das gesellschaftliche Eigentum kann sich nicht ohne individuelles Eigentum entwickeln."[35]

Pletnikow stellt Marx total auf den Kopf, wenn er das individuelle Eigentum zur Grundlage und zur historischen Vorform des gesellschaftlichen Eigentums macht. In der

zitierten Passage weist Marx darauf hin, daß das individuelle Privateigentum als Ergebnis der eigenen Arbeit, das der einfachen Warenproduktion entspricht und die Grundlage für die Entfaltung des Kapitalismus aus der einfachen Warenproduktion darstellt, durch diese Entfaltung negiert wird, umschlägt in das Privateigentum der Nichtarbeiter auf Grundlage fremder Arbeit und die Eigentumslosigkeit der Arbeiter, die sich eben nur das, was sie zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft benötigen durch deren Verkauf aneignen können. Die nochmalige Negation dieses kapitalistischen Eigentums ist nach Marx ganz eindeutig das Gemeineigentum und erst auf dieser Grundlage kann das individuelle Eigentum als Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für die Arbeitenden, die Produzenten wiederhergestellt werden.

Pletnikow hingegen betreibt die ideologische Rehabilitation des Privateigentums an den Produktionsmitteln:

> „In Abhängigkeit davon, ob es möglich ist, sich fremde Arbeit anzueignen, und ob dies tatsächlich erfolgt, treten zwei Arten des Privateigentums hervor: die ausbeuterische, auf die Aneignung fremder Arbeit gegründete, und die auf eigener Arbeit beruhende. Diese zweite Art des Privateigentums, z.B. die modernen Farmwirtschaften, die keine oder fast keine Lohnarbeit nutzen, kann in unserer Zeit sowohl in das kapitalistische wie in das sozialistische Wirtschaftssystem integriert werden. Hinsichtlich der Subjekte teilt sich das Privateigentum in individuelles Eigentum und Gruppeneigentum (darunter in Form von Aktiengesellschaften) und das gesellschaftliche Eigentum in allgemeines Volkseigentum und das Kollektiveigentum von Werktätigen." „Die Überwindung der Lohnarbeit aktualisiert sich in unserer Zeit als eine Kraft gewinnende historische Tendenz. Sie macht sich vor allem in den entwikkelten kapitalistischen Ländern bemerkbar."[36]

Als Beleg wird angeführt die Entwicklung kooperativer Föderationen und der Aktiengesellschaften, „in denen sich ein großer Teil der Aktien in den Händen der Mitarbeiter befindet." Ich lasse das hier unkommentiert und wende mich Pletnikows Kollegen Schendrik zu, der in der gleichen Moskauer Zeitschrift „Dialog" publiziert und dessen Beitrag „*Das Sozialismusbild der Klassiker des Marxismus-Leninismus*" ebenfalls von Willi Gerns für die Marxistischen Blätter übersetzt wurde[37].

Schendrik schreckt selbst vor plumpesten Fälschungen nicht zurück. Er schreibt:

> „Im 'Manifest der Kommunistischen Partei' wird die künftige Gesellschaft als ein soziales System beschrieben, in dem es kein kapitalistisches Privateigentum geben, individuelles, selbsterarbeitetes Eigentum jedoch kraft des Umstandes bewahrt wird, daß dieses die ökonomische Grundlage 'aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde'."[38]

Hier konnte die Redaktion der Marxistischen Blätter nicht umhin in einer Fußnote anzumerken:

> „Die Deutung der zitierten Worte durch den Autor scheint uns nicht exakt zu sein. Marx und Engels äußern hier nicht ihren eigenen Standpunkt. Es handelt sich vielmehr um eine Passage aus der Wiedergabe eines gängigen Vorwurfs von Kritikern der Kommunisten."[39]

Hätte die Redaktion doch auch die anderen Zitate überprüft! So schreibt Schendrik über Engels:

> Die Erfahrungen der Genossenschaften in Deutschland erforschend stellt er fest, „daß wir beim Übergang in die volle kommunistische Wirtschaft den genossenschaftlichen Betrieb als Mittelstufe in ausgedehntem Maß werden anwenden müssen". Engels deklariert so den Pluralismus der Eigentumsformen, der in den frühen Arbeiten der Klassiker kategorisch abgelehnt wurde.[40]

Jetzt hören wir Engels selbst:

> „Und daß wir beim Übergang in die volle kommunistische Wirtschaft den genossenschaftlichen Betrieb als Mittelstufe in ausgedehntem Maß werden anwenden müssen, daran haben Marx und ich nie gezweifelt. Nur muß die Sache so eingerichtet werden, daß die Gesellschaft, also zunächst der Staat, das Eigentum an den Produktionsmitteln behält und so die Sonderinteressen der Genossenschaft, gegenüber der Gesellschaft im ganzen, sich nicht festsetzen können."[41]

So sieht der Pluralismus der Eigentumsformen bei Engels aus. Die Verfälschung des Leninschen Genossenschaftsplans, die wir ja bereits bei Pletnikow gefunden haben, führt Schendrik weiter:

> „Die neue Gesellschaft stellt sich Lenin als eine Gesellschaft dar, in der das Wertgesetz und das Prinzip der Bezahlung nach der Quantität und Qualität der Arbeit wirksam sind, in der ein Pluralismus der Eigentumsformen existiert, in der es einen starken Staat gibt, der Apparat der Staatsangestellten jedoch unter strenger Kontrolle des Volkes steht, in der die Werktätigen über das System der Sowjets und gesellschaftlichen Organisationen aktiv an der Leitung teilnehmen."

Was hier den russischen „Kommunisten" von ihren Ideologen vorgebetet wird, ist Bernstein, Godesberg und Schröder-Blair-Papier in einen Aufwasch. Rußland fehlte, um wieder sozialistisch zu sein, anscheinend nur - Putin!

---

36 ebenda

37 Anatoli Schendrik, Das Sozialismusbild der Klassiker des Marxismus-Leninismus, in Marxistische Blätter 1-98

38 Schendrik in: Marxistische Blätter 1-98, S. 46

39 Marxistische Blätter 1-98, S. 50

40 Schendrik in: Marxistische Glätter 1-98, S. 48

41 Engels, Brief an Bebel vom 20.-23.1.1886 in: MEW 36, S.426

Ausblick

Manfred Szameitats Aufsatz schließt:

„Die allseits beklagten Demokratiemängel der früher herrschenden kommunistischen Parteien und sozialistischen Staaten waren - so die hier vorgetragene These - denn auch nicht einfach Resultat subjektiver Schwächen der politisch Verantwortlichen oder geschichtliches Ergebnis der besonderen Entwicklung der Sowjetunion. Sie waren vielmehr Resultat der Notwendigkeit, die ökonomische Entwicklung im Namen der Gesamtgesellschaft gestalten zu müssen, ohne dazu außerpolitische, ökonomisch-instrumentelle Mittel zur Hand zu haben."[42]

Klopfen wir diese „Notwendigkeit" ab. Nach der Seite des Fehlens der außerpolitischen, ökonomisch-instrumentellen Mittel ist die Aussage richtig, wie wir oben gesehn haben. Die Versuche, solche ökonomisch-instrumentellen Mittel zu schaffen, führen zurück zur Herrschaft der Sachen, zur gesellschaftlichen Herrschaft der Sachzwänge, zum Privateigentum, zur idiotischen[43] Produktionsweise des Kapitalismus. Andererseits bleibt die Ersetzung des Terrors der Ökonomie durch den Terror der Politik auf Dauer ebenso unhaltbar. Es bleibt nur, die „Notwendigkeit, die ökonomische Entwicklung *im Namen* der Gesamtgesellschaft gestalten zu müssen," selbst aufzuheben. Die Gesellschaft selber muß ihre Angelegenheiten regeln und die Gesellschaft ist nichts anderes als die Assoziation der gesellschaftlichen Individuen. Kommunistische Vergesellschaftung kann nur bewußt vollzogen werden, dies eben unterscheidet sie von allen historischen Vorformen menschlicher Vergesellschaftung.

Der bisherige Kommunismus hat sich wesentlich entwickelt vom Standpunkt der abstrakt gefaßten Gesellschaft und damit korrespondierend vom Standpunkt des von seiner Gesellschaftlichkeit losgelösten Klassen-individuums. Er hat die Praxis gespalten in die großen, hehren, gesellschaftlichen Ziele, denen gegenüber der Einzelne ein Nichts ist, und in den „Kampf ums Teewasser", der an der persönlichen Betroffenheit gerade des seiner Gesellschaftlichkeit entfremdeten Klassenindividuums ansetzt. Der künftige Kommunismus wird auszugehen haben von einem Standpunkt, der die Gesellschaft konkret faßt, als das gesellschaftliche Individuum.[44]

Der heutige Kapitalismus hat mit den elektronischen Netzen und der Möglichkeit von Just-in-time-Produktion die Produktivkräfte entwickelt, die eine nach den Bedürfnissen der Produzenten geplante unmittelbar gesellschaftliche Produktion ermöglichen; und zwar mit einer direkten, alle einschließenden Form der Planung, die mit den staatlichen Plankommissionen des ersten Anlaufs nur noch wenig gemein hat.

42 Marxistische Blätter 2-97, S. 87

43 von griechisch ιδιωτης = Privatmann

44 Diesen Gedanken habe ich näher ausgeführt und begründet in: Kommunistische Streitpunkte Nr. 3, S. 5 ff

Vollrat Neuman

Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft ? - Aber nur ohne Marx und Engels !

Der in der UZ vom 20. 11. 1998 im Rahmen der *Sozialismus-Debatte* unter dem Titel *„Warenproduktion und Markt im Sozialismus"* zur Diskussion gestellte Auszug aus einem Aufsatz von Prōfessor *Pletnikow* gebietet es, einen schon lange fälligen *Streit um Grundsätzliches* nun endlich mit aller notwendigen Schärfe auszutragen. Dies ist um so mehr erforderlich, als wir jetzt in die Debatte um unser *neues Parteiprogramm* eintreten wollen. Diese *Programmdebatte* können wir aber nur sinnvoll führen, wenn wir bereit sind, den in der Diskussion um die Sozialismusvorstellungen der DKP offen zutage getretenen *Gordischen Knoten der theoretischen Konfusion* auch zu *zerschlagen*, statt unter Einsatz von Unmengen an Kompromiß-Leim seine längst fällige Paradoxie-Explosion immer weiter hinauszuzögern.

Es geht hier nicht darum, Pletnikows Ansichten in allen Einzelheiten zu kritisieren. Es geht vielmehr darum, daß Pletnikow und andere als moderne Marxisten geltende Theoretiker (und mit ihnen vieleicht sogar die Mehrheitsströmung der ganzen kommunistischen Weltbewegung) die behandelten Probleme historisch *falsch* einordnen, bzw., den historischen Entwicklungsabschnitt, in welchem diese Probleme existieren, mit dem hierfür *falschen* Namen „Sozialismus" oder „sozialistische Gesellschaft" etikettieren. Es geht hier also wesentlich um das, was Pletnikow erklärtermaßen selbst will, nämlich um *„begriffliche Korrektheit"* !

Mit unkorrekter Begrifflichkeit läßt sich offenkundig keine wissenschaftliche Theorie bilden. Falsche Begrifflichkeit führt zu falscher Theorie, schwammige

Begrifflichkeit zu theoretischer Unklarheit, und paradoxe Begrifflichkeit führt zu theoretischer Konfusion. Anschließend führt dann mangelhafte Theorie zu mangelhafter Programmatik und diese wiederum zu mangelhafter Praxis. Marx entschiedene Forderung, in theoretischen Fragen keinerlei Kompromisse zu machen, können wir also nur gerecht werden, wenn wir die von Marx und Engels entwickelte korrekte Begrifflichkeit als unabdingbare Voraussetzung jeder marxistischen Theoriebildung streng beachten, also die „begriffliche Korrektheit" (Pletnikow) als Grundlage der theoretischen Korrektheit niemals preisgeben.

Von daher ist das nachfolgende als *begriffliche Fundamentalkritik* nicht nur an Pletnikow, sondern an der ganzen begriffs*revisionistischen*, theorie*konfusionierenden* und programmatik*vernebelnden* Strömung innerhalb der kommunistischen Bewegung zu verstehen.

1. Was ist eigentlich „Der Sozialismus" ?

Da Marx und Engels ihre Ansichten anfänglich überhaupt *nicht* als *„sozialistisch"*, sondern *ausschließlich* als *„kommunistisch"* bezeichneten (siehe „Manifest"), ist zuerst zu fragen, was ist eigentlich „Der Kommunismus" bei Marx und Engels:

> „Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt." (MEW Bd. 3, S. 35, Hervorhebungen im Original)

„Der Kommunismus" war für Marx und Engels also die soziale Bewegung, welche die kapitalistische Klassengesellschaft aufhebt, - nicht jedoch (und ebensowenig wie „Der Sozialismus") ein Name zur Bezeichnung einer zukünftigen Gesellschaftsordnung. „Kommunismus" ist daher der korrekte Begriff für die revolutionäre Emanzipationsbewegung der proletarischen Klasse, für die Marx und Engels Partei ergriffen hatten.

Dagegen wurde *„Der Sozialismus"* in fast allen seinen mannigfaltigen Erscheinungsformen von Marx und Engels stets kritisiert, - allerdings mit einer wichtigen Ausnahme: Diese Ausname ist der *proletarisch-revolutionäre* Sozialismus, denn dieser Sozialismus ist die revolutionäre Bewegung des Proletariats, - daher ist *dieser Sozialismus* genau dasselbe wie der *Kommunismus*. (MEW Bd. 7, S. 89f)

2. Was ist der Sozialismus außerdem noch?

Bei Marx und Engels gehört zu einer *praktischen*, sozialen oder politischen *Bewegung* auch ein *theoretischer Ausdruck* dieser Bewegung.

Der theoretische Ausdruck der noch jungen, unreifen Arbeiterbewegung seit der Französischen Revolution von 1789 war zunächst der *„utopische* Sozialismus", bzw. der *„utopische* Kommunismus". Spätestens seit dem Erscheinen des „Manifest der kommunistischen Partei" im Jahre 1848 ist der *„wissenschaftliche* Sozialismus", bzw. der *„kritische* Kommunismus" (MEW Bd. 21, S. 215) von Marx und Engels der theoretische Ausdruck der revolutionären Arbeiterbewegung, also der kommunistischen Bewegung.

Die Worte „Sozialismus" und „Kommunismus" haben also eine Doppelbedeutung:

In der *allgemeinen* Bedeutung ist „Sozialismus-Kommunismus" die revolutionäre Bewegung des Proletariats, also die *praktische* sozialistisch-kommunistische *Bewegung*.

In einer *besonderen* Bedeutung ist „Sozialismus-Kommunismus" der theoretische Ausdruck dieser Bewegung, also die sozialistisch-kommunistische *Theorie*. Die besondere Bedeutung im letzteren Sinne wird häufig durch Beifügung der Worte *„wissenschaftlich"* oder *„kritisch"* kenntlich gemacht.

Der „wissenschaftliche Sozialismus" oder „kritische Kommunismus" ist die dialektisch-materialistische Lehre von den historischen Bedingungen der Selbstbefreiung des Proletariats. Nach den Worten von *Engels* trägt diese Lehre zu recht den Namen von *Marx* (MEW Bd. 21, S. 291f). Der *Marxismus schließt* mit seiner proletarisch-revolutionären Emanzipations-Strategie *die große Kluft* zwischen dem Elend der Gegenwart und dem Heil der Zukunft, welche der utopische Sozialismus mit seinen zwar hehren, aber hilflosen Idealen nicht zu überbrücken vermochte.

3. Was ist der Sozialismus überhaupt nicht ?

„Der Sozialismus" und „Der Kommunismus" waren für Marx und Engels *keine* Namen zur Bezeichnung einer zukünftigen *Gesellschaftsordnung*!

Für die Gesellschaftsformation der Zukunft, die das Resultat der radikalen Negation der kapitalistischen Produktionsweise und der revolutionären Aufhebung der bürgerlichen Klassengesellschaft sein wird, und die daher das bewußte *Ziel* und der höchste *Zweck* der kommunistischen Bewegung ist, hatten Marx und Engels *verschiedene Namen* in Gebrauch:

- Im „Manifest" heißt es: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt *eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.*" (MEW Bd. 4, S. 482, Hervorhebung V.N.)
- Häufig verwenden Marx und Engels die schlichte Bezeichnung *„klassenlose Gesellschaft"*. (MEW Bd. 4, S. 596; MEW Bd. 28, S. 507f)
- Auch reden sie nicht ungern von der *„kommunistischen Gesellschaft"*. (MEW Bd. 38, S. 128; MEW Bd. 19,

S. 28; MEW Bd. 19, S. 19-21)

- Selbst der Ausdruck *„sozialistische Gesellschaft"* kommt in Anwendung (MEW Bd. 19, S. 6f; MEW Bd. 37, S. 447), wenn auch manchmal in einer indirekten Weise, die anscheinend eine kritische Differenz ausdrükken soll.

So umschreibt Marx in der „Kritik des Gothaer Programms" den im kritisierten Programmentwurf verwendeten Ausdruck „sozialistische Gesellschaft", indem er einfach deutsch redet:

> „Innerhalb der *genossenschaftlichen*, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten *Gesellschaft* tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf die Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren." (MEW Bd. 19, S. 19f, Hervorhebung V.N.)

Im Anschluß an dieses Zitat verwendet Marx dann durchgängig den Ausdruck *„kommunistische Gesellschaft"*.

Wichtig ist, an dieser Stelle festzuhalten, daß es bei Marx und Engels offensichtlich *keinerlei Begriffsunterschied* zwischen den verschiedenen Ausdrücken gibt: - *„klassenlose Gesellschaft"*, *„sozialistische Gesellschaft"* und *„kommunistische Gesellschaft"* sind nur drei *verschiedene Namen* für *ein und dieselbe Gesellschaftsformation*! Insofern ist es im Sinne von „begrifflicher Korrektheit" im Umgang mit marxistischer Terminologie völlig in Ordnung, anstelle von „der ersten Phase der *kommunistischen* Gesellschaft" und „einer höheren Phase der *kommunistischen* Gesellschaft" in absolut *synonymer* Weise auch von „der ersten Phase der *sozialistischen* Gesellschaft" und „einer höheren Phase der *sozialistischen* Gesellschaft" oder von „der ersten Phase der *klassenlosen* Gesellschaft" und „einer höheren Phase der *klassenlosen* Gesellschaft" zu reden. Alle drei Ausdrucks-Paare sind dem Inhalt der gemeinten Sache nach ein und derselbe Begriff.

Wenn diese Wahrheit in der kommunistischen Bewegung Allgemeingut würde, dann wären allerdings alle revisionistischen *Wunschträume* nach einer *sogenannten* „sozialistischen Gesellschaft" mit Privateigentum an Produktionsmitteln, mit Warenproduktion und Markt, mit Wertgesetz und Geld, sowie mit Klassen und Staat entgültig erledigt. Für diese Wahrheit haben Marx und Engels seit dem Jahre 1843 ihr Leben lang gestritten!

4. Was ist eine sozialistische Gesellschaft?

Marx und Engels haben niemals einen Zweifel daran gelassen, daß eine *klassenlose* oder *sozialistische* oder *kommunistische* Gesellschaft wesentlich darauf gegründet ist, daß *alle* Produktionsmittel Eigentum des Gemeinwesens sind !

Aus diesem *Grundmerkmal einer sozialistischen Gesellschaft* folgt ökonomisch (da das Privateigentum an Produktionsmitteln *vollständig* überwunden ist), daß *keine* Privatproduktion (Warenproduktion) und demgemäß auch *kein* Austausch (Verkauf und Einkauf) der Produkte auf einem Markt mehr stattfinden können. Da die Produkte der gesellschaftlichen Gesamtarbeit *nicht mehr* privat angeeignet werden, verbleiben sie zu einem Teil zum Zwekke gemeinschaftlicher Nutzung im Gemeineigentum und werden zum anderen Teil zum Zwecke individueller Bedürfnisbefriedigung unter die Mitglieder des Gemeinwesens verteilt, gehen also ohne Privataustausch in persönliches Eigentum über.

Weil es überhaupt keine Waren (Gebrauchswerte *mit* Tauschwert) mehr gibt, sondern nur noch Güter (Gebrauchswerte *ohne* Tauschwert), ist natürlich auch die eine besondere Ware verschwunden, die den Namen „Geld" trägt, und deren ehemaliger Gebrauchswert, gegen alle anderen Waren unmittelbar austauschbar zu sein, nun überhaupt nicht mehr zu gebrauchen ist. In einer Welt ohne Waren, ohne Markt und ohne Tauschwert, hat natürlich selbstredend auch das Wertgesetz die Existenzbedingungen für seine Gültigkeit vollständig eingebüßt.

Das *Wesensmerkmal einer sozialistischen Ökonomie* besteht darin, daß auf der Grundlage des *Gemeineigentums an allen Produktionsmitteln* und unter Anwendung der *unmittelbaren Arbeitszeitrechnung* in der sozialistischen Buchführung (anstelle der Wert- bzw. Geldrechnung in der kapitalistischen Buchhaltung) eine *gesamtgesellschaftliche Planung* der Produktion und anschließende *kommunistische Verteilung* der produzierten Güter (bei individuellen Konsumgütern nach Bedürftigkeit und Arbeitsleistung, später nach Bedürfnissen) verwirklicht ist. Es wird niemanden mehr interessieren, wieviel Geld die Herstellung einer Ware gekostet hat, aber es wird alle interessieren wieviel Arbeitszeit die Herstellung jedes Produkts und aller produzierten Güter gekostet hat, denn bei möglichst breiter und gleichmäßiger Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf alle Arbeitsfähigen, heißt weniger Arbeitszeitkosten für das einzelne Produkt eben zweierlei: erstens bessere Güterversorgung für alle, und zweitens weniger Arbeitszeit für alle. MEW Bd. 42, S.105; MEW Bd. 23, S. 92f)

Außer als Größe für die Produktionsplanung dient die Arbeitszeit in der ersten Phase der sozialistischen Gesellschaft auch noch als ein Kriterium für die Verteilung der Konsumgüter für den individuellen Gebrauch. Wer braucht da zu allem Überfluß noch ein Wertgesetz ?

5. Die revolutionäre Übergangsperiode vor der sozialistischen Gesellschaft

Marx und Engels haben auch keinen Zweifel daran gelassen, daß das Proletariat sich nicht wird befreien können, ohne zugleich alle Klassenunterschiede aufzuheben; und daß das Ziel der Aufhebung aller Klassen es erforderlich macht, die bürgerliche Gesellschaft einer vollständigen sozialen Revolution zu unterwerfen, in deren Entwicklungsverlauf nach und nach sämtliches Privateigentum an Produktionsmitteln in Gemeineigentum überführt werden muß.

Ferner steht nach Marx und Engels unzweifelhaft fest, daß das Proletariat genötigt sein wird, als ersten Schritt dieser Arbeiterrevolution die Diktatur der Bourgeoisie (Oligarchie) zu stürzen und sich selbst als große Volksmehrheit die Staatsgewalt anzueignen (Demokratie).

Die Erkämpfung der Demokratie als erster Schritt der Arbeiterrevolution ist die unabdingbare Voraussetzung für alle weiteren Schritte des Entwicklungsprozesses der sozialen Revolution des Proletariats, deren wesentlichster Inhalt eben darin besteht, sukzessive alle Produktionsmittel in gesamtgesellschaftliches Eigentum zu überführen und damit gegen Ende der revolutionären Übergangsperiode alle Klassenunterschiede aufzuheben.

Am Ende des revolutionären Entwicklungsprozesses folgt dann auch das Absterben des Staates, als eines Gewaltapparates zum Zwecke der Klassenunterdrückung, weil es am Ende der Revolution eben keine Klassen mehr geben wird. Das Ende der (vorsozialistischen!) revolutionären Übergangsperiode zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft ist zugleich der Anfang der (nachrevolutionären!) ersten Phase der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft.

6. Weg und Ziel des Klassenkampfs

Bei Marx und Engels sind erstens *„die revolutionäre Übergangsperiode zwischen kapitalistischer und kommunistischer Gesellschaft"* und zweitens *„die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft"* zwei einerseits qualitativ grundverschiedene und andererseits historisch nacheinander folgende gesellschaftliche Entwicklungsabschnitte.

Das vollständige Durchlaufen der revolutionären Übergangsperiode ist die historisch notwendige Voraussetzung für das Ankommen in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft. Die „revolutionäre Übergangsperiode" bezeichnet also den *Weg*, und die „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft" bezeichnet das *Ziel* des revolutionären Emanzipationskampfs der proletarischen Klasse.

Während des historischen Entwicklungsverlaufs der revolutionären Übergangsperiode existiert (mit abnehmender Tendenz) immer noch Privateigentum an Produktionsmitteln. Außerdem sind auch noch für einige Zeit Übergangsformen zwischen Privateigentum und Gemeineigentum möglich, z.B. Genossenschaftseigentum. Demgemäß ist während der Übergangsperiode auch Warenproduktion, Warentausch innerhalb des privaten sowie zwischen privatem und staatlichem Wirtschaftssektor, damit auch eine *relative* Gültigkeit der Marktgesetze und somit des Wertgesetzes am Anfang fast gar nicht und selbst gegen Ende der Übergangsperiode nicht vollkommen auszuschließen. Demgemäß existieren natürlich auch noch unterschiedliche Klassen (wenn auch mit abnehmender Tendenz) und Klassengegensätze und Klassenkämpfe (*nicht durchgängig* mit abnehmender Tendenz) und ein Staat der revolutionären Demokratie des Proletariats. Es ist eben ein historischer Übergangsprozeß der bei aller unvermeidlichen Koexistenz und sogar notwendiger Kooperation doch den Charakter einer sich wechselseitig absolut ausschließenden *Konkurrenz* zwischen Altem und Neuen hat.

Mit dem Eintritt in die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft jedoch hat es mit allen diesen Übergangsphänomenen ein Ende. Die *revolutionäre* Entwicklung der Gesellschaft ist abgeschlossen und es beginnt das Zeitalter der friedlichen *evolutionären* Entwicklung der klassenlosen Gesellschaft. (MEW Bd. 4, S. 182)

7. Konfusion und Eklektizismus

Obwohl Marx und Engels an vielen Stellen ihres Werkes den Unterschied und Zusammenhang von *Weg* und *Ziel* des proletarischen Freiheitskampfs klar und überzeugend dargelegt haben, so erfährt man doch von marxistischen Theoretikern unseres Jahrhunderts desto weniger davon, je älter dieses Jahrhundert wird. Die meisten waren offensichtlich so sehr mit dem „Weiterentwickeln" des Marxismus beschäftigt, daß sie darüber ganz vergessen haben, *was* das eigentlich ist, das sie da ursprünglich einmal weiterentwickeln wollten.

Fast nie wird zwischen dem *Weg* der revolutionären Übergangsperiode und dem *Ziel* der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft unterschieden. Vielmehr wird ziemlich regelmäßig so getan, als sei beides (also Weg und Ziel) ein und dasselbe, indem beides unter dem Namen eines sogenannten „Sozialismus" zu einem doch recht *mystischen* Gebilde zusammengefaßt wird.

Prüft man einmal nach, was dieser „Sozialismus" denn eigentlich sein soll, so hört man nicht selten die Definition: „Der Sozialismus ist die niedere Phase des Kommunismus." Fragt man weiter nach den Wesensmerkmalen dieses sogenannten „Sozialismus", so erfährt man, daß *dieser* „Sozialismus" *keines* der Wesensmerkmale der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft aufweist, *bis auf ein einziges*, nämlich seinen nachrevolutionären und damit rein evolutionären Charakter. Im übrigen besitzt *dieser* „Sozialismus" dann *alle* Wesensmerkmale der revolu-

tionären Übergangsperiode (nämlich in erheblichem Umfang Privateigentum, Warenproduktion, Markt, Wertgesetz, Klassen, Staat, ect.), *nur eines* der Wesensmerkmale *nicht*, nämlich den revolutionären Charakter, - weil man nämlich kurzerhand *den langwierigen Gesamtprozeß* der sozialen Revolution des Proletariats definitorisch *auf den ersten Schritt* dieser Revolution, den Akt der politischen Machtergreifung des Proletariats, *verkürzt* hat. Der zweite und jeder weitere Entwicklungsschritt der proletarischen Revolution gehört dann definitionsgemäß nicht mehr zur Revolution, sondern zum *sogenannten* „Sozialismus" und ist damit keine Revolution mehr, sondern nur noch reine Evolution.

Kann es sein, daß hier eine Anpassung der Theorie an eine verunglückte Praxis stattgefunden hat? *Eine solche Theorie wäre dann nur dazu „gut", die verunglückte Praxis noch tiefer ins Unglück zu stürzen.*

Jedenfalls bringen die modernen Marxisten folgendes fertig:

- weil den modernen Marxisten an der revolutionären Übergangsperiode anscheinend nur alles revolutionäre nicht ins Konzept paßt, wird dieses kurzerhand liquidiert;
- weil ihnen an der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft im wesentlichen nur das kommunistische utopisch erscheint, wird auch dieses liquidiert;
- anschließend werden die beiden verbliebenen Reste zu einer Einheit (eigenständige Gesellschaftsformation) zusammengefaßt und bekommen das Etikett „Sozialismus" aufgeklebt;
- zum Schluß versuchen die modernen Marxisten dann auch noch, dem Proletariat (oder dem Kleinbürgertum?) diese eklektische Konfusion als Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft schmackhaft zu machen.

Wenn die modernen Marxisten fast alle Eigenschaften der (vorsozialistischen!) revolutionären Übergangsperiode in die (nachrevolutionäre) erste Phase der klassenlosen sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft hineinprojezieren, dann projezieren sie damit auch den Weg in das Ziel hinein. Das Ziel wird damit theoretisch und programmatisch vom Weg liquidiert. Der (ziellos gewordene) Weg ersetzt damit das fehlende Ziel.

Die modernen Kommunisten sind damit genau dort angekommen, wo der alte Revisionist Eduard Bernstein die alten Sozialisten schon immer hinhaben wollte !

8. Und was ist nun mit Pletnikow ?

Manches von dem, was der Genosse Pletnikow in seinem Aufsatz vorträgt, ist durchaus nicht abwegig. Wir sollten uns mit diesen Problemen theoretisch befassen und werden uns hoffentlich in Zukunft auch praktisch damit auseinanderzusetzen haben.

Aber alles was Professor Pletnikow zu Warenproduktion, Marktökonomie und Wertgesetz sagt, das alles können keine Probleme einer sozialistischen Gesellschaft sein. Diese Probleme gehören nämlich alle zum historischen Vorfeld einer sozialistischen Gesellschaft. Es handelt sich hierbei um Probleme, mit denen das Proletariat im Verlaufe der historischen Entwicklung der *(vorsozialistischen!) revolutionären Übergangsperiode* wird umgehen müssen.

Eine sozialistische Gesellschaft im Sinne der *„begrifflichen Korrektheit" (Pletnikow)* der Lehre von Marx und Engels wird derartige Probleme überhaupt nicht mehr haben können, *weil* diese Probleme zum historischen Zeitpunkt des Anfangs der sozialistischen Gesellschaft (an dem die Menschheit ihre *eigentliche Geschichte* beginnt, indem sie die Grenze zwischen dem Reich der Notwendigkeit und dem *Reich der Freiheit* überschreitet) dann allesamt zusammen mit der ganzen Übergangsperiode der Vergangenheit angehören werden !

9. Und was ist mit dem „real existierenden Sozialismus" ?

Der „Sozialismus" im Sinne des Begriffs von Marx und Engels, d. h. die *„sozialistische Bewegung"* existiert real in mittlerweile so ziemlich allen Ländern. Demnach sind annähernd alle Länder auch „Länder des real existierenden Sozialismus"! Was allerdings zur Vervollkommnung noch fehlt, das ist die dazugehörige sozialistisch-kommunistische Internationale!

Eine real existierende *„sozialistische Gesellschaft"* im Sinne begrifflicher Korrektheit der Lehre von Marx und Engels ist jedenfalls auf diesem Planeten leider bisher noch nirgends entstanden !

Was auf einem Teil der Oberfläche dieses Planeten allerdings schon entstanden (und teilweise leider auch wieder vergangen) ist, das ist die historische Höhe eines gesellschaftlichen Entwicklungsniveaus, das man im Sinne der Begrifflichkeit von Marx und Engels durchaus bezeichnen könnte als: „real existierende revolutionäre Übergangsperiode zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft"!

Vollrat Neumann, Hamburg

Werner Imhof

Zur möglichen Praxis kommunistischer Produktion

- eine Auseinandersetzung mit einigen Vorstellungen über eine „Ökonomie der Zeit"

Lieber Freund,

ich hatte Dir versprochen, den alten „Beitrag zur Perspektivdebatte" vom Januar 96 noch mal nachzulesen und zu kommentieren, genauer: die Ausführungen auf S. 5 und 6 zur Praxis des Als ob und zur Ökonomie der Zeit. Ich gehe die Punkte 1 bis 13 mal kursorisch durch, um deutlich zu machen, wo Konsens und wo Dissens besteht.

Vorweg: Du bezeichnest den „Mehrwert als Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und dem Wert der Arbeit, den die Arbeitskraft produziert hat".

Vielleicht nur eine unüberlegte Formulierung, die Du heute nicht mehr wiederholen würdest. Vielleicht aber auch ein grundlegender Irrtum. Deshalb dies: Arbeit hat keinen „Wert", sie selbst ist es, die als Wert(eigenschaft) der Produkte (Waren) erscheint. Statt Wert und Mehrwert in Arbeit und Mehrarbeit aufzulösen, verfährst Du umgekehrt, legst der Arbeit einen „Wert" zugrunde und bringst dann noch die Ebenen durcheinander. Entweder ist von Mehrarbeit als Differenz zwischen der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Arbeit und der insgesamt geleisteten Arbeit zu reden. Oder vom Mehrwert als Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft (bzw. dem des Produktteils, in dem sich die notwendige Arbeit verkörpert) und dem Wert des Gesamtprodukts. Ich vermute, die Vorstellung eines „Arbeitswerts" ist die Grundlage dafür, daß Du nicht davon loskommst, einen „Inhalt des Werts" auf eine kommunistische Produktionsweise übertragen zu wollen.

Zur Methode des Als ob. Um den Übergang zu kommunistischer Produktion und Verteilung als mögliche Praxis oder praktische Möglichkeit zu simulieren, sind zwei Bedingungen einzuhalten: 1. Die Voraussetzungen, auf denen die Simulation beruht, dürfen nicht willkürlich oder erdacht sein, sondern sind ausschließlich als logische Möglichkeiten aus der (Kritik der) heutigen Realität abzuleiten (was die Reflexion der Bedingungen einschließt, unter denen die logische Möglichkeit praktische Wirklichkeit werden könnte). 2. Die Simulation selbst muß sich auf logisch naheliegende oder mögliche Schlußfolgerungen beschränken, d.h. darauf verzichten, mögliche oder erwünschte Entwicklungen oder Maßnahmen als zwangsläufige darzustellen.

Vorwegnehmend stelle ich schon mal fest, daß Du beide Bedingungen weder einhältst noch reflektierst.

Deine Voraussetzungen: die „Aneignung der Produktionsbedingungen durch die Lohnsklaven und dadurch Enteignung der Enteigner (zumindest in den Metropolen) und Abschaffung des Privateigentums" an den Produktionsmitteln. Die Parenthese finde ich schon zu weitgehend. Ich sehe nicht, warum der Übergang zu kommunistischer Produktionsweise in Europa an den gleichzeitigen Übergang in Nordamerika und Japan (oder SO-Asien) gebunden sein sollte. Aber selbst wenn die Voraussetzungen in den Metropolen gegeben wären, wäre noch ein weiter Weg zu „einer freien globalen Gesellschaft", die Du im Folgenden ja auch selbst wieder relativierst. Im übrigen impliziert die Aneignung der Produktionsbedingungen durch die (ehemaligen) LohnsklavInnen, daß diese sich in geeigneter Weise assoziieren, vereinen oder organisieren. Die Form(en) dieser Assoziation wäre(n) ein Thema für sich. Das Prinzip der Räteorganisation ist m.E. aber keine hinreichende Basis mehr.

Und noch was: Daß die „'Ökonomie der Zeit'" die „adäquate ökonomische Theorie dieser neu zu entwickelnden Gesellschaftsformation" wäre oder zu sein hätte, ist eine selbst nicht begründete Prämisse, die zudem Deiner eigenen Aussage widerspricht, daß es „das rechte Maß für den Verbrauch an natürlichen Ressourcen zu finden" gelte. Eins von beiden: Entweder regiert die „Ökonomie der Zeit" (als Praxis, einer besonderen „Theorie" bedarf es nicht) ohne Rücksicht auf die Begrenztheit der nicht erneuerbaren und die Regenerationsrate der erneuerbaren Ressourcen, also ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen der Mit- und Nachwelt - dann würde ich dieser „Gesellschaftsformation" den Titel „kommunistisch" absprechen. Oder die Ökonomie der Zeit hat ihre Grenzen im zulässigen, global verallgemeinerbaren „Naturverbrauch", dann ist sie einer Ökonomie der Nachhaltigkeit untergeordnet.

Eine dritte Einschränkung: Selbst in den entwickeltsten Industrieländern würde die Abschaffung allen Privateigentums an Produktionsmitteln kaum auf einen Schlag möglich sein, würde es Betriebe (in erster Linie kleine) geben, deren Arbeit und Leitung sich nicht sofort direkt gesellschaftlich organisieren ließen. Man kann das aber zunächst außer Acht lassen, um die Eigenarten und Probleme einer kommunistischen (Re-)Organisation der gesellschaftlichen Arbeit erst in „Reinform" zu durchdenken, ehe man auf wahrscheinliche Modifikationen eingeht. Ich meine, man muß es sogar, um überhaupt erst die prinzipielle Orientie-

rung zu klären. Und anders als Daniel behauptet, müssen die Produkte der direkt gesellschaftlichen Arbeit, die gegen die eines privaten Sektors getauscht werden, auch keineswegs Waren- und Wertform annehmen. Aber darüber werde ich mich anderweitig auslassen.

Die vereinten (ehemaligen) LohnsklavInnen haben sich - so die Voraussetzung - also die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen angeeignet. Wie sie ihre Freiheit praktisch nutzen könnten, wäre nun aus der Kritik der gegebenen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu entwikkeln. Statt dessen läßt Du sie beginnen mit einer:

Bestandsaufnahme:
1 Erfassung der Zeitfonds, die in Produktion und Austausch verausgabt werden, geordnet entsprechend den Bedürfnissen, die die Gebrauchswerte befriedigen, die in diesen Arbeitszeiten hergestellt werden.

Eine solche Bestandsaufnahme würde aber nach der Aneignung der Produktionsbedingungen überflüssig sein, weil sie eine ihrer Voraussetzungen wäre, nur nicht als Gegenstand „positiver" Datenerhebung, sondern der Kritik.

Eine kommunistische Revolution könnte gar nichts anderes sein als ein Aufstand gegen die Art und Weise, wie der Kapitalismus mit dem (nicht „den", Plural) Zeitfonds der Gesellschaft Schindluder treibt, weil er einen wachsenden Teil der (potentiellen) gesellschaftlichen Arbeitskraft zur Untätigkeit verdammt und verkommen läßt, ihren aktiven Teil nur zu arbeiten erlaubt, um Gratisarbeit zu leisten (wobei ein erheblicher Teil der gesellschaftlichen Arbeit nur dafür draufgeht, die diversen Formwechsel des Kapitals, eben den Austausch, zu realisieren), die einem anderen Teil wiederum ein feines Leben ohne Arbeit gestattet, und weil die Produktion von Gütern und Dienstleistungen eben nicht an den Bedürfnissen aller Gesellschaftsmitglieder (schon gar nicht an den Lebensinteressen der Menschheit und künftiger Generationen) orientiert ist, sondern an der Aufrechterhaltung dieser parasitären Schindluderei.

Was die ehemaligen LohnsklavInnen nach der Aneignung der Produktionsbedingungen bräuchten, wäre nicht die penible Auflistung und Sortierung ihrer bisher aufgewandten (und vergeudeten) Arbeitszeit (das mag die Aufgabe eines Revolutionsmuseums sein), sondern eine Vorstellung davon, wie sie sinnvoller zu verteilen und einzusetzen wäre, also ein revolutionäres Programm. Und wenn sie darüber keinen annähernden Konsens haben, werden sie gar nicht erst zur Aneignung der Produktionsbedingungen kommen. Ein solches Programm als mögliche Praxis zu sondieren, sollte doch wohl der Sinn dessen sein, was Du eine „theoretische Praxis-des-als-ob" nennst. Doch die Praxis, die Du den gerade befreiten ProduzentInnen zumutest, ist weitere Inventurarbeit:

2 Auflistung der stofflichen und energetischen Inputs, der erzeugten Güter und Dienstleistungen, geordnet nach den Bedürfnissen, die durch ihre Konsumtion befriedigt werden.

Die stofflichen und energetischen In- und Outputs sind auch heute schon weitgehend bekannt, sowohl auf betrieblicher als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Sie zu erfassen, wäre sicher auch Aufgabe einer kommunistischen Gesellschaft, aber nicht als einmalige Bestandsaufnahme, sondern als permanente Buchführung oder Rechnungslegung im Interesse eines effizienten und nachhaltigen Verbrauchs der stofflichen und energetischen Naturressourcen. Sie aber (wie auch die verausgabte Arbeitszeit) nach Bedürfnissen zu sortieren statt wie bisher nach z.B. Produktklassen, Wirtschaftszweigen oder Konsumtionsbereichen, würde wenig Sinn machen, weil Bedürfnisse immer subjektiv bestimmt sind und schwerlich objektivierbare Unterscheidungskriterien hergeben (gleiche Produkte, z.B. PCs, können sehr unterschiedliche Bedürfnisse befriedigen).

3 Simulation der Wegstrecken, die die Arbeitsprodukte als Waren in der jetzigen überholten Produktionsweise durch die Gegend gekarrt werden.

Auch das ist bereits bekannt und wird auch in Zukunft bekannt sein. Warum also noch simulieren?

Und wozu überhaupt die ganze „Bestandsaufnahme"? Du gibst dafür keine unmittelbare Begründung. Sie ergibt sich aber aus der weiteren Darlegung Deiner Konzeption gesellschaftlicher Planung. Danach soll die „Bestandsaufnahme" „Anfangsdaten" für die „Produktionsplanung" liefern, die - basierend auf einem festgelegten, „bestimmten Konsumtionsbedarf" - die „hierzu notwendige Arbeitszeit ermittelt" und ihre „Verteilung ... auf die einzelnen Zweige des Wirtschaftens sowie unter den Gesellschaftsmitgliedern" regelt. Diese Konzeption ergibt sich allerdings nicht aus der Simulation möglicher gesellschaftlicher Praxis, sondern allein aus Deinem Kopf. Sie ist eine realitätsfremde Gedankenkonstruktion, die auf die unmögliche Praxis einer bürokratisch und zentral geplanten Produktion hinausläuft, in der die ProduzentInnen Objekte einer verselbständigten Planung wären (statt Subjekte ihrer eigenen planvollen Arbeit zu sein), auch wenn Du offensichtlich bemüht bist, ihre Subjektrolle zu retten. In der Unterscheidung zwischen geplanter und planvoller Gesamtarbeit ist der gesamte Dissens zwischen uns enthalten, und der ist alles andere als eine sprachliche Nuance, sondern ein Grundsatzstreit.

Wenn die (direkt und indirekt) Lohnabhängigen sich tatsächlich einmal vereinigen, um sich die Produktionsmittel anzueignen, dann sicher nicht zu dem Zweck, ihren Konsumtionsbedarf erst noch zu bestimmen und Anfangsdaten für ihre weitere Arbeit zu sammeln, sondern weil ihnen eben diese „Anfangsdaten", d.h. die gegebene Organisation, Intensität und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, unerträglich geworden sind und weil ihr Konsumtionsbedarf (der unbefriedigte und hoffentlich auch

der „überbefriedigte", Ressourcen verschwendende) sie dazu antreibt. Die Reorganisation der gesellschaftlichen Arbeit, ihre Umorientierung und Umverteilung, würde also von vornherein bewußtes Motiv und Ziel ihrer Revolution sein. Die konkreten Ziele und Formen dieser Reorganisation würden abhängen von der konkreten Situation, wenn sie denn kommt, von der Kritik an der bisherigen Organisation der Gesamtarbeit und von ihren eigenen Erfahrungen, die sie im Prozeß der Umwälzung sammeln. Sie würden, wenn sie es denn noch nicht wüßten, schnell merken, daß es unmöglich ist, diesen Prozeß (richtiger: diese Vielzahl ineinandergreifender Prozesse) in einem fertigen und detaillierten Gesamtkonzept mit fixen „Anfangs- und Enddaten" vorherzuplanen. Je nachdem, wie umfang- und folgenreich, wie kompliziert und langfristig die verschiedenen Maßnahmen zur angestrebten Reorganisation der Gesamtarbeit wären, je nachdem würde auch ihre Planbarkeit wechseln, würden die Modi und die Subjekte der Planung unterschiedlich ausfallen (müssen). Alle Planung aber würde grundsätzlich provisorischen Charakter behalten (müssen), immer angewiesen bleiben auf die Lern- und Anpassungsfähigkeit der plan- und verantwortungsvoll kooperierenden ProduzentInnen.

Man braucht doch nur eine einzige Maßnahme der Reorganisation auf ihre praktische Durchführung hin zu simulieren, also zu durchdenken, um zu erkennen, daß die Art und Weise, wie Du die Gesamtarbeit geplant und verteilt sehen möchtest, unmöglich und sinnlos ist. Nimm die „Verteilung der Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder". Sie auf alle verteilen zu wollen, ist schon mal eine Gedankenlosigkeit; sie könnte nur auf maximal alle Arbeitsfähigen verteilt werden. Mit einem bloßen Dekret aber wäre das nicht zu realisieren. Die Arbeitsfähigen müßten auch bestimmte konkrete Fähigkeiten und Qualifikationen haben bzw. erwerben, d.h. es wären vielfältige Aus- und Weiterbildungsprogramme und -institutionen zu schaffen, um bisher Arbeitslose, bisherige NichtarbeiterInnen und Leute mit aussterbenden, wegfallenden Berufen tatsächlich arbeitsfähig zu machen. Es könnten auch nicht alle Arbeitsfähigen einfach zur Ausbildung und Arbeit gezwungen werden. Für viele Frauen z.B. wären erst Bedingungen zu schaffen, die sie von der bisherigen Überlastung durch Hausarbeit und Erziehung befreiten. Die Gesamtzahl der in Produktion, Verteilung und Verwaltung zu integrierenden Personen wäre überdies abhängig von der Art und Weise, wie die bisherige Produktions- und Infrastruktur, die Produktionstechnik und Energiebasis und nicht zuletzt der alte Staatsapparat umgewälzt würden, und vom Tempo, in dem die bisherige Zirkulationssphäre in die gesellschaftlich kontrollierte Distribution umgewandelt würde. All diese verschiedenen Prozesse würden zudem lokal und regional wegen unterschiedlicher Ausgangsbedingungen auch unterschiedliche Ergebnisse bringen, so daß es schlicht und einfach absurd wäre, sie in einem Gesamtplan vorab fixieren zu wollen. (Im übrigen wird man unterstellen dürfen, daß die gesellschaftlichen Individuen sich demokratisch organisieren würden, etwa in sich selbst verwaltenden Kommunen, die auf der Basis dessen, was man heute „Subsidiaritätsprinzip" nennt, ihre Beziehungen im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung untereinander kooperativ koordinieren und nur solche Funktionen und Kompetenzen zentralisieren, bei denen das unbedingt nötig wäre.)

Der Haken ist, daß Du eine Praxis des Als ob ankündigst, sie aber tatsächlich nicht durchführst. Statt aus der Kritik der gegenwärtigen Organisation der Arbeit die mögliche Praxis ihrer Umwälzung zu simulieren, landest Du bei einer Aneinanderreihung vorgefertigter Gedanken, die mit der Realität eher zufällig oder wenig zu tun haben.

> *Planung und Umsetzung der Reorganisation der Gesamtarbeit als bewußt geplanter gesellschaftlicher Prozeß:*

Die Reorganisation der Gesamtarbeit sollte sich, wie gesagt, als Ziel der Aneignung der Produktionsbedingungen von selbst verstehen. Daß die Reorganisation zu planen und umzusetzen wäre, ist eine Tautologie, denn (re-)organisieren heißt nichts anderes als planen und umsetzen. Und daß eine Gesellschaft ihre Gesamtarbeit nur reorganisieren kann, wenn sie sie auch als planvollen Prozeß beherrscht („bewußt geplant" ist eine weitere Tautologie), ist ebenfalls eine logische Banalität. Diese mehrfache Betonung offenbarer Selbstverständlichkeiten macht auf mich den Eindruck, als ob Du einen Zusammenhang beschwörst, dessen Du Dir selbst nicht sicher bist. Und offensichtlich ist es für Dich keine Tautologie, die Reorganisation der Gesamtarbeit noch einmal in deren Planung und Umsetzung zu verdoppeln, weil Du im Kopf die Planung vom „gesellschaftlichen Prozeß" trennst und diesen zum Objekt eines über ihm stehenden „Subjekts" machst. Diese Trennung wiederholst Du auch bei dem folgenden Konkretisierungsversuch:

> *4 Planung der längerfristigen Reorganisierung der globalen gesellschaftlichen Arbeitsteilung - auf der Grundlage der natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen - hin zu einer optimal lokalen und globalen Produktion und Verteilung entsprechend einer Minimierung der Wegstrecken. Diese Inangriffnahme einer gleichmäßigen globalen Entwicklung kann nur gemäß den Entscheidungen der Bevölkerungen der jeweiligen Territorien erfolgen.*

Die Inangriffnahme einer gleichmäßigen globalen Entwicklung wäre in der Tat ein entscheidender Prüfstein für den emanzipatorischen Charakter einer kommunistischen Gesellschaft. Aber weder müßte sie sich in einer Reorganisation der internationalen Arbeitsteilung oder einer Minimierung der Wegstrecken erschöpfen, noch läge sie allein in der Planungsmacht einer kommunistischen

Metropolengesellschaft, wie Du ja selbst einräumst. Was diese tun könnte, wäre vor allem die Reduzierung ihres eigenen verschwenderischen Ressourcenverbrauchs, d.h. ihres individuellen und produktiven Konsumtionsbedarfs, auf ein global verallgemeinerbares Niveau. Weiter die Änderung ihrer Handelsbeziehungen, der sog. Terms of trade, zugunsten der Entwicklungsländer, dann die Freigabe des dort angelegten Metropolenkapitals, außerdem unentgeltliche Hilfe bzw. Wiedergutmachung angerichteter Schäden, Technologietransfer, Schuldenerlaß u.a.m. Das alles wäre von seiten einer kommunistischen Gesellschaft plan- und umsetzbar, z.T. sogar relativ kurzfristig.

Darüber hinaus könnte Planung nur die Form von Kooperation und Abstimmung mit (den Staaten) der nichtkommunistischen Mehrheit der Weltbevölkerung annehmen, in deren Macht allein es liegen bliebe, ob eine gleichmäßige globale Entwicklung tatsächlich verwirklicht würde.

5 Reorganisation der Arbeitsprozesse in den Produktionsstätten, Beendigung der Kontrolle der Arbeiter durch Spezialisten, Produktionsplanung durch die Produzenten selbst, Neuzusammensetzung und Teilung der Arbeit, Reduktion der Arbeitshetze.

Wir sind also jetzt auf der Ebene der Einzelbetriebe. Das Erstaunliche ist, daß Du hier die Reorganisation der Arbeit und auch die Produktionsplanung durch die ProduzentInnen selbst für möglich hältst, während dafür auf der Ebene der Gesamtarbeit eine zusätzliche „Planung und Umsetzung" nötig sein soll. Dabei hättest Du die betriebliche Produktionsplanung nur mal praktisch durchspielen müssen, um auf die richtige Spur zu kommen.

Die ProduzentInnen der Einzelbetriebe sind mit der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf mehrfache Weise verbunden: 1. als produktive KonsumentInnen von Produktionsmitteln und Vorprodukten oder -leistungen, 2. als LieferantInnen an andere (produktive oder individuelle) KonsumentInnen, 3. als (bisher konkurrierende) Angehörige eines Produktionszweiges, 4. als KonsumentInnen der Produkte aller Produktionszweige, die für die individuelle (private und öffentliche) Konsumtion arbeiten. Wie würden, könnten, sollten die ProduzentInnen mit diesen Beziehungen umgehen? Sie ignorieren und darauf pochen, daß die betriebliche Produktionsplanung allein „durch die Produzenten selbst" zu bestimmen sei - im Rahmen eines allmächtigen Gesamtplans, der diese Beziehungen stellvertretend für sie regelt? Oder sie, d.h. den gesellschaftlichen Zusammenhang ihrer Arbeit, anerkennen und bewußt in die eigenen Hände nehmen und vollenden, was die Kapitalisten vorbereitet und z.T. selbst schon begonnen haben, also die Verbindung mit den LieferantInnen organisieren, um sich in deren Produktionsplanung „einzumischen", die Kommunikation mit den „KundInnen" organisieren und die eigene Produktionsplanung ihren Wünschen anpassen, „Zusammenarbeit und Wissensaustausch" mit den bisherigen KonkurrentInnen organisieren, um die gemeinsame Produktion zu optimieren, und sich an der „ständig einhergehenden Beratung und Auseinandersetzung über Inhalte und Formen der Bedürfnisbefriedigung", über Produktqualität, Innovationen und ökologische Nachhaltigkeit beteiligen? Die Antwort dürfte klar sein - es sei denn, die ProduzentInnen zögen es vor, bei der Aneignung der Produktionsbedingungen auf halbem Wege stehenzubleiben und die Lohnsklaverei bloß gegen eine Plansklaverei einzutauschen.

Ich will mich nicht lang bei den anderen Themen aufhalten. Sie zeigen nur, daß Du keine Praxis des Als ob aus der Kritik der gegebenen Praxis entwickelst, sondern dieser bloß allgemeine und offenbar nicht besonders durchdachte Forderungen entgegenstellst. Was heißt denn „Reorganisation der Arbeitsprozesse"? Welcher? Aller? Und warum und in welche Richtung? Wo ist das Verhältnis von Spezialisten und Arbeitern eines der Kontrolle? Was heißt „Neuzusammensetzung und Teilung der Arbeit"? Und warum nur „Reduktion" und nicht Beseitigung der Arbeitshetze? Dies nebenbei setzt voraus, was in der Aufzählung erst noch folgt:

Radikale Verkürzung der individuellen Arbeitszeit durch Verteilung der Gesamtarbeit auf alle Gesellschaftsglieder.

Hierzu siehe oben. Hinzufügen wäre noch, daß damit die durchschnittliche individuelle Arbeitszeit zu verkürzen wäre. Die Festlegung der tatsächlichen individuellen Arbeitszeit wäre Sache individueller Präferenzen im Rahmen betrieblicher und/oder kommunaler Spielräume.

6 Abbau der Trennung von Hand- und Kopfarbeit,

Was könnte das konkret heißen?

Hereinnahme des Forschungsprozesses in den Produktionsprozeß,

Das passiert doch schon längst. Oder willst Du auch alle Grundlagenforschung unter das Diktat der Nutzanwendung stellen? Selbst Industriekonzerne wie IBM unterhalten Forschungsabteilungen, die keinen unmittelbaren und garantierten Nutzen für den Produktionsprozeß haben.

hierbei weltweite Zusammenarbeit und Wissensaustausch jenseits kleinkrämerischer Patente der schwachsinnigen Konkurrenzwirtschaft.

Warum nur hierbei und nicht auch bei der zwischenbetrieblichen Kooperation?

7 Zügige Automation aller Arbeiten, die für Menschen physisch und psychisch keinen Gewinn bringen. Standardisierte, einfache Bedienbarkeit wird oberstes Ziel.

Was soll das sein - physischer Gewinn aus Arbeit? Alle Arbeit ist Verausgabung physischer Kräfte, also mehr oder weniger große physische Belastung. Nimm z.B. die Spät- und Nachtarbeit und überlege mal, in wievielen Bereichen

sie unverzichtbar bliebe - Gesundheitswesen, Verkehr, Gastronomie, Stahlerzeugung, Energiesektor, Medien und und und. Diese Arbeiten könnten gar nicht alle automatisiert werden. Was aber den psychischen Gewinn angeht, so würde er abhängen von der gesellschaftlichen Bedeutung der jeweiligen Arbeit, von der Anerkennung, die sie erhält, von der Organisation des Arbeitsprozesses und dem Grad an Selbst- und Mitbestimmung, die sie dem/der einzelnen gestattet und nicht zuletzt vom individuellen Bewußtsein der Arbeitenden. Anzustreben wären doch wohl solche Verhältnisse, unter denen jede Arbeit psychischen Gewinn bringt, der die unvermeidliche physische Belastung aufwiegen könnte. Nicht standardisierte, einfache Bedienbarkeit wäre dabei oberstes Ziel, sondern der Wechsel von qualifizierter und unqualifizierter, interessanter und monotoner, leichter und schwerer Arbeit usw. Ich habe jahrelang in der Fabrik fast nur Knöpfchen drücken müssen und weiß, wie nerv- und hirntötend solch einfache Maschinenbedienung ist. Es gibt allerdings Leute, die sich dabei wohlfühlen, weil sie schon so abgestumpft und unselbständig sind, daß sie vor jeder neuen, ungewohnten Arbeit Angst haben.

Im übrigen aber wäre jede technisch möglich Automatisierung noch lange nicht ökologisch vertretbar. Bisher war die Einsparung lebendiger Arbeit meistens mit einem erhöhten Energie- und Materialverbrauch verbunden, und zwar mit einem Verbrauch, der umgekehrt proportional zur Größe (bzw. Kleinheit) der noch verbliebenen Arbeit wächst. Die moderne Technik (Datenverarbeitung, Steuerung, Nanotechnik, Biotechnologie u.a.m.) enthält wahrscheinlich große Potentiale für die gleichzeitige Einsparung von Arbeit und Naturressourcen. Aber ein generelles Automatisierungsprogramm, das nur die Grenzen des technisch Möglichen anerkennt, wäre unvereinbar mit einem „rechten Maß" des Naturverbrauchs und einer „gleichmäßigen globalen Entwicklung".

8 Ständig einhergehenden gesellschaftliche Beratung und Auseinandersetzung über Inhalte und Formen der Bedürfnisbefriedigung (z.B. Mobilität: Individualverkehr <—> sinnvolle Alternativen).

Richtig. Aber diese „Beratung und Auseinandersetzung" wäre nicht auf die (private und öffentliche) individuelle Konsumtion zu beschränken, sie würde auch die produktive Konsumtion einschließen (müssen), wie das teilweise ja auch heute schon der Fall ist (siehe die Auseinandersetzungen um die Energiepolitik). Die gesellschaftliche Herrschaft über die Produktionsmittel müßte sich in der Beherrschung der Produktionszwecke und -folgen bestätigen. Nötig und möglich wäre also eine lebendige Öffentlichkeit, eine rege gesellschaftliche Kommunikation über alle Fragen der individuellen und produktiven Konsumtion, befreit vom Diktat des Verwertungs- und Wachstumszwanges, von der Herrschaft der Produktion über die Konsumtion, von Konkurrenzängsten, Betriebsgeheimnissen, Patentrechten und sonstigen privaten Vorbehalten. Was aber bliebe und überhaupt erst konsequent zur Geltung kommen könnte, wären Vorbehalte ökologischer, globaler, gattungsmäßiger Art. Engels meinte noch, daß die Menschen „zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur (werden), weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden" (MEW 20: 264). Die seitherige Geschichte lehrt das Gegenteil: Herr(inn)en ihrer eigenen Vergesellschaftung können die Menschen nur (noch) werden, wenn und soweit sie sich den begrenzten Naturverhältnissen irdischer Zivilisation unterordnen. „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen." (Marx, MEW 25: 784)

9 Der so bestimmte Konsumtionsbedarf bestimmt die Produktionsplanung, wobei das überkommene System Anfangsdaten in Überfülle bereit hält.

Gemeint ist offensichtlich, daß der individuelle Konsumtionsbedarf die Produktion(splanung) bestimmen sollte. Nun ist aber auch die Produktion zugleich Konsumtion (von Naturstoff und Arbeitskraft), die ebenfalls Gegenstand „gesellschaftlicher Beratung und Auseinandersetzung" und folglich auch irgendwie (jedenfalls nicht allein und linear durch den individuellen Konsumtionsbedarf) zu „bestimmen" wäre. Aber ok, worum es geht, ist das Verhältnis von individueller und produktiver Konsumtion, die Dominanz jener über diese. Die Frage ist allerdings, wie der individuelle Konsumtionsbedarf - und damit auch die Produktionsplanung - zu „bestimmen" wäre. Du umgehst diese Frage mit dem Postulat eines „so bestimmten Konsumtionsbedarfs". Aber „so", durch „ständig einhergehenden gesellschaftliche Beratung und Auseinandersetzung über Inhalte und Formen der Bedürfnisbefriedigung", wäre der Konsumtionsbedarf eben noch nicht bestimmt. Bestimmt bzw. bestimmbar würde er überhaupt erst durch die Umsetzung dieser „Beratung und Auseinandersetzung" in individuelle und kollektive Konsumtionsentscheidungen. Und die Grundlage des bestimmbaren Konsumtionsbedarfs wäre ja wohl das ebenso ständig einhergehenden Konsumverhalten der gesellschaftlichen Individuen (schließlich könnten sie nicht alle Konsumtion solange aufschieben, bis eine erst noch zu planende Produktion ihnen dazu die Mittel liefert), also die individuelle Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für den privaten und öffentlichen Ver- und Gebrauch.

Wenn diese Nachfrage allein durch eine geänderte Art der Verteilung bzw. des Zugriffs auf Produkte und Dienstleistungen zu befriedigen wäre, bestünde die Produktionsplanung einfach in der planvollen Weiterführung des bis-

herigen Produktionsprozesses. Die ProduzentInnen müßten „nur" die bisher geld- und konkurrenzvermittelten Beziehungen untereinander und mit den Konsumenten bewußt übernehmen und kooperativ organisieren (die dazu nötige Informations- und Kommunikationstechnik ist schon heute vorhanden und wird derzeit weiter revolutioniert) und genug „Kundenorientierung", Flexibilität und Innovationsfreudigkeit aufbringen, um auf „normale" Veränderungen des Konsumverhaltens und der Konsumwünsche reagieren zu können. Sie müßten nur ordentlich Buch führen, um zu wissen, wie groß ihr bisheriger Arbeits-, Material- und Energieaufwand war und in welchem Masse sie ihn steigern, verringern oder umstrukturieren müßten, um dem veränderten individuellen bzw. dem (je nach der Tiefe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung) veränderten produktiven Konsumtionsbedarf Rechnung zu tragen. Die Notwendigkeit einer darüber hinausgehenden Produktionsplanung könnte sich nur ergeben aus einer größeren Diskrepanz zwischen den bestehenden Produktionsstrukturen und -kapazitäten einerseits und der individuellen Nachfrage andererseits. Gegenstand der Planung wäre aber auch dann nicht die Organisation der (lebendigen und den in Produktionsmitteln vergegenständlichten) Gesamtarbeit, sondern wiederum nur deren notwendige Änderungen.

Eine kommunistische Revolution würde nun sicher gewaltige Diskrepanzen zwischen dem überkommenen Produktionsapparat und der individuellen Nachfrage erben, die nicht mehr an den Verkauf der Arbeitskraft und die davon abhängige Zahlungsfähigkeit gefesselt wäre. (Und der Protest dagegen wäre ja wahrscheinlich eine ihrer Motive.) Sie würden sich ausdrücken in Unter- bzw. Überkapazitäten einerseits und in unbefriedigter bzw. reduzierter Nachfrage andererseits. Jedenfalls unterstelle ich mal, daß Leute, die so emanzipiert sind, die gesellschaftliche Reproduktion selbst organisieren zu wollen, auch ein emanzipatorisches Bewußtsein haben und der individuellen Konsumtion gewisse egalitäre, ökologische und moralische Schranken auferlegen, also z.B. die Produktion von Luxusgütern, Schund- und Verschleißprodukten, gesundheitlich und ökologisch schädlichen Gütern und Dienstleistungen u.a.m. einstellen würden.

Die assoziierten ProduzentInnen würden also den Konsumtionsbedarf teils ermitteln, teils abschätzen, teils festlegen (können), je nachdem, und danach entsprechende Pläne zur Erweiterung, Einschränkung oder Umstellung ihrer Produktionskapazitäten auflegen (und den Zugang zu knappen Gütern und Leistungen vorläufig reglementieren oder rationieren müssen). Die vom „überkommenen System" bereitgehaltenen „Anfangsdaten" würden ihnen dabei nur bedingt nützlich sein, weil sie einen zentralen Bereich dieser Daten, nämlich die bisherige Arbeitsintensität, mittels „Rekrutierung" und Qualifizierung zusätzlicher Arbeitskräfte sicher schnellstens über den Haufen werfen würden (wodurch das Arbeitsvolumen in den gesellschaftlich notwendigen Produktionszweigen anstiege). Die Dauer bzw. das Tempo der notwendigen Produktionserweiterung und -umstellung für die verschiedenen Bereiche der individuellen Konsumtion würde abhängen vom Ausmaß der jeweiligen unbefriedigten Nachfrage, von der Ausdehnungs- und Lieferfähigkeit der Produktionsmittel herstellenden Industrien, von der Zahl und Qualifizierung der neu „rekrutierten" Arbeitskräfte (in beiden Abteilungen), von der weiteren technischen Entwicklung usw. Ihre Plandaten, z.B. jährliche Zuwachs- oder auch Schrumpfungsraten, Rationalisierungs- und Qualitätsziele, könnten daher ebensowenig fixe Vorgaben sein wie die angestrebten Konsumtionsbedarfe selbst, die ja weiterhin Gegenstand „gesellschaftlicher Beratung und Auseinandersetzung" blieben. Sie wären vielmehr aus der Erfahrung zu entwickelnde, ständig zu überprüfende und anzupassende Orientierungsdaten, die ihnen helfen können, Engpässe im System der kombinierten Gesamtarbeit ebenso wie am Bedarf vorbeigehende oder über ihn hinausschießende Produktion zu erkennen und abzustellen und so mit der Zeit die „Reorganisierung der Gesamtarbeit" als vernünftig proportionierter Kombination der verschiedenen Teilarbeiten zum Ziel zu führen.

Das Ziel selbst wäre dann auch kein Zustand, in dem ein vorab „bestimmter", fixierter Konsumtionsbedarf eine ebenso „bestimmte" Produktionsplanung nach sich zöge (das wäre in Wahrheit eine „Konsumtionsplanung", die gesellschaftlichen Stillstand in Konsumtion und Produktion voraussetzte), sondern ein Reproduktionsprozeß, bei dem die produktive Konsumtion als abhängige Variable der individuellen Konsumtion als der (relativ, d.h. im Rahmen des gesellschaftlich Akzeptierten, ökologisch Verträglichen usw.) unabhängigen Variablen zu folgen und zu dienen imstande wäre.

10 Die hierzu notwendige Arbeitszeit wird ermittelt, ...

Erst läßt Du eine anonyme Instanz „den" Konsumtionsbedarf „bestimmen", dessen volle Realisierung überhaupt erst in fernerer Zukunft möglich wäre, und nun soll sie auch noch die „hierzu notwendige Arbeitszeit" „ermitteln". Das aber ist ein Ding der Unmöglichkeit! Du „vergißt", daß 1. die gesellschaftliche Arbeit sich nicht in der Produktion von Konsumtionsmitteln erschöpft, sondern auch die dazu nötigen Produktionsmittel hervorbringen muß, und zwar mit Produktionsmitteln, die ihrerseits erst zu produzieren sind (die Produktionsmittel herstellende „Abteilung I" beansprucht heute fast zwei Drittel der jährlichen Gesamtarbeit), 2. nicht nur die Verteilung und Qualifikation der gesellschaftlichen Arbeitskraft zu reorganisieren wäre, sondern auch Verteilung, Umfang und Qualität der Produktionsmittel (in beiden Abteilungen), und 3. diese „Reorganisierung der Gesamtarbeit" ein langwieriger

Umwälzungsprozeß wäre bzw. eine Vielzahl ineinandergreifender Prozesse, deren konkreter Verlauf von verschiedensten Faktoren abhinge (vom Wandel der individuellen Konsumtion selbst, von der Entwicklung der Technik, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Arbeitsproduktivität, von der Material- und Energiebasis wie -effizienz usw.). Selbst unter der lebensfremden Annahme, daß sich der künftig einmal zu befriedigende individuelle Konsumtionsbedarf exakt „bestimmen" ließe (trotz weiter „einhergehender gesellschaftlichen Beratung und Auseinandersetzung"), müßte der „hierzu notwendige" produktive Konsumtionsbedarf und damit auch die „hierzu notwendige Arbeitszeit" als Teil dieses Bedarfs daher grundsätzlich unbestimmt bleiben (selbst wenn sich die Grenzen dieser Unbestimmtheit abschätzen ließen).

Statt Dich an die mögliche Praxis der assoziierten ProduzentInnen zu halten, abstrahierst Du von ihr, erhebst Dich im Geiste über die Gesellschaft und simulierst ein allwissendes und allmächtiges „Subjekt", das den gesamten Umwälzungsprozeß überschauen und beherrschen und von seinen vorherbestimmten Ergebnissen her „planen" (können) soll.

> *... alle überflüssige Arbeitszeit fällt weg (z.B. alle Jobs, die jetzt mit Geld zu tun haben, militärischer Komplex, Massen von Autoproduktion...), Reduktion der notwendigen gesellschaftlichen Arbeitszeit wird wichtigstes ökonomisches Prinzip.*

Der „Wegfall" „überflüssiger Arbeitszeit" wäre sicher nicht als simples einmaliges Ereignis denkbar, sondern nur als Ergebnis einer Reihe von Prozessen, die zu organisieren, durchzusetzen und mit Arbeit verbunden wären. Geldvermögen und Forderungen/Verbindlichkeiten z.B. von Banken, Versicherungen usw. ließen sich wohl konfiszieren bzw. annullieren. Was aber könnte/sollte mit ihrem riesigen Immobilienbesitz geschehen? (Und wie - nebenbei - könnten/sollten die Ersparnisse und Versicherungen der bisher Lohnabhängigen behandelt werden?) Auch würden keineswegs „alle Jobs, die jetzt mit Geld zu tun haben", einfach wegfallen können. Im bisherigen Handelssektor blieben immer noch notwendige Arbeiten wie Transport, Lagerhaltung, Zubereitung und Beratung übrig. Und ob die Gesellschaft auf jede Form von Waffen- und Rüstungsproduktion verzichten könnte, halte ich für sehr zweifelhaft. Auch die „Massen von Autoproduktion" würden wohl nur in dem Masse wegfallen (können), wie das Bedürfnis nach individueller Mobilität abnähme oder/und mit anderen (öffentlichen) Verkehrsmitteln zu befriedigen wäre. Unzweifelhaft aber ist für mich, daß eine emanzipierte und emanzipatorische Gesellschaft nicht die „Reduktion der notwendigen gesellschaftlichen Arbeitszeit" zum „wichtigsten ökonomischen Prinzip" erheben könnte, sondern (nach Herstellung zuträglicher Arbeitsbedingungen) die Anpassung dieser notwendigen Arbeitszeit, d.h. des als notwendig geltenden individuellen und produktiven Konsumtionsbedarfs, an das „rechte Maß" eines nachhaltigen Naturverbrauchs.

> *11 Verteilung dieser zur Produktion von Gebrauchswerten notwendigen Arbeitszeit auf die einzelnen Zweige des Wirtschaftens sowie unter den Gesellschaftsmitgliedern ...*

Nach dem unmöglich „so bestimmten Konsumtionsbedarf" und der unmöglichen „Ermittlung" „der hierzu notwendigen Arbeitszeit" nun also deren ebenso unmögliche „Verteilung auf die einzelnen Zweige des Wirtschaftens sowie unter den Gesellschaftsmitgliedern". Die Gesamtarbeit müßte und könnte nicht erst noch verteilt werden (von wem auch wohl?), weil sie nämlich schon verteilt wäre. Ebensowenig wie die gesellschaftlichen Individuen ihre Konsumtion aufschieben könnten, bis eine erst noch zu planende Produktion ihnen dazu die Mittel liefert, ebensowenig könnten die ProduzentInnen ihre Arbeit einstellen, bis eine allmächtige Behörde ihnen Ort, Art und Umfang der Arbeit zuteilt. Die Gesellschaft könnte gar nicht anders, als von der vorgefundenen, überkommenen Verteilung der Gesamtarbeit auszugehen, um überhaupt in der Lage zu sein, sie zu ändern. Und allein darum ginge es, um die (schrittweise) Änderung der gegebenen Verteilung der Gesamtarbeit auf die einzelnen Wirtschaftszweige und unter den (arbeitsfähigen) Gesellschaftsmitgliedern, und nicht um eine neu zu erfindende Disponierung der Gesamtarbeit überhaupt. Du vergißt (wieder), daß eine Neu- oder Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit 1. eine entsprechende Qualifizierung der gesellschaftlichen Arbeitskraft und 2. eine entsprechende Neu- oder Umverteilung der (wiederum erst noch zu produzierenden) Produktionsmittel voraussetzte, weshalb sie 3. nur in einem mehr oder weniger langen Prozeß realisierbar wäre. Für Dich scheint sich dieser Prozeß auf einen planerischen Kraftakt zu reduzieren. Offenbar ist Dir aber selbst nicht ganz wohl bei dem Gedanken an den monströsen bürokratischen Zentralismus, der nötig wäre, die Gesamtarbeit „auf die einzelnen Zweige des Wirtschaftens sowie unter den Gesellschaftsmitgliedern" zu verteilen, weshalb Du hinzufügst:

> *... in freiwilliger Vereinbarung entsprechend ihren Fähigkeiten - in Proportionen, die sicherstellen, daß die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigt werden.*

Das sind - entschuldige - schöne Phrasen. Die Freiwilligkeit würde zunächst noch ihre Grenzen haben, bedingt durch die beschränkten Fähigkeiten der meisten ProduzentInnen, die sie an bestimmte Tätigkeiten, Betriebe oder Wirtschaftszweige binden, bedingt auch durch die schlichte Notwendigkeit, die Produktion aufrechtzuerhalten, und bedingt durch die „Verteilung der Gesamtarbeit auf alle (arbeitsfähigen) Gesellschaftsglieder", die wahrscheinlich nicht nur, z.B. bei den bisherigen Nicht-

hier setzt er also eine wahrhafte Vergesellschaftung voraus, also zur Staatlichkeit!

arbeiterInnen, auf begeisterte Zustimmung stoßen dürfte. Und bis die Proportionen der verschiedenen Teilarbeiten die Befriedigung der „individuellen und (?) gesellschaftlichen Bedürfnisse" „sicherstellen" können, dürfte auch noch einige Zeit vergehen.

(Sicherlich gibt es anfangs noch Gruppen von Gebrauchswerten, die weltweit nicht sofort nach dem Bedürfnisprinzip verteilt werden können, einfach weil nicht genügend produziert werden kann. Ob hier ein Verteilungsmodus nach geleisteten Arbeitszeiten am Platze ist, muß überlegt, problematisiert werden auch an Hand ethischer Fragen und wird sich an der Praxis dann erweisen.)

Die weltweite Verteilung „nach dem Bedürfnisprinzip" würde nicht an unzureichenden Produktionskapazitäten scheitern, sondern daran, daß der größte Teil der Menschheit von einem möglichen Übergang zu kommunistischer Produktion noch himmelweit entfernt ist. Aber auch in einer kommunistischen Metropolengesellschaft würde das „Bedürfnisprinzip" wohl nicht nur „anfangs", sondern noch ziemlich lange eingeschränkt werden müssen, allerdings weniger aus Gründen der Produktionsstruktur, sondern eher aus Gründen der überkommenen Bedürfnisstruktur von Teilen der Gesellschaft.

Die Frage ist nun aber, welcher „Verteilungsmodus" an Stelle des „Bedürfnisprinzips" für den Zugriff der Individuen auf knappe (oder bewußt knapp gehaltene) Konsumtionsmittel gelten könnte oder sinnvollerweise gelten sollte. Daß der „Verteilungsmodus nach geleisteten Arbeitszeiten" problematisch wäre, finde ich auch. Dieser Modus wäre ein Rückfall hinter die heutige bürgerliche Sozialpolitik; schließlich müßten auch die nicht arbeitsfähigen Gesellschaftsmitglieder berücksichtigt werden (was z.B. die holländischen Rätekommunisten in ihren „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" schlicht vergessen; sie unterstellen, daß alle KonsumentInnen zugleich Arbeitende sind). Ich könnte mir z.B. vorstellen, daß es je nach Art der zu rationierenden Konsumtionsmittel sinnvoller wäre, mengenmäßige und zeitliche Beschränkungen einzuführen, vielleicht noch in Verbindung mit der Sanktionierung von Arbeits-, Energie- und Materialverschwendung. Aber welcher Modus oder welche Modi letzten Endes angewandt würde(n), müßte sich in der Tat wohl „an der Praxis dann erweisen". Und ich bin sicher: Wenn einmal der Übergang zu einer kommunistischen Produktionsweise zu einem Massenbedürfnis werden sollte, dann werden die Massen selbst auch die Art und Weise der Verteilung diskutieren und praktikable wie akzeptable Lösungen hervorbringen.

12 Die Recheneinheit des gesamten Wirtschaftens ist die Arbeitszeit. Die Aufgabe der Buchführung der notwendig zu leistenden Gesamtarbeit und ihrer Verteilung auf die einzelnen Zweige des Wirtschaftens, ihre stetige Umverteilung auf die Gebrauchswertproduktion entsprechend veränderten Konsumtionswünschen, ist die bewußte Übernahme der Funktion, die in der jetzigen kapitalistischen Produktion das Wertgesetz innehat: die Allokation und Distribution der Ressourcen.

Die Arbeitszeit wäre nicht „die", sondern eine „Recheneinheit" neben anderen, oder besser: eine Buchführungseinheit. Denn wer sollte mit ihr rechnen, welche Rechenoperationen ausführen und zu welchem Zweck? Deine Antwort: zwecks „Buchführung der notwendig zu leistenden Gesamtarbeit und ihrer Verteilung auf die einzelnen Zweige des Wirtschaftens". Du kommst von der zentralistischen Vorstellung nicht los, daß die Gesamtarbeit die zu bestimmende Ausgangsgröße sein müsse (auf Basis eines „so bestimmten Konsumtionsbedarfs"), aus der dann durch Division („entsprechend den Bedürfnissen", den sie befriedigenden Gebrauchswerten und den „hierzu notwendigen Arbeitszeiten") die Größe der verschiedenen Teilarbeiten festzulegen sei. Operateur dieser Berechnung (und Subjekt der „Bestimmung", „Ermittlung", „Planung" und „Verteilung") könnte nur, auch wenn Dir die Konsequenz selber nicht geheuer ist, eine allmächtige zentrale Planungsinstanz oder -behörde sein, und die würde spätestens dann scheitern, wenn sie die „stetige Umverteilung" der Gesamtarbeit „auf die Gebrauchswertproduktion entsprechend veränderten Konsumtionswünschen" bewerkstelligen wollte. Diese Art der Produktionsplanung wäre das komplette Gegenteil kommunistischer Produktion. Die nämlich würde die gesellschaftliche Gesamtarbeit immer nur als veränderliche Summe der veränderlichen Teilarbeiten kennen, deren Umfang die assoziierten, kooperierenden ProduzentInnen selbst zu bestimmen hätten nach Maßgabe des ihnen bekannten individuellen und produktiven Konsumtionsbedarfs und der ihnen zuträglichen Arbeitsintensität. Die Buchführung über ihre Arbeitszeit würde ihnen dienen zur Kontrolle und bewußten Gestaltung ihrer Arbeitsprozesse, zur Vergleichung und Optimierung ihrer Arbeitsproduktivität, ihres Material- und Energieverbrauchs, und die einzige Rechenoperation, die sie anzustellen hätten, wäre die Bestimmung notwendiger oder erwünschter prozentualer Änderungen ihres bisherigen Arbeitsvolumens, allenfalls noch die Division ihres veränderlichen Arbeitsvolumens durch eine veränderliche Zahl von Händen und Köpfen.

Und wahrscheinlich würden sie empört bestreiten, daß ihr Verhältnis zur Arbeit(szeit) „die bewußte Übernahme der Funktion" sei, „die in der ... „kapitalistischen Produktion das Wertgesetz innehat: die Allokation und Distribution der Ressourcen". In der kapitalistischen Produktion macht sich das Wertgesetz in der Entwicklung der Profitrate(n) geltend, dem verrückten Maßstab einer Gesellschaft, in der der Reichtum an Produktionsmitteln wie die Kon-

sumtion ihrer arbeitenden Mitglieder als Ballast des wirtschaftlichen „Erfolgs" gelten, in der die Gesamtarbeit eben nicht „entsprechend den Konsumtionswünschen" verteilt, sondern umgekehrt die Produktion die Konsumtion bestimmt, begrenzt und deformiert und in der die „Allokation und Distribution der Ressourcen" sich gegen die menschliche Arbeitskraft wie gegen die Natur richten. Diese Funktion kann nicht bewußt übernommen werden, sie kann nur bewußt ersetzt werden durch eine Produktionsweise, in der die Arbeit eben nicht als bloß quantitative und tendenziell zu eliminierende Größe zählt (und in einer konsequenten „Ökonomie der Zeit" wäre sie das), sondern immer auch als qualitativ besondere Arbeit, deren Aufwand vom erwünschten „Nutzeffekt" abhinge wie vom unvermeidlichen „Vernutzungseffekt" - auf die natürlichen Ressourcen und „Senken" nämlich.

13 Der gesellschaftliche Reichtum wird nicht mehr in Geld gemessen, sondern in frei verfügbarer Zeit für alle Produzenten zwecks Herausbildung aller ihrer produktiven Anlagen und Leidenschaften, einschließlich der Muße.

Ich weiß, so hat sich auch Marx ausgedrückt. Trotzdem kann ich nur bedingt zustimmen. Zum einen bliebe die Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums immer noch ihr materielles Produktionspotential und -niveau. Zum anderen sollte bei kommunistischer Produktionsweise mit der Zeit die Arbeit selbst zur Bereicherung, zum „ersten Lebensbedürfnis", werden (können). Zum dritten hätte die disponible Zeit ihre Grenzen in der ökologisch noch vertretbaren Reduzierung der disponierten Zeit. Und zum vierten meine ich, daß eine kommunistische Gesellschaft angesichts der noch lange fortdauernden globalen Ungleichheit über die eigene Reproduktion hinaus Arbeit zur Unterstützung nachholender Gesellschaften zu leisten hätte.

Fazit: So richtig Dein Anspruch ist, „eine einleuchtende Form der Verwirklichung der vorhandenen objektiven Möglichkeit" zu umreißen, so wenig bist Du ihm selbst gerecht geworden. Die zwanghafte Neigung, die gesellschaftliche Gesamtarbeit einem vorherbestimmten Plan zu unterwerfen, führt Dich (auch wenn Du Dich spürbar dagegen sträubst) in die Sackgasse eines bürokratischen Zentralismus, den doch gerade die rätekommunistische Konzeption, an die Du anzuknüpfen meinst, so richtig kritisiert hat (auch wenn ihr dabei bestimmte Denkfehler unterlaufen sind).

Soviel für diesmal. Herzlichen Gruß, Werner

PABLO PICASSO: STUDIENBLATT ZU "GUERNICA"
(FEDERZEICHNUNG, 9. MAI 1937)

hallo ansgar, maren,

angehängt ist eine 2 dinA-4 seiten umfassende datei, NOTIZ ZUR KATEGORIE ALLGEMEINE GESELLSCHAFTLICHE ARBEITSZEIT.

Die notiz würde ich noch gerne in die streitepunkte nr.5 direkt hinter werners angekündigten text: ZUR MÖGLICHEN PRAXIS KOMMUNISTISCHER PRODUKTION... plazieren. Meine notiz erläutert die zentrale stellung der inhaltlichen bestimmungen des werts für die kommunistische produktionsweise, was im allerletzten punkt von werners text behandelt wird.

Ich hoffe, dass mein anliegen technisch-organisatorisch, terminlich machbar ist, danke für eure publikationsbemühungen

bis dann frohes schaffen khl, 6.1.00

Karl-Heinz Landwehr

Notiz zur Kategorie
ALLGEMEINE, GESELLSCHAFTLICHE ARBEITSZEIT

Den faden der analyse der ware und den nachweis des doppelcharakters der in ihr dargestellten arbeit entwickelt marx in 'Zur Kritik d.p.ö...' (MEW 13, S. 15 ff) über die arbeitszeit als bestimmendem moment des werts (und nicht nur der wertgrösse). Das ende des ökonomie-theoretischen fadens, an das er anknüpfen kann, ist durch Ricardos erkenntnisgrenze gesetzt:

> "Im Gegensatz zu Adam Smith arbeitete David Ricardo die Bestimmung des Werts der Ware durch die Arbeitszeit rein heraus und zeigt, dass dies Gesetz auch die sich scheinbar widersprechendsten bürgerlichen Produktionsverhältnisse beherrscht. Ricardos Untersuchungen beschränkten sich ausschliesslich auf die Wertgrösse, und mit Bezug auf diese ahnt er wenigstens, dass die Verwirklichung des Gesetzes von bestimmten historischen Voraussetzungen abhängt. Er sagt nämlich, dass die Bestimmung der Wertgrösse durch die Arbeitszeit nur für die Waren gelte, 'die durch die Industrie beliebig vermehrt werden können und deren Produktion durch uneingeschränkte Konkurrenz beherrscht wird'. Es heisst dies in der Tat nur, da(ß??) das Gesetz des Wertes zu seiner völligen Entwicklung die Gesellschaft der grossen industriellen Produktion und der freien Konkurrenz , d.h. die moderne bürgerliche Gesellschaft voraussetzt. Im übrigen betrachtet Ricardo die bürgerliche Form der Arbeit als die ewige Naturform der gesellschaftlichen Arbeit. .." (MEW 13, S. 45f)

"das praktisch wahr werden der Arbeit sans phrase" muss auf den begriff gebracht werden. Marx entwickelt in 'Zur Kritik d. p. Ö.' den faden so, dass er den im austauschverhältnis verschiedener gebrauchswerte vorgefundenen gesellschaftlichen charakter wertsetzender arbeit über das masstheoretische verständnis der kategorie arbeitszeit im produktionsprozess der ware entwickelt:

> "Als Tauschwerte von verschiedener Grösse stellen sie (die gebrauchswerte im austausch) ein Mehr oder Minder, grössere oder kleinere Quanta jener einfachen, gleichförmigen, abstrakt allgemeinen Arbeit dar, die die Substanz des Tauschwerts bildet. Es fragt sich, wie diese Quanta messen? Oder es fragt sich vielmehr, welches das quantitative Dasein jener Arbeit selbst ist, da die Grössenunterschiede der Waren als Tauschwerte nur Grössenunterschiede der in ihnen vergegenständlichten Arbeit sind. **Wie das quantitative Dasein der Bewegung die Zeit ist, so ist das quantitative Dasein der Arbeit die Arbeitszeit.** Die Verschiedenheit ihrer eigenen Dauer ist der einzige Unterschied, dessen sie fähig ist, ihre Qualität als gegeben vorausgesetzt. Als Arbeitszeit erhält sie ihren Maßstab an den natürlichen Zeitmaßen, Stunde, Tag, Woche. **Arbeitszeit ist das lebendige Dasein der Arbeit, gleichgültig gegen ihre Form, ihren Inhalt, ihre Individualität; es ist ihr lebendiges Dasein als quantitatives, zugleich mit seinem immanenten Mass. Die in den Gebrauchswerten der Waren vergegenständlichte Arbeitszeit ist ebensowohl die Substanz, die sie zu Tauschwerten macht und daher zu Waren, wie sie ihre bestimmte Wertgrösse misst.** Die korrelativen Quantitäten verschiedener Gebrauchswerte, in welchen dieselbe Arbeitszeit sich vergegenständlicht, sind Äquivalente, oder alle Gebrauchswerte sind Äquivalente in den Proportionen, worin sie dieselbe Arbeitszeit aufgearbeitet, vergegenständlicht enthalten. Als Tauschwerte sind alle Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit." (Zur Kritik d.p.Ö, MEW 13, S.17, hervorgehoben von KHL)

Die arbeitszeit ist das entwickelte mass der warenwerte, einheit von qualität und quantität der arbeit. Hier ist die warenproduzierende arbeit prozessierend in ihrem quantitativen dasein gefasst, wie sie als arbeitszeit den wert seinem grössenmässigen umfang nach bemisst und zugleich in ihrem lebendigen dasein als verausgabung von menschlichem hirn und muskel, gleichgültig gegen form, inhalt und individualität der verausgabung, den warenwert substanziell bestimmt. Die bestimmungen von substanz und grössenmass des werts zeigen sich prozessierend dem - inhalt- nach als allgemeine, gesellschaftliche arbeitszeit in

ihrer einheit als kontinuierlichem (substanz) und diskretem (fortwährende absonderung bestimmter maße festgeronnener arbeitszeit) moment der produktion.

Im unterschied zu dieser erfassung der prozesshaftigkeit der produktion der ware hat die analyse der ware das fertige, im zirkulationsprozess vorgefundene arbeitsprodukt im austauschverhältnis zum untersuchungsgegenstand, wo die prozesshaftigkeit der arbeit ausgelöscht ist und der charakter der in ihr dargestellten, aufgehäuften, vergegenständlichten arbeit bestimmt ist durch abstraktion vom qualitativen unterschied der gebrauchswerte und der qualitativen verschiedenheit der diese setzenden nützlichen, besonderen konkreten arbeiten. Das lebendige substanzielle moment der arbeitszeit ist erloschen, und zurück blieb ausschliesslich der äussere, quantitative masscharakter der arbeitszeit. Was an den fertiggestellten waren nicht mehr empirisch fassbar ist, hat sich jedoch im produktionsprozess der waren prozessierend als der innere, immanente masscharakter der arbeitszeit als lebendigem dasein der arbeit -als gesellschaftlicher substanz der warenwerte- durchgesetzt in der reduktion der arbeit auf einfache, gleichförmige, qualitätslose, unterschiedslose, abstrakt allgemeine-meine arbeit. Was analytisch als abstraktion erscheint, existiert in der historisch spezifisch gegebenen (und sich fortentwickelnden) durchschnittsarbeit, welche durchschnittsindividuen unter durchschnittlichen produktionsbedingungen verrichten können und die marx in der urfassung des 'kapitals' als 'die Masseinheit der Arbeit selbst' begreift. Die durchschnittswirkung der arbeit zeigt sich in der wertgrösse als gesellschaftlich (=durchschnittlich) notwendig aufgewandte arbeitszeit für ein (durchschnitts)exemplar einer einzelnen ware unter entwickelten bürgerlichen produktionsverhältnissen. Den doppelcharakter der in den waren dargestellten arbeit als einheit von konkreter nützlicher und abstrakt menschlicher arbeit kann marx nur nachweisen, indem er zum prozessualen moment in der produktion zurückgeht und in der durchschnittsarbeit die masseinheit der arbeit vorfindet, welche an ihrer zeitdauer gemessen wird und nicht als arbeit der individuen erscheint, sondern umgekehrt die individuen als ausführende organe der gesellschaftlichen arbeit. Der übergang von der untersuchung der wertsubstanz an im austauschverhältnis festgehaltenen einzelnen waren zum quantitativen dasein der arbeit im produktionsprozess der ware legt den blick frei auf die allgemeine arbeitszeit als lebendige grundlage der bestimmung der substanz des werts durch abstrakt allgemeine arbeit. Der in der analyse der einzelnen ware entwickelte inhalt des werts, exakter der inhalt der wertbestimmungen als der zusammenschluss von substanz und grössenmass des werts umfasst die überhistorische tatsache, dass alle nützlichen arbeiten als spezifische funktionen des menschlichen organismus zugleich wesentlich verausgabung von menschlichem hirn und muskel sind und dass die zeitdauer der verausgabung, welche die produktion der lebensmittel kostet, den menschen notwendig interessieren muss wegen der begrenztheit des dem einzelnen individuum wie der gesellschaft verfügbaren zeitfonds. Da die menschen in gesellschaft produzieren, hat die arbeit zugleich immer schon eine (historisch unterscheidbare) gesellschaftliche form.

Prozessierend erscheinen die verschiedenen, vereinzelten privatarbeiten der individuen synchron als bloss verschiedene anwendung derselben, allgemeinen, gesellschaftlichen arbeitszeit. Die gesamtarbeitszeit der wertsetzenden arbeit ist diachron als laufende prozessierende, wechselnde ausdehnung, stockung, schrumpfung des weltweiten arbeitszeitvolumens unter dem kommando des kapitals als abfolge von augenblicksaufnahmen immer schon mitgesetzt in der analyse der einzelnen ware, ihres wertes als bestimmten masses festgeronnener arbeitszeit als anteilige absorption des gesellschaftlichen arbeitszeitvolumens, wie die beziehung der einzelnen ware zu allen anderen waren. Die analyse der einzelnen ware ist eingebettet in die der totalität des gesamtprozesses des kapitals und legt mit der erfassung des unterschieds zwischen wert und tauschwert die grundform frei, in der sich die notwendige (=gesellschaftliches naturgesetz) fortwährende zuteilung proportionaler quanta des gesellschaftlichen gesamtarbeitszeitvolumens auf die verschiedenen wirtschaftszweige entsprechend dem bedarf an gebrauchswertmassen unter gesellschaftlichen bedingungen "voneinander unabhängig betriebenen, aber als naturwüchsige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit allseitig voneinander abhängigen Privatarbeiten" durchsetzt. Es ist die mittelbare form der vergesellschaftung der arbeit und der gehalt der form verweist auf die möglichkeit ihrer unmittelbaren vergesellschaftung:

> " In der Wertbestimmung handelt es sich um die gesellschaftliche Arbeitszeit überhaupt, das Quantum Arbeit, worüber die Gesellschaft überhaupt zu verfügen hat und dessen relative Absorption durch die verschiedenen Produkte gewissermassen deren respektives gesellschaftliches Gewicht bestimmt." MEW 25, S.889

Die aufhebung der wertformen durch die assoziation der freien produzenten ist somit die bewusste form gesellschaftlicher planung der gesamtarbeit auf grundlage der gegebenen kenntnis von durchschnittsgrössen. Die planung beruht auf den daten einer behörde, welche (wie robinson!) drei miteinander verknüpfte grössen regelmässig ermittelt: (1) verzeichnis der vorhandenen gebrauchsgegenstände; (2) verzeichnis der verschiedenen verrichtungen zu deren produktion; (3) die arbeitszeit, die bestimmte quanta der verschiedenen produkte im durchschnitt kostet. In diesem sinne spielt also die arbeitszeit die zentrale rolle: "Ihre gesellschaftlich planmässige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen." so bezogen ist der begriff arbeitszeitrechnung inhaltlich gefüllt.

/KHL

Die KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE dokumentieren den schriftlichen Teil einer Debatte um den Übergang zum Kommunismus und sein revolutionäres Programm. Zur Einmischung in diese Debatte, zu ihrer Fortführung und Verbreitung ist ausdrücklich jede Person, Gruppe oder Organisation eingeladen, der es darum zu tun ist, den Kommunismus als "wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" auf der Höhe der Zeit zu rekonstruieren.

Inhalt der bisher erschienenen Ausgaben

Nr. 1 — 16.09.1998

- **Die Polemik organisieren!**
  Unautorisierte Vorbemerkung zum Einstand
  von Daniel Dockerill
- **Vorweg zu den Thesen etc.**
  Eine Aufforderung zum Einstieg in die Debatte zur Erneuerung kommunistischer Programmatik
  von 5 Übergängern
- **150 Jahre Kommunistische Partei –**
  Thesen
  von Daniel Dockerill
- **Im Westen nichts Neues?**
  150 Jahre Kommunistische Partei - Überlegungen zu einer Bilanz
  von Daniel Dockerill
- **Die Lebenden müssen sich von der Last der Toten befreien**
  Die Herstellung der Einheit der revolutionären Linken durch Offene Kommunistische Foren
  von Matthias Grewe und Ansgar Knolle-Grothusen
- **Fragen und kritische Anmerkungen**
  zu Daniels Thesen
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Die Marxsche Methode der Kritik der politischen Ökonomie und die Bedeutung von Abstraktionen** im allgemeinen und konkretisiert am Marxschen Arbeitsbegriff und den Kategorien von konkreter und abstrakter Arbeit
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Antithesen**
  zu den Thesen der „Übergänge zum Kommunismus" vom August 1998
  von Werner Imhof
- **Revolutionäre Organisierung - ... oder doch nur linker Debattierclub?**
  Stellungnahme der Gruppe „Arbeitermacht"
  zu „150 Jahre Kommunistische Partei - Thesen"

Nr. 2 — 12.01.1999

- **Nachtrag zu den „Antithesen ..." vom 11.09.98**
  (in KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE Nr.1)
  von Werner Imhof
- **Anmerkungen zur Debatte**
  von Klaus Herrmann
- **Wider den erschlichenen > Kommunismus <**
  zu den 12 Thesen von Daniel Dockerill „150 Jahre KP"
  Erste spontane Vorüberlegungen zu einer Entgegnung
  von Zwi Schrittkopcher

Nr. 3 — 16.06.1999

- editorial:
  Der Krieg und der Kommunismus
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden -**
  ein Versuch zur Sichtung und Diskussion der vorliegenden Debattenbeiträge
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Zu unterschiedlichen Vorstellungen der aktuellen Aufgabenstellung des Theorie-Praxis-Verhältnis**
  ein1. Zugang zur Organisationsfrage
  von Karl-Heinz Landwehr

Nr. 4 — 16.09.1998

Sonderheft "Der Krieg und der Kommunismus", enthält u.a.:

- **Kein Friede mit Deutschmark und Euroland**
  Gruppe „übergange zum kommunismus", 26. April 1999
- **Wer treibt und wer wird getrieben im NATO-Krieg gegen Jugoslawien?**
  Einleitungsbeitrag auf einer DKP-Veranstaltung
  von Ansgar Knolle-Grothusen , 10. Mai 1999
- **Das vierte Reich: zurück zum Balkan**
  Nach The Internationalist, Nr. 7, April/May 1999
  eingereicht von Marc R.
- **5 Antikriegsthesen - Entwurf**
  zur Diskussion in Antikriegs-Initiativen, Juni 1999
  von Daniel Dockerill und Matthias Grewe
- **Ein Protektorat - und weiter ...**
  Beitrag für kalaschnikow
  von Manfred Sohn, abgeschlossen am 17. Juni 1999
- **Kontinuität und Bruch**
  Reflexionen aus der Ohnmacht
  von Zwi Schrittkopcher, Anfang Juni 1999
- **Zum Krieg -**
  aus einem Brief an Zwi Schrittkopcher
  von Fritz Güde, 13. Juni 1999
- **Der Kommunismus und das Selbstbestimmungsrecht der Völker -**
  von Ansgar Knolle-Grothusen, 10. Juli 1999
- **Der völkische Wahn**
  Eine Untersuchung und ein Plädoyer für radikalen Humanismus
  von Heribert Sommer, September 1999
- **Der Krieg um Jugoslawien und seine Lehren**
  aus: Aufsätze zur Diskussion, Nr. 68
  von Alfred Schröder, August 1999